G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Was fürchtet Bonn? Die SS-20 oder das Moratorium?

Dieter Begemann und Peter Pahmeyer
Sicherheit für Deutschland?
Der „Doppelbeschluß" der NATO und die Glaubwürdigkeit der SPD

Rudolf Hickel
Reagans „amerikanischer Traum"
– ein Alptraum für Europa

Harold Rasch
Warum nicht neutral?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik

Studiengruppe Militärpolitik
Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle

Alternativen
Thema: Arbeitslosigkeit

3'81

März 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1981

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1980 257

Was fürchtet Bonn?
Die SS-20 oder das Moratorium? ..... *Karl D. Bredthauer* 260
Bundeshaushalt '81: 80 Milliarden für Verteidigung ..... *Eberhard Dähne* 264
Reagan und El Salvador ..... *Roger Peltzer* 267

HAUPTAUFSÄTZE
Sicherheit für Deutschland?
Der „Doppelbeschluß" der NATO und
die Glaubwürdigkeit der SPD ..... *Dieter Begemann und Peter Pahmeyer* 270
Reagans „amerikanischer Traum"
– ein Alptraum für Europa ..... *Rudolf Hickel* 286
Warum nicht neutral?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik ..... *Harold Rasch* 301
Rüstung und „Nachrüstung" oder
Die Absage an die Vernunft in der Politik ..... *Anton-Andreas Guha* 319
Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle
in der Bundesrepublik ..... *Studiengruppe Militärpolitik* 328
Anhang: Bundesdeutsche Rüstungsexporte
in die Dritte Welt 1980/81 331

ALTERNATIVEN
Thema: Arbeitslosigkeit 333

WIRTSCHAFTSINFORMATION
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1980
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 354

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN
Dokumente zur gegenwärtigen Außenpolitik der USA und ihrer Rolle in den Ost-West-Beziehungen: Rede des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance am 5. Juni 1980 in Cambridge, Mass. (Auszüge); Abschiedsrede Präsident Carters an die amerikanische Nation vom 14. Januar 1981 (Auszug betr. die Gefahr eines Atomkrieges); Erste Pressekonferenz von US-Präsident Reagan am 29. Januar 1981 in Washington (Auszug); Anhörung des designierten US-Außenministers Alexander M. Haig vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats vom 9. bis 14. Januar 1981 (Auszüge); Erste Pressekonferenz von US-Außenminister Haig am 28. Januar 1981 in Washington (Auszüge); „Nach dem Ball" – Kommentar des politischen Publizisten Vitali Kobysch zur Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten, Ronald Reagan, in der sowjetischen Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta" vom 21. Januar 1981 (Wortlaut); Erklärung der sowjetischen Presseagentur TASS vom 2. Februar 1981 zur Terrorismus-Beschuldigung der UdSSR durch US-Regierungsvertreter (Wortlaut) 358

Dokumente zur gegenwärtigen Außenpolitik der UdSSR und ihrer Rolle in den Ost-West-Beziehungen: Auszüge aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau; Fünf-Punkte-Vorschlag Leonid Breschnews für die Sicherheit in der Region des Persischen Golfes und im Indischen Ozean vom 10. Dezember 1980 (Wortlaut) 373

Caspar Weinbergers Votum für die Neutronenbombe und die Reaktionen der Regierungen von Norwegen, Schweden sowie des niederländischen Parlaments: Stellungnahme des US-Verteidigungsministers Caspar W. Weinberger zur Neutronenbombe vom 3. Februar 1981 (Wortlaut); Stellungnahme des norwegischen Außenministers Knut Frydenlund vom 11. Februar 1981 (Wortlaut); Pressemitteilung des schwedischen Außenministeriums vom 5. 2. 1981 (Wortlaut); Entschließung der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vom 4. Februar 1981 (Wortlaut) 381

Erklärung der Initiatoren des „Krefelder Appells" vom 9. Februar 1981 (Betr.: Neutronenbombe) (Wortlaut) 383

Atomwaffenlager Bundesrepublik – eine Übersichtskarte der Illustrierten „stern" vom 26. Februar 1981 384

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Februar 1981

1. 2. – *USA/Korea (Süd).* Als erstes ausländisches Staatsoberhaupt trifft der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan zu Gesprächen mit Präsident Reagan in Washington ein. Die beiden Präsidenten vereinbaren eine Intensivierung ihrer militärischen Zusammenarbeit und die weitere Stationierung der 38 000 US-Soldaten in Südkorea.

– *Thailand/China.* Zum Abschluß eines offiziellen Besuches in Bangkok gibt der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang eine Pressekonferenz. Zhao erklärt bei dieser Gelegenheit, die Volksrepublik China werde Thailand im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Vietnam unterstützen.

2. 2. – *Ekuador/Peru.* Der Grenzkonflikt zwischen beiden Staaten (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 131) wird durch einen Waffenstillstand vorläufig beigelegt. Die vier Mitunterzeichner des Protokolls von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1942 (Argentinien, Brasilien, Chile, USA) hatten sich in diplomatischen Verhandlungen darauf geeinigt, die Waffenruhe zu überwachen und den umstrittenen Grenzverlauf durch eine Kommission zu untersuchen.

– *Hamburg.* Nach mehrstündiger, kontroverser Debatte wendet sich ein Sonderpar-

teitag der SPD-Landesorganisation gegen den Weiterbau des Kernkraftwerkes Brokdorf. Die Entscheidung fällt mit 198 gegen 157 Stimmen. Bürgermeister Klose hatte den angenommenen Antrag unterstützt, der den SPD-Senat auffordert, entsprechende Verhandlungen mit der Landesregierung von Schleswieg-Holstein zu führen.

3. 2. – *USA.* Auf seiner ersten Pressekonferenz befürwortet Verteidigungsminister Caspar Weinberger (zur Ernennung vgl. „Blätter" 3/1981, S. 131) in Washington die Einführung der Neutronenbombe in die Waffensysteme der NATO. Den Beschluß Präsident Carters, die Produktion der Bombe vorerst aufzuschieben (vgl. „Blätter", 5/1978, S. 514), bezeichnet der Minister als falsch. Die Äußerungen Weinbergers werden in den folgenden Tagen vom Außenminsterium modifiziert und abgeschwächt. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage, so heißt es, sei innerhalb der Regierung noch nicht gefallen.

– *Abrüstung.* In Genf beginnt der Abrüstungsausschuß (40 Mitglieder) seine Frühjahrssession. In der Eröffnungssitzung wird eine Botschaft von UN-Generalsekretär Waldheim verlesen, in der dieser auf die „alarmierend" ansteigenden Rüstungsausgaben hinweist, die sich auf 500 Mrd. Dollar jährlich erhöht hätten. Die schwedische Delegierte, Inga Thorsson, fordert die neue amerikanische Regierung auf, ihre Einwände gegen den SALT-II-Vertrag aufzugeben. Die Alternative zu einer Nichtratifizierung dieses Abkommens sei eine „sinnlose Verschärfung des Rüstungswettlaufs".

4. 2. – *Norwegen.* Die sozialdemokratische Politikerin, Frau Gro Harlem-Brundtland, übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten. Frau Brundtland ist Nachfolgerin von Odvar Nordli (zum Amtsantritt vgl. „Blätter", 2/1976, S. 118), der am 30. 1. d.J. aus Gesundheitsgründen zurückgetreten war.

5.–6. 2. – *Frankreich/BRD.* Bundeskanzler Schmidt hält sich aus Anlaß der regelmäßigen Konsultationen zwischen beiden Staaten in Paris auf. Zu den Themen des Meinungsaustausches mit Präsident Giscard d'Estaing gehört vor allem die Formulierung einer gemeinsamen Position gegenüber der neuen amerikanischen Regierung.

9. 2. – *DDR/BRD.* Staatssekretär Klaus Bölling tritt sein Amt als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR an (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 131) und überreicht in Berlin dem Staatsratsvorsitzenden Honekker sein Beglaubigungsschreiben. Honecker bekräftigt bei dieser Gelegenheit „die Bereitschaft der DDR,die Beziehungen zur Bundesrpeublik Deutschland unter Beachtung des Prinzips der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit zu entwickeln".

– *Polen.* Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) nimmt den Rücktritt von Ministerpräsident Jozef Pinkowski (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1027) entgegen und nominiert als Nachfolger Verteidigungsminister General Wojciech Witold Jaruzelski, der sein bisheriges Amt beibehält. – Am 11. 2. bestätigt das Parlament (Sejm) die Regierungsumbildung. Zu den neuernannten stellvertretenden Ministerpräsidenten gehört Mieczyslaw Rakowski, bisher Chefredakteur der Wochenzeitung „Politiyka". Der stellvertretende Ministerpräsident Jagielski übernimmt die Leitung eines neugebildeten Wirtschaftsrates.

9.–13. 2. – *Blockfreie Bewegung.* Die Außenminister der blockfreien Staaten tagen in der indischen Hauptstadt. In einem „Aufruf von Delhi", der aus Anlaß des 20. Jahrestqges der ersten Konferenz blockfreier Staaten in Belgrad im Jahre 1961 (vgl. „Blätter", 1/1962, S. 5) veröffentlicht wird, rufen die Minister alle Nationen der Welt auf, sich für die Verhinderung von Kriegen einzusetzen. Der Bewegung gehören gegenwärtig 92 Staaten sowie die PLO und die SWAPO an.

10. 2. – *Niederlande.* Mit großer Mehrheit wendet sich das Parlament in Den Haag gegen die Stationierung von Neutronenwaffen in Europa. Ein entsprechender Antrag der oppositionellen Arbeiterpartei (PvdA) wird auch von den regierenden Christdemokraten (CDA) sowie den Linksdemokraten unterstützt.

– *EG.* Auf Einladung der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, erläutert der ägyptische Präsident Sadat vor dem Parlamentsplenum in Luxemburg seine Nahostpolitik und erneuert bei dieser Gelegenheit seinen Vorschlag zur Bildung einer palästinensischen Exilregierung. Sadat, der anschließend Paris besucht, konferiert auch mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner, dem amtierenden EG-Ratspräsidenten van der Klaauw (Niederlande) und dem Präsidenten der EG-Kommission Thorn (Luxemburg). – Am 22. 2. reist van der Klaauw

zu einer Sondierungsmission in den Nahen Osten. Stationen der Reise sind Damaskus, Bagdad und Amman.

11.–12. 2. – *SPD.* Der Parteivorstand erörtert in Bonn die in den vergangenen Wochen öffentlich ausgetragenen innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten, vor allem in der Sicherheits- und Energiepolitik, und verabschiedet mit 33 von 38 Stimmen ein Fünf-Punkte-Programm, das der Parteivorsitzende Willy Brandt als eine „eindeutige Standortbestimmung der SPD" bezeichnet. Der Stimme enthalten sich die fünf Vorstandsmitglieder Eppler, Matthiesen, v. Oertzen, Junker und Vieth.

12. 2. – *Frankreich/Ägypten.* Zwischen beiden Staaten wird ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Nuklearenergie unterzeichnet. Frankreich verpflichtet sich, an Ägypten Atomkraftwerke und den zum Betrieb notwendigen Brennstoff zu liefern.

14.–15. 2. – *Ägypten/Österreich.* Der österreichische Bundeskanzler Kreisky besucht Ägypten, wo er mit Präsident Sadat zusammentrifft. Kreisky lädt Sadat zu einer informellen Tagung der Sozialistischen Internationale nach Salzburg ein, an der auch der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei, Simon Peres, teilnehmen soll.

16.–17. 2. – *Pakistan/BRD.* Auf Einladung seines pakistanischen Amtskollegen Agha Shahi konferiert Bundesaußenminister Genscher in Islamabad über die Lage im Gebiet des Persischen Golfes sowie über andere internationale, regionale und bilateriale Fragen. Genscher leitet außerdem eine Konferenz der BRD-Botschafter im Nahen und Mittleren Osten.

17. 2. – *Vatikan.* Mit einer Zwischenlandung in Karachi (Pakistan) beginnt Papst Johannes Paul II. die längste Auslandsreise seit seinem Amtsantritt im August 1978 (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1027). Der Papst besucht anschließend die Philippinen und Japan und kehrt am 27. 2. nach Rom zurück. In einer Rede in Hiroshima fordert der Papst am 25. 2. eine „Generalmobilmachung" gegen die Gefahr einer atomaren Vernichtung der Menschheit.

18. 2. – *Spanien.* Vor dem Parlament (Cortes) gibt Leopoldo Calvo-Sotelos (Zentrumsunion) die Regierungserklärung als neuer Ministerpräsident ab. Calvo-Sotelos tritt die Nachfolge von Adolfo Suarez an, der am 29. 1. d. J. überraschend zurückgetreten war und auch das Amt des Parteivorsitzenden der Zentrumsunion niedergelegt hatte. – Am 23. 2. besetzen während der Vertrauensabstimmung Einheiten der Guardia Civil unter dem Kommando von Oberstleutnant Antonio Tejero Molina vorübergehend das Parlament, nehmen die Abgeordneten als Geiseln und versuchen, eine Militärregierung zu installieren. Die Mehrheit des Militärs folgt jedoch dem Aufruf von König Juan Carlos, der in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte über Rundfunk und Fernsehen dazu aufruft, „die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen". Nach dem gescheiterten Putsch werden drei Generäle und mehr als zwanzig Offiziere in Haft genommen. – Am 25. 2. bestätigt das Parlament Calvo-Sotelos mit 186 gegen 158 Stimmen.

23. 2. – *UdSSR.* Im großen Kongreßpalast des Kreml wird der 26. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) eröffnet. Generalsekretär Leonid Breschnew legt einen Rechenschaftsbericht vor, Ministerpräsident Nikolai Tichonow referiert über die „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981–1985 und für den Zeitraum bis 1990". Im außenpolitischen Teil seines Berichts gibt Breschnew u. a. eine Analyse der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und erklärt seine Bereitschaft, mit der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan in Verhandlungen einzutreten und die Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstungen und deren Reduzierung fortzusetzen. Breschnew erneuert den Vorschlag, ein Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Kampfmittel mittlerer Reichweite zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages zu vereinbaren (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

25.–28. 2. – *USA/Großbritannien.* In Begleitung von Außenminister Carrington führt die britische Premierministerin Thatcher in Washington Gespräche mit Präsident Reagan, Außenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger. Eines der Gesprächsthemen ist die mögliche Teilnahme britischer Miltäreinheiten an einer mobilen Einsatztruppe im Persisch-Arabischen Golf. Nach ihrer Rückkehr erklärt Frau Thatcher vor dem Parlament in London, die vorgesehene „Eingreiftruppe" sei nicht nur für Operationen in der Golfregion sondern für den Einsatz an jedem beliebigen Ort bestimmt.

Was fürchtet Bonn? Die SS-20 oder das Moratorium?

Ein Raketen-Moratorium, also eine Ost-West-Vereinbarung darüber, daß die gegenwärtige Anzahl der Mittelstrekkenwaffen in Europa, über deren Verminderung verhandelt werden soll, ab sofort und für die Dauer der Verhandlungen auf beiden Seiten nicht weiter erhöht wird, ist – man glaubt nicht recht zu hören – für Bonn „unannehmbar".

Breschnew hat diesen Vorschlag gemacht. Nach anhaltenden westlichen Klagen, unter anderen von Genscher und Schmidt, die Sowjetunion erhöhe in furchterregendem Tempo die Zahl ihrer SS-20-Mittelstreckenraketen, hat er auf dem 26. Parteitag der KPdSU Ende Februar angeboten, keine neuen SS-20 mehr aufzustellen. Ab sofort, falls die NATO ihrerseits den weiteren Ausbau des eigenen Mittelstreckenpotentials in Europa stoppt. Man sollte annehmen, Schmidt und Genscher hätten, vom Alpdruck der SS-20 befreit, hocherfreut zugestimmt. Groteskerweise geschieht das Gegenteil. Genscher braucht nicht erst zu überlegen, er weiß es sofort; Schmidt braucht einen Tag länger, dann weiß auch er es: Der vorgeschlagene Raketenstopp ist unannehmbar.

Wie bedroht also fühlt Bonn sich wirklich von der SS-20? Und von ihrer angeblich furchterregenden Vermehrung? Eine Frage, die sich vor anderthalb Jahren schon einmal stellte. Damals, am 25. Oktober 1979, schlug Breschnew Verhandlungen vor – und sogar eine einseitige Reduzierung der SS-20 (bzw. eine Verringerung des in der westlichen Sowjetunion stationierten Mittelstreckenpotentials), sofern der Westen seinerseits keine neuen Mittelstreckenraketen in Europa einführe. Zustimmung und Erleichterung in Bonn? Alles andere als das: Verlegene Redensarten, betretenes Schweigen sind die offiziellen Reaktionen. Und sieben Wochen nach Breschnews Berliner Verhandlungsangebot, drei Wochen nach einer Blitzreise Gromykos an den Rhein, eine Woche nach dem Berliner Parteitag der SPD beschließt die NATO in Brüssel, nach unermüdlichen Vorarbeiten von Schmidt, Apel und vor allem Genscher, die Stationierung von 572 neuen, zusätzlichen US-Atomraketen in Mitteleuropa. Konsequenz: Die Sowjetunion setzt, wie für diesen Fall angekündigt, ihrerseits den Ausbau des eigenen Mittelstreckenpotentials fort.

Damals wie heute das gleiche, verblüffende Rechenexempel: 1979 sind 100 oder 150 sowjetische SS-20-Raketen für die NATO eine so unerträgliche Gefahr . . . daß sie sich keinesfalls auf einen Stationierungsstopp und Reduzierungsverhandlungen einlassen kann! Logisch? Glaubwürdig?

1981 die gleiche Logik! Auf die furchteinflößende Vermehrung der SS-20 Raketen – jetzt sind es 50 oder 100 mehr –, die der Ablehnung des Breschnew-Vorschlags und dem Brüsseler 572-Raketen-Beschluß von 1979 folgte, kann die NATO offenbar unmöglich verzichten. . . Warum sonst die neuerliche, noch hastigere Ablehnung des sowjetischen Stopp-Angebots?

Wovor fürchtet Genscher sich eigentlich mehr? Vor der SS-20 oder vor dem Verlust des SS-20-Schreckgespenstes? Im NATO-Hauptquartier fürchtet man offensichtlich vor allem, daß die ohnehin schwindende Bereitschaft der Betroffenen, den Brüsseler 572-Atomraketen-Beschluß zu schlucken, bei einem Moratorium rasch auf den Nullpunkt fiele. Und

in Washington fürchtet man vielleicht noch mehr, jetzt von der Öffentlichkeit der NATO-Länder selbst an den Verhandlungstisch zurückgedrängt zu werden, von dem man gerade erst geräuschvoll abgerückt ist, um sich ganz auf ein beispielloses Aufrüstungsprogramm konzentrieren zu können.

Man versteht: Breschnews Vorschlag ist einfach deplaciert! Weder Schmidt noch Genscher, erst recht nicht Luns oder Reagan, können auf die furchterregende SS-20 verzichten. Und schon gar nicht auf ihre Vermehrung, in immer erschreckenderem Tempo, versteht sich.

Genug der makabren Satire: Aber kann man Schmidt oder Genscher die Gretchenfrage ersparen, wie sie es, wenn die SS-20 tatsächlich eine Bedrohung ganz neuer Qualität darstellt, vor ihrem Gewissen und Amtseid verantworten können, den Moratoriums-Vorschlag abzulehnen? Und damit die unverhoffte Chance, daß Woche für Woche – glaubt man den aktuellen NATO-Zahlen – zwei neue SS-20 mit je drei Atomsprenköpfen *nicht* aufgestellt werden? Schon in 4 Wochen wären das 24 Atomsprengköpfe, jeder einzelne vielfach stärker als die Hiroshima-Bombe – und wenn die verhandlungslose Zeit noch einmal 15 Monate, wie seit dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979, andauert, dann wären es 120 weitere Raketen bzw. 360 weitere Atomsprengköpfe! Eine Bedrohung, die mutwillig oder fahrlässig in Kauf nimmt, wer das Moratoriums-Angebot ausschlägt! So wie schon jetzt, nach den NATO-Zahlen, 50 bis 100 SS-20-Atomraketen (mit je drei Sprengköpfen) mehr Westeuropa bedrohen als heute der Fall wäre, hätte Bonn 1979 nicht Breschnew und Gromyko so nonchalant auflaufen lassen.

Es kann also unmöglich länger übersehen werden: Schrecken löst bei den „Nachrüstungs"-Befürwortern weit weniger die SS-20 aus als die Gefahr, im eigenen Lager für neue NATO-Raketen und für die weitere Fortsetzung des Wettrüstens trotz oder sogar anstelle möglicher Verhandlungen kein Verständnis mehr zu finden!

Keiner, dem es um die Sicherheit Europas und des eigenen Volkes zu tun ist, und dem Sicherheit nicht bloß Synonym für staatlich garantierte Rüstungs- und allerlei andere Gewinne ist, sollte länger zögern, seine Schlußfolgerungen aus dem Doppelspiel der Doppelbeschlüssler zu ziehen.

Da gibt es allerdings noch die Schlaumeier. Nachdem alle ursprünglich zur Rechtfertigung des NATO-Beschlusses angeführten Gründe, Bedingungen und Voraussetzungen hinfällig wurden – von der Förderung der Verhandlungsbereitschaft über die (Wieder-)Herstellung des „Gleichgewichtes" bis zur SALT-II-Ratifizierung – und die Befürworter sich in der unbehaglichen Titelrolle des Andersen-Märchens von „Des Kaisers neuen Kleidern" wiederfinden, entdeckt jetzt beispielsweise Egon Bahr ganz neue Qualitäten an dem fatalen „Doppelbeschluß". Der sei nämlich, man höre und staune, das einzige, was die Bundesregierung gegenüber der Reagan-Administration „in der Hand" habe. Ein erstaunlicher Purzelbaum! Und ein wundersam vielseitiger, nein, eben doppelbödiger NATO-Beschluß. Erst gegen die SS-20, dann plötzlich gegen amerikanische Kriegsspekulanten gerichtet?! Zweifellos hat Bahr gut erkannt, was jetzt eine EMNID-Umfrage („Der Spiegel" 10/1981) in Zahlen faßte: Die Mehrheit der Bundesbürger wünscht keinen Rüstungs- und Konfrontationskurs à la Reagan, 60 von 100 erklärten laut EMNID: „Bonn soll auf Distanz gehen". Und da macht Bahr aus dem NATO-Beschluß, der unser Land den unberechenbaren Einsatzbefehlen amerikanischer Präsidenten vom Schlage Carters oder Reagans ausliefert, auf Gedeih und Verderb, eine „Handhabe" *gegen* die Gefahren der US-Politik! Dabei handelt es sich um einen „Ermächtigungsbeschluß", der ausschließlich Washington das Recht gibt, über die Atomra-

keten, mit denen unser Land gespickt werden soll wie eine Sprengmine mit Zündköpfen, zu verfügen.

Bahrs Zauberformel vom „Doppelbeschluß"*) ist staunenswert simpel: Wer die „Nachrüstung" kaputt macht, der macht die Verhandlungen kaputt, warnt er jene Mehrheit innerhalb und außerhalb der SPD, die Verhandlungen fordert und die bittere Pille „Nachrüstungs"-Beschluß allenfalls mit dem Zuckerüberzug der darin versprochenen Verhandlungsbereitschaft schluckt; und wenn die Amerikaner die Verhandlungen kaputt machen, warnt Bahr andererseits, als hätten die Amerikaner nicht genau dies bereits gründlich besorgt, dann geht die „Nachrüstung" kaputt. Das ist, zuende gedacht, das perfekte Perpetuum mobile, das ganz in sich selbst kreisende Doppel-Beschluß-Spiel, das nunmehr auf jede Überprüfung anhand der politischen Wirklichkeit völlig verzichten kann: Wer nicht aufrüstet, macht die Abrüstungsverhandlungen kaputt, heißt die Formel in Reinkultur – deshalb sollte die Abrüstungsverhandlungen nicht kaputt machen, wer aufrüsten will. „Das gilt nach beiden Seiten", sagt Bahr streng, und wer wollte da widersprechen? Wer sich auf den Taschenspielertrick vom „Doppelbeschluß" einläßt, der wird immer wieder düpiert werden, wie beim Wettlauf von Hase und Igel. Erst wenn man die „beiden Seiten" der Trickformel auf ihre Funktion bezieht und im Klartext liest, wird der wirkliche Sachverhalt deutlich: 1. Verhandlungsbereitschaft muß versprochen werden, weil die sogenannte Nachrüstung sonst politisch nicht durchsetzbar, also „kaputt" wäre – 2. Die „Nachrüstung" soll keinesfalls „kaputt" gemacht werden, also muß Verhandlungsbereitschaft versprochen werden . . . Die „zwei Seiten" des Beschlusses sind, wie sich zeigt, ihrem politischen Inhalt nach völlig identisch. Der „Doppelbeschluß" entpuppt sich als „ein höchst *einfacher* Beschluß des Inhalts, zu einem sehr nahen Zeitpunkt neue nukleare Waffen in Mitteleuropa, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, zu stationieren." (Helmut Ridder, in: „Blätter", 1/1981).

Wer aus dem – potentiell tödlichen – Zirkelschluß ausbrechen will, muß Bahrs „Doppelbeschluß"-Formel auflösen, indem er aus dem zweiten Satz genau die Konsequenzen zieht, denen Bahr immer noch ausweicht: „Wer in Amerika die Verhandlungen kaputt macht, macht den Stationierungsbeschluß kaputt". So ist es – bzw. müßte es sein, wenn Schmidt, Bahr und andere ihre seinerzeitigen Erklärungen und den Berliner Parteitagsbeschluß der SPD zur „Nachrüstung" wörtlich nehmen – bzw. beim Wort genommen werden.

Amerika *hat* die Verhandlungen „kaputtgemacht", am schwerwiegendsten mit der Zerstörung von SALT-II. Jetzt ist Bonn am Zuge: Der Stationierungsbeschluß – bzw. seine Rechtfertigung – *ist* „kaputt". Bonn muß ihn kündigen. Heute ist unsere Lage so brenzlig wie nie seit 1945 und zu Glasperlenspielen oder sicherheitspolitischer Spiegelfechterei hat 5 Minuten vor 12 niemand Zeit. Wenn Reagans Außenminister General Haig erklärt, daß er wichtigeres im Sinn hat als Frieden, dann geht es für uns, die wir auf dem Pulverfaß Europas sitzen und ohne Frieden keinen Tag überleben können, um Kopf und Kragen. Mit dem „Doppelbeschluß" hätten wir eine Handhabe gegen Amerikas schlaue Idee, auf Europas Boden und auf unser Risiko die „Führbarkeit" von Atomkriegen durchzuspielen? Etwas schönes haben wir da in der Hand: Eine Zeitbombe, deren Lunte schon brennt, schon zu mindestens einem Drittel abgebrannt ist! (Von drei Jahren Ver-

*) Bahr jüngst in einem „Spiegel"-Gespräch: „Wer einen Teil des Doppelbeschlusses kaputtmacht, der macht die Verhandlungen kaputt. Und wer in Amerika die Verhandlungen kaputtmacht, macht den Stationierungsbeschluß kaputt. Das gilt nach beiden Seiten." („Der Spiegel", 8/1981, S. 22)

handlungszeit, die man uns im Dezember 1979 zur Beruhigung versprach, sind 15 Monate schon ungenutzt verstrichen!)

Aber was können wir tun? Wem sollen wir glauben? Sind die sowjetischen SS-20-Raketen, von denen jede – nicht anders als die Atomraketen und -bomber auf westlicher Seite – ein Mehrfaches der Hiroshima-Vernichtungskraft trägt, etwa keine tödliche Bedrohung? Sind sie etwa nicht auf *uns,* auf die Städte, Fabriken und Militäreinrichtungen Westeuropas gezielt, wie Helmut Schmidt neuerdings oft betont?

Natürlich. Gäbe es Krieg in Europa, dann wären wir die Zielscheibe Nummer 1 der sowjetischen Mittelstreckenraketen. (Und zugleich Ziel tausender amerikanischer, französischer und britischer Atomsprengköpfe!) Aber seit über 20 Jahren, seit es solche Raketen gibt, sind sie auf Westeuropa gezielt, genauso wie amerikanische Raketen auf Osteuropa zielen. 20 Jahre lang haben NATO-Strategen, darunter Helmut Schmidt, uns unseren Schrecken über die wechselseitige atomare Vernichtungsdrohung damit auszureden versucht, daß es sich ja um ein *Gleichgewicht* des Schreckens handele und daß dies gerade die wirksamste Art der Kriegsverhütung sei. Wenn Helmut Schmidt also jetzt auf einmal begreifen sollte, wie lebensgefährlich es ist, auf einer Zielscheibe zu leben, dann muß man schon ein Minimum an Konsequenz von ihm verlangen. Die kann doch wohl nicht in einer „*Sicherheits*"-Politik bestehen, die den Atomtod der Deutschen, *aller* Deutschen, im Kriegsfall *todsicher* macht, indem sie zusätzlich zu der hier schon heute lebensgefährlichen, beispiellosen Atomwaffenkonzentration (siehe die „stern"-Karte!) durch die „Nachrüstung" jetzt auch noch amerikanische „Erstschlag"-Waffen auf den Boden der Bundesrepublik holt! Diese US-Raketen müssen auf die SS-20 ja geradezu wie Magneten wirken und uns in die dankbare Rolle eines „Blitzableiters" für Amerika bringen!

Wer der atomaren Bedrohung Einhalt gebieten will, der kann doch nichts dringenderes zu tun haben als *erstens,* jede Begrenzungsmöglichkeit dankbar aufzugreifen, und *zweitens,* die einem lebensgefährlich gewordenen System der „Friedenssicherung" durch wechselseitige militärische Vernichtungsdrohung („Gleichgewicht des Schreckens") zugrunde liegenden fatalen Denkfehler zu erkennen und zu überwinden. Durch Rückkehr zur Entspannung, Übergang zu realer Abrüstung und durch eine gründliche Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik!

Wer die Angst vor der atomaren Bedrohung beschwört, aber Verhandlungsmöglichkeiten ausweicht, dem kann der Verdacht nicht erspart bleiben, daß er ganz anderen Motiven folgt.

Wenn es dem Bundeskanzler darum geht, die atomare Bedrohung von uns und von Europa zu nehmen, dann muß er Breschnew endlich beim Wort nehmen. Seine Partei und seine Wähler, das ganze Volk, von dem Schaden abzuwenden Helmut Schmidt durch seinen Amtseid verpflichtet ist, hat ein Recht darauf. Die Reihe einschlägiger sowjetischer Vorschläge ist lang: vom Angebot eines Vertrags unter allen KSZE-Teilnehmerstaaten, auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen gegeneinander zu verzichten, bis zu dem Versprechen, die Sowjetunion werde niemals Atomwaffen gegen Staaten einsetzen, auf deren Gebiet es keine Atomwaffen gibt; vom Vorschlag eines gegenseitig vereinbarten Verbots der Neutronenbombe bis zu Breschnews jüngster Raketenstopp-Initiative. Das Einfrieren der atomaren Mittelstreckenwaffen in Ost und Westeuropa auf dem heutigen Stand könnte der erste, entscheidende Schritt sein. Für die Zukunft kann die Sicherheit unseres Landes, das, wie schon vor Jahren die Weizsäcker-Studie bewiesen hat, militärisch im Kriegsfall nicht „gesichert", sondern nur zerstört werden kann – im „konventionellen" Krieg ebenso wie im Atomkrieg –,

nur in einer Abkehr vom Primat des Militärischen liegen: in einer neuen, am absoluten Vorrang des Friedens, also zuallererst der Kriegsverhütung, orientierten Außen- und Sicherheitspolitik; so unabhängig – d. h. in der Perspektive atomwaffenfrei und gegenüber Großmachtrivalitäten neutral – wie möglich.

Überall in Europa gewinnt diese Erkenntnis rapide an Boden. Und gerade für uns Deutsche geht es dabei um Sein oder Nichtsein: Ums Überleben.

Karl D. Bredthauer

Bundeshaushalt '81: 80 Milliarden für „Verteidigung"

Sie tagten: der Herr Minister, die Staatssekretäre, die Spitzen des Militärapparates. Es wurde geprüft, in welcher Weise die Rüstungsausgaben der 80er Jahre verteilt und wie sie aufgebracht werden sollen. Für letzteres hatte Apel freilich schon ein Rezept, bevor die Verhandlungen begannen: Die Belastungen der Bürger sollen weiter steigen.

Anlaß der mehrtägigen Klausurtagung war die Tatsache, daß der Einzelplan 14 des Bundeshaushalts „Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung" aus den Fugen geraten ist. Eine der Ursachen dafür ist der rapide Kostenanstieg für das Flugwaffen-System „Multi-Role Combat Aircraft" oder kurz MRCA-Tornado.

Bis 1978 wurden für dieses westdeutsch-britisch-italienische Gemeinschaftsprojekt, die Niederländer hatten sich rechtzeitig daraus zurückgezogen, aus dem Bundeshaushalt 3,07 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung sowie 2,54 Mrd. DM für Beschaffung aufgebracht[1]). 1979 summierten sich die beiden Haushaltstitel auf 1,26 Mrd. DM, erreichten 1980 1,45 Mrd. und werden nach den Sollzahlen des Haushaltsentwurfs 1981 auf 3,08 Mrd. DM steigen[2]).

Der Gerätestückpreis, der Anfang der 70er Jahre noch weniger als 20 Mio. betragen sollte[3]), ist inzwischen auf fast 80 Mio. DM geklettert. Es wird aber deutlich, daß auch diese Zahl überholt ist. Es wird mit endgültigen Kosten von 100 Mio. DM gerechnet. Die 322 MRCA der Bundeswehr – ursprünglich sollten 600 Fluggeräte bezogen werden – würden also 32,2 Mrd. DM kosten. Diese Horrorzahl beleuchtet aber nur einen Teil der Probleme dieses technisch hochentwickelten und komplizierten Waffensystems, das besonders wartungs- und reparaturintensiv ist. Nach Schätzungen: „ist das Verhältnis der Entwicklungs- und Produktionskosten zu den Aufwendungen der Nutzungsphase . . . ungefähr 1:3:6. Das bedeutet für den Betreib der 322 MRCA der Bundeswehr sind nach Preisen von 1975 möglicherweise mehr als 50 Mrd. DM aufzubringen."[4]) „Nach Preisen von 1975" nach dem gegenwärtig erkennbaren Preisstand beträgt diese Summe bereits 64 Mrd. DM, die über die Jahre hinweg aufgebracht werden müßten. Um die Größenordnung zu verdeutlichen: Für das Kapitel 1419 „Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät" sollten 1980 3,45 Mrd. und 1981 5,07 Mrd. DM ausgegeben werden[5]).

---

1) Heinrich Schmidt, „Tornado" – Militär- und Rüstungspolitik in der BRD. Die transnationale Rüstungsproduktion der Luftfahrtindustrie, Frankfurt 1979, S. 94.

2) Entwurf Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1981, *Einzelplan 14*, S. 182, 187.

3) Schmidt, a.a.O., S. 81ff.

4) A. Mechtersheimer, Rüstung und Politik in der Bundesrepublik, MRCA Tornado, Geschichte und Funktion des größten westeuropäischen Rüstungsprogramms, Bad Honnef 1977, S. 116.

5) Einzelplan 14, S. 183.

Die übrigen Beschaffungsprogramme der Bundeswehr haben zwar geringere Dimensionen und Folgeausgaben, ihre Kostenentwicklung ist aber ähnlich dynamisch. Dazu kommt, daß sich die Bundesregierung unter dem Druck der USA bereit erklärt hat, ABC-Schutz und Flugabwehr des Heeres zu verbessern, die Munitionsbestände aufzustocken, die Reservisten zu mehr Übungen einzuziehen sowie zur „Vorbereitung ziviler Großraumpassagier-Flugzeuge und schneller Frachtschiffe für militärische Zwecke"[6]) Geld auszugeben. Schließlich ist damit zu rechnen, daß die geplante Stationierung weiterer amerikanischer Atomraketen mit beträchtlichen Zusatzausgaben verbunden sein wird. Die kurze Skizze zeigt, warum die Gewerkschaftsforderungen nach mittel- und langfristig wirksamen Konjunktur- und Strukturprogrammen, die Arbeitsplätze schaffen würden, von der Bundesregierung abgelehnt werden. Nahezu der gesamte Einnahmenzuwachs und die Neuverschuldung werden ohne grundlegende Veränderungen der Regierungspolitik für Rüstung und Militär benötigt.

Dabei haben diese Ausgaben bereits eine Höhe erreicht, die geradezu schwindlig macht; nach unseren Berechnungen und Schätzungen betragen sie 1981 etwa 80 Mrd. DM. Diese Summe kommt folgendermaßen zustande:

– Ohne die noch zu erwartenden Erhöhungen betragen die im Einzelplan 14 ausgewiesenen Militärausgaben 41,2 Mrd. DM.
– Nach NATO-Kriterien bzw. ohne weiteres als Rüstungsausgaben erkennbar (z.B. Kosten für Eisenbahnstrecken zu Truppenübungsplätzen, Bundeswehrwohnungsbau, anteilige Personalverstärkungsmittel) sind weitere 11,1 Mrd. DM[7]).
– Weitere 2,5 Mrd. DM ergeben sich nach dem Prinzip der „maßvollen Schätzung" bei der Durchsicht aller Einzelhaushalte[8]).

Darunter fallen etwa Ausgaben für die militärisch-zivile Flugsicherung, bei der nach den Aussagen der Bundesregierung „eine enge Zusammenarbeit erforderlich (ist), die durch Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister für Verteidigung geregelt wird"[9]). Oder Vorhaben, die im Einzelplan 12 des Verkehrsministeriums schlicht als „zivile Infrastruktur von militärischen Interesse" bezeichnet werden[10]).

Verdeckte Rüstungsausgaben von beträchtlichem Umfang sind auch im Einzelplan des Bundesministers für Forschung und Technologie enthalten, über den die US-Raumfahrtsbehörde NASA inzwischen einen wesentlichen Teil ihrer Ausgaben bestreitet. Finanzminister Matthöfer hat auf die Rüstungsausgaben in diesem Einzelplan bei seiner Einbringungsrede zum Bundeshaushalt 1980 besonders hingewiesen[11]).

Die drei aufgeführten Ausgabenblöcke – Kosten für Rüstung und Militär im engeren Sinne – summieren sich auf 54,8 Mrd. DM. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts von 224,6 Mrd DM beträgt 24,4%. Da es nicht zuletzt der Rüstungskurs war, der den Bundeshaushalt auf die abschüssige Strecke wachsender Verschuldung brachte, ist es u.E. auch angemessen, Ausgaben für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) anteilig den Rüstungsausgaben zuzurechnen. Ohne Zinsen für Altschulden müssen 1981 etwa 16,2 Mrd. DM für Zinsen aufgebracht werden. 34,017 Mrd. DM beträgt

6) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 6. 3. 1981.
7) Vgl. „Unsere Zeit" (UZ), 23. 1. 1981.
8) Vgl. Eberhard Dähne, Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm, Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt – Kosten des Bonner Atomprogramms, Arbeitsmaterialien des IMSF, Nr. 9, Frankfurt 1980.
9) Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979, S. 169f.
10) Einzelplan 12, S. 68.
11) Vgl. FAZ v. 6. 7. 1979.

der Betrag, der 1981 für die Tilgung von Bundesschulden aufgewandt wird[12]). Rechnet man nur 24,4% dieser Ausgaben zu den Rüstungskosten – in den 60er und frühen 70er Jahren war dieser Prozentsatz deutlich höher – dann ergeben sich weitere 12,3 Mrd. DM Rüstungsausgaben.

Schließlich besteht die Bundesregierung darauf, daß auch die Zuschüsse an die „Frontstadt" Westberlin und die Kostenerstattungen an die Regierung der DDR als Verteidigungsausgaben gezählt werden. „Die Bundesregierung rechnet in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1963 auch die Berlin-Hilfe zu den Verteidigungsausgaben, da sie der Verteidigung im Sinne der Sicherung unserer Freiheit nach außen dienen."[13]) Nimmt man nur die direkten Subventionen für Westberlin im Einzelplan 60 („Allgemeine Finanzverwaltung"), ohne die Zahlungen an die Regierung der DDR und die Ausgaben für das „Faß ohne Boden" Westberlin in anderen Einzelplänen zu berücksichtigen, dann ergeben sich weitere 9,9 Mrd. DM.

Die aufgezählten Posten ergeben zusammen 77 Mrd. DM. Nicht berücksichtigt sind dabei die Rüstungsausgaben der Länder und Gemeinden[14]). Sie entstehen beispielsweise für die „Verteidigungslastenverwaltung" der Länder, für die der Bund noch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben ausgleicht. Der Bund bezahlt keine Grundsteuern, bei Grundstückgeschäften keine Grunderwerbssteuer, für seine Fahrzeuge keine Kraftfahrzeugsteuern. Die Gemeinden müssen Bunker unterhalten, die Wehrpflichtigen erfassen, Unterhaltszahlungen an die Angehörigen der Wehrpflichtigen vornehmen, ohne dafür einen Pfennig, bzw. lediglich die durchlaufenden Unterhaltsmittel zu erhalten. Kasernen werden zu Sondertarifen mit Strom, Gas und Wasser versorgt und von Unrat entsorgt. Die Größenordnung der dadurch entstehenden indirekten Rüstungskosten beträgt 2–3 Mrd. DM jährlich. Schließlich wäre darauf zu verweisen, daß die berlinspezifischen Subventionen in Form von Steuerausfällen[15]) – vor allem kommen sie der „Wirtschaft" und den Berliner Bauspekulanten zugute – 1981 die Größenordnung von 6 Mrd. DM erreichen dürften.

Es ist ein alter Traum westlicher Strategen, die sozialistischen Länder „totzurüsten". Wenn diese in der Rüstung mit dem Potential der kapitalistischen Länder gleichziehen wollen, dann müssen sie wegen ihrer relativen Armut einen wesentlich größeren Teil ihrer Sozialprodukte als erstere aufwenden. Auf der anderen Seite fehlen aber in den sozialistischen Ländern Ausgabenblöcke, die bei uns – aber vor allem in den USA – inzwischen ein riesiges Ausmaß erreicht haben; Stichworte: Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Rehabilitation von Rauschgiftsüchtigen usw.

Damit diese Ausgaben auch bei uns gestrichen werden können, müssen Konjunktur- und Strukturprogramme verwirklicht, Bildungs- und Sozialdienste ausgebaut werden. Mit Mitteln, die nur aus dem Rüstungshaushalt kommen können.

Der Hochrüstungskurs ist nicht nur lebensgefährlich. Er ist unbezahlbar geworden.

Eberhard Dähne

12) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981, Drucksache 9/50, Seite 17.
13) Weißbuch 1970, S. 188.
14) Vgl. Dähne, a.a.O., S. 32ff.
15) Vgl. Ebd., S. 130ff.

Reagan und El Salvador

Mit dem Beginn der Generaloffensive der vereinigten revolutionär-demokratischen Kräfte (FDR) zum Sturz der 50 Jahre alten Militärdiktatur am 10. Januar 1981 ist „El Salvador" eines der beherrschenden weltpolitischen Themen und auch innenpolitischer Streitpunkt in der Bundesrepublik geworden.

Während die Bundesregierung auf den „Dialog zwischen den demokratischen Kräften El Salvadors"[1]) zu setzen scheint, verfünffachen die USA ihre Militärhilfe. Die USA sind fest entschlossen, in Mittelamerika ein zweites Nicaragua zu verhindern und gegenüber den revolutionären Kräften der Region eine „klare Linie der Eindämmung" zu ziehen[2]).

Zeichnete sich die US-Politik gegenüber den Sandinisten in der Endphase des Befreiungskampfes in Nicaragua durch eine gewisse Unsicherheit und Widersprüchlichkeit aus, so verfügt die Reagan-Administration jetzt, so scheint es, über ein relativ klares und geschlossenes Konzept zur Sicherung des US-Einflusses in Mittelamerika. Dieses Konzept setzt sich aus drei Elementen zusammen:

– Unterstützung einer Regierungsformel und Politik in El Salvador, die zutreffend als „Reform mit dem Würgeeisen" gekennzeichnet wurde. Gegen die Bevölkerung und insbesondere gegen die revolutionären und demokratischen Massenorganisationen wird mit einem Terror vorgegangen[3]), der dem Pinochets nach dem Putsch in Chile in keiner Weise nachsteht. Gleichzeitig realisiert die Militärjunta bestimmte „Reformen" wie die Agrarreform und die Verstaatlichung des Agrarexports, um der Guerilla die soziale Basis zu nehmen[4]). Die Junta stellt sich dabei selbst als die Kraft dar, die gegen den Terror von links und rechts, für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpft.

– Massive wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung für das Regime in El Salvador. Die USA erhöhen ihre Militärhilfe auf 25 Mio. Dollar, gewähren darüberhinaus eine Finanzhilfe von 200 Mio. Dollar[5]), und Außenminister Haig nimmt die Regierung Duarte ausdrücklich gegenüber Kritikern aus den rückständigsten Teilen der salvadoreanischen Oligarchie in Schutz[6]).

– Durch massiven Druck, der von der Streichung der amerikanischen Kredite für Nicaragua, Blockadedrohungen gegenüber Kuba bis zur Abhaltung von umfangreichen Seemanövern im karibischen Raum reicht[7]), versuchen die USA, die fortschrittlichen Kräfte der Region von jeglicher Unterstützung der salvadoreanischen Revolution abzuhalten und die Ausstrahlungskraft erfolgreicher Revolutionsmodelle durch massive Destabilisierungsversuche zu mindern.

Ideologisch stützen die USA ihre Strategie mit zwei Argumentationslinien ab, der „Reformbereitschaft" des Regimes Duarte und den angeblichen massiven Waffenlieferungen sozialistischer Staaten an die salvadoreanische Guerilla[8]). Die USA stützen ihre Argumentation über die „Waffenlieferungen aus sozialistischen Ländern" im wesentlichen auf einen „Reisebericht" des Generalsekretärs der salvadoreanischen KP, in dem detailliert festgehalten sein soll, welches sozia-

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 1. 1981.
2) FAZ v. 4. 3. 1981.
3) Vgl. „stern" v. 26. 2. 1981.
4) Auf die Art und Weise der Durchführung dieser „Reformen" kann hier nicht eingegangen werden; vgl. den Bericht des ehemaligen Stellvertretenden Leiters des salvadoreanischen Landreformprogramms. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 11. 2. 1981.
5) Vgl. SZ v. 5. 3. 1981.
6) „El Pais" v. 6. 3. 1981.
7) Vgl. FAZ v. 24. 2. und „Tageszeitung" v. 26. 2. 1981.
8) Vgl. „Die Welt" v. 21. 2. 1981.

listische Land wieviel Waffen an die Guerilla liefern will[9]).

Es ist davon auszugehen, daß die Reagan-Administration diese schon von Carter formulierte Politik, wenn auch mit einem deutlich aggressiveren Akzent, fortsetzen wird. Der Flügel der salvadoreanischen Oligarchie, der den Kommunismus ausschließlich mit Terror bekämpfen will und dabei auch gewillt ist, gegen Duarte zu putschen, wird weiterhin von den USA im Zaum gehalten werden, brauchen die USA doch das Reformimage des Regimes Duarte, um ihr steigendes Engagement in El Salvador vor der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Analysiert man die Tragfähigkeit der politischen Strategie der USA, so scheint sie in dreierlei Hinsicht gefährdet.

– Es ist die Frage, bis zu welchem Punkt die USA und die von ihr beeinflußten internationalen Institutionen bereit sind, durch massive Finanzspritzen das Regime in El Salvador vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Die Regierung Duarte gibt schon jetzt einen Bedarf an Hilfe von 1 Mrd. DM an. Die Summe dürfte sich bei der zugespitzten Lage des Landes laufend erhöhen[10]).

– Die Guerilla hat in El Salvador eine Stärke erreicht, die es – trotz weitgehender Abriegelung des Waffennachschubs durch die Nord-Amerikaner – als unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß der Junta größere Erfolge gegen die revolutionären Kräfte gelingen werden[11]). Größere Operationen der Guerilla könnten somit jederzeit das Regime erneut destabilisieren und bedeutendere Teile des Militärs (und hier vor allem des mittleren Offizierskorps) veranlassen, auf das Bündnisangebot der revolutionär-demokratischen Kräfte (FDR) einzugehen[12]). Damit wären die Tage des Regimes Duarte gezählt . . .

– Wollen die USA ihre gegenwärtige politische Linie beibehalten, müssen sie sich bei einem anhaltenden revolutionären Befreiungskampf in El Salvador immer stärker engagieren. Eine solche Politik birgt für sie auf verschiedenen Ebenen Risiken. Es erhöht sich die Gefahr eines Bündnisses aller national gesinnten Kräfte in El Salvador und in der Region gegen die US-Einmischung. Gleichzeitig dürfte sich der jetzt schon starke Protest in Westeuropa und auch in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Waffenhilfe an das Regime in El Salvador noch erheblich erhöhen[13]). Zusammenfassend müssen und werden die USA also versuchen, das Regime Duarte politisch, wirtschaftlich und militärisch weitestgehend zu stützen, ohne sich zu stark mit eigenen militärischen Kräften direkt zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund läßt sich auch eine Wertung der Initiative der Bundesregierung, „die Demokraten beider Seiten an einen Tisch zu bringen", vornehmen. Wurde die Initiative auch vielfach so gewertet, daß hier Unterschiede zwischen der Bundesregierung und den USA im Herangehen an das salvadoreanische Problem deutlich würden, so legt eine

9) Ist auch über CIA-Methoden und Fälschungen in der Vergangenheit vieles bekannt geworden, so überrascht doch die Dummdreistigkeit, mit der hier Dokumente herbeigeschafft werden. Da verfaßt der KP-Chef einen detaillierten schriftlichen Bericht, den er ausgerechnet bei seinem Buder, einem ebenfalls bekannten Kommunisten mitten in El Salvador deponiert. Und dieser Bericht wird dann nicht etwa in El Salvador, sondern 3 Monate nach dem Fund als „unwiederlegbarer Beweis" in Washington der Presse und den westlichen Verbündeten präsentiert.
Da sieht sich sogar Regierungssprecher Becker zu der Bemerkung veranlaßt, daß die „deutsche Regierung die Echtheit der „Dokumente nicht physisch vor Ort überprüfen könne (vgl. FAZ v. 21. 1. 1981).

10) Nach einer AFP-Meldung v. 8. 3. 1981 aus San Salvador plant die Regierung Duarte, das Agrarreformprojekt aufgrund der hohen „sozialen Kosten" einzufrieren.

11) Vgl. „Die Welt" v. 23. 2. 1981.

12) Vgl. IDES-Infodienst El Salvador, Nr. 27 v. 26. 2. 1981.

13) Vgl. SZ und „El Pais" v. 6. 3. 1981.

nähere Analyse doch eine nüchternere Einschätzung nahe.

Die von Bonn implizit vorgenommene Ausgrenzung der revolutionären Volksorganisationen aus dem Spektrum der Demokraten bei gleichzeitiger moralischer Aufwertung Duartes dürfte genau dem Interesse Washingtons entsprechen, das Regime Duarte zu stabilisieren und zu legitimieren. Diese auch von der Führungsspitze der SPD getragene Politik[14]) bedeutet praktisch einen Bruch getroffener Vereinbarungen mit der FDR durch die SPD-Spitze[15]). Hatte die FDR-Führung doch der deutschen Sozialdemokratie mehrfach dargelegt, daß die Repression in El Salvador nur ein Ende finden kann, wenn die vorherrschenden Kräfte in Militär und Sicherheitsapparat entmachtet werden, und daß eine solche Entmachtung Vorbedingung bzw. zumindest Inhalt jeglicher politischer Lösung sein muß.

Duartes Macht und politische Position beruhen aber auf einer engen Koalition mit den führenden Offizieren in Armee und Sicherheitsapparaten sowie der massiven Unterstützung durch die USA. Es ist somit unwahrscheinlich, daß in Verhandlungen mit dem Regime Duarte die entscheidenden Hindernisse für Demokratie und sozialen Fortschritt in El Salvador beseitigt werden können.

Auf der anderen Seite besitzen die revolutionär-demokratischen Kräfte, sollte es ihnen gelingen, ihre militärische Position zu halten, bei einer klugen Bündnispolitik und einem Anwachsen der Solidarität in den USA und in Westeuropa durchaus die Möglichkeit, auch die Reagan-Administration in ihrem Handlungsspielraum so einzuengen, daß dieser direkte Verhandlungen mit der FDR lohnender als eine massive Intervention erscheinen.

Roger Peltzer

14) Vgl. Glotz, zit. in der FAZ v. 5. 3. 1981.
15) Diese Vereinbarungen sahen vor, daß die SPD sich bei den USA für direkte Verhandlungen zwischen der FDR und Washington einsetzen wollte (vgl. IDES, Nr. 28 v. 6. 3. 1981).

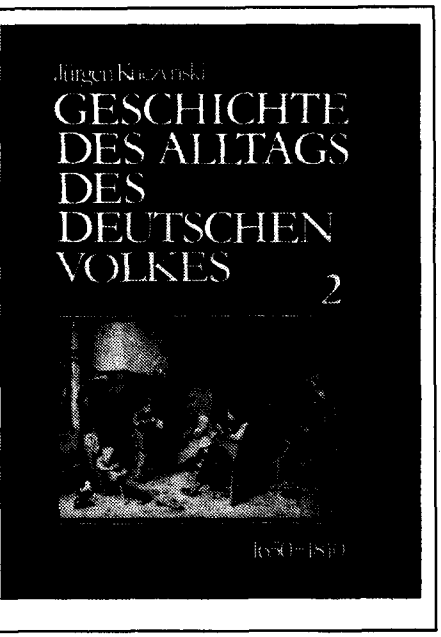
soeben erschienen

Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags des deutschen Volkes

Fünf Bände

Band 2: 1650–1810
500 Seiten, DM 29,80

Pahl-Rugenstein



Sicherheit für Deutschland?

Der „Doppelbeschluß" der NATO und die Glaubwürdigkeit der SPD

Von Dieter Begemann und Peter Pahmeyer

Die Autoren des nachstehenden Beitrags, Dieter Begemann, Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Herford, und Peter Pahmeyer, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe, sind die Initiatoren des sozialdemokratischen Appells „Mut für eine bessere Zukunft". Kritisch anknüpfend an die Regierungserklärung Helmut Schmidts vom 24. November 1980 appellieren in diesem sog. „Bielefelder Appell" Sozialdemokraten an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler, „dafür Sorge zu tragen, daß
– ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);
– die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;
– die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
– keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;
– der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischen Aufwand);
– schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird".

Insbesondere das Festhalten der Bundesregierung am „Brüsseler NATO-Raketenbeschluß" bringe die SPD „in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren". Der Appell, zu dessen Erstunterzeichnern Heinrich Albertz, Gert Bastian, Manfred Coppik, Bernt Engelmann, Karl-Heinz Hansen, Günter Jansen, Walter Jens, Emil Küchenhoff, Dieter Lattmann, Erich Meinike, Willi Piecyk, Heide Simonis und Klaus Thüsing zählen, wurde binnen weniger Wochen bereits von über 6000 SPD-Mitgliedern unterzeichnet.

Den Wortlaut des Appells „Mut für eine bessere Zukunft" veröffentlichten wir in Heft 1/1981 der „Blätter". Die Initiatoren baten wir darum, ihre Einschätzung der Situation in einem Artikel auszuführen, den wir nachstehend veröffentlichen. D. Red.

I. Parteitagsbeschluß und „Doppelbeschluß" – Legende und Wirklichkeit

Im Dezember 1979 faßte der Berliner Parteitag der SPD – gegen die Warnungen einer ansehnlichen Minderheit – jenen Beschluß, dessen Tragweite erst

nach und nach, jetzt aber mit um so tiefgreifenderen Folgen für das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie zutage tritt. Böse Zungen sprechen heute schon vom „Raketenparteitag". Über den Inhalt des Berliner Beschlusses und seine zunehmend kontroverse Interpretation wird noch zu reden sein. Für die Bundesregierung bedeutete er im Dezember 1979: Grünes Licht für die Zustimmung zum „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO, Handlungsfreiheit für Apel und Genscher bei ihren massiven Bemühungen um die Zustimmung widerstrebender NATO-Nachbarn wie Belgien und Holland. Am 12. Dezember 1979, eine Woche nach dem Berliner Parteitag, beschloß der NATO-Rat in Brüssel die Zustimmung zum Bau von 572 neuartigen US-Atomraketen (108 Pershing-II-Raketen und 464 Cruise Missiles/Marschflugkörper) sowie deren Stationierung in „ausgewählten Ländern"[1]). Die Bundesrepublik wurde dabei ganz besonders „ausgewählt": alle 108 Pershing II und 96 Cruise Missiles sollen ab 1983 in unserem Land stationiert werden.

Zwar war der Brüsseler Raketenbeschluß von Anfang an heiß umstritten. In der Bundesrepublik und speziell in der SPD trat diese Diskussion aber im Verlauf der Wahlauseinandersetzungen 1980 in den Hintergrund. Seit der Regierungserklärung Helmut Schmidts und spätestens seit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten wird die Diskussion auch in der SPD neu geführt. Es hat allerdings den Anschein, als habe die mehrmonatige Diskussionspause dazu geführt, daß auch bei führenden SPD-Politikern teilweise in Vergessenheit geriet, was eigentlich Beschlußlage in der Partei ist. Anders läßt sich z.B. die Äußerung Annemarie Rengers kaum erklären, es sei „Legendenbildung" zu behaupten, der Berliner Parteitag habe der Rüstungskontrolle den Vorrang vor der „Nachrüstung" eingeräumt[2]).

Es erscheint also zunächst – vor allen grundsätzlicheren Fragen, die in der Auseinandersetzung um die „Nachrüstung" und das Verhältnis zur neuen US-Strategie aufbrechen – dringend erforderlich zu klären, was im Hinblick auf den sog. Doppelbeschluß Legende und was Wahrheit ist. Nur so können „unterschiedliche Auffassungen in Sachlichkeit, Offenheit und kritischer Solidarität"[3]) ausgetragen werden. „Dies gilt insbesondere auch für die komplizierten Bereiche der Sicherheitspolitik . . ."[4]). Deshalb seien hier zunächst die wichtigsten Punkte des Berliner SPD-Beschlusses in Erinnerung gerufen:

1. Die Bundesregierung sollte der Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen „nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen. Ziel der Verhandlungen ist es . . . die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen"[5]).

1) Kommunique der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 Brüssel, in: „Blätter", 1/1980, S. 108–110.
2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 19. 1. 1981.
3) 5-Punkte-Erklärung des SPD-Präsidums, zit. nach „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 4. 2. 1981.
4) Ebd.
5) Antrag des Parteivorstands (Nr. 11) in der vom Berliner Parteitag (3.–7. Dezember 1979) beschlossenen Fas-

2. Solche rüstungskontrollpolitischen Regelungen sollten den „politischen Vorrang"[6]) erhalten.

3. Der Parteitag setzte sich für „die umgehende Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ein. Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufes gefährlich steigen und eine *neue Lage* schaffen"[7]).

Die Gültigkeit dieses Beschlusses ist in der SPD (bisher) unbestritten. Das bedeutet aber auch, daß die Politik von Sozialdemokraten daran gemessen werden muß, ob sie aus dem Nichteintreten bzw. Hinfälligwerden der Bedingungen und Voraussetzungen, von denen der Berliner Beschluß ausgeht, glaubwürdige Konsequenzen zieht.

Die Unkenntnis, die z. B. aus der Aussage von Frau Renger spricht, ist in der SPD nicht selten und nicht zuletzt auch eine Folge „der totalen Unterentwicklung . . . der Rüstungsdiskussion" innerhalb der Partei, die der jetzige Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im Wahljahr 1980 beklagte[8]), ohne daß die Parteiführung bisher erkennbare Schritte gegen den erkannten Mangel unternommen hätte. Diese „totale Unterentwicklung" wurde auch auf dem Berliner Parteitag deutlich, als ein „einfacher Delegierter" fragte, was denn eigentlich „Cruise Missiles" seien[9]).

Allerdings hatten sich im Vorfeld des Parteitages durchaus zahlreiche Ortsvereine und andere Gliederungen der SPD mit der sog. Nachrüstung beschäftigt und ihre Ablehnung dazu in Briefen an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion sowie in Anträgen zum Parteitag deutlich gemacht. Auch einem großen Teil der Delegierten wollte die offizielle NATO-Logik „Aufrüsten um abzurüsten" nicht einleuchten. Zumal sie noch während des Parteitags in der „Frankfurter Allgemeinen" den folgenden Ausspruch des NATO-Oberbefehlshabers lesen konnten: „Das wäre natürlich keine glaubwürdige Lösung der schwierigen Situation, der sich die NATO gegenübergestellt sieht, wenn wir Hunderte von Millionen Dollar zur Verfügung halten, damit die Waffensysteme gefertigt werden, doch deren Stationierung nicht gesichert ist."[10]) Da bedurfte es dann schon gewaltiger Anstrengungen der Befürworter dieser Logik, an ihrer Spitze Bundeskanzler Schmidt. Trotzdem stimmten „immerhin gut 40 Prozent" für einen Antrag, der die „Nachrüstung" ablehnte. „Dabei hatte Schmidt die Delegierten mit kaum verhüllten Rücktrittsdrohungen zu eindeutigen Voten für seine Rüstungs- und Kernenergie-Politik gepreßt."[11]).

---

sung, zit. nach „Politik, Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", S. 7. (Hervorhebung d. Verf.)

6) Ebd.

7) Ebd. (Hervorhebung d. Verf.)

8) Peter Glotz, Daß die SPD Identitätsprobleme hat, ist ohne Zweifel richtig, in Gremliza/Hannover (Hrsg.), Die Linke, Hamburg 1980, S. 111.

9) „Der Spiegel", 50/1979, S. 26f.

10) Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 6. 12. 1979.

11) „Der Spiegel", 50/1979, S. 20.

Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, daß der Berliner Parteitag der SPD zu einer Zeit stattfand, in der die Sowjetunion mit dem Abzug von 20000 Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR begann. Diese Maßnahmen hatte der sowjetische Parteichef Breschnew am 25. Oktober 1979 als Zeichen der Verhandlungsbereitschaft verkündet, verbunden mit dem Angebot einer Verringerung der in der westlichen Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen, aber auch mit der eindringlichen Warnung, daß eine Verwirklichung der „Nachrüstungs"-Pläne der NATO solchen Verhandlungen die Grundlage entziehen würde. Auch in den „kleineren" Bündnisländern Dänemark, Holland, Norwegen und Belgien, und dort vor allem in den sozialdemokratischen Parteien, brach im Vorfeld der NATO-Entscheidung immer deutlicherer Widerstand gegen die „Nachrüstung" auf. Das niederländische Parlament lehnte es sogar mehrheitlich ab, den Brüsseler Beschluß mitzutragen.

Der Berliner Parteitag forderte die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Nachrüstung von den oben genannten Bedingungen abhängig zu machen. Genau dies geschah aber auf der NATO-Ratssitzung am 12. Dezember 1979 nicht: „Während Genscher vehement für die amerikanischen Pläne warb, blieb sein neben ihm sitzender Kollege, den der NATO-Beschluß am meisten anging, meist stumm. Verteidigungsminister Hans Apel ließ sich während der Sitzung am Mittwochnachmittag lediglich zu einer Verfahrensfrage vernehmen und mühte sich ansonsten in Zweier-Gesprächen um einen Kompromiß fürs Kommuniqué."[12]) Glaubt man dem „Spiegel", dann gab es also von bundesdeutscher Seite nicht einmal den Versuch, gemäß der Berliner Parteitagsbeschlüsse zu handeln. So kam es zu dem NATO-Beschluß über den Bau der neuen amerikanischen Atomraketen „einschließlich einer verbindlichen Festlegung" zur Stationierung[13]). Dies ist die eine Seite des Brüsseler „Doppelbeschlusses", die sog. Nachrüstung. Auf der anderen Seite wurden Verhandlungen zwischen USA und UdSSR über Mittelstreckenraketen (LRTNF) in Aussicht gestellt: „Die Minister unterstützen voll die als Ergebnis von Beratungen im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln . . ."[14]). Hierbei gingen die Minister aber immer noch von der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages durch das amerikanische Parlament aus, der die „Grundlage" für weitere Verhandlungen sein sollte.

II. Abkoppelung Westeuropas im Rahmen der „Globalstrategie"

Wie sich immer deutlicher erweist, hatten die Belgier und Niederländer durchaus gewichtige Gründe für ihre Bedenken, die dann allerdings nur in einem geheimen Zusatzprotokoll festgehalten wurden. Denn bis zu diesem Zeitpunkt galt immer noch die Zusicherung der Amerikaner, mit ihrem strate-

12) „Der Spiegel", 51/1979, S. 20.
13) Kommunique a.a.O.
14) Ebd.

gischen Atompotential für die Sicherheit ihrer Verbündeten in Europa zu bürgen. Die Gefahr, die durch den Brüsseler Raketenbeschluß entstanden ist, machte schon damals der Vorsitzende des niederländischen Verteidigungsausschusses, Klaas G. de Vries, in einem Aufsatz für den „Spiegel" deutlich: „Wer aber eine solche eurostrategische Balance will, untergräbt den Zusammenhalt des Bündnisses, weil er dem Gedanken Vorschub leistet, daß ein Ost-West-Konflikt auf Europa beschränkt bleiben kann."[15])

Diese „Abkoppelung Europas" und der Ausbau vor allen Dingen der Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die Sowjetunion entspricht vielleicht amerikanischen, keinesfalls aber deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen. Es handelt sich um die konsequente Weiterentwicklung einer Strategie, die Nixons Verteidigungsminister Schlesinger 1974 zum ersten Mal öffentlich erörterte: „Die Idee eines begrenzten nuklearen Konfliktes."[16]) Anfang August 1980 unterzeichnete der damalige Präsident Carter die von seinem Verteidigungsminister Brown und Sicherheitsberater Brzezinski befürwortete „Direktive 59". Die darin festgelegte Strategie für einen Atomkrieg beinhaltet folgendes: „Die ersten *Angriffsziele* werden militärische Einrichtungen und Truppenkonzentrationen sowie Befehlsbunker der sowjetischen Führung sein. Erst später, wenn sich der Konflikt nicht begrenzen läßt, sollen Städte und industrielle Anlagen zerstört werden."[17]) Die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt" nennt dies zutreffend den „Weltuntergang auf Raten".

Will man diese Strategie auf Europa anwenden, benötigt man strategische Atomwaffen mit entsprechender Reichweite (bis in die Sowjetunion) und entsprechender Zielgenauigkeit: Pershing II und Cruise Missiles!

In diesem Zusammenhang muß nachdrücklich daran erinnert werden, daß die NATO im Falle eines Konfliktes durchaus zum atomaren Erstschlag bereit ist. Zu den Folgen noch einmal Klaas G. de Vries, der auch Berichterstatter des Militärausschusses der Nordatlantischen Versammlung ist: „Die gegenwärtige NATO-Strategie des möglichen Ersteinsatzes von Atomwaffen ist eine Strategie des Selbstmordes. Mehr als die Hälfte der 7000 bis 8000 Sprengköpfe, die in Westeuropa und namentlich in der Bundesrepublik gelagert sind, reichen nicht weiter als 20 Kilometer. Setzt die NATO sie ein, wird ihr eigenes Gebiet in einen radioaktiven Trümmerhaufen verwandelt."[18])

Vor dem Hintergrund der veränderten Atomkriegsstrategie der USA muß die „Nachrüstung" in einem neuen Licht gesehen und neu bewertet werden. Denn die US-Atomraketen, „die nach dem NATO-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 eingeführt werden sollen, sind die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen amerikanischen Nuklearstrategie. Die Eignung zur atomaren

15) „Der Spiegel", 50/1979, S. 22.
16) „Hamburger Abendblatt" v. 7. 8. 1980.
17) Ebd. Hervorhebung d. Verf. Vgl. auch Alfred Mechtersheimer, Acht Thesen zur Atomkriegsstrategie der USA und zur „Nachrüstung", in: Offiziere gegen Atomkriegsgefahr, Köln 1981, S. 24f.
18) „Der Spiegel", 50/1979, S. 22.

Ausschaltung militärischer Ziele in der Sowjetunion ist das eigentliche Motiv für die Stationierung". (Mechtersheimer)[19]).

Es kann nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes sein, darzustellen, ob es eine „Abschreckungslücke" gibt oder nicht. Es bleibt aber festzuhalten, daß die Argumente der „Nachrüstungs"-Befürworter höchst umstritten sind. Sowohl Militärs, wie der ehemalige Luftwaffenoffizier Mechtersheimer, General a. D. Gert Bastian, Generalmajor a. D. von Meyenfeldt (Niederlande) und der ehemalige Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen, Nino Pasti, als auch führende Politiker, namentlich Sozialdemokraten in Holland, Belgien, Großbritannien, Norwegen und Dänemark, und zahlreiche Friedensforscher haben gezeigt, daß die Argumente für die neuen amerikanischen Raketen auf tönernen Füßen stehen.

Entscheidend ist, daß die oben skizzierte amerikanische Atomstrategie (insbesondere seit der Wahl Präsident Reagans) in eine Militär- und Außenpolitik eingebettet ist, deren Aggressivität auch den Bonner „Musterschülern Amerikas" zu denken geben sollte.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier einige Beispiele angeführt:

1. In einer Studie vertreten die sicherheitspolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten die Auffassung, daß *kein Teil der Erde* künftig mehr „außerhalb der US-Interessen liegen dürfe. Diese seien schon dann zu schützen, „wenn der Angriff einer feindlichen Macht oder einer Koalition von Mächten *nicht unwahrscheinlich ist*" (Hervorhebung d. Verf.). Die USA müssten bereit sein, auch ohne ihre Verbündeten militärisch vorzugehen[20]).

2. Außenminister Haig erklärte vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats, daß er es nicht für richtig hält, „nur die Aufrechterhaltung des Friedens, . . . zum Kern all unserer (der amerikanischen; d. Verf.) politischen Überlegungen" zu machen[15]). So erklärt es sich wohl auch, daß Haig für den Fall eines Atomkriegs nicht dessen sofortige Beendigung als vorrangiges Ziel ansieht, sondern verkündet: „Auch wenn man den Nuklearkrieg verhindern will, muß man so gerüstet sein, daß man ihn gewinnen kann."[21])

3. Im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie, nach der kein Teil der Erde mehr „außerhalb der US-Interessen" liegen dürfe, erfolgt eine unerbittliche Bekämpfung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und deren Denunziation als „Terrorbanden". Dabei betreiben die USA noch offener als bisher neben der politischen auch die militärische Unterstützung von Diktaturen und Marionetten-Regimen in Süd-Korea, Chile, Argentinien, Uruguay und El Salvador, um nur einige Beispiele zu nennen. Wo dies nicht mehr ausreicht, sollen die Verbündeten des „Weltpolizisten" USA die Rolle der Hilfs-Sheriffs übernehmen. Beispiel: Die Mission des US-Sonderbeauftragten

19) Alfred Mechtersheimer, a.a.O., vgl. Anm. 17.
20) FR v. 6. 2. 1981.
21) Zit. nach A. Mechtersheimer, Vorschlag für eine Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepbublik Deutschland, in: Offiziere gegen Atomkriegsgefahr, Köln 1981, S. 26–30.

Eagleburger im Februar 1981, der die europäischen Verbündeten dazu auffordern sollte, die Medikamenten- und Lebensmittellieferungen für El Salvador einzustellen.

4. Für ein drastisches Aufrüstungsprogramm will die Reagan-Regierung „während der nächsten fünf Jahre rund 1,3 Billionen Dollar" ausgeben. „Für eine derartige Steigerung des Rüstungsaufwands in Friedenszeiten gibt es in der amerikanischen Geschichte kein Beispiel."[22]) Zu diesem Programm gehören die Modernisierung und der Ausbau der Fernbomberflotte, der Bau der mobilen Interkontinentalrakete MX, die Vorarbeiten für ein völlig neues strategisches Raketensystem, die Vergrößerung der Kriegsmarine von 400 auf 600 Schiffe, die Entwicklung einer neuen Generation chemischer Waffen (Binäre Systeme) usw. usw.

Vor diesem Hintergrund erscheint Helmut Schmidts Einschätzung in einem NDR-Interview nach seinem Antrittsbesuch bei Ronald Reagan, bei der neuen amerikanischen Adminstration handele es sich um „eine große Ansammlung von Sachverstand, Erfahrung und Fähigkeiten", als sehr bedenklich. Sowohl die „starken Worte" wie auch die Handlungen dieser Politiker zeigen, daß sie ihre (nach Schmidts Ansicht) positiven Eigenschaften nicht für die Fortführung der Entspannungspolitik einsetzen wollen. Eine amerikanische Politik, in der es „wichtigere Dinge als den Frieden" gibt, hat vielleicht den Vorteil der Klarheit, nicht aber den der Berechenbarkeit. Diese Unberechenbarkeit amerikanischer Politik aber kann für Europa und damit auch für die Bundesrepublik tödlich sein. Schließlich hat im Falle einer Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles niemand anderes als der amerikanische Präsident die letzte Entscheidung darüber, ob diese Raketen auf Ziele in der Sowjetunion abgefeuert werden.

Den neuartigen amerikanischen Raketen, die eine „Nachrüstung" gegenüber der sowjetischen SS-20 sein sollen, steht auf der Seite der UdSSR kein Raketensystem mit vergleichbaren Eigenschaften gegenüber. Es entspräche also den Gesetzen der Logik, wenn die Sowjetunion auf die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles mit der Einführung neuer Waffensysteme reagieren würde, die über eine entsprechende Reichweite und Treffgenauigkeit verfügen und in der Lage sind, die Radarüberwachung zu unterfliegen. Es ist leicht zu erkennen, daß durch die Verwirklichung der sog. Nachrüstung der NATO eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen würde, in deren Zentrum Europa stände. Die „Sicherheit für Deutschland" wäre mehr denn je in Gefahr.

Inzwischen hat US-Verteidigungsminister Weinberger sogar die vergessen geglaubte Stationierung der Neutronenbombe wieder in die Diskussion gebracht. Dies beinhaltet für die Bundesrepublik natürlich eine große Gefahr. Die weitaus größere Gefahr besteht hier aber, trotz aller Bonner Beschwichtigungen („Zur Zeit nicht aktuell" usw.) in einer Haltung, die Bundeskanzler

22) „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 6. 3. 1981.

Schmidt bereits in der Fernseh-Sondersendung zur Bundestagswahl am 2. Oktober 1980 an den Tag legte, als er erklärte, er habe sich 1977 für die Einführung der Neutronenbombe eingesetzt. Auch Egon Bahr wiederholt heute nicht mehr seine früheren Äußerungen („Perversion des Denkens"), sondern erklärt ausweichend, es gebe „militärische und sicherheitspolitische Argumente, die gegebenenfalls zu wägen wären"[23]).

In den Niederlanden teilt man Helmut Schmidts These, bei Weinbergers Neutronenbomben-Plänen handele es sich um „ungelegte Eier"[24]), jedenfalls nicht. Mit den Stimmen *aller* großen Parteien lehnte das dortige Parlament eine Einführung dieses Waffensystems ab.

III. Aufrüstung – Abbau sozialer Leistungen

Der Bericht der Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz Willy Brandts hat gezeigt, daß das ständige Wettrüsten der Industrienationen zu Hunger, Armut und Elend in der 3. Welt führt. In diesem Sinne ist der Antrag der 24 SPD-Fraktionsmitglieder, Verteidigungsausgaben um eine Milliarde DM zugunsten der Entwicklungshilfe zu kürzen, ein Schritt in die richtige Richtung, der nicht nur das verbale „Wohlwollen" der Bundestagsfraktion braucht, sondern gegangen werden muß. Der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik hat, nach NATO-Kriterien, die 60-Milliarden-DM-Grenze längst überschritten. Es handelte sich also um die Kürzung der Verteidigungsausgaben um ein Sechzigstel. Stellt man der Ablehnung des eben genannten Antrags die Leichtigkeit gegenüber, mit der während einer Sondersitzung des Bundeskabinetts ein Milliardenloch beim Kampfflugzeug „Tornado" gestopft wurde, so stellt sich auch hier in aller Schärfe die Frage nach der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik.

Zwar ist in der Bundesrepublik eine solch rigide Politik im Interesse der Rüstungskonzerne, wie sie jetzt in den USA eingeläutet wird, zur Zeit noch nicht durchführbar, aber auch hier führt die ständige Aufrüstung unverkennbar zu sozialen Schwierigkeiten. Minister *Lambsdorffs* „Gürtel-enger-schnallen"-Parole zeigt dabei die Richtung. Im Rahmen der sog. „Konsolidierung der öffentlichen Haushalte" findet dabei eine „Umschichtung" vom sozialen in den militärischen Bereich statt, wie die HBV-Gewerkschaftszeitschrift für den Nachtragshaushalt des Bundes 1980 nachwies:

„Gekürzt wurden unter anderem
– ein Modellprogramm zur Reform der Versorgung im psychiatrischen Bereich
– Einrichtungen der Berufsausbildung im Rahmen des Zukunfts-Investitionsprogramms
– Investitionen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung
– die Förderungen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
– die Förderung der Unfallforschung und der Forschung auf den Gebieten der

23) „Der Spiegel", 8/1981, S. 23.
24) „Kölner Stadtanzeiger" v. 18. 2. 1981.

Ergonomie und des Schutzes vor Lärm am Arbeitsplatz
- Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung
- Investitionszuschüsse zur Sanierung von Rhein und Bodensee
- die Mittel für die Stiftung ‚Deutsches Krebsforschungszentrum'"[25])

Mehr als die Hälfte der Ausgaben im Nachtragshaushalt entfielen aber „auf neue Militär- und militärisch relevante Aufaben"[26]). Diese Tendenz zur Umschichtung aus dem sozialen in den militärischen Bereich setzt sich im Regierungsprogramm und Haushaltsentwurf der neuen Bundesregierung verstärkt fort.

Den Verdacht einer „Großen Koalition" in Rüstungsfragen wird man nicht los, wenn man die Vorgänge um „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt) betrachtet. Bei der Entwicklung des „Tornado" wird eine „Finanzierungslücke" nach der anderen sichtbar, ohne das irgendjemand die Einstellung dieses Projekts fordert.

Die Auswirkungen der ständigen Aufrüstung gehen aber noch bedeutend weiter. In nahezu allen Städten, Gemeinden und Kreisen in der Bundesrepublik regiert der Rotstift, da weder Bund noch Länder in der Lage sind, den Kommunen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Um überhaupt noch finanziellen Spielraum zu haben, sind die Kommunalpolitiker meist ohnmächtig gezwungen, teilweise drastische Preis- und Gebührenerhöhungen zu beschließen. Unter dem Eindruck einer solchen Finanzmisere der Kommunen gelingt es dann sogar privaten Konzernen, einzelne kommunale Unternehmen aufzukaufen oder sich einzukaufen, z.B. in Stadt- und Wasserwerke. Dadurch kommt zwar kurzfristig wieder etwas Geld in die leeren Stadtsäckel, langfristig verlieren die Stadt- und Gemeinderäte aber jede Möglichkeit, auf die Preisgestaltung Einfluß zu nehmen. In dem gleichen Zusammenhang müssen auch Stellenstreichungen, Beförderungs- und Einstellungsstopps bei öffentlichen Einrichtungen gesehen werden. Nicht selten erfolgen diese Maßnahmen dann in der Jugend- und Altenpflege sowie weiteren Sozialbereichen, in denen ohnehin schon große Mängel bestehen.

Nach Aussage der HBV-Zeitung „ausblick" war vom Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, die Entwicklung eines taktischen Kampfflugzeugs für die 90er Jahre (TKF 90) „nicht aus dem Verteidigungshaushalt, sondern von anderen Ressorts"[27]) zu finanzieren. Dieses Projekt ist zwar wegen fehlender Mittel auf Eis gelegt worden. Allerdings sind bis zu dieser Entscheidung „bereits mehr als 50 Millionen Mark Entwicklungskosten an die Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und Dornier geflossen"[28]). Inzwischen hat Verteidigungsminister Apel sogar Steuererhöhungen in die Diskussion gebracht, um die Lücken im Verteidigungshaushalt, die durch Fehlplanungen und Preistreiberei der Rüstungsunternehmen entstanden sind, sowie das äu-

25) „ausblick", 2/1981, S. 11.
26) Ebd.
27) Ebd.
28) SZ v. 7./8. 3. 1981.

ßerst kostspielige sog. Modernisierungsprogramm der Bundeswehr finanzieren zu können[29]). CDU/CSU und FDP sprechen sich gegen solche Steuererhöhungen aus und fordern stattdessen Kürzungen in anderen Bereichen. Egal wie dieser Streit ausgehen wird, im Endergebnis bedeutet beides einen noch tieferen Griff in die Taschen der Bundesbürger. Als sicher gilt jedenfalls jetzt schon, daß im Nachtragshaushalt 1981 erhebliche Mehrausgaben für die Rüstung zu erwarten sind.

Wie weit ansonsten jeder einzelne Bundesbürger durch die Anbindung an die Globalstrategie der USA in Zukunft noch mehr belastet werden soll, läßt die folgende Äußerung des Bundesverteidigungsministers nur ahnen: „Wenn unsere amerikanischen Freunde in der NATO um Entlastung bitten, um weltweit Aufgaben übernehmen zu können, dann müssen wir uns, nach Absprache und Entscheidung in der NATO, solidarisch dazu bereitfinden."[30]) Als sich die Bundesregierung solidarisch dazu bereiterklärte, der „Nachrüstung" zuzustimmen, beinhaltete dies auch, „bestimmte Nebenkosten . . . gemeinsam"[31]) zu tragen. Die Gesamtkosten sind mit ca. 5 Mrd. Dollar angesetzt.

Die oben genannten wenigen Beispiele machen deutlich, daß zwischen der Erhöhung von Friedhofsgebühren und der „Nachrüstung" nicht nur wegen deren garantiert tödlicher Wirkung ein direkter Zusammenhang besteht, der noch von zuvielen Menschen nicht gesehen, aber bezahlt wird.

IV. Zur weiteren Diskussion

Die außenpolitischen Entwicklungen 1980 haben gezeigt, daß der NATO-Raketenbeschluß eine verhängnisvolle Fehlentscheidung war. Vom Brüsseler Doppelbeschluß ist nur die „Nachrüstung" übriggeblieben. Erhard Epplers Warnung auf dem Berliner Parteitag trifft den Kern: „Die Amerikaner werden den Teufel tun, die Raketen in Europa nicht zu stationieren, wenn sie erst einmal den NATO-Beschluß erreicht haben. Die werden mit den Russen nur pro forma über Abrüstung verhandeln."[32])

Damit ist bereits eine Bedingung des Parteitagsbeschlusses genannt, die nicht erfüllt worden ist. Es ist nicht zu ernstzunehmenden Verhandlungen gekommen, durch welche die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles verhindert werden sollte. Hierfür die Schuld vorrangig bei der Sowjetunion zu suchen, trifft die Sache nicht. Es bedarf „wohl kaum großer Phantasie, sich vorzustellen, wie vertrauensbildend es wirken muß, wenn man in einer ohnehin von Mißtrauen erfüllten Situation seinem Kontrahenten mit der einen Hand einen Ölzweig entgegenhält, während die andere einen Revolver auf ihn richtet. Genau so und nicht anders muß aber die Weisheit dieses Doppelbeschlusses gewertet werden". (Gert Bastian)[33]).

---

29) FR v. 2. 3. 1981.
30) „Bulletin", Nr. 47 v. 30. 4. 1980, S. 402.
31) Kommunique, a.a.O.
32) „Der Spiegel", 50/1979, S. 20.
33) Gert Bastian, Abrüstung, nicht Abschreckung, ist das Gebot der Stunde, Rede auf dem Krefelder Forum am 15. November 1980, zit. nach: Offiziere gegen Atomkriegsgefahr, Köln 1981.

Auch die im Ergebnis der Moskaureise Helmut Schmidts im vergangenen Oktober in Genf aufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Gespräche sind, nach einem einzigen ergebnislosen Treffen, im amerikanischen Wahlkampf und dem folgenden Machtwechsel steckengeblieben. Eine Wiederaufnahme oder gar ein Erfolg ist nicht abzusehen, denn „die aus solchen Gesprächen sich ergebenden Vereinbarungen" können, wie Bundeskanzler Schmidt seinerzeit nach dem Treffen mit Breschnew dem Bundestag berichtete, „erst nach der Ratifikation und Inkrafttreten von SALT II" wirksam werden[34]).

Die neue US-Regierung unter Ronald Reagan lehnt jedoch die Ratifizierung dieses Abkommens, das sieben Jahre lang ausgehandelt und schon im Juni 1979 von Carter und Breschnew in Wien unterzeichnet wurde, kategorisch ab.

Spätestens dadurch ist die „neue Lage" geschaffen, von der der Berliner SPD-Parteitagsbeschluß spricht. Wenn es der Parteiführung ernst ist mit der Einhaltung dieses Parteitagsbeschlusses, ist spätestens damit die Grundlage für eine Zustimmung zum NATO-Beschluß entfallen. Wenn Helmut Schmidt nun sagt, die amerikanische Regierung wolle den SALT-Prozeß weiterführen, so ist diese Absicht lobens- und unterstützenswert. Zunächst ist aber die Lage entstanden, die Hans Apel im Oktober 1979 in Washington den Amerikanern verdeutlicht hat, wonach bei einem Scheitern von SALT II ein abrüstungspolitisches Angebot *wertlos* sei[35]).

Da zu befürchten ist, daß das Aushandeln eines neuen Vertrages über Rüstungsbegrenzung, wenn es überhaupt dazu kommt, mindestens ebenso mühsam und langwierig sein wird wie im Fall des gescheiterten SALT-II-Abkommens, darf der „Nachrüstungs"-Beschluß nicht verwirklicht werden.

Zur Zeit werden alle Vorbereitungen getroffen, die neuen Waffensysteme einzuführen und vollzogene Tatsachen zu schaffen. Im Dezember 1980 hat die Bundesregierung der NATO die vorgesehenen Standorte für die Stationierung der amerikanischen Raketen mitgeteilt. An einigen dieser Standorte ist bereits mit umfangreichen Bauarbeiten begonnen worden. Im Januar 1981 berichtete die „Wehrtechnik", daß die US-Army beim deutschen LKW-Hersteller M.A.N. 465 geländegängige Fahrzeuge „als Zugmaschinen für die Start-/Transportsattelauflieger" der Pershing-Raketen bzw. der Marschflugkörper bestellt hat[36]).

Eine solche Entwicklung widerspricht eindeutig dem Willen der Berliner Parteitagsdelegierten! Sie müssen heute den Eindruck haben, getäuscht worden zu sein. Die SPD ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren – nicht nur vor ihren Mitgliedern, sondern auch vor ihren Wählern. Mit den gleichen Bedingungen, unter denen der Berliner Parteitag der „Nachrüstung" zugestimmt hat und deren Hinfälligwerden wir gezeigt haben, hat sich die SPD am

34) Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 3. Juli 1980, zit. nach: „Blätter", 7/1980, S. 883.
35) FR v. 21. 10. 1980.
36) „Wehrtechnik", 1/1981, S. 32/33.

5. Oktober 1980, mit ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl gestellt. Durch die große Ablehnung des „Programms Strauß", daß weitere Aufrüstung und soziale Demontage propagiert, haben die Wähler deutlich gemacht, welche Politik sie von der SPD erwarten.

Helmut Schmidt, der von sich sagt, daß er „einer der Verursacher dieses Beschlusses war"[37]), ist nun aufgefordert, die fälligen Konsequenzen daraus zu ziehen, daß alle für die Zustimmung zum „Nachrüstungs"-Beschluß geltend gemachten Voraussetzungen entfallen sind. Es hieße nur, im Sinne seines Amtseides zu handeln und Schaden vom deutschen Volke zu wenden, wenn der Bundeskanzler jetzt für die Rücknahme des Beschlusses einträte.

Für eine solche Kurskorrektur bestehen trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten durchaus reelle Möglichkeiten. Zum einen verfolgen die Sozialdemokraten in den europäischen Nachbarstaaten das gleiche Ziel. Zum anderen wäre an die Feststellung anzuknüpfen, die Helmut Schmidt selbst im April 1980 traf: „Wenn wir es abgelehnt hätten (das Konzept des NATO-Beschlusses; d. Verf.), wäre die Annahme durch Holland, Belgien und Italien sicherlich nicht in Betracht gekommen."[38]) Wenn dies so ist, wäre es wohl an der Zeit, daß Bundesaußenminister Genscher von der Bundesregierung den Auftrag erhält, für die Korrektur der seinerzeitigen Fehlentscheidung das gleiche Maß an Reisediplomatie zu entfalten, das er 1979 aufgewendet hat, um die widerstrebenden NATO-Partner von der Notwendigkeit amerikanischer Raketen zu „überzeugen".

Um die SPD aus der internationalen Isolierung herauszubringen, in die sie durch ihren „Nachrüstungs"-Kurs im Kreis der europäischen sozialdemokratischen Parteien geraten ist, und angesichts der wachsenden Zahl von SPD-Mitgliedern, die diesen Kurs ebenfalls ablehnen, brauchte Helmut Schmidt den „Mut zu einer populären Entscheidung"! Dies würde zwar nicht den Interessen jener Kreise entsprechen, die von internationalen Krisen und Spannungen profitieren und sich zu Recht von der amerikanischen Globalstrategie riesige Gewinne versprechen. Aber: Die Interessen der internationalen Rüstungindustrie können nicht die Interessen des deutschen Volkes sein! (Erinnert sei hier nur daran, wie nach der Wahl Reagans an der Wallstreet die Aktienkurse steil nach oben gingen, „vor allem amerikanische Rüstungsaktien"[39]). „In Tokio kam es zu einer Hausse in japanischen Rüstungswerten, weil eine Zunahme der ost-westlichen politischen Spannungen und US-Forderungen nach mehr militärischer Unterstützung durch die Verbündeten erwartet werden."[40])) Es gibt genügend Meinungsumfragen, die immer wieder bestätigen: Die große Mehrheit der Bundesbürger wünscht die „Fortsetzung der Entspannungspolitik". Auch deshalb muß der „Nachrüstungs"-Beschluß, der die Grundlagen der Entspannung in Europa bedroht, aufgehoben werden.

---

37) „Der Spiegel", 28/1980, S. 25f.
38) „Kölner Stadtanzeiger", v. 7. 8. 1980.
39) FAZ v. 7. 11. 1980.
40) „Die Welt" v. 6. 11. 1980.

Ein Sprachrohr der Finanz- und Rüstungslobby wie die FAZ sieht den Kanzler auf seiner Seite und unterstellt den Gegnern des Raketenbeschlusses, sie propagierten „nicht nur die nukleare, sondern auch die atlantische und die sicherheitspolitische Verweigerung."[41]) Es wird wohl auch in Zukunft nicht an Stimmen fehlen, die von „unkritischem Pazifismus" u. ä. reden. Allerdings hat die Veröffentlichung der schon verhandenen Atomwaffenlager in der Bundesrepublik durch den „stern" deutlich gemacht, wie widersinnig und haltlos diese Behauptungen sind, angesichts des tausendfachen Atomtodes vor unserer Haustür. Eine Erinnerung an die Meldungen über „Falschen Alarm", weil sich ein Computer „geirrt" hatte, oder „Beinahe-Unfälle" mit atomaren Sprengköpfen in den USA, läßt uns vielleicht ahnen, auf welchem Pulverfaß wir schon in „Friedenszeiten" sitzen.

Trotzdem muß man wohl auch in Zukunft damit rechnen, daß Zweiflern am bisherigen Verhandlungswillen der USA nachgesagt wird, sie seien „wohl sehr stark unter den psychologischen Einfluß der sowjetischen Propaganda geraten"[42]). Solche Rückfälle in blinden Anti-Kommunismus sind auch in der SPD weder neu, noch besonders originell. Vertreter solcher Thesen sind an dem Anspruch zu messen, ob sie in „Sachlichkeit, Offenheit und kritischer Solidarität" diskutieren können und wollen. Schließlich war es Willy Brandt, der gesagt hat, die Amerikaner legten den „Doppelbeschluß" sehr einseitig zugunsten der Nachrüstung aus[43]).

Die FAZ rät dem Kanzler, „in nicht allzu ferner Zukunft" die Vertrauensfrage zu stellen, um seine „Autorität stabilisieren" zu können. Auch dies wäre kein sachlicher Beitrag, sondern eine unzumutbare Belastung für eine Diskussion, die auf solche Weise ebenso wenig zu beenden ist wie durch einen Vorstandsbeschluß.

Die Bundesrepublik und damit auch die SPD steht vor der Entscheidung, ob sie sich einordnen will in eine amerikanische „Globalstrategie" und eine „umfassende strategische Vision, welche regionale Probleme in einen weltweiten Rahmen integriert, um Veränderungen unter Kontrolle zu halten"[44]). Auf diesem Wege würde die Bundesrepublik allerdings zu einem 51. Staat der USA und die SPD würde ihren Anspruch, eine reformerische und gesellschaftsverändernde Politik betreiben zu wollen, endgültig aufgeben. Damit würde sie aber auch die Legitimationsgrundlage der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung und der sozial-liberalen Koalition verlieren.

Die SPD hatte ihre größten Erfolge zu Beginn der 70er Jahre, als sie die Entspannung und den friedlichen Ausgleich mit dem Osten vorantrieb und in der Bevölkerung als „Partei des Friedens" galt. Diese Politik der politischen Entspannung, die eine Reihe positiver Ergebnisse gebracht hat (menschliche Erleichterungen, Vertragspolitik, sichere Arbeitsplätze durch Osthandel), wird

41) FAZ v. 20. 2. 1981.
42) Helmut Schmidt in einem Interview mit dem „Kölner Stadtanzeiger" v. 18. 2. 1981.
43) „Der Spiegel", 1–2/1981, S. 23.
44) US-Generalstabschef Jones, zit. nach FR v. 14. 2. 1981.

heute von Konservativen und Reaktionären verhöhnt, ohne daß darauf von führenden SPD-Politikern in der gebührenden Form geantwortet würde. Die Selbstbeschränkung (Selbstaufgabe?) von Sozialdemokraten geht inzwischen so weit, daß sogar in programmatischen Erklärungen auf das Wort „Entspannung" verzichtet wird. Beispiel: Die 5-Punkte-Erklärung des Parteivorstands zur Lage der Partei im Februar 1981.

Wenn NATO-Generalsekretär Luns auf einer Wehrkundetagung in München im Beisein führender deutscher Sozialdemokraten unwidersprochen behauptet, es gebe eine Alternative zur Entspannungspolitik[45]), so weiß er, wovon er spricht: Von einem gigantischen neuen Rüstungswettlauf und Kaltem Krieg wenn nicht Schlimmerem.

SPD und FDP begründeten ihr Zusammengehen zur sozial-liberalen Koalition 1969 nicht zuletzt mit dem gemeinsamen Willen zur Entspannungspolitik. Wenn der FDP-Vorsitzende Genscher, der die unglaubliche Äußerung des amerikanischen Außenministers Haig, es gebe wichtigere Dinge als den Frieden, vor dem Bundestag ausdrücklich und unwidersprochen rechtfertigt, heute versucht, die bundesdeutsche Außenpolitik im Sinne der amerikanischen Globalstrategie festzulegen, so ist die Grenze der Zumutbarkeit und der Kompromißfähigkeit für Sozialdemokraten erreicht. Eine Politik des angeblichen „Friedens durch Stärke", nach der die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen amerikanischen Raketenbasis gegen die Sowjetunion ausgebaut wird und nach der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erst möglich sein sollen, wenn „bestimmte Lücken auf militärischem Felde gegenüber der Sowjetunion"[46]) geschlossen sind, ist mit den Absichten der Entspannungspolitik unvereinbar. Dies gilt erst recht, da ein Ende der amerikanischen Zumutungen noch lange nicht absehbar ist. Schon fordert der Oberkommandierende der NATO, US-General Rogers, „zusätzliche Anstrengungen für die Abwehr der Gefahren außerhalb des NATO-Operationsgebiets" sowie „Verbesserungen unserer Fähigkeiten zur chemischen Vergeltung". Auch die Forderung nach mindestens 3% realer Steigerung der Verteidigungsetats, die im vergangenen Jahr nur von der Bundesrepublik erfüllt wurde, wird von Rogers auf mindestens 4,5% hochgeschraubt[47]).

Nachdem Leonid Breschnew auf dem Parteitag der KPdSU Anfang März 1981 den Vorschlag eines „Moratoriums" bei den Mittelstreckenwaffen in Europa unterbreitete, war es wiederum Außenminister Genscher, der diesen Vorschlag sofort als unannehmbar ablehnte und auch im Bundeskabinett diese Position durchsetzte. Dies muß um so unverständlicher erscheinen, wenn es sich bei der sowjetischen SS-20 wirklich um eine so schreckliche Waffe handelt, wie westliche Politiker behaupten und von deren Fähigkeiten westliche Geheimdienste in schöner Regelmäßigkeit immer neue Wunderdinge behaupten. Der Breschnew-Vorschlag zu Verhandlungen über die Verringe-

45) FAZ v. 23. 2. 1981.
46) FAZ v. 6. 3. 1981.
47) FAZ v. 6. 3. 1981.

rung von Mittelstreckenraketen beinhaltet das sofortige Einfrieren der Zahl dieser Raketen mit Beginn der Verhandlungen. Wenn es den NATO-Staaten wirklich um eine „ausgewogene Gesamtbilanz aller nuklearen Waffen beider Seiten auf möglichst niedrigen Niveau"[48]) geht und nicht um einen gigantischen Rüstungswettlauf, von dem Helmut Schmidt glaubt, daß „die Sowjetunion aufgrund ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Kapazitäten letztlich zweiter Sieger würde"[49]), müssen sofort alle Möglichkeiten genutzt werden, diese von der Sowjetunion angebotenen Verhandlungen zu beginnen und schnellstmöglich erfolgreich zu beenden. Die deutschen Sozialdemokraten würden dabei im Sinne des Berliner Parteitagsbeschlusses handeln, in dem es heißt, „daß schon entwickelte Waffensysteme aufgrund von Verhandlungsergebnissen nicht produziert und den Streitkräften zugeführt werden" brauchen[50]).

Da mit der Aufnahme von Gesprächen über Verhandlungen bzw. mit den Verhandlungen selbst aber noch keine Garantie für deren Erfolg gegeben ist – dies gilt insbesondere im Hinblick auf die „Position der Stärke", aus der heraus die Amerikaner verhandeln wollen –, bleibt die Aufkündigung des verhängnisvollen Brüsseler Raketenbeschlusses der entscheidnde Prüfstein für die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik.

Die bisherige Rüstungskontrollpolitik hat bestenfalls zu einer kontrollierten Aufrüstung geführt und die Logik „Aufrüsten um abzurüsten" hat ihr Scheitern durch jahrzehntelanges Beispiel bewiesen. Daraus muß endlich die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die politische Entspannung durch militärische Entspannung ergänzt werden muß. Diese ist aber kaum erreichbar, wenn man von Entspannung nicht einmal mehr spricht. Ebensowenig dürfen dann ständig neue Waffensysteme eingeführt werden, die sich der Berechnung von Mal zu Mal mehr entziehen, wie dies bei der sog. Nachrüstung der Fall wäre. Auch deshalb muß der NATO-Beschluß gekündigt werden!

Daß es sich bei dieser Frage nicht um irgendeine Links-Rechts-Auseinandersetzung handelt, wird deutlich an der Diffamierungskampagne, der prominente Gegner der „Nachrüstung" ausgesetzt sind. Dabei erscheint den Wortführern dieser Kampagne der Anti-Kommunismus immer noch als das brauchbarste aller „Argumente", etwa wenn ein Mann wie der Generalmajor a. D. Gert Bastian zu einer Art Agent gestempelt werden soll, der „sein politisches Zelt im ‚Friedenslager' der Kommunisten" aufgeschlagen habe und außerdem noch Spesen mit der DKP abrechne[51]).

Von der Verleumdung einzelner Personen bis zur versuchten Kriminalisierung der Friedensbewegung ist es dann nur noch ein kleiner Schritt. Auf der bereits erwähnten Münchner Wehrkundetagung warnte der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann „vor dem politischen Sprengstoff ge-

48) Antrag des Parteivorstands . . ., a.a.O., S. 6.
49) „Die Welt" v. 17. 4. 1980.
50) Antrag . . ., a.a.O., S. 4.
51) FAZ v. 5. 2. 1981. Ein ähnliches Beispiel in: „Neue Bildpost" v. 22. 2. 1981.

waltsamer Aktionen", die aus einer „Kampagne gegen die Sicherheitspolitik im allgemeinen und die Nachrüstung im besonderen"[52]) entstehen könne. Für alle Zweifler zeichnet Möllemann den Ablauf einer solchen Aktion bereits vor: „Ich habe Angst vor dem Tag, an dem eine Demonstrantengruppe etwa von der Radikalität der Bremer Demonstranten den ersten amerikanischen Konvoi anhält und es zu Auseinandersetzungen kommt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß *dies beabsichtigt ist* (Hervorhebung d. Verf.), um die amerikanischen und europäischen Partner durch derartige emotionelle Kampagnen gegeneinander aufzubringen . . ."[53]).

Unbeirrt von solchen Möllemannschen Schreckensvisionen erkennen aber immer mehr Menschen aller politischen Richtungen die Gefahr, die durch die Verwirklichung des sog. Nachrüstungs-Beschlusses droht. In christlichen Kreisen beispielsweise hat diese Diskussion ein bisher nicht gekanntes Gewicht bekommen. Auch in den Gewerkschaften spielt die Frage der Atomraketen eine immer bedeutendere Rolle. Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall verurteilte den NATO-Beschluß und „die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkriegs ermöglichen"[54]). Die Gewerkschaftstage der IG Druck und Papier sowie der HBV forderten die Aufhebung des Beschlusses, wobei in der Begründung der IG Druck und Papier deutlich wird, daß der Kampf um die Erhaltung des sozialen Besitzstands bzw. um sozialen Fortschritt untrennbar mit dem Kampf für Abrüstung verbunden ist: „Es bleibt auch die Frage, wie die Hochrüstung finanziert werden soll. Den Gürtel enger schnallen für Raketen kann keine Alternative sein zu gleichberechtigten Verhandlungen."[55])

In Hamburg und Bremen haben sich u.a. zahlreiche Bürgerschaftsabgeordnete der SPD in Aufrufen an die Bundesregierung für die Rücknahme des NATO-Beschlusses eingesetzt. Innerhalb der SPD haben bereits einige tausend Mitglieder den Aufruf „Mut für eine bessere Zukunft" unterzeichnet. Darin treten sie u.a. für die Rücknahme des „Nachrüstungs"-Beschlusses, gegen die Stationierung der Neutronenbombe und für eine Senkung des Rüstungsetats ein. Auch die Jungdemokraten haben eine Unterschriftensammlung in der FDP gegen die „Nachrüstung" angekündigt.

Am 15./16. November 1980 fand das „Krefelder Forum" statt, zu dessen Initiatoren Generalmajor a.D. Gert Bastian, Prof. Dr. Gerhard Kade, Pastor Martin Niemöller, Petra Kelly, Prof. Dr. h.c. Karl Bechert, Gösta von Uexküll, Christoph Strässer und Oberst a.D. Josef Weber gehören. Diese Initiative soll eine Gesprächsbasis dafür bieten, in dieser Existenzfrage, unabhängig von Partei- und Konfessionszugehörigkeit, gemeinsame Ziele zu formulieren. Eines die-

52) Zit. nach SZ v. 23. 2. 1981.
53) Ebd.
54) Entschließung 3 des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, zit. nach „Blätter", 1/1981, S. 103.
55) Antrag „Abrüstung" des 12. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier, zit. nach „Blätter", 1/1981, S. 98.

ser Ziele ist die Sammlung von 1 Million Unterschriften gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Eine Stärke der entstehenden Volksbewegung gegen die atomare Bedrohung liegt in der Vielfalt, mit der auf unterschiedlichen Ebenen die ruhige Aufforderung zur Sachdiskussion vorgetragen wird. Eine andere Stärke liegt darin, daß Arbeiter und Intellektuelle, Christen und Marxisten, sich zusammenfinden, ohne die Aufgabe eigener Grundüberzeugungen, aber auch ohne „Abgrenzungsneurosen", um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 muß zurückgenommen werden, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen dürfen nicht stationiert werden.

Das Ziel ist erreichbar!

Reagans „amerikanischer Traum" – ein Alptraum für Europa

Von Rudolf Hickel

Das Wirtschaftsprogramm, das Ronald Reagan am 18. Februar dieses Jahres unter dem Titel „Amerikas Neubeginn: Ein Programm für die wirtschaftliche Gesundung" vorgelegt hat, berührt mit seinem trockenen Zahlenwerk nur – wie der Leitartikler in der „Wirtschaftswoche" (20. 2. 1981) zu Recht feststellen mußte – die „Oberfläche des Ereignisses"[1]). Dieser aggressive „Feldzug" – so heißt es weiter in diesem Leitartikel – „für wirtschaftliche und militärische Aufrüstung" stürzt „die amerikanische Nation in ihr größtes Abenteuer seit Vietnam"; es setzt aber weit darüber hinaus bedrohliche Signale in Richtung einer politischen und militärischen Verschärfung weltweiter Spannungen. Hinter dem bloßen Zahlengerippe, das der Öffentlichkeit durch eine geschickt inszenierte, Hollywood-Theatralik in nichts nachstehende Präsentation über das Fernsehen angekündigt und dann als Sanierungsprogramm den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses vorgelegt wurde, verbirgt sich die bedrohlich aggressive Ankündigung neubelebten „amerikanischen Größenwahns" – so immer noch der Leitartikler in der offensichtlich irritierten konservativen „Wirtschaftswoche". Dieses Credo – darin liegt seine eigentliche Gefährlichkeit – stellt eine Mischung aus diffuser Beschwörung des „Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten" ohne Rücksichtnahme auf den historischen Stand gewachsener, nationaler und internationaler Abkom-

1) St. Baron, Voodoo in Washington; in: „Wirtschaftswoche" Nr. 9, 35. Jhg., 1981, S. 3.

ser Ziele ist die Sammlung von 1 Million Unterschriften gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Eine Stärke der entstehenden Volksbewegung gegen die atomare Bedrohung liegt in der Vielfalt, mit der auf unterschiedlichen Ebenen die ruhige Aufforderung zur Sachdiskussion vorgetragen wird. Eine andere Stärke liegt darin, daß Arbeiter und Intellektuelle, Christen und Marxisten, sich zusammenfinden, ohne die Aufgabe eigener Grundüberzeugungen, aber auch ohne „Abgrenzungsneurosen", um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 muß zurückgenommen werden, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen dürfen nicht stationiert werden.

Das Ziel ist erreichbar!

Reagans „amerikanischer Traum" – ein Alptraum für Europa

Von Rudolf Hickel

Das Wirtschaftsprogramm, das Ronald Reagan am 18. Februar dieses Jahres unter dem Titel „Amerikas Neubeginn: Ein Programm für die wirtschaftliche Gesundung" vorgelegt hat, berührt mit seinem trockenen Zahlenwerk nur – wie der Leitartikler in der „Wirtschaftswoche" (20. 2. 1981) zu Recht feststellen mußte – die „Oberfläche des Ereignisses"[1]). Dieser aggressive „Feldzug" – so heißt es weiter in diesem Leitartikel – „für wirtschaftliche und militärische Aufrüstung" stürzt „die amerikanische Nation in ihr größtes Abenteuer seit Vietnam"; es setzt aber weit darüber hinaus bedrohliche Signale in Richtung einer politischen und militärischen Verschärfung weltweiter Spannungen. Hinter dem bloßen Zahlengerippe, das der Öffentlichkeit durch eine geschickt inszenierte, Hollywood-Theatralik in nichts nachstehende Präsentation über das Fernsehen angekündigt und dann als Sanierungsprogramm den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses vorgelegt wurde, verbirgt sich die bedrohlich aggressive Ankündigung neubelebten „amerikanischen Größenwahns" – so immer noch der Leitartikler in der offensichtlich irritierten konservativen „Wirtschaftswoche". Dieses Credo – darin liegt seine eigentliche Gefährlichkeit – stellt eine Mischung aus diffuser Beschwörung des „Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten" ohne Rücksichtnahme auf den historischen Stand gewachsener, nationaler und internationaler Abkom-

1) St. Baron, Voodoo in Washington; in: „Wirtschaftswoche" Nr. 9, 35. Jhg., 1981, S. 3.

men zur Zusammenarbeit, inquisitorischem Antisozialismus, der schon in leisesten Ansätzen staatlicher Politik gegen Inflation und Arbeitslosigkeit sozialistische Experimente entdeckt, und blindem Antikommunismus dar.

Eine „aggressive, neue Rechte", wie Ralf Dahrendorf die Vertreter dieses „Kreuzzugs" für kapitalistische Erneuerung nach innen und Expansion nach außen in einem alarmierenden Artikel über die Versuche ihrer weltweiten Organisierung in der Wochenzeitung „Die Zeit" charakterisierte, hat Washington erobert[2]). Amerikanische Innen- und Außenpolitik versteht sich nicht mehr im Kontext bisheriger Entwicklungen; sie will – so Ronald Reagan in seiner Fernsehansprache – Bruch mit dem Bisherigen und „Neuorientierung" am immer wieder beschworenen „Wendepunkt"[3]).

Was ist neu am Reagan-Kurs?

Der Machtantritt der Reagan-Administration bringt veränderte programmatische Vorstellungen zur inneren und äußeren Entwicklung der USA auf den Punkt. Hier wird der „amerikanische Traum" („american dream"), jene in die Vorstellung einer friedfertigen, aber tatkräftigen Aneignung brachliegender Natur eingehüllte Nacherzählung faktisch gewaltvoller und blutiger Eroberung dieses Kontinents neu, jetzt wieder weltweit geträumt. Bereits ein erster Blick auf die Aussagen, aber auch die politischen Aktivitäten der Reagan-Administration zeigt die doppelte Ausrichtung dieser Politik: Nach innen geht es um eine marktradikale Neuordnung amerikanischer Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse. Außenpolitisch offenbart sich dieser Reagan-Kurs als ein unverhohlener Feldzug, der propagandistisch im Namen der sog. Freien Welt geführt wird, der aber politisch und militärisch auf die Rückgewinnung bzw. den Ausbau der Vormachtstellung der USA zu Lasten einer gewachsenen, bereits in Verträge geronnenen Politik der Entspannung, des Ausgleichs und internationaler Stabilität – insbesondere in Europa – hinausläuft. Dieser imperiale Anspruch der Reagan-Administration zielt auf die (Re-)Etablierung eines in Nibelungentreue neu zu schmiedenden Abhängigkeitsverhältnisses der westlichen Bündnisstaaten von den USA, um darüber deren eigene, durch politische Interessen an der Entspannung bestimmte Wege abzublocken. Die neue Runde menschheitsbedrohender Aufrüstungspolitik, die die USA vor allem gegenüber den europäischen Staaten im NATO-Bündnis durchzusetzen versuchen, ist bestes Beispiel einer Hegemonialpolitik, die die Territorien der Bündnispartner zum Vor- bzw. Hinterland militärischer Strategien der USA degradiert.

Ein weiteres Charakteristikum dieser neu aufgelegten und forcierten amerikanischen Missionspolitik ist aber auch darin zu sehen, daß sie nur noch unter strategisch-militärischen Gesichtspunkten ihr Verhältnis zu diktatorischen, antidemokratischen Regimen und Militärjunten, die ja gerade eine eigen-

2) R. Dahrendorf, Freie Welt in Gefahr?; in: „Die Zeit" v. 9. 1. 1981, S. 29.

3) Fernsehansprache Präsident Reagans zur Wirtschaftspolitik der USA; in: Amerika Dienst-Dokumentation, 11. 2. 1981, sowie Ansprache vor dem Kongreß; in: Amerika Dienst-Dokumentation, 19. 2. 1981.

ständige, durch den Willen der Bevölkerung bestimmte gesellschaftliche Gestaltung gewaltvoll unterdrücken, definiert.

Die ersten außenpolitischen Entscheidungen der neuen amerikanischen Regierung, die sicherlich nur die Spitze eines Eisbergs ausmachen, zeigen die unter militärischen Gesichtspunkten stehende Politikwende überaus deutlich: (a) Die USA stabilisiert durch Wiederaufnahme der Subventionierung von Exporten nach Chile sowie Einladungen zur Teilnahme an interamerikanischen Flottenmanövern die dortige Militärjunta. (b) Durch Blitzreisen zu den europäischen NATO-Verbündeten, aber auch durch eine weltweite antikommunistische Propagandawelle wird die militärische und finanzielle Unterstützung der diktatorischen Regierung in El Salvador gerechtfertigt. (c) Bereits bei seiner Anhörung vor dem zuständigen Senatsausschuß hat der neue Außenminister, Alexander Haig, auf großzügige Wirtschaftshilfe für die Generäle der Militärjunta in der Türkei hingewiesen.

Dieses außenpolitisch-militärische Prinzip der Sicherung amerikanischer Vormachtstellung ist mit einer ökonomischen Heilslehre verwoben, die die Richtschnur für die Neuordnung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen im durch die USA dominierten Block abgeben soll. Gemeint sind die Rezepte einer marktradikalen Erneuerungsbewegung, die zwar lange ideologisch vorbereitet wurden, aber erst in Reagans „Programm für die wirtschaftliche Wiedergesundung" politikrelevanten Niederschlag gefunden haben. Der imperialen Expansions- und Abgrenzungsstrategie nach außen steht eine orthodoxe Kapitalismuserneuerung nach innen gegenüber.

Kapitalismuserneuerung nach innen

Die Therapie der wirtschaftlichen Erneuerung, die einen wesentlichen Pfeiler des Reagan-Programms darstellt, weist Züge auf, die aus der Diskussion marktradikaler Konzepte bekannt sind. Am Anfang steht eine paradoxe Ursachenerklärung. Die Ursachen für – so Reagan in der eingangs schon angesprochenen Fernsehinszenierung – „die schlimmste wirtschaftliche Klemme seit der großen Depression", die sich in ökonomischer Wachstumsschwäche, Anstieg der Inflationsraten und hoher Arbeitslosigkeit ausdrückt, lägen nicht in einem Zuviel an Markt, sondern in einem Übermaß an wohlfahrtsstaatlichem Interventionsismus begründet. Ein Netz bürokratischer Regulierung habe die privatwirtschaftliche Initiative so eingeengt, daß wirtschaftliche Wachstums- und Innovationsdynamik in erheblichem Ausmaß bedroht seien. In monomaner, den Ideologen der radikalen Marktorthodoxie folgender Einfältigkeit, werden die Politiken, die sich vor allem auf das Abfangen und Ausbalancieren sozial-ökonomischer Folgeprobleme monopolisierter Unternehmenswirtschaft beziehen, in *Ursachen* für die wirtschaftliche Krisenentwicklung umgemünzt.

Aus diesem neokonservativen Krisenszenario folgt zwangsläufig die Strategie einer politisch durchzusetzenden Freisetzung der „selbstheilenden Kräfte des Marktes" – so der Originalton des Wirtschaftsprogramms – von staatlichen

Interventionen im weitesten Sinne. Das Zauberwort heißt „Deregulation", d.h. Abbau sozialstaatlicher Eingriffe zugunsten kapitalorientierter „Selbstregulierung". Instrumentell gesprochen wird eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik („supply-side-economics"), die das „amerikanische Grundideal" vom „freien Spiel der Kräfte" wieder ermöglichen soll, gefordert. Im Klartext geht es damit um die Durchsetzung eines massiven Umverteilungsprozesses der öffentlichen Haushalte zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinnstabilisierung. Steuerentlastungen, die vor allem die hohen Einkommensschichten und Unternehmensgewinne begünstigen, stehen radikale Kürzungen im Wohlfahrtshaushalt gegenüber. Solche Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind etwa: Ausgabensenkungen in 83 Sozialprogrammen, Kürzung der Zahlungsdauer von Arbeitslosengeld, Entlassungen im öffentlichen Dienst (ca. 300000 Beschäftigte), Senkung der Anspruchsgrenze bei Lebensmittelkarten (von 14000 auf 11000 Dollar Jahreseinkommen; damit fallen 400000 Familien aus der Unterstützung heraus), 600000 Studentenstipendien werden gestrichen, die Schulspeisung um 1,6 Mrd Dollar weniger subventioniert, 45 Erziehungsprogramme (vor allem für Sozialbehinderte, Analphabeten, Behinderte) werden zurückgenommen. Diesem Abschied von der wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung amerikanischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die im Anschluß an den „New Deal" im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 vor allem die Kennedy- und Johnson-Adminstration (etwa „großes Armutsprogramm") mit Blick auf einen breiteren gesellschaftlichen Konsens propagiert hatten, steht eine radikale Steuersenkungspolitik gegenüber. Innerhalb der nächsten drei Jahre ist die Reduzierung der Einkommenssteuer um 10% pro Jahr ab 1. Juli 1981, also insgesamt um 30%, vorgesehen.

Von diesen prozentualen Einkommenssteuersenkungen gehen, darauf haben die Gewerkschaften und demokratische Senatoren hingewiesen, sozial völlig unakzeptable Wirkungen aus, denn je höher die zu besteuernden Einkommen ausfallen, um so höher sind dann die absoluten Entlastungseffekte. Weiterhin ist eine für Unternehmungen bedeutsame Senkung der Kapitalertragsteuern in den nächsten 3 Jahren vorgesehen. Durch Abschreibungsentlastungen soll die privatwirtschaftliche Kapitalbildung verbessert werden.

Die Rezeptur zur „wirtschaftlichen Wiedergesundung", die Ronald Reagan den USA verschrieben hat, lebt von der Hoffnung, daß die Stärkung privatwirtschaftlicher Gewinne die Wirtschaft wieder auf einen vollbeschäftigungskonformen und inflationsfreien Wachstumspfad zurückführen kann. An der ökonomischen Logik, die hinter diesem marktradikalen Konzept angebotsorientierter Wirtschaftspolitik steht, gibt es nicht nur theoretische, sondern auch empirisch-praktische Kritik, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann. Nur so viel: Wo soll auf der Basis dieser von Staats wegen durchgesetzten Umverteilung zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinne die gesamtwirtschaftliche Nachfrage herkommen, wenn sich der Staat aus öffentlichen Ausgabenprogrammen zurückzieht und sich das Massenelend vergrößert? Soll so etwa die amerikanische Autokrise bewältigbar sein?

Diesen Rückfall in eine voraufklärerische Ökonomik, die durch den der Weltwirtschaftskrise folgenden „New Deal" überwunden zu sein schien, hat Karl-Georg Zinn unlängst als einen „paläoliberalen Exorzismus" bezeichnet, d.h., es wird danach der Versuch unternommen, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Beschwörungsformeln der Marktwirtschaft den ihr innewohnenden Teufel auszutreiben[4]).

Praktische Anhaltspunkte für die ökonomische Erfolglosigkeit dieser Politik der Kapitalismussanierung liegen zwischenzeitlich vor. Der „große Kreuzzug" („great crusade"), den Margret Thatcher – in völliger Verdrehung der Interdependenzen zwischen krisenanfälliger Wirtschaft und kompensierendem Staat – gegen den „ausbeutenden Staat" („exploiting state") in England seit Ende der 70er Jahre gestartet hat, konnte die Krisenprobleme nicht mildern, sondern nur verschärfen: die Arbeitslosigkeit steigt exorbitant (momentan bei 2,46 Millionen); das wirtschaftliche Wachstum ist 1980 um 3% real gesunken – ein Wert der letztmalig während der „Großen Depression" erzielt wurde. Die nüchterne Analyse, die das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) unter dem Titel „Wirtschaftspolitische Neuorientierung hat die Wirtschaftslage in Großbritannien verschlechtert" vorgelegt hat, gibt Auskunft über die Wirkungen einer Politik, die nach streng monetaristischer Rezeptur die Krise mit noch größer werdender Krise bekämpft[5]).

Schon diese wenigen Hinweise machen deutlich, daß das wirtschaftspolitische „Wiedergesundungsprogramm" bereits im engeren, ökonomischen Sinne konterproduktiv wirken muß. Es steht zu erwarten, daß der von Staats wegen durchzusetzende massive Umverteilungsprozeß zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinne und zu Lasten der Lebensverhältnisse unterer Einkommensbezieher auf soziale und ökonomische Proteste und Widerstände stoßen muß. Wenn aber dann noch diese Politik der Rücknahme des Wohlfahrtsstaates mit ökonomischer Erfolglosigkeit verbunden ist, d.h. die Wiederherstellung von Wachstum-, Geldwert- und Beschäftigungsstabilität nicht gelingt, werden die sozial-ökonomischen Auseinandersetzungen zwangsläufig zunehmen. Erst in dieser Situation entlarvt sich der politische Kerngehalt des Reagan-Kurses.

Transformation vom Welfare- zum Warfare-State

Wie sich die Reagan-Administration verhalten wird, wenn ihr gegen den „Welfare-State" (Wohlfahrtsstaat) gerichtetes Programm nicht aufgeht und das Potential sozial-ökonomischer Widersprüche zwangsläufig zunimmt, darüber läßt sich momentan nicht nur spekulieren, denn die angekündigte Politik bietet hierzu bereits einige handfeste Orientierungen. Die oberflächlich populistische Forderung nach radikaler „Entstaatlichung" ökonomischer Prozesse offenbart nur die eine Seite der Medaille. Dem verordneten Rückzug

4) K. G. Zinn, Der sozialstaatliche Interventionismus steht zur Disposition; in: Wirtschaftsdienst, 1981 (I), S. 10.
5) DIW, Wirtschaftspolitische Neuorientierung hat die Wirtschaftslage in Großbritannien verschlechtert; in: Wochenbericht, 32/1980, S. 339ff.

des Staates aus der wohlfahrtsorientierten Politik zugunsten einer privatwirtschaftlichen Gewinnpflege steht jetzt schon eine Ausweitung von „Law-and-Order"-Maßnahmen gegenüber. Dem Abbau des „Welfare State" entspricht der Ausbau des „Warfare State" (in guter Eindeutschung des „wehrhaften Staates"). Erste genauere Analysen der neuen Zentralbudgetplanungen zeigen einen ungestörten Anstieg der Staatsausgaben für Maßnahmen zur Herstellung und Garantierung „innerer Sicherheit". Soweit sich über die „moralische Aufrüstung" die Einsicht in die Notwendigkeit einer „Politik der Wende" nicht vermitteln läßt und politische sowie gewerkschaftliche Widerstände manifest werden, stehen natürlich Polizei- und Justiz-Apparate zur gewaltvollen Durchsetzung „wirtschaftlicher Aufrüstung" zur Verfügung. Die Strategie der „Befreiung" der Ökonomie von sozialorientierter staatlicher Regulierung hat ordnungspolitisch den starken, rahmensichernden Markt- und Machtstaat zum Pendant. Politische Freiheiten finden dort ihre Schranken, wo sie den Spielraum von Kapitalstrategien beschränken.

Die Reagan-Politik steht mithin vor dem Problem, aufgrund einer Restabilisierung kapitalorientierter Interessen und Herrschaftsverhältnisse den gesamtgesellschaftlichen Konsens unter dadurch veränderten Bedingungen anders herstellen zu müssen. Die Verstärkung konkurrenzwirtschaftlicher Elemente, die die individuell kaum zu bewältigenden Risiken erhöhen, steigert die Schwierigkeiten nicht-marktregulierter Bereiche von Politik und Gesellschaft. Hierin schlummert ein Teil der Gefahr einer über die Vermarktung der sozial-ökonomischen Lebensverhältnisse vermittelten Erhöhung individueller und gesellschaftlicher Aggressivität. Mangelnde sozialstaatliche Leistungen, Folge des Programms marktradikaler „Erneuerung", erhöhen das Loyalitätsproblem der durch Entzug betroffenen Bevölkerungsschichten. Hieraus ergibt sich ein weiterer Grund für steigende Aggressivitätspotentiale. Dieses Wechselspiel zwischen steigender Aggressivität und repressiver Ordnungspolitik gegen unterschiedlichste Formen latenten und manifesten Widerstands wird die innenpolitische Entwicklung der USA dann maßgeblich bestimmen, wenn die ökonomische Doktrin Reagans durchgesetzt werden wird. Zum Teil ist jetzt schon der Versuch erkennbar, die durch expansionistische Ausdehnung von Konkurrenzstrukturen auf alle Lebensverhältnisse steigende Aggressivität durch die massive Pflege von „Feindbildern" zu kanalisieren. Das Wiederaufleben eines forcierten Antikommunismus ist auf inneramerikanische Verhältnisse ebenso wie auf die Durchsetzung einer neuen Expansionsstrategie ausgerichtet. Die ideologische Abgrenzung nach innen, die bereits in wohlfahrtsstaatlicher Politik „sozialistischen Unrat" wittert, setzt sich in der Außenpolitik unmittelbar fort. Bei der Vorlage des Kürzungsprogramms gegenüber dem Sozialhaushalt hat Ronald Reagan pathetisch festgestellt: „Es ist meine Pflicht, eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorzuschlagen". In den nächsten 18 Monaten sollen die Rüstungsausgaben in den USA gegenüber dem bisherigen Ansatz um 32,6 Mrd. Dollar erhöht werden. Nach 1982 ist für die folgenden fünf Jahre eine Erhöhung gegenüber dem bisherigen Ansatz in Höhe von ca. 200 Mrd. Dollar geplant.

Gleichzeitig wird die caritative Auslandshilfe (etwa Lebensmittellieferungen in arme Länder) um 26% gekürzt.

Disziplinierung nach innen und militärisch abgesicherte Expansion wirtschaftlicher und politischer US-Interessen nach außen kennzeichnen die Politik. Die Reagan-Botschaft zeigt den engen Zusammenhang von Politik und Ökonomie.

Die ökonomische „Erneuerung", auf inner- und außeramerikanische Gesellschaftsverhältnisse eingestellt, steigert internationale Spannungen. So wie „Law-and-Order"-Politik die inneramerikanische Kapitalismussanierung flankiert, schlägt die marktradikale Expansionsstrategie auf eine erhöhte Bereitschaft zur militärischen Regulierung von Konflikten durch. Der über die Marktideologie wiederbelebte, „amerikanische Größenwahn" findet in der Außenpolitik, die vor allem Militärpolitik ist, seine internationale Dimension. Genau in diesem Zusammenhang ist erkennbar, daß das Wirtschaftsprogramm nicht nur ein auf inneramerikanische Verhältnisse ausgerichtetes Zahlenwerk ist. Dahinter verbirgt sich eine neue aggressive Strategie, die schrittmacherhaft die internationalen Spannungen erhöht.

Ideologische Hintergründe des Reagan-Programms

Der Durchbruch der Reagan-Linie erfolgte vor dem Hintergrund der Herausbildung einer neuen Rechten" von Intellektuellen, die seit Jahren entsprechende Konzepte formuliert haben, die den USA aber jetzt erstmalig politikbestimmend wurden. In dem bereits erwähnten Artikel in der Wochenzeitschrift „Die Zeit" hat Ralf Dahrendorf unter dem Titel „Die Linke erregt immer noch Furcht, aber die Gefahr für die Freiheit kommt von rechts – Freie Welt in Gefahr?" vor dieser neuen, sich verbreitenden intellektuellen Strömung gewarnt. Um die Zeitschrift „Commentary", deren Herausgeber D. P. Moynihan – bekannt durch seine These vom „Sozialdemokratismus" als „europäische Krankheit" – seit Jahren rechte Intellektuelle um sich sammelt, wird ein „Komitee für die freie Welt" gegründet. Unter dem bezeichnenden Titel „Im Interesse der Gesundheit" („in the interest of sanity") sammeln sich dort „Schriftsteller, Wissenschaftler, Lehrer, Verleger und andere" weltweit, und zwar diejenigen, die von der „Einsicht" ausgehen, „daß freie Gesellschaften zunehmend attackiert werden." Daher – so heißt es weiter – „. . . verbinden wir uns jetzt zu einer gemeinsamen Bemühung, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um der Gefahr zu begegnen"[6]). In seinem Notruf in der „Zeit" weist Dahrendorf auf den 1945 eingerichteten, unter ähnlichen Zielen stehenden „Kongreß für kulturelle Freiheit" hin, der nachweislich unter CIA-Einfluß stand. Hinter ihrer programmatischen Sorge um die „freie Welt" steckt faktisch jedoch ein Etikettenschwindel. Innen- und außenpolitische Bedrohungen gehen von der Ideologie dieser „neuen Rechten" aus, die den Reagan-Kurs prägt: Abbau von Sozialstaatlichkeit und Demokratie zugunsteneines staatsautoritär geschützten „Spiels der freien Kräfte am Markt" ei-

6) Zit. nach R. Dahrendorf, vgl. a.a.O.

nerseits und Realisierung einer globalen Vormachtpolitik unter dem Vorwand, eine in Not geratene „freie Welt" retten zu müssen, andererseits.

Die wirtschaftspolitische Rezeptur, die in Reagans Programm vollen Eingang gefunden hat, ist schon seit vielen Jahren, teilweise unter der Hülle einer schwer durchschaubaren Fachsprache, entwickelt worden. Bereits 1962 hat Milton Friedman, um den sich zwischenzeitlich eine expandierende Gruppe Gleichgesinnter schart, in seinem Buch „Capitalism and Freedom" („Kapitalismus und Freiheit"), das zur Pflichtlektüre für fortschrittliche Köpfe werden sollte, sein Konzept der Kapitalismussanierung verkündet, das nur allzu deutlich dem Reaganschen Wirtschaftsprogramm Pate gestanden hat[7]). In der politisch-kritischen Diskussion blieb dieses Buch leider zu lange unentdeckt. Die wirtschaftswissenschaftliche, aber auch wirtschaftspolitische Kontroverse konzentriert sich seit Ende der 60er Jahre auf den vor allem auch durch Milton Friedman ins Leben gerufenen „Monetarismus". Lange blieb übersehen, daß sich die Botschaft von „Capitalism and Freedom" im Formel- und Strategienwerk des „Monetarismus" unverändert wiederfindet.

Wirtschaftspolitisch versteht sich dieser „Monetarismus" als radikale „Gegenrevolution" – so formuliert es Friedman immer wieder selbst – zur wirtschaftspolitischen Globalsteuerung, die aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise durch John Maynard Keynes entwickelt und von anderen Autoren ausgebaut wurde. Im Kern geht es in dieser Kontroverse um ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Während die Monetaristen auf der Behauptung bestehen, privatwirtschaftliche Systeme tendierten zur optimalen Selbstabilisierung, gehen die Keynesianer davon aus, daß nur durch staatliche Eingriffe (Intervention) gesamtwirtschaftliche Stabilität gesichert werden kann. Für die Keynesianer gibt es keinen Münchhauseneffekt der Marktwirtschaft in dem Sinne, daß sie sich am eigenen Schopfe aus der Krise ziehen könnte. Dem Pessimismus gegenüber mangelnder Regulierungsfähigkeit der allein gelassenen, staatsfreien Marktwirtschaft steht hier ein Optimismus bezüglich der Möglichkeit des Staates, Stabilitätsprobleme kompensieren zu können, gegenüber. Die Monetaristen gehen von der prinzipiellen Stabilität des privaten Sektors aus. Krisen werden auf außermarktmäßige Einflüsse – etwa durch Staat und Gewerkschaften – zurückgeführt. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung lassen sich nur garantieren, wenn das freie Spiel der Märkte, insbesondere das der Arbeitsmärkte, gewährleistet wird. Wenn die Geldversorgung an die mittelfristige Wachstumsentwicklung gekoppelt wird – so die Aussage der Monetaristen –, dann ist eine krisenfreie Entwicklung garantierbar. Die monetaristische „Gegenrevolution" bereitet mithin eine Politik vor, die alles auf die Marktmechanismen setzt. Ihre Attacke gegen keynesianische Stabilisierungspolitik läßt sich schnell begründen: Zum einen trägt dieser Einstieg in staatliche Stabilisierungsintervention die Gefahr in sich, politische Eingriffe in die Wirtschaft auszubreiten und zu intensivieren.

7) M. Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago 1962 (in dt.: Kapitalismus und Freiheit, München 1976).

Zum anderen verhindert staatliche Interventionspolitik, daß die Arbeitslosigkeit ein Instrument der Wirtschaftspolitik im Sinne der Schaffung von Druck auf Löhne und Erhöhung betrieblicher Disziplin (M. Kalecki) bleibt. „Monetaristen" bestreiten rundweg, daß die Arbeitslosigkeit etwas mit dem marktwirtschaftlichen Koordinierungsgefüge zu tun habe. Ein Teil der Arbeitslosigkeit wird auf abstrakt-rationale Entscheidungen zurückgeführt („Sucharbeitslosigkeit"). Ein anderer Teil der Arbeitslosigkeit resultiere aus der politisch-gesellschaftlichen Entscheidung, nicht den Lohn zuzulassen, bei dem Vollbeschäftigung hergestellt werden könnte. Gewerkschaften würden – so das Konzept – über den Marktverhältnissen liegende „Mindestlöhne" durchsetzen. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit würde durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert und durch Beschäftigungspolitik verdeckt. Damit sei eine in der Situation der Arbeitslosigkeit erforderliche Lohnratenreduktion nicht möglich. Wer also derartige „Mindestlohnarbeitslosigkeit" beseitigen will, der muß den Einfluß der Gewerkschaften zurückdrängen und den Staat aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung entlassen. Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos bei Zurückdrängung gewerkschaftlicher Politik – das sind die Inhalte einer monetaristischen Wirtschaftspolitik. Am Beispiel marktradikaler Beschäftigungspolitik offenbart sich der Grundzug der Friedmanschen Lehren, die über Adam Smith's „Wealth of Nations" nicht hinausgekommen zu sein scheinen: Schaffung staatsfreier Marktbeziehungen. Der Grundgedanke der Friedman-Schule ist zwischenzeitlich auf viele gesellschaftlich-politische Bereiche übertragen worden. In seiner interessanten Veröffentlichung „Der Kapitalismus von morgen" berichtet Henry Lepage über den fortgeschrittenen Prozeß der Übertragung marktrationaler Entscheidungsmodelle auf nahezu alle Lebensbereiche: Liebe, Bildung, Bürokratie, Diskriminierung, Ungleichheit, Gerechtigkeit, Geburtenkontrolle u.s.f. werden in das Kalkül ökonomischer Rationalität eingespannt[8]).

So hat etwa Demsetz in seinem Artikel „Minorities in the Market Place" ökonomisch zu erklären versucht, warum es, wenn es Diskriminierung von Schwarzen nun mal gibt, sinnlos ist, schützende Mindestlöhne aufrechtzuerhalten. Der weiße Unternehmer – so die Argumentation – stellt eben dann nur Schwarze ein, wenn ihm die Überwindung seiner rassistische Abneigung „entlohnt" wird. Er verlangt eine monetäre Wohlfahrtskompensation („wealth compensation"). Das begründet die Rationalität rassisch verursachter Lohndifferenzierungen. Wird diesen mit Mindestlohngarantien entgegengewirkt, kommt es zur Nichteinstellung[9]). Durch den Wegfall von Mindestlöhnen kann, so die Argumentation, der Schwarze wenigstens Beschäftigung finden, aber den Preis seiner Diskriminierung muß er selbst bezahlen.

---

8) H. Lepage, Der Kapitalismus von morgen, Frankfurt/New York 1979.
Zur Kritik des Monetarismus:
H. Schui, Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzepts; in: „Blätter", 6/1975. – R. Hickel, Die Lehre vom Geld – neu betrachtet; in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Vom Gelde, (neuediert), Frankfurt/Berlin/Wien 1979, S. LI ff.

9) H. Demsetz, Minorities in the Market Place; in: „The North Carolina Law Review", Vol. 43 (2), 1965.

An diesem Beispiel zeigt sich besonders deutlich der sozial-ökonomische Inahlt jener orthodoxen Marktlehre, die Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit und Diskriminierung nicht aufzuheben gedenkt, sondern instrumentalisiert und rationalisiert.

Diese Schule nennt sich zwischenzeitlich „neoliberal". Mit Blick auf ihre ökonomischen Lehrsätze wird sie gelegentlich auch als „neoklassisch-monetaristisch" bezeichnet. Vom sozialen Gehalt dieser Theorierichtung her ist angebracht, so auch Ralf Dahrendorf, von einer „aggressiven neuen Rechten" zu sprechen, denn sie wendet sich nicht nur gegen kleinste Versuche demokratischer Veränderung sowie des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates, sie tritt als ideologische Vorhut radikaler Eingriffe in die sozialen und, in der Folge, die politischen Rechte der großen Mehrheit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf.

Im Kontext des Reaganschen Wahlkampfes hat Milton Friedman, zusammen mit seiner Frau, eine 10-teilige Fernsehserie produziert, die mittlerweile unter dem Titel „Free to Choose" in Buchform vorliegt und lange Zeit auf dem ersten Platz amerikanischer Bestseller-Listen stand.

Zwischenzeitlich hat die im Import marktgläubiger Modelle äußerst aktive Isabell Mühlfenzl eine deutsche Version dieses Buches unter dem Titel „Chancen, die ich meine" vorgelegt[10]). Der neue, rechte Zeitgeist, der die Epoche der Reform- und Sozialideen ablösen soll, schlägt sich in diesem Pamphlet – bar jeglicher analytischer Beweisführung – deutlich nieder. An diesem Import amerikanischer Ideologienproduktion muß sich die Auseinandersetzung auch hierzulande ausrichten, denn angesichts des bewußten Verzichtes der Regierenden auf alternative, fortschrittsorientierte Strategien verfestigen sich die marktkonservierenden Lösungsvorschläge immer mehr.

Wer sich auf die Friedmansche Welt von „Kapitalismus und Freiheit" einläßt, der darf nicht übersehen, daß die radikalste Realisierung seiner Vorschläge bisher unter der Militärjunta in Chile eingeleitet worden ist. Und das ist kein Zufall. Es hat etwas mit dem politischen Kern des Konzepts zu tun. Um dem Markt totale Freiheiten zu sichern, bedarf es einer autoritären Unterdrückung all der gegen die sozialen Konsequenzen gerichteten Widerstände. Die orthodoxe Strategie der Kapitalismusdurchsetzung, bzw. -Sanierung stellt entgegen ihrer scheinbaren, nur auf die Marktsphäre eingeschränkten Liberalität eine zutiefst autoritäre Variante gesellschaftlicher Entwicklung dar. Wohl unter dem starken Druck der Kritik an seiner Beratertätigkeit für Chile hat Milton Friedman in einem Beitrag in „Encounter"[11]) 1976 den diktatorischen Charakter der chilenischen Militärjunta eingeräumt, zugleich allerdings ungerührt prognostiziert, das z.B. Großbritannien binnen weniger Jahre den gleichen Weg nehmen werde wie Chile. Ursächlich führt Friedman die chilenische Entwicklung auf den langangelegten Versuch der Etablierung eines wohlfahrtsstaatlichen Systems zurück. Die Kausalität lautet demnach: Wer

10) M./R. Friedman, Chancen, die ich meine; Ein persönliches Bekenntnis, Berlin/Frankfurt/Wien 1980.
11) M. Friedman, The Line We Dare Not Cross; in: „Encounter", November 1976, S. 8ff.

den Wohlfahrtsstaat durchsetzt, der bereitet die Etablierung politischer Diktatur vor. Das ist der letzte Schlag, der gegen alle Versuche geführt wird, kapitalistische Entwicklung zu überwinden. Die Geschichte Chiles erzählt aber gerade einen anderen Zusammenhang:

Die militärische Konterrevolution gegenüber der Allende-Regierung richtete sich auf die Reetablierung kapitalistischer Strukturen, die durch den Aufbau sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse überwunden werden sollten. Man muß deshalb den Friedmanschen Hinweis anders interpretieren. Je mehr dem Markt durch demokratische Politik abgerungen wird, um so repressiver wird der Prozeß der Rückgewinnung des Marktes. Dies ist die konservative Variante der Rückgewinnung gesellschaftlicher Strukturen, die auf eine völlig neue Basis gestellt werden sollten. Wer sich also auf die ökonomische Botschaft der Friedmanschen „Chicago-Boys" einläßt, der akzeptiert auch die Zunahme politisch-autoritärer, repressiver Führung. Im Monetarismus, in der ausgeweiteten Strategie von „Kapitalismus und Freiheit" liegen die Gefahren begründet, die jetzt durch Reagans Programm für den ganzen Westen akut geworden sind: Steigerung innerer und äußerer Spannungen mit zunehmender Orientierung an gewaltsamen Lösungs- und repressiven Ordnungsvorstellungen.

Welchen Weg geht die Bundesrepublik?

Der Reagan-Kurs stellt eine radikale Herausforderung dar, der sich auch die Bundesrepublik stellen muß. Für die fundamentalen Entscheidungen ist die Devise, die Reagan in der das Wirtschaftsprogramm ankündigenden Fernsehrede immer wieder betonte, auch in diesem Land gesetzt: Es gibt kein „Sowohl-Als-Auch", sondern nur ein „Entweder-Oder". Diese Entscheidung gilt für die außenpolitisch-militärische, aber auch wirtschafts- und sozialpolitische Option. Will die Bundesrepublik nicht dazu beitragen, die von Reagans Amerika ausgehenden Gefahr steigender Spannungen zu erhöhen, dann muß sie einen eigenständigen Weg gehen. Anders herum: Wird dem Konzept nach innen und außen aggressiver Politik im Sinne einer Nibelungentreue gefolgt, dann trägt die Bundesrepublik zur Verschärfung binnen- und außenwirtschaftlicher Destabilisierung bei. Die größte Gefahr erwächst der bundesrepublikanischen Entwicklung, wenn sie den USA die verlangte Gefolgschaft in Sachen Aufrüstungspolitik leistet. Wir würden zum Vorfeld atomarer Kriegsführung für die USA. Die Bundesrepublik hat aufgrund ihrer geographischen Lage, aber auch ihrer historischen Situation eine Schrittmacherrolle in der Durchsetzung einer Politik der Entspannung übernommen. Diese Entspannungspolitik hat die politischen, aber durch den Ost-West-Handel auch die sozial-ökonomischen Lebensbedingungen sicherer gemacht. Dieser immer mehr bedrohte Prozeß der Entspannung stellt für die aggressive Strategie messerscharfer Abgrenzung der Blöcke durch die USA eine Irritation erster Ordnung dar.

Reagan hat prinzipiell Recht – es gibt nur die Entscheidung eines „Entweder-Oder". Militärisch und außenpolitisch muß die Bundesrepublik dem ame-

rikanischen Aufrüstungswahn – als neueste Version des „Größenwahns" – die Gefolgschaft verweigern.

Aber auch der Marktökonomismus im Reagan-Programm stellt eine Herausforderung für die bundesrepublikanische Entwicklung dar. Angesichts anhaltender und sich vertiefender Krisenprobleme geht es hier um eine klare, wirtschaftspolitische Entscheidung: entweder forcierter Abbau sozialstaatlicher und demokratischer Elemente oder aber Auf- und Ausbau sozialadäquater Wirtschaftsdemokratie, die das Wirtschaftssystem in den Dienst von vernünftiger Versorgung und Vollbeschäftigung stellt. Eine Politik sich durchwurstelnder Anpassung, wie sie für die sozial-liberale Koalition momentan kennzeichnend ist, verschärft nicht nur die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme. Darüberhinaus trägt sie aufgrund der Diskrepanz zwischen Programmatik und Realität dazu bei, die Flucht in radikale Marktlehren zu verstärken. Denn die marktökonomische Aufrüstung verlangt keine institutionellen Änderungen, während eine wirksame, alternative Wirtschaftspolitik eine Stärkung und institutionelle Absicherung demokratisch kontrollierter Intervention herausfordert. Die sozial-liberale Regierungskoalition hat ihren Handlungsspielraum durch Verzicht auf eine bedarfsorientierte und beschäftigungssichernde Wirtschaftspolitik verengt. Trotz verstärkter sozialliberaler Anpassungspolitik läßt sich gegenwärtig feststellen, daß es aufgrund politischer Kräfteverhältnisse und gewerkschaftlicher Einflußnahme bisher nicht gelungen ist, die stramm-orthodoxe monetaristische Doktrin wirtschaftspolitisch voll umzusetzen. Zwar hat sich die Deutsche Bundesbank bereits 1973 an die monetaristische Geldlehre instrumentell angepaßt, aber von einer forciert-programmatischen Übernahme des Reaganschen Wirtschaftsprogramm in der BRD kann bisher nicht die Rede sein.

Allerdings hängt auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" spätestens seit 1975 der monetaristischen Ideologie an. Im letzten Jahresgutachten steht – ähnlich wie im Reagan-Programm – ein angebotsorientiertes Konzept im Vordergrund: Verbesserung der privatwirtschaftlichen Gewinnsituation soll Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Es ist hier nicht der Platz, die empirischen und theoretischen Grundlagen dieses Konzeptes zu kritisieren[12]). Sozial- und gesellschaftspolitisch bedeutsam ist nur die Tatsache, daß der Lohnpolitik eine Schlüsselrolle für die Stabilisierung der Wirtschaft zugewiesen wird, während die Staatshaushalte sozial- und beschäftigungspolitisch ausgetrocknet werden sollen. Diese Antikrisenpolitik überwindet nicht, sondern verschärft die ökonomischen und sozialen Entwicklungsprobleme. Der Stimulierung privater Investionstätigkeit durch Verbesserung der Gewinnlage steht die Reduktion konsumtiver Nachfrage über Kürzung bzw. Streichung von Beschäftigungs- und Sozialprogrammen sowie Lohndisziplinierung gegenüber. „Selbst wenn über die staatlich finanzierte Verbesserung der aktuellen Gewinnlage ein sich selbsttragender Investitionsboom zustandekommen sollte,

12) Zur Kritik vgl. Sondermemorandum: Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme; in: „Blätter", 12/1980.

so stößt dieser über kurz oder lang an die Schranken zurückgebliebener konsumtiver Nachfrage – vor allem dann, wenn realistischerweise angenommen wird, daß der amerikanische Warenexport im entsprechenden Verhältnis zu den neu geschaffenen Kapazitäten nicht ausgedehnt werden kann". Die massive Expanison des Rüstungssektors im Verhältnis zur gesamten Produktionsstruktur fördert eine überproportional entwickelte Militärindustrie, die dann nur durch ein fortgesetztes Drehen an der Rüstungsschraube ausgelastet werden kann. Diese Politik ist auch sozial unakzeptabel, weil sie die Krisenlasten den Lohn-, Gehalts- und Sozialabhängigen zuweist.

Diese wenigen Hinweise, die durch einschlägige Dokumente aus den Akademien, der Wirtschaftspresse, aber auch insbesondere der CDU/CSU ergänzt werden könnten, zeigen die Virulenz neoklassisch-monetaristischen Gedankenguts à la Friedman. Es gibt vielfältige Versuche, die These, das der „Wohlfahrtsstaat" an allen Krisenentwicklungen letztendlich die Schuld haben soll, in die wirtschaftspolitische Strategienbildung einzubringen. Die Bundesregierung selbst sucht mit ihrem „Jahreswirtschaftsbericht 1981" immer mehr das Heil in der Einführung marktradikaler Elemente (etwa für den Wohnungsbau). Das größte Investitionshemmnis wird in den Protest- und Widerstandsbewegungen gegen umwelt- und menschheitsbedrohende Objekte – wie Atomkraftwerke – gesehen.

Der politische Kerngehalt der monetaristisch-neoklassischen Lehre schimmert immer mehr durch: Ausbau des Polizei- und Sicherheitsstaats, um das „freie Spiel" der Kapitalstrategien gegen die Widerstände davon negativ Betroffener zu garantieren. Die Resultate des mit staatlicher Vor- und Nachsorge durchgesetzten Wirtschaftssystems, das wird in den letzten Jahren immer deutlicher, entfremden sich gegenüber den breiten Bevölkerungsschichten, denen sie eigentlich dienen sollen. Die bundesrepublikanische Realität offenbart immer deutlicher, was der Begriff „Freiheit" in der Konjunktion mit „Kapitalismus" heißt. Die wachsende Dominanz des Ordnungsstaates wird von einem zwischenzeitlich proklamierten „Abschied" von der Vollbeschäftigungspolitik – so der Bundesfinanzminister, Hans Matthöfer in der Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 1981[13]) – begleitet. Zwar weist der Bundesfinanzminister darauf hin, daß der Zustand der Arbeitslosigkeit kein Instrument der Wirtschaftspolitik sein darf. Aber diese wichtige Proklamation wird angesichts andauernder Arbeitslosigkeit durch die Realität immer mehr unterspült.

Noch gibt es einen Unterschied zum Reagan-Kurs. Eine forcierte „wirtschaftliche Aufrüstung" nach den Prinzipien der neuen Marktorthodoxie existiert nicht. Das ist letztlich auch der Wählerauftrag, der sich gegen das Wirtschaftsprogramm der CSU/CDU gewandt hat. Aber die Bundesrepublik steht in der Gefahr, das Opfer eines *schleichenden Monetarismus,* der sich immer mehr im Bewußtsein festsetzt, zu werden. Wirtschaftspolitische Unentschlos-

13) H. Matthöfer, Einbringungsrede des Bundesministers der Finanzen – Haushaltsgesetz 1981 vor dem Deutschen Bundestag; in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Nr. 6/1981, S. 45ff.

senheit und Halbherzigkeit beschleunigt diesen Prozeß. Wenn heute – wie es etwa der „Sachverständigenrat" mit seiner Mehrheit gesagt hat – behauptet wird, die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik habe seit 1975 „eine Schlappe" erlitten, so ist das einmal nur zum Teil richtig, denn niemand kann sagen, ob ohne diese Politik der Einbruch nicht tiefer gewesen wäre.

Zum anderen haben aber diejenigen, die jetzt die mangelnde Effizienz reklamieren, selbst zu dieser beigetragen. Gerade aus dieser Erfahrung gibt es mittelfristig nur eine Alternative ökonomisch effizienter und sozialorientierter Krisenbekämpfung: massive, mittelfristig ausgerichtete, Produktionsfelder berücksichtigende und stärker kontrollierte staatliche Beschäftigungspolitik. Nur so können die volkswirtschaftlichen Ressourcen mobilisiert werden, die momentan deshalb nicht nutzbar sind, weil die Transformation von Einkommen – insbesondere der Gewinneinkommen – in gesamtwirtschaftliche Nachfrage immer weniger gelingt. Die Konsequenz, die angesichts der Krisensituation zu ziehen ist, kann nicht im Rückgriff auf die Lehren der Marktorthodoxie liegen.

Durch die Restriktionen aktueller Wirtschaftspolitik hindurch müssen die politischen Steuerrungsmechnanismen durch breite Demokratisierung der Wirtschaftsverhältnisse ausgebaut werden. Nur so kann eine Politik der Krisenverschärfung mit all ihren psychischen und politischen Folgen vermieden werden.

Denn auf einen Zusammenhang, der für den Reagan-Kurs charakteristisch ist, muß auch an dieser Stelle hingewiesen werden: Wirtschaftspolitik gerät in der Bundesrepublik immer mehr unter den Primat von Militär- und Außenpolitik. Die aktuelle Diskussion über das Verbot von Waffenlieferungen in Spannungsgebiete – die Kontroverse über U-Boote-Lieferungen nach Chile und Waffenexporte nach Saudi-Arabien zeigt dies – stellt dafür ein erschreckendes Beispiel dar. Im Namen einer krisenverschärfenden Wirtschaftspolitik wird Rüstungsexportpolitik gerechtfertigt. Wie die Rüstungspolitik aber insgesamt die Wirtschafts- und Finanzpolitik determiniert, das zeigt sich an der Entwicklung des Bundeshaushaltes. Der Umschichtung der öffentlichen Haushalte durch Kürzungen in Bereichen sozial relevanter öffentlicher Versorgung sowie durch Nichtausbau zukunftsorientierter Infrastruktur (Umwelt-, Meerestechnologie, Energieversorgung und -Einsparung sowie Verkehrssysteme und Stadtsanierung) steht die ungestörte Expanison militärischer Ausgaben gegenüber:

– Beschaffung der 2. Waffengeneration (voraussichtliche Kosten über 100 Mrd. DM)
– Militärhilfe etwa für die Türkei
– Nachfinanzierung für den MRCA-Tornado (Stückpreis momentan 70 Mio. DM).

Im Vorfeld der dreitägigen Rüstungsklausurtagung im Bonner Verteidigungsministerium, die am Aschermittwoch begann, kündigte der Verteidi-

gungsminister bereits an, daß finanzielle Engpässe bei Militärausgaben vorsorglich durch Steuererhöhungen überwunden werden müßten. Der vielbeschworene mangelnde „Handlungsspielraum" für Vollbeschäftigungspolitik wird nur durch die gigantische Militarisierung verspielt – durch nichts anderes. In mehrfacher Hinsicht resultieren aus der inneren und äußeren Militarisierung der Wirtschaftspolitik große Gefahren:

– Soziale, zukunftsorientierte Versorgungs- und Infrastrukturpolitik wird abgebaut. Daraus ergeben sich soziale Verluste und wachsende Instabilitäten.

– Die Politik der Umrüstung auf Waffenproduktion erhöht binnenpolitisch die Spannungen. Sie ist begleitet von einer zunehmenden „Law-and-order"-Politik.

– Im Namen der Blockpolitik werden autoritär-repressive Militärjunten gestärkt.

– Insgesamt erhöht sich das militärische Drohpotential und damit die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen.

Politisch und wirtschaftlich untergräbt die unter amerikanische Anforderungen gestellte Militarisierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in der Bundesrepublik die Lebensbedingungen, die im totalen Gegensatz dazu durch eine Politik der Eigenständigkeit im Sinne des Ausbaus demokratisierter Wirtschaft sowie der Fortsetzung von Entspannung gesichert und fortentwickelt werden müssen. Aus diesem Grundverständnis zeigt sich dann auch klar: Die Reagan-Politik bietet weder wirtschafts- noch außen- und militärpolitisch eine zukunftsweisende Orientierung. Die prinzipielle Verweigerung der Gefolgschaft beim amerikanischen „Feldzug für wirtschaftliche und militärische Aufrüstung", der sofortige Abbruch einer durch den Außenminister dieses Landes verfolgten Politik des musterknabenhaften Einschwenkens auf den transatlantischen Konfrontationskurs und somit die Verhinderung der Demontage einer eigenständigen Politik, die dem Abbau der bundesdeutschen sozialen und politischen Basis entgegenwirkt – das sind die Fixpunkte einer zukunftsorientierten Strategie gegenüber der national wie international gefährlichen, unannehmbaren Politik der Reagan-Administration.

Warum nicht neutral?

Plädoyer für eine neue Außenpolitik

Von Harold Rasch

1. Vorbemerkungen

Die Regierung der sozial-liberalen Koalition hat zu Beginn der 70er Jahre mit den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag und dem Grundvertrag mit der DDR einen richtigen Weg beschritten. Nur wer hoffte, der Osten werde mit verstärkten menschlichen, geschäftlichen, wissenschaftlich-künstlerischen und sportlichen Kontakten auch die Gefahr einer Aufweichung des dortigen Herrschaftsgefüges hinnehmen, mußte sich enttäuscht sehen, – das waren freilich nicht wenige. Ebenso mußte enttäuscht sein, wer etwa glaubte, das deutsch-deutsche Verhältnis ließe sich für bestimmte Zeit auf der widersinnigen Grundlage einer nur staatsrechtlichen, aber nicht völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik konsolidieren, wir könnten auf die Dauer die Fiktionen des „Selbstbestimmungsrechts" der Völker und des „Alleinvertretungsanspruchs" der Bundesrepublik, wie sie Adenauer gepflegt hatte, durch eine neu aufgewärmte Fiktion vom Fortbestehen des Reichs Adolf Hitlers ersetzen. Doch diese Enttäuschungen ändern an der Richtigkeit der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung selbst nichts.

Eines freilich bleibt nunmehr deutlich zu sagen: Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik auf halbem Wege stehen geblieben. Mehr als nur befriedete, wirklich freundschaftliche Beziehungen zum Osten können wir nicht gewinnen, solange die Bundesrepublik Deutschland einem gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnis angehört. Die früheren Ausführungen haben gezeigt, daß diese Mitgliedschaft, was immer sie vor einem Vierteljahrhundert für uns bedeutet haben möge, heute nicht mehr unseren Interessen entspricht. Aus solcher Erkenntnis müssen Folgerungen gezogen werden: die Bundesrepublik sollte aus dem Nordatlantischen Bündnis ausscheiden und den völkerrechtlichen Status eines neutralen Staates erstreben.

„Die Staaten Europas, von Polen bis Portugal, tragen nicht irgendwelche grundsätzlichen Gegensätze aus. Und dennoch stehen sich zwei bis an die Zähne bewaffnete Militärallianzen gegenüber, verbrauchen ein Übermaß an Ressourcen, behindern den freien Strom von Meinungen und Gedanken und halten sich sprungbereit, sollte der Ruf zur Schlacht ertönen."[1]) Diese Klage ist nur allzu berechtigt. Sie kann vielleicht noch etwas präzisiert werden:

1) Albrecht/Joxe/Kaldor, Gegen den Alarmismus!, in: Aufrüsten, um abzurüsten? Reinbek 1980, S. 107 ff., 143.

Zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten im Warschauer Pakt einerseits, der Bundesrepublik Deutschland andererseits gibt es keine sachlichen Interessengegensätze, wenn man die Anerkennung der Egebnisse des Zweiten Weltkriegs und damit eines zweiten Deutschland und seiner Grenzen durch die Ostverträge wirklich ernst nimmt – und das müssen wir. Welchen Sinn aber sollte dann noch die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zu einem gegen die Weltmacht im Osten gerichteten „Verteidigungs"-Bündnis haben, die Weltmacht, die uns bei vernünftiger Abschätzung der Interessenlage in keiner Weise bedroht?

Man kann der Bundesregierung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie diese Frage bisher nicht gestellt und keine Antwort auf sie gesucht hat. Schon die bestehenden Ostverträge innenpolitisch durchzusetzen, war mühevoll genug, mehr wäre nicht erreichbar gewesen. Aber nun muß dem ersten richtigen Schritt ein zweiter folgen.

2. *Was ist „Neutralität"? Praktische Beispiele*

Ein Staat kann im einzelnen Fall bei Ausbruch eines Krieges auf Beteiligung an kriegerischen Handlungen verzichten (aktuelle Neutralität). Er kann sich aber auch – sei es aus eigenem Entschluß, sei es erzwungenermaßen – einer international geregelten dauernden Neutralität unterwerfen. Und er kann schließlich ohne vertragliche Bindungen eine Politik der Neurtrlität im Sinne der planmäßigen Fernhaltung von den großen und gefährlichen Fragen der Außenpolitik treiben[2]).

Ein völkerrechtlich zu dauernder Neutralität verpflichteter Staat „darf und soll . . . Sorge für die eigene Verteidigungsfähigkeit tragen" („bewaffnete Neutralität"), auch ist er verpflichtet, „das eigene Hoheitsgebiet den Konfliktsparteien nicht für ihre militärischen Aktionen verfügbar zu machen"[3]).

So viel in aller Kürze über den Begriff der „Neutralität", wie er von der Wissenschaft und in der 5. und 13. Konvention der Zweiten Haager Friedenskonferenz (1907) normiert ist, wobei das Neutralitätsrecht zum Recht des Kriegszustands (jus in bello) gehört.

Das klassische neutrale Land ist seit mehr als 150 Jahren die Schweiz. Ihre Neutralität wurde im Zweiten Pariser Frieden von 1815 von den damaligen fünf Großmächten „auf ewige Dauer" verbürgt und konnte bis heute unangefochten bewahrt werden. Weder im Krieg Sardiniens und Frankreichs gegen Österreich in Oberitalien (1859) noch im deutsch-französischen Krieg (1870/71) noch im Ersten Weltkrieg wurde die Schweizer Neutralität verletzt, sogar Adolf Hitler wagte es nicht, sie zu mißachten. Die Eidgenossenschaft geht mit ihrer Neutralitätspolitik so weit, daß sie nicht einmal der Organisa-

2) Vgl. Friedrich Bérber, Lehrbuch des Völkerrechts, München 1977, III. S. 175.
3) Menzel-Ipsen, Völkerrecht, 2. Aufl. München 1979, S. 104, 563; s. auch H. Meyer-Lindenberg, Völkerrecht, 2. Aufl., Stuttgart-Düsseldorf 1969, S. 223.

tion der Vereinten Nationen (UNO) angehört, und zwar im Hinblick auf die ihren Rechtsstatus möglicherweise gefährdenden Sanktionsbestimmungen von deren Satzung. Die gesellschaftliche Struktur auch der Schweiz ist in den letzten Jahren Gegenstand heftiger innenpolitischer Kritik gewesen[4]), ihr außenpolitischer Kurs ist unbestritten. Gerade dieser hat dem glücklichen Land nicht nur freundschaftliche Beziehungen in der ganzen Welt verschafft, sondern es auch zum Sitz zahlreicher internationaler Organisationen werden lassen.

Die Republik Östereich hat nach dem Zweiten Weltkrieg in geduldiger Arbeit ihrer Politiker und Diplomaten auf eine neutrale Stellung hingearbeitet und diese, eine günstige Konstellation nutzend, 1955 schließlich erreicht. Im Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 erklärt Österreich „aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen". Auch dieser Staat hat keine Feinde in der Welt, auch Wien ist Sitz einer großen Anzahl internationaler Institute. Niemals hat die Sowjetunion oder einer der ihr verbündeten Staaten versucht, sich über die Neutralität Österreichs hinwegzusetzen. Die besondere Wertschätzung, der sich das kleine Land erfreut, kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, daß ein Österreicher, Kurt Waldheim, zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt wurde.

Völkerrechtlich anders liegt es mit Finnland und Schweden.

Finnland hatte nach den Gebietsverlusten des Winterkriegs 1939/40 und des Zweiten Weltkriegs im Jahre 1948 einen „Bündnisvertrag" mit der Sowjetunion schließen müssen. Sein Gebiet grenzt unmittelbar an das der UdSSR, auf der Südseite des Finnischen Meerbusens liegt ebenfalls sowjetisches Territorium. Das Land kann schon seiner geographischen Lage wegen keine gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtete Politik treiben, jeder Finne weiß das. Es ist nicht „neutral" im völkerrechtlichen Sinn, hat es aber unter zwei bedeutenden Staatsmännern, Juho Paasikivi und Urho Kekkonen, verstanden, trotz enger Bindung an die Sowjetunion seine Freiheit zu bewahren und beste politische, wirtschaftliche, kulturelle Kontakte zur westlichen Welt zu pflegen. „Selbst wenn ganz Europa kommunistisch werden würde, verbliebe Finnland auf dem Boden der traditionellen skandinavischen Demokratie. Wir werden unser eigenes System unter allen Bedingungen verteidigen, weil wir sehen, daß es besser zu uns paßt", soll Kekkonen, heute achtzig Jahre alt, anläßlich seines 60. Geburtstags zu Chruschtschow gesagt haben, der als Gratulant erschienen war[5]). Diese Haltung verdient größte Hochachtung und Bewunderung. Das von einigen Politikern gelegentlich gebrauchte Wort „Finnlandisierung", das in herabsetzendem Sinn auf enge Beziehungen zur UdSSR hinweisen soll, ist eine durch nichts gerechtfertigte törichte Kränkung des tapferen kleinen Volks an der Ostsee.

---

4) Jean Ziegler, Eine Schweiz über jeden Verdacht erhaben, Dortmund und Neuwied 1976 (Deutsche Ausgabe des Buchs „Une Suisse audessus de tout soupçon").
5) Werner Adam, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 3. 9. 1980.

Auch Schweden ist nicht völkerrechtlich gehalten, im Ringen der Weltmächte militärisch neutral zu bleiben. Aber es betreibt praktisch Neutralitätspolitik, lehnt die Zugehörigkeit zu einem militärischen Bündnis ab – anders als Dänemark und Norwegen, die der NATO angehören und ihre Verpflichtungen gegenüber dem Atlantischen Bündnis recht und schlecht erfüllen.

3. Konrad Adenauer und das Problem der „Neutralisierung" der Bundesrepublik

Obwohl diese Überlegungen der Zukunft gewidmet sind, mag es nützlich sein, einige Äußerungen Konrad Adenauers zum Thema „Neutralität" in Erinnerung zu bringen, weil seine Gedanken auch heute noch die Öffentlichkeit weitgehend beherrschen, sobald das Thema nur erwähnt wird. „Wir waren ein schwaches und überaus exponiertes Land. Wir konnten aus eigener Kraft nichts vollbringen. Wir durften nicht zwischen Ost und West ein Niemandsland sein", heißt es im ersten Band seiner „Erinnerungen"[6]). „In der harten Welt der Tatsachen gab es für die Bundesrepublik nur zwei Wege: Ein Zusammengehen mit dem Westen oder aber ein Zusammengehen mit den Sowjets. Alles, was dazwischen lag, war nicht Politik, sondern Illusion; denn alles, was dazwischen lag, würde uns in die Ohnmacht des Alleinseins versetzen und uns zum Spielball widerstreitender Kräfte machen."[7])

„Wenn (Deutschland) wirklich neutralisiert wäre, wenn damit die Integration Europas unmöglich wäre, würde Amerika Europa verlassen und dieses arme, zerbrochene Europa würde gegenüberstehen dem ungeheuren Koloß im Osten, der durch seine Unterminierung bei uns und durch seine Anhänger in Italien und Frankreich es in verhältnismäßig kurzer Zeit fertig bringen würde, auf diesem Wege des Kalten Krieges seine Herrschaft über ganz Europa zu erstrecken . . . Dann wird dieses Europa entweder ein Anhängsel des sowjetrussischen Asiens, oder aber es wird einfach von der Höhe seiner Kultur, von der Höhe seiner Wirtschaft heruntersinken auf eine außerordentlich tiefe Stufe. Es gibt für uns nur ein Vorwärts im Zusammenschluß und in der Überwindung dieses nationalstaatlichen Denkens" (1952)[8]). „Neutralisierung heißt Sowjetisierung."[9])

Zu einer Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 15. Januar 1955 sagt Adenauer: „Die folgenschwerste Forderung der Sowjetunion betraf . . . die Neutralisierung Deutschlands . . . Ohne Freunde in der Welt kann ein Land in der europäischen Lage Deutschlands, mitten im Herzen Europas, benachbart der aggressiven Sowjetunion, überhaupt nicht bestehen."[10])

---

6) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Stuttgart 1966, I, S. 535.
7) Ebd., S. 539.
8) Konrad Adenauer auf einer Kundgebung der CDU in Bonn am 28. 2. 1952, zit. nach Andreas Hillgruber, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, II, S. 111ff., 116.
9) Konrad Adenauer, Erinnerungen, II, S. 265.
10) Ebd., S. 399ff., 407f.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 und dem damals erörterten Gedanken der Schaffung eines „neutralen" Gürtels in Westeuropa: „Ein neutrales Deutschland im Herzen Europas würde eine ständige Gefahr für den Frieden in Europa bedeuten". „Meiner Meinung nach würde die Neutralität oder Neutralisierung Deutschlands in einer verhältnismäßig kurzen Zeit Sowjetrußland gestatten, seine Macht über ganz Europa auszudehnen". „Der Koloß Sowjetrußland, der mit seiner großen Macht neben diesem Gürtel neutralisierter Staaten läge, würde diesen Gürtel wie auch die anderen europäischen Länder in absehbarer Zeit in seine Einflußsphäre hineinziehen."[11])

„Wir müssen uns verankern im freien Europa. Die Neutralisierung Deutschlands würde nicht die Lösung des Problems, sondern eine Erhöhung und Verschärfung der politischen Gefahren für uns, für Europa und für die Welt bedeuten. Man konnte und kann nicht mitten in Europa ein politisches Vakuum schaffen."[12])

„Deutschland durfte nicht wieder zwischen die Mühlsteine geraten, dann war es verloren", zu sehr schreckte „das Gespenst einer deutschen Schaukelpolitik, einer Rapallo-Politik."[13])

„Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf ersten Ranges oder ein Verräter."[14])

Lassen wir die „Dummköpfe" und „Verräter" hier beiseite. Adenauers Erinnerungsvermögen war getrübt, wenn er den Vertrag von Rapallo (1922) als Ausdruck einer „Schaukelpolitik" bezeichnete. Der vielerörterte Vertrag beinhaltete nichts anderes, als daß das Deutsche Reich und die UdSSR, beide Verlierer des Ersten Weltkriegs, auf alle Ansprüche gegeneinander aus der Zeit des Krieges verzichteten und diplomatische Beziehungen aufnahmen. Er hat eine Periode guter Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eingeleitet, aber in keiner Weise die Entwicklung eines befriedigenden Verhältnisses zu den Westmächten verhindert (Vertrag von Locarno 1925). Faßt man den sachlichen Kern der immer wieder, auch im dritten Band der „Erinnerungen", von Adenauer bekundeten Ablehnung jedes Gedankens an eine Bundesrepublik als neutrale Macht zwischen West und Ost, als ein politisches „Vakuum", ein „Niemandsland" zusammen, so läuft er auf die Behauptung hinaus, eine militärisch neutrale Bundesrepublik sei der übermächtigen Sowjetunion hilflos ausgeliefert, wenn nicht der Gefahr unmittelbarer Bedrohung und Erpressung, dann zum mindesten fortschreitender Einbeziehung in ihre Interessensphäre, ständiger „Unterminierung" und „Sowjetisierung". Es ist dasselbe Schreckgespenst, das auch heute noch in verschiedenen Varianten an die Wand gemalt wird, wenn es um die Frage geht, welche Stellung die Bundesrepublik im Ringen der Weltmächte miteinander einzunehmen habe. Um so

11) Ebd., S. 445/6.
12) Ebd., S. 20.
13) Ebd., S. 210, 310.
14) Auf der CSU-Landestagung in Bad Reichenhall am 24. 6. 1961, zit. nach „Der Spiegel", Nr. 41, 1963, S. 87.

mehr ist jede Stimme zu begrüßen, die dafür eintritt, „daß wir uns mit der Frage der Neutralität unvoreingenommen auseinandersetzen"[15]).

4. Gibt militärische „Neutralität" uns Sicherheit?

Bevor wir auf die Kernfrage eingehen, ob eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik uns hinreichende nationale Sicherheit bietet, wollen wir einen Blick in die Welt des Mannes werfen, der sich mit den deutsch-russischen Beziehungen mindestens ebenso ernst beschäftigt hat wie Konrad Adenauer und sie dabei wesentlich besser kannte, einen Blick in Otto v. Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". Dabei kann es sich natürlich nicht um die gesamte Zeitspanne von den Jahren des preußischen Gesandten am Zarenhof in St. Petersburg bis zu der berühmten Reichstagsrede des Kanzlers am 8. Februar 1888 handeln, in der Bismarck seine Rolle auf dem Berliner Kongreß (1878) so darstellte, als wenn er beinahe „der vierte russische Bevollmächtigte" gewesen sei und den höchsten russischen Orden, besäße er ihn nicht längst, verdient hätte. Vielmehr beschränken wir uns auf einige Ausführungen Bismarcks zum „Dreibund" zwischen Deutschland, Österreich und Rußland (1878) und über die „Zukünftige Politik Rußlands".

„Direkte Bedrohung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland ist kaum auf anderem Wege möglich, als durch künstliche Verhetzung oder durch den Ehrgeiz russischer oder deutscher Militärs . . ., die den Krieg wünschen, bevor sie zu alt werden, um sich darin auszuzeichnen."

„Es ist nicht wahrscheinlich, daß Rußland, wenn es seine Rüstung vollendet hat, dieselbe benutzen wird, um ohne weiteres und in Rechnung auf französischen Beistand uns anzugreifen . . . Wenn man Rußland und Deutschland isoliert betrachtet, so ist es schwer, auf einer der beiden Seiten einen zwingenden oder auch nur berechtigten Kriegsgrund zu finden."

„Ich glaube auch nicht, daß Rußland, wenn es fertig ist, ohne weiteres Österreich angreifen würde, und bin noch heute der Meinung, daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keine direkt aggressive Tendenz gegen Deutschland berechnet ist, sondern nur auf die Verteidigung im Falle, daß Rußlands Vorgehen gegen die Türkei die westlichen Mächte zur Repression bestimmen sollte."

Auf den „Schlüssel zum russischen Hause, das heißt zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus", kommt es dem Zarenreich nach Ansicht Bismarcks an.

„Unser Ansehen und unsere Sicherheit werden sich um so nachhaltiger entwickeln, je mehr wir uns bei Streitigkeiten, die uns nicht unmittelbar berühren, in der Reserve halten und unempfindlich werden gegen jeden Versuch, unsere Eitelkeit zu reizen und auszubeuten . . ."

„Deutschland würde auch heute eine große Torheit begehen, wenn es in

15) Werner Jung in „Neue Politik" v. 15. 9. 1980, S. 10ff.

orientalischen Streitfragen ohne eigenes Interesse früher Partei nehmen wollte als die andern, mehr interessierten Mächte."[16])

Seit Bismarcks Entlassung aus dem Amt sind neunzig Jahre vergangen. Aus dem Rußland der Zaren ist die Weltmacht der Sowjetunion hervorgegangen, Österreich ist von einer innerlich zerrissenen Großmacht zu einem allseits geachteten Kleinstaat mit neutralem Status geworden, kein Mensch kommt mehr auf den Gedanken, Frankreich könnte uns angreifen. Aber die Mahnung Bismarcks, aus der Massierung von Truppen an der Westgrenze Rußlands nicht einfach auf die Absicht eines Angriffs gegen uns zu schließen, seine Überzeugung, „unser Ansehen und unsere Sicherheit (würden) sich um so nachhaltiger entwickeln, je mehr wir uns bei Streitigkeiten, die uns nicht unmittelbar berühren, in der Reserve halten", – diese Mahnung scheint mir auch heute noch beherzigenswert zu sein.

Wir können davon ausgehen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch ohne den „Schutz" der NATO militärisch nicht bedroht ist, sofern man unter Bedrohung eine konkret – kurz- oder langfristig – vorhandene Gefahr und nicht bloße Möglichkeiten auf Grund vorhandenen Waffenpotentials des Ostens versteht. Daß nur die NATO bisher die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet habe, läßt sich ebensowenig beweisen wie natürlich umgekehrt die Behauptung, daß eine neutralisierte Bundesrepublik niemals angegriffen werden könnte. Auszugehen ist vielmehr von der Interessenlage der Beteiligten, und diese ergibt, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten jedenfalls bisher keinerlei Interesse an einer militärischen Bedrohung der Bundesrepublik hatten.

Ist dem so, dann ist nicht einzusehen, warum eine militärisch neutralisierte Bundesrepublik gefährdeter sein sollte als der heutige Staat im Verbund der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Das Gegenteil ist der Fall: ein Deutschland, das nicht mehr Außenposten und Speerspitze der USA in ihrer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion um die Vorherrschaft auf dieser Erde ist, kann sich mit gutem Grund noch weniger vom Osten her bedroht fühlen als die Bundesrepublik heute.

Das schon während der Regierung Adenauers häufig gebrauchte Argument, ein Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland bedeute den Rückzug Amerikas über Tausende von Kilometern Ozean, während die Rote Armee nur um wenige hundert Kilometer – oder überhaupt nicht – nach Osten zurückgehe, hat nur vordergründig einige Überzeugungskraft. Wenn nach der hier vertretenen These die Bundesrepublik einem mit voller Kraft unternommenen konventionellen Angriff ohnehin nicht standhalten könnte, der Einsatz von Atomwaffen aber selbstmörderisch wäre, dann kommt es auf militärische Überlegungen dieser Art überhaupt nicht an. Entscheidend ist vielmehr: die Sowjetunion ist im Westen begrenzt durch einen Gürtel ihr ergebener, aber

16) Es gibt mehrere Ausgaben von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen". Hier wird nach der im Safari-Verlag, Berlin, 1951 erschienenen, von Theodor Heuss eingeleiteten Ausgabe zitiert. Die zitierten Sätze finden sich im 26. und 27. Kapitel des Zweiten Bandes, S. 328, 333, 334, 336.

doch ständig zu überwachender Staaten – „Vertrauen ist gut, Kontrolle besser", sagte Lenin (ohne damit übrigens eine neue Erkenntnis zum Ausdruck zu bringen). Im Osten ist das gewaltig aufstrebende China Nachbar der UdSSR. Innenpolitisch sieht sich die Staatsführung einem wachsenden Anteil nicht-russischer Bevölkerung gegenüber, steht dabei weiter vor riesigen Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. „Hemmungslose Aggressivität der Sowjetunion" – das ist nichts als ein Hirngespinst des Westens. In Wahrheit braucht eine selbst friedliebende, wirtschaftlich leistungsfähige, militärisch neutralisierte Bundesrepublik Deutschland einen Angriff oder Erpressungen aus dem Osten in keiner Weise zu befürchten.

Auch ein völkerreichtlich neutralisierter Staat ist zudem nicht etwa ein Staat ohne Verteidigungsmöglichkeit. Eine international anerkannte Neutralität setzt vielmehr voraus, daß der betroffene Staat auch gewillt und in der Lage ist, seine Neutralität, sollte sie widerrechtlich nicht respektiert werden, zu verteidigen. Das träfe für die Bundesrepublik zu – wir würden selbstverständlich eine Wehrmacht behalten, die zwar nicht in der Lage wäre, einen mit voller Kraft angreifenden Feind aus dem Osten zu schlagen – das können wir auch im NATO-Verband nicht –, wohl aber, ihm so viele Verluste zuzufügen, daß ein Angriff ein ernst zu nehmendes Risiko für ihn bedeutete. Und das genügte völlig.

Im Vorjahr konnte die Bundeswehr auf ein Vierteljahrhundert ihrer Geschichte zurückblicken. Ihre Stellung in der Öffentlichkeit war Schwankungen unterworfen, zeitweise hat es viel Wirbel um sie gegeben, und es gibt Unruhe gelegentlich immer noch. Bei den letzten öffentlichen Vereidigungen von Rekruten in Bremen und Bonn haben sich beschämende Dinge abgespielt, über die Zeremonie in der Bundeshauptstadt berichtete ein Korrespondent unter der Überschrift „In Bonn hat die Bundeswehr eine Schlacht verloren. Eine Feier wird zum Spießrutenlauf" und warf die Frage auf: „Was hat die Bundeswehr getan, daß ihr soviel Haß entgegenschlägt?"[17]) Das sollte zu denken geben.

Noch das Weißbuch 1975/76 glaubte feststellen zu können: „Als sicherheitspolitische Institution wie als soziale Organisation wird die Bundeswehr von der Mehrheit der Bevölkerung mit großer Selbstverständlichkeit akzeptiert". „Die Bundeswehr ist in das Vertrauen des Bürgers zum Staat eingeschlossen."[18])

Den Einsatz von Atomwaffen auf dem eigenen Gebiet zur Verteidigung der Bundesrepublik scheint allerdings der überwiegende Teil des Volkes abzulehnen[19]).

Man mag über die Zweckmäßigkeit einer öffentlichen Vereidigung von Rekruten und die Beibehaltung der alten militärischen Tradition des Großen

17) Karl Feldmeyer, FAZ v. 14. 11. 1980.
18) Zitate nach Faiss/Meyer, Die Armee in der Grauzone. Entsprechen Bundeswehr und NATO-Strategie dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesbürger?, in: Aufrüsten, um abzurüsten?, Reinbek 1980, S. 194ff., 199.
19) Ebd., S. 203.

Zapfenstreichs verschiedener Meinung sein, doch darüber ist hier nicht zu rechten. Von sehr viel größerer Bedeutung dürfte sein, daß der jungen Generation Aufgaben und Möglichkeiten einer Bundeswehr immer wieder deutlich gemacht werden. Das aber wird weitaus besser als im Rahmen des NATO-Bündnisses gelingen, wenn es sich um eine Wehrmacht handelt, die sich kraft internationaler Vereinbarung aus den Konflikten der Großmächte herauszuhalten hat und nur der Verteidigung des eigenen Landes – ohne Atomwaffen – dient.

Eine Umstrukturierung der Wehrmacht nach einem Ausscheiden der Bundesrepublik aus dem NATO-Bündnis wird freilich notwendig sein. Doch das wäre auch auf Grund des „Nachrüstungsbeschlusses" der NATO vom 12. November 1979 erforderlich. Sie läge in der Richtung dessen, was Sachverständige ohnehin verlangen: Der Vorrang gebührt – vor Marine und Luftwaffe – dem Heer. „Für die Streitkräfte insgesamt muß spätestens 1985 die Wehrpflicht verlängert werden . . . wir müssen zuvörderst die Front am ‚Eisernen Vorhang' abstützen. Denn mit den versprochenen amerikanischen Divisionen, die im Krisenfall nach Europa gebracht werden sollen, ist nicht zu rechnen. Sie sind nicht einsatzbereit. Sie werden es auch in fünf Jahren nicht sein."[20]) Wenn das für eine Bundeswehr im Rahmen des NATO-Verbands gilt, hat es nicht minder für die Wehrmacht einer neutralen Bundesrepublik Geltung: der „Eiserne Vorhang" bildet die Grenze unseres eigenen Landes, die es zu sichern gilt.

So viel darf, wie mir scheint, auch der Zivilist sagen. Alles andere ist Sache der Generäle.

5. Kommunistische „Unterwanderung" – Abhängigkeit von der Sowjetunion?

a) Ein noch größeres Gewicht als der Hinweis auf die – angeblichen – Gefahren einer militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland für unsere äußere Sicherheit hat in der öffentlichen Meinung der Gedanke, ein neutrales West-Deutschland würde ungehemmter kommunistischer „Unterwanderung" ausgesetzt sein, eine Neutralisierung der Bundesrepublik müsse früher oder später zum Ende des „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats" führen. Der Alptraum Konrad Adenauers vom „politischen Vakuum", vom „Niemandsland" – er wird noch heute immer wieder geträumt. Ein neutrales Deutschland, hatte dieser gemeint, könne sich einem immer stärker werdenden sowjetischen Einfluß gar nicht entziehen. „Neutralisierung heißt Sowjetisierung."

Merkwürdigerweise hat noch niemand darauf hingewiesen, daß solche Besorgnisse einigermaßen seltsam erscheinen müssen, wenn man an die Entwicklung unseres Ausländer- und Asylrechts denkt. Seit Beginn der 60er Jah-

20) Adelbert Weinstein, Schwächen und Stärken der Bundeswehr, FAZ v. 20. 10. 1980. Nach Ansicht des Verteidigungsexperten der CDU/CSU, Wörner, befindet sich die Bundeswehr infolge Schwundes des Verteidigungswillens, unzureichender finanzieller Ausstattung und Personalmangel in einer tiefen Krise (FAZ v. 12. 12. 1980)

re, unter eindeutiger Herrschaft der CDU/CSU also, hat die Bundesrepublik auf Drängen der Industrie viele Hunderttausende ausländischer Arbeitskräfte aufgenommen, die alsbald ihre Familien haben nachkommen lassen. Als man schließlich die weitere Anwerbung von „Gast"- oder „Fremd"-Arbeitern untersagte, wurden wir von einem Strom neuer Ausländer überschwemmt, die – aus guten oder weniger guten Gründen – um politisches Asyl nachsuchten. Heute hat manche deutsche Großstadt in einzelnen Stadtbezirken bereits mehr ausländische als deutsche Bewohner, ganze Schulklassen sind von ausländischen Kindern „unterwandert". Die Politiker und Bürokraten aber unternehmen, abgesehen von weiterer Vermehrung der Beamtenstellen, praktisch so gut wie nichts dagegen, obwohl sie von Nordafrikanern, Türken und Pakistani doch wohl schwerlich eine Stärkung des Bewußtseins für die Segnungen der „sozialen Marktwirtschaft" erwarten können.

In Wahrheit ist das Gerede von der Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik als Folge ihrer Neutralisierung nichts als leeres Geschwätz. Wir haben eine kommunistische Partei hier, der schon heute – mit Recht – jede Art politischer Betätigung offen steht und die an den Wahlen zum Bundestag und den Landtagen – wenn auch bisher nur mit sehr bescheidenem Erfolg – teilnimmt. Wir haben eine intellektuelle Linke, die sich völlig offen äußern kann und äußert. Natürlich gibt es wie in jedem Land auch geheime Sympathisanten, es gibt Agenten und Spione des Ostens, die mehr oder weniger illegal arbeiten, gelegentlich – wie etwa im Fall Guilleaume – mit beachtlichen Ergebnissen für ihre Auftraggeber. Sie werden von besonderen Nachrichtendiensten, Abwehrstellen, Polizei und Gerichten mit unterschiedlichem Erfolg bekämpft.

Alles das wird es selbstverständlich auch in einem neutralisierten westdeutschen Staat geben, aber nicht etwa als Folge seiner Neutralisierung. In mancher Hinsicht mag eine neutrale Bundesrepublik für östliche Dienste noch interessanter sein als eine der NATO angehörende Macht, in anderer Beziehung sicher nicht. Einrichtungen der amerikanischen Armee etwa fallen als Spionageobjekte in einer militärisch neutralisierten Bundesrepublik naturgemäß aus. Alles in allem: die Gefahr kommunistischer „Infiltration", „Unterminierung", „Unterwanderung" würde durch eine Neutralisierung unseres Staates nicht um einen Deut größer als heute. Wir müssen die geistige und moralische Kraft haben, mit ihr fertig zu werden. Können wir das nicht, dann haben wir unser Schicksal verdient.

b) Nicht nur ein Problem einer militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik, aber doch auch hier akut ist die Frage der Entwicklung unseres Handels- und Leistungsverkehrs mit Osteuropa, insbesondere der UdSSR. Wir lieferten dem Osten, so heißt es, dringend erwünschte Investitionsgüter einschließlich des dazu gehörigen technischen Know-how, gewährten dabei langfristige Kredite und erhielten den Gegenwert in Lieferungen, die sich über viele Jahre hinaus erstreckten. So ermöglichten wir dem Gegner eine Aufrüstung, die sich gegen uns selbst richte und machten uns zudem auch noch von ihm abhängig – genau wie jener schon von Lenin verspottete Kapita-

list, der dem eigenen Henker vorher noch den Strick verkauft, an dem man ihn aufhängen wird. Das Thema wurde zuletzt anläßlich eines Riesenprojekts der Mannesmann-Röhrenwerke, das die Lieferung von Stahlrohren in die Sowjetunion gegen Erdgas vorsieht, ausgiebig erörtert. „Wie einst die ‚fleet in being' für die Engländer so kann die ‚pipeline in being' ähnliche politische Wirkungen den Sowjets in der erwünschten Richtung der Finnlandisierung der Bundesrepublik eröffnen", schrieb Jürgen Eick in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"[21]).

Solche Einwendungen sind nicht einfach von der Hand zu weisen, aber wir müssen doch folgendes bedenken: Ein der Weltwirtschaft so engverbundenes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist überall „abhängig". Wir müssen Nichteisenmetalle aus Südafrika, Kanada, Australien beziehen, wir haben keine eigenen Vorkommen an Uranerz, im Erdöl sind wir den arabischen Staaten fast auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, Kaffee und Kakao gar wird man hierzulande vermutlich auch im nächsten Jahrhundert nicht anbauen können. Alle Weltwirtschaft beruht auf Abhängigkeit jedes Landes von jedem anderen. Entscheidend bleiben friedliche, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten, und solche sind weit besser für uns gewährleistet, wenn wir militärisch neutral werden, als wenn wir einem gegen die stärkste europäische Macht gerichteten Militärpakt angehören. Das Hauptproblem eines so gewaltigen Projekts, wie es in Düsseldorf betrieben wird, scheint mir in der auch unter währungspolitischen Gesichtspunkten soliden Finanzierung von Leistung und Gegenleistung zu liegen.

6. *Eine Grundforderung*

Im Jahre 1969 veröffentlichte der Seewald-Verlag Stuttgart eine kleine Schrift von mir „Bonn und Moskau. Von der Notwendigkeit deutsch-sowjetischer Freundschaft". Der Untertitel war auf ausdrücklichen Wunsch des Verlegers aufgenommen, wird aber selbstverständlich voll von mir verantwortet. Ich knüpfe an ihn an und möchte von vornherein jedes Mißverständnis ausschließen.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen Staaten können nicht dasselbe sein wie eine Freundschaft zwischen Männern. Das Wort Freundschaft gehört der privaten, nicht der politischen Sphäre an. Geht man mit vielen Beobachtern davon aus, daß die kommunistische Ideologie für die sowjetische Außenpolitik „zugleich historische Doktrin und motivierende Kraft" ist, daß die Sowjetpolitik sich aber auch als „Erbin der alten Tradition des russischen Nationalismus" empfindet, dann wird man sich gewiß keine Illusionen machen. „Wer von den sowjetischen Führern erwartet, sie würden günstige Gelegenheiten ungenutzt verstreichen lassen, deutet die Geschichte falsch. Es ist daher Aufgabe des Westens, den Sowjets solche Gelegenheiten nicht zu geben. Wir müssen den sowjetischen Bestrebungen Grenzen setzen. Das ist ein erreichbares Ziel." So Henry Kissinger[22]).

21) FAZ v. 21. 11. 1980.
22) Henry A. Kissinger, Memoiren 1968–1973, München 1979, S. 128, 130f.

Indessen gibt es weder Grund anzunehmen, daß die Sowjetunion jede „günstige Gelegenheit" wahrnehmen wird, irgend ein Land zu überfallen, noch Anlaß zu meinen, daß die Bundesrepublik ihre Ziele nur durch Eingliederung in ein militärisches Bündnis erreichen kann, das wie jede Militärmaschinerie von der ständigen – wirklichen oder angeblichen – Furcht lebt, der Gegner sei im Begriff, Überlegenheit zu erlangen und man selbst müsse daher „nachrüsten". Im Gegenteil, die Fernhaltung von einem solchen Bündnis und die Verfolgung einer Politik, die es der Sowjetunion interessanter macht, mit uns friedliche, „freundschaftliche" Beziehungen zu unterhalten, ist das weitaus Beste, was wir tun können. Es schließt weder Wachsamkeit noch freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten des Westens aus und hat mit taktischem Lavieren, Ausspielen des einen Landes gegen das andere, Schaukelpolitik ebenso wenig zu tun wie seinerzeit der Vertrag von Rapallo (1922). Wir haben es fertig gebracht, uns im Ersten Weltkrieg Rußland, Frankreich und England, im späteren Verlauf auch Amerika zu Feinden zu machen, im Zweiten nahezu die gesamte zivilisierte Welt. Wir sollten endlich lernen, die richtigen Folgerungen aus unserer geographischen Lage im Herzen Europas zu ziehen.

Es kann keine wirklich freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Osteuropa, insbesondere der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geben, solange wir Mitglied des gegen die Sowjetunion gerichteten NATO-Bündnisses sind. An der Aufrechterhaltung dieses Bündnisses krankt auch die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition. Ihre Konzeption ist, man muß es wiederholen, nicht etwa gescheitert, aber sie ist auf halbem Wege stehen geblieben. „Es war Brandts historisches Verdienst, daß er die Deutschland aufgezwungenen Belastungen und Ängste auf sich genommen hat", schreibt wiederum Henry Kissinger in seinen Memoiren[23]). In Zukunft gilt es, den 1969 beschrittenen Weg langsam, aber konsequent weiterzugehen.

Was nottut, ist dabei eine grundlegende Änderung in der Einstellung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR. Nicht etwa daß wir die kommunistische Ideologie und Praxis auch für uns akzeptieren sollten, davon kann überhaupt keine Rede sein. Wohl aber ist es erforderlich, dringend erforderlich, daß wir uns bemühen, das Geschehen in der Sowjetunion aus deren eigenem Selbstverständnis heraus zu begreifen und nicht länger nur an den uns überkommenen Wertmaßstäben – noch dazu leider arg brüchig gewordenen Wertmaßstäben – zu messen.

Die Kenntnis russischer Verhältnisse in unserem Land ist trotz einiger vorzüglicher Korrespondenten von Presse, Rundfunk und Fernsehen in Moskau überaus gering. Eine kleine Schicht schätzt die russische Literatur des 19. Jahrhunderts, „die heilige russische Literatur" (Thomas Mann), aber das ist fast alles. Russische Geschichte auch nur seit Peter dem Großen ist weitgehend unbekannt – wie sollte es freilich anders sein, da ein großer Teil unserer Jugend nicht einmal über Bismarck etwas weiß. Menschliche Kontakte gibt es

23) Ebd., S. 442.

– anders als mit Franzosen, Engländern, Amerikanern – praktisch nicht. In die schöne, klangvolle russische Sprache sind nur ganz wenige eingedrungen. Kaum jeder zehnte Bürger der Bundesrepublik kennt die historisch-sprachliche Bedeutung des Wortes „Bolschewik". Für die meisten ist die Bezeichnung „Bolschewist" einfach ein Schimpfwort, erweckt Vorstellungen nur von Revolution, Zarenmord, Enteignungen, Verbrechen.

Viel schlimmer aber noch als die mangelnde Kenntnis der Fakten ist die Tatsache, daß wir kaum versuchen, die Vorgänge im Herrschaftsbereich der Sowjetunion aus dem Selbstverständnis der kommunistischen Ordnung heraus zu beurteilen, sondern unserem Urteil vorschnell die Wertvorstellungen und Wünsche der westlichen, „kapitalistischen" Welt zugrunde legen. Was die deutsche Öffentlichkeit über das Geschehen in Ost- und Südosteuropa (einschließlich der DDR) erfährt, wird weitgehend unter dem Gesichtspunkt gebracht, daß es in irgend einer Weise mit westlichen Begriffen von Wirtschaftlichkeit, Demokratie, Freiheit, Menschenrechten unvereinbar ist. Man berichtet mit Vorliebe über Engpässe in der Produktion, die Allmacht der Parteiapparate, die Verfolgung von Dissidenten. Das kann zu keinem wirklichen Verstehen führen.

7. Bundesrepublik Deutschland, DDR und die deutsche Einheit

Kehren wir zum Kernpunkt dieses Beitrages zurück, der These, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis NATO aufgeben und militärische Neutralität, etwa nach dem Vorbild der Schweiz oder Österreichs, anstreben sollte. Dann erhebt sich natürlich die Frage, ob es zweckmäßig ist, dieses Ziel nur unter der Bedingung zu verfolgen, daß auch die DDR den Status eines neutralen Staates annimmt, oder unabhängig davon anzusteuern. Vernünftige Überlegungen sprechen für das letztere.

Die Zeiten der Stalin-Note vom März 1953 sind vorbei. Vielleicht wäre es damals bei ernstlicher Entschlossenheit der Bundesregierung auch gegenüber den westlichen Alliierten möglich gewesen, zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und zu einem militärisch neutralen Gesamtdeutschland zu gelangen, wahrscheinlich ist das nicht. Heute ist dieses Ziel unerreichbar geworden, ein Zusammenschluß von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik, selbst in der lockersten Form eines Bundes, angesichts der Verschiedenheit der Gesellschafts- und Rechtsordnungen, wie sie sich in Jahrzehnten herausgebildet hat, nicht vorstellbar. Die bloße Neutralisierung der DDR aber zur Bedingung einer entsprechenden Politik der Bundesrepublik zu machen, hieße dem zweiten deutschen Staat ohne Anlaß ein Mitspracherecht einzuräumen. Das würde die völkerrechtliche Entwicklung nur komplizieren. Gewiß wäre es wünschenswert, daß eines Tages nicht nur die DDR, sondern auch noch andere Staaten Mittel- und Osteuropas den völkerrechtlichen Status militärischer Neutralität annähmen. Aber das sollten sie nach eigenem Ermessen im Einvernehmen mit der Sowjetunion

und den jeweils anderen Staaten des Warschauer Pakts tun. Wir haben einen Angriff der DDR ebenso wenig zu befürchten, wenn sie Mitglied dieses Militärbündnisses bleibt, als wenn sie völkerreichtlich neutral ist.

Aber wie steht es darüber hinaus mit der „Deutschen Frage"? In den inhalts- und gedankenreichen Lebenserinnerungen des Soziologen und Anthropologen René König fand ich den Satz: „Auch ich habe über die deutsche Einheit nachgedacht, bin aber heute zufrieden damit, daß es sie nicht mehr gibt."[24]) Das mag vielen unter uns befremdlich klingen. Mir scheint dieser Satz eine tiefe, schmerzvolle Einsicht auszudrücken.

Die ältere und älteste Generation der heute Lebenden kann und wird nicht aufhören, sich als Glied einer deutschen Nation zu empfinden. Wer noch Kindheitserinnerungen an die Jahrhundertfeiern von 1913 besitzt, wer die bescheiden auftretende, politisch schwache und doch so reiche Weimarer Republik bewußt erlebt hat, wird sich in erster Linie als Deutscher und nicht als Bürger der Bundesrepublik Deutschland fühlen. Der Nürnberger Albrecht Dürer, der Leipziger Thomaskantor Johann Sebastian Bach, Johann Wolfgang Goethe, der in Frankfurt am Main geboren und in Weimar zu Weltruhm gelangt ist, gehören uns allen. Ihr Schaffen läßt sich nicht auf West- oder Ostdeutschland aufteilen. Ihr Erbe sollten wir an die Jüngeren in beiden Teilen Deutschlands weitergeben.

Auch die Deutsche Demokratische Republik hat längst begonnen, sich deutscher Geschichte und Tradtion zu erinnern. Die 50er Jahre, in denen man das im Krieg nur verhältnismäßig gering beschädigte Königliche Schloß in Berlin abriß und eine Stalin-Allee im Zuckerbäckerstil bauen ließ, sind vergangen. Heute paradiert die Volksarmee im preußischen Stechschritt vor der Neuen Wache, und das Reiterdenkmal Friedrichs II, das Christian Rauch geschaffen hat, steht wieder an seiner alten Stelle Unter den Linden.

Aber der Begriff der Nation als einer geschichtlich-kulturellen Einheit ist nicht nur relativ neu, das „Heilige Römische Reich deutscher Nation" (bis 1806) etwa bezeichnete gerade nicht die politische Einheit eines Volks in einem Staat. Er ist vor allem völkerrechtlich und politisch von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem des Staates. Landesgrenzen und Regierungsgewalt beziehen sich auf den Staat, nicht auf die Nation.

Diese Tatsache gilt es zunächst vorbehaltlos zu akzeptieren und damit der Deutschen Demokratischen Republik auch völkerrechtlich die Stellung zuzuerkennen, auf die sie Anspruch hat. Das ist trotz aller juristischen Hemmungen, die heute noch bestehen, möglich, wenn man es politisch nur ernstlich will.

Einem Zusammenschluß beider deutscher Staaten steht für unabsehbare Zeit nicht nur die Verschiedenheit ihrer Gesellschaftsordnungen, nicht nur die eindeutige Politik der UdSSR entgegen. Ein solcher Zusammenschluß ist unter den heutigen Verhältnissen auch gar nicht wünschenswert. Daß kaum ein

24) René König, Leben im Widerspruch, München 1980, S. 348.

Bürger unseres Staates bereit wäre, die politische und soziale Struktur der DDR für die Bundesrepublik zu übernehmen, bedarf keines Beweises. Aber auch im anderen Deutschland wäre zum mindesten ein erheblicher Teil der Bevölkerung schwerlich geneigt, sich einen „Kapitalismus" westdeutscher Prägung zu wünschen.

Noch lebt es sich, wenn man von Randgruppen der Gesellschaft absieht, nicht schlecht im westdeutschen Vaterland – ein Erbe, der einen reichen Nachlaß verzehrt und dazu noch kräftig Schulden macht, kann leicht ein fröhliches Leben führen. Vorbild für eine deutsche Zukunft darf die Bundesrepublik Deutschland nicht sein. Der erschreckende Verfall staatlicher Autoriät und privater Moral, die Unfähigkeit der Politiker, Entscheidungen zu treffen, die von mehr als untergeordneter Bedeutung sind, die durch und durch unsolide Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften, die nicht besser dadurch wird, daß andere Staaten noch liederlicher wirtschaften, der weiterhin unbekümmert rücksichtslose Raubbau an den Schätzen der Natur, um nur dies wenige zu sagen, verdienen keine Nachahmung. Was immer uns an den Verhältnissen im anderen Deutschland nicht gefallen möge, wir müssen zunächst einmal unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

Vielen unter uns wird es heute nahezu unfaßbar erscheinen, daß Konrad Adenauer die Mehrheit der Bundesbürger jahrelang glauben machen konnte, eine „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten ließe sich durch militärische Aufrüstung mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Willen der Sowjetunion erzwingen. Diese Illusion ist zerronnen, aber ähnliche Selbsttäuschungen sind geblieben und an die Stelle der alten getreten. Wir klammern uns weiterhin an wirklichkeitsferne, papierne Konstruktionen wie die vom Fortbestand des Deutschen Reichs und wollen damit die „Einheit der Nation" erhalten, anstatt etwas zu tun, um zunächst einmal im eigenen Haus den Rest deutscher, preußischer Tugenden zu bewahren, den wir noch nicht verloren haben. Wir wissen genau, daß wir keine Großmacht mehr sind, aber wir verschreiben uns mit Haut und Haaren den Interessen der einen Großmacht dieser Welt gegen die andere, nehmen an einem längst sinnlos gewordenen Wettrüsten teil, ohne dadurch im geringsten das Gefühl größerer „Sicherheit" zu erlangen. Die Regierung der sozial-liberalen Koalition hat außenpolitisch mit selbständigen mutigen Schritten begonnen, aber sie ist erlahmt, ist mut- und phantasielos geworden, beschränkt sich auf die bloße Verwaltung überkommener Mißstände. Es wird Zeit, einen neuen Anfang zu machen.

Seit Bismarcks Tagen neigen die politisch-wirtschaftlich-militärisch führenden Schichten Deutschlands unter dem Beifall eines Teils der Wissenschaft dazu, in einer Weise nach außen aufzutreten, der unsere innere Stärke nicht entspricht, Ziele zu verfolgen, die weit über unsere Möglichkeiten hinausgehen, sie neigen, mit einem Wort, zu bedenklicher Großmannssucht. Unter Wilhelm II. haben wir den „Griff nach der Weltmacht" getan und dabei kläglich Schiffbruch erlitten. In der Weimarer Republik versuchte die damalige

Reichsregierung, aus der Niederlage zu lernen, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion herzustellen und zugleich den alten Streit mit Frankreich zu begraben, konnte sich freilich nicht entschließen, auch Polen eine Art „Ost-Locarno" anzubieten, – selbst diese Bemühungen hatten unter dem Geschrei der Nazis „Deutschland erwache!" auf die Dauer keinen Erolg. Adolf Hitler beherrschte und unterjochte tatsächlich einige Jahre halb Europa, bis Wahnwitz und Verbrechen seiner Politik das verdiente Ende fanden. Heute sind wir, um an eine vor Jahren vielgebrauchte Redewendung anzuknüpfen, politisch vielleicht etwas mehr als ein Zwerg, aber wirtschaftlich – wenn wir es je waren – beileibe kein Riese mehr. Massenarbeitslosigkeit, eine gewaltige innere Schuldenlast, eine defizitäre Leistungsbilanz nach außen – von ernsthaft betriebenem Umweltschutz noch nicht einmal zu reden – werden eine bescheidenere Lebensführung für alle mit Sicherheit gebieterisch erzwingen. Müssen wir unter diesen Umständen wirklich wieder wenn schon nicht selbst als Großmacht auftreten, dann wenigstens als Bollwerk einer Großmacht fungieren, am Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Großmacht zum mindesten beteiligt sein? Sollten wir nicht endlich beginnen, auch politisch eine bescheidenere Haltung anzustreben, eine Haltung der Mitte, die Ost und West in gleicher Weise Verständnis entgegenbringt und verbunden ist, und damit einen selbständigen deutschen Beitrag zu einer friedlichen Zukunft zu leisten?

Die politische Entwicklung steht nicht still. Weltpolitische Ereignisse können überall neue Konstellationen bringen, die niemand voraussagen kann. Das gilt auch für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Ich habe nie eine „Konvergenz"-Theorie des Inhalts für richtig gehalten, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen von West und Ost sich irgendwann einfach auf der Mitte treffen würden. Aber daß „Kapitalismus" und „Sozialismus" längst nicht mehr die wirklich entscheidenden politischen Gegensätze darstellen, scheint mir klar zu sein. Heute sollte jeder Einsichtige anerkennen, daß die ökologischen Probleme des Überlebens der Menschheit gegenüber den ökonomischen des größeren oder geringeren Wohlstandes immer mehr Gewicht gewinnen werden. Eine militärisch neutrale Bundesrepublik Deutschland wird auch dieser Herausforderung besser gewachsen sein als ein Staat, der einen ständig wachsenden Teil seiner Kräfte im Rüstungswettlauf eines gigantischen Militärblocks vergeudet.

Was tun?

Kein Kaufmann, der sich von einem langjährigen Partner trennen will, weil ihm dessen Geschäftspolitik zu riskant geworden zu sein scheint, wird den Gesellschaftsvertrag einseitig aufkündigen. Er wird vielmehr eine Unterredung herbeiführen und gemeinsam mit seinem Gesellschafter nach Wegen suchen, wie das Vertragsverhältnis am besten im beiderseitigen Interesse zu lösen ist.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird niemand befürworten, die Bundesregierung sollte den Nordatlantik-Pakt – wie dies nach seinen Be-

stimmungen zulässig wäre – einfach aufkündigen. Wir werden vielmehr die gesamte Lage nach publizistischer Vorbereitung zunächst mit unseren Verbündeten zu erörtern haben und dabei gewiß auf Bedenken und Einwände stoßen, die aber bei entschlossenem Willen letztlich kein unaufhebbarer Hinderungsgrund sein müssen. Anschließend wäre ein internationales Abkommen unter Beteiligung der UdSSR zu erstreben. Dabei könnte der zukünftige völkerrechtliche Status der Bundesrepublik im einzelnen näher festgelegt, insbesondere vereinbart werden, daß wir Mitglied der UNO, der Europäischen Gemeinschaft, der OECD und anderer internationaler Organisationen bleiben. Aber entscheidend sind zunächst die innerdeutschen Voraussetzungen.

Auch wer die Auffassung des Verfassers teilt, daß die weitere Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO uns nicht nur keine bessere Sicherheit bietet, sondern uns im Gegenteil gefährdet und daß ein Status militärischer Neutralität die weitaus beste völkerrechtliche Position ist, die wir einnehmen können, wird sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß für eine entsprechende Politik zur Zeit und für die nächste Zukunft innenpolitisch keine Grundlage vorhanden ist. Viel zu eng ist die Eingliederung der Bundesrepublik in die Militärmaschinerie des Westens, viel zu stark sind die persönlichen und sachlichen, insbesondere finanziellen Verflechtungen. Die überwiegende Mehrheit unserer Politiker ist so einseitig dem Westen verhaftet, so eingeschworen auf den großen Bruder jenseits des Atlantik, daß es sehr schwer sein wird, grundsätzlich neue außenpolitische Überlegungen auch nur zur Diskussion zu stellen. Insbesondere die CDU/CSU hat zwar einige vorzügliche Männer in ihren Spitzengremien, ist aber nach wie vor Adenauerschen Feind-Freund-Vorstellungen zugetan und pocht lieber auf vergilbte „Rechtsansprüche", anstatt sich zu neuem politischen Denken aufzuraffen.

Dennoch besteht kein Grund zu verzweifeln. Nicht nur der Wahnwitz des internationalen Wettrüstens wird immer offenkundiger, auch das Gerede der Politiker, man müsse diesem durch Verhandlungen über eine „Gleichgewichtigkeit" der Rüstungen ein Ende setzen, wird immer mehr als unglaubhaft erkannt – als ob Generäle und Waffenfabrikanten je daran interessiert sein könnten, etwas anderes als dem Gegner überlegen zu sein. Die Einsicht, daß wir grundsätzlich umlernen müssen, dämmert.

Im Jahre 1974 sagte Theo Sommer, Chefredakteur der Hamburger „Zeit", voraus, „daß im siebziger Jahrzehnt die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt von allen Beteiligten noch als verfrüht und als zu unsicher empfunden würde"[25]), beschäftigte sich also offenbar bereits mit diesem Gedanken. Heute zu Beginn der 80er Jahre können wir feststellen, daß der Trend politisch gegen die NATO arbeitet, nicht für sie. Sehr aufschlußreich etwa die Bemerkung eines wirklichen Sachkenners, des Direktors des International Institute for Strategic Studies in London, Christoph Bertram, am Ende einer Aussprache

25) Wiederbewaffnung und Verteidigungspolitik, in „Die Zweite Republik". 25 Jahre Bundesrepublik. Deutschland-Bilanz, Stuttgart 1974, S. 580ff., 602.

über „Europas Sicherheit. Probleme der westlichen Welt in den 80er Jahren": „Die Frage, inwieweit das Bündnis noch einen Sinn hat, stand heute nicht zur Diskussion. Das wird aber in fünf Jahren der Fall sein, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten. Dies geschieht nicht aus Böswilligkeit, sondern weil sich Amerikaner und Europäer nach ihren eigenen Interessen richten."[26]) So liegt es in der Tat.

In der „Sozialistischen Internationale" wird unter Führung des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme der Plan der Schaffung eines Gürtels „bewaffneter Neutralität" erörtert, der von Skandinavien über die Bundesrepublik bis nach Vorderasien geknüpft werden soll[27]). Der norwegische Ministerpräsident Nordli befürwortet eine atomwaffenfreie Zone in Europa[28]). Vom deutschen Bundestag weiß man, daß jedenfalls Willy Brandt, Herbert Wehner und Egon Bahr „eine andere Außenpolitik" wünschen und daß Bahr und Wehner auf die Möglichkeit warten, „eine mitteleuropäische Zwischenfunktion Deutschlands wiederherzustellen"[29]). Sicher haben sie Anhänger auch unter jüngeren Abgeordneten. Die Dinge sind in Bewegung. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, wo immer möglich vor allem bei der jungen Generation, namentlich auch den Wehrpflichtigen, ein kritisches Bewußtsein zu wecken. Der Schlüssel für die Erhaltung des Friedens wenigstens in Europa liegt nicht in Washington und nicht in Moskau, er liegt bei uns selbst. Wir wünschen keinen Wechsel der Fronten, keine Ersetzung einer Pax Americana durch einen Frieden, den die Sowjetunion diktiert. Niemand bedroht uns, wenn wir uns aus dem Kampf der beiden Weltmächte um die führende Stellung auf dieser Erde militärisch heraushalten. Im Gegenteil: nur dann können wir der geographischen Lage Deutschlands zwischen West und Ost gerecht werden und, der Lehre der Geschichte und unseren ureigensten Interessen folgend, beiden großen Kulturkreisen, dem germanisch-romanischen und dem slawischen, verbunden bleiben.

26) Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien internationalen Gesellschaft, Protokoll Nr. 66/1980, S. 64.
27) FAZ v. 11. 12. 1980.
28) FAZ v. 3. 1. 1981.
29) Johannes Gross, Unsere letzten Jahre, Stuttgart 1980, S. 63.

Harold Rasch
NATO-Bündnis oder Neutralität?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207
140 Seiten, DM 12,80
Erscheint voraussichtlich Ende April 1981
Pahl-Rugenstein

Rüstung und „Nachrüstung“ oder Die Absage an die Vernunft in der Politik

Von Anton-Andreas Guha

Der umstrittene »Nachrüstungsbeschluß« der NATO-Regierungen war noch nicht getroffen, die kontroverse Debatte in den Nachbarstaaten Holland und Belgien war noch in vollem Gange (von einer kontroversen Diskussion in der Bundesrepublik konnte in dieser lebenswichtigen Frage keine Rede sein, ein deprimierendes Faktum), da wartete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit einer Begründungsvariante auf, die bereits im November/ Dezember 1979 nicht beachtet und auch jetzt, nach vielen Wiederholungen, nicht zur Kenntnis genommen wurde. Genscher argumentierte, der »Nachrüstungsbeschluß« müsse *deshalb* unbedingt getroffen werden, weil er zwingend notwendig für die *Einheit und Handlungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses* sei. Außerdem garantiere nur das Verhandlungsangebot dieses »Doppelbeschlusses«, daß über die eurostrategischen Waffen auch verhandelt werde, mit dem Ziel, sie auf ein »möglichst niedriges Niveau« zu bringen. Der Bundesaußenminister hat seither wiederholt diese angeblich bedrohte und aufrecht zu erhaltende Aktionsfähigkeit der NATO vorgebracht, um den umstrittenen »Doppelbeschluß« plausibel zu machen, während Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seiner These bleibt, mit dieser Entscheidung sollte das »eurostrategische Gleichgewicht« in Europa hergestellt werden, entweder durch Aufrüstung (euphemistisch und historisch falsch als »Nachrüstung« bezeichnet) oder durch kontrollierte Abrüstung auf ein »möglichst niedriges Niveau«.

Absehen davon, daß keines dieser Argumente plausibel, realitätsgerecht und logisch ist, Genschers These des »Hände weg vom Nachrüstungs-Doppelbeschluß« um der Einheit der NATO willen stellt sich nachgerade als Chuzpe heraus und als Absage an jede rational begründete Sicherheitspolitik. Denn erst werden die kleineren NATO-Partner durch ein noch nicht völlig geklärtes Zusammenspiel Bonn-Washington in der Vorphase der Entscheidung über einige wesentliche sicherheitspolitische Details im Unklaren gelassen, dann verlagert der Bundesaußenminister, als sich bei einigen Alliierten Kritik und Zweifel regen, das Schwergewicht dieser sicherheitspolitischen Debatte über die neuen Waffensysteme und wirft flugs das Problem der Handlungsfähigkeit des Bündnisses auf. Zu diesem Grundsatzproblem gäbe es dann in der Tat vorerst keine ernsthafte Alternative, obwohl die militärischen und politischen Einwände gegen den »Nachrüstungsbeschluß« so zwingend sind, daß von einer geradezu erstaunlichen und bedenklichen Fehlentscheidung gesprochen werden müßte.

Es liegt also der mit vielen Indizien begründbare Verdacht nahe, daß Genscher das Bündnisproblem aufwarf, um die Kritiker vor allem aus Holland und Belgien und aus den Reihen der beiden Koalitionsfraktionen an dem »Nachrüstungsbeschluß« zu disziplinieren. Wer nachträgliche Korrekturen an dieser umstrittenen Entscheidung anbringen oder sie gar rückgängig machen wolle, so das Genschersche Argument, müsse wissen, daß er die NATO handlungsunfähig macht und darauf verzichtet, eine politische Verhandlungslösung der Mittelstreckenwaffen mit den Sowjets zu erreichen. Eine solche Verantwortung will natürlich niemand übernehmen, obwohl auch diese These des Außenministers nicht ohne kritische Fragen hingenommen werden sollte. Indessen ist nicht zu leugnen, daß sich der geschickte Taktiker Genscher fast als listiger Stratege erwiesen hat: Er drängte die Kritiker des Nachrüstungsbeschlusses auf eine Nebenfront ab, die sich aber nunmehr als die Hauptkampflinie erweist. Mit anderen Worten, es geht gar nicht mehr um die Frage der Installierung von Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa, sondern um die Funktionsfähigkeit der NATO. Durch diese Verschiebung der Fronten hat der Bundesaußenminister seinen Kritikern gleichzeitig die volle politische Verantwortung zugeschoben. Das glaubt er wenigsten allen Ernstes.

Mag es Genscher auch gelingen, mit dieser Finte die sozial-liberalen Bundestagsabgeordneten und Parteitage der SPD und FDP zu disziplinieren, auch manchen deutschen Chefredakteur schwer an der sich selbst auferlegten Verantwortungslast als politischer Hiwi (statt als öffentlicher Aufklärer) tragen zu lassen, das Problem stellt sich immer drängender, wie lange es sich die Öffentlichkeit eines demokratisch verfaßten Staates gefallen läßt, in den wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen im Status der Unmündigkeit und Unaufgeklärtheit gehalten zu werden. Konnte die reichlich klägliche Rolle des größten Teils der Presse und der Medien vor dem »Nachrüstungsbeschluß« am 12. Dezember 1979 noch damit erklärt (wenn auch nicht entschuldigt) werden, daß die Komplexität der Problematik sowie die unzulängliche Informationspolitik der Regierung eine kritische öffentliche Debatte unter Abwägung des Für und Wider nicht zugelassen haben, so sind mittlerweile so viele zusätzliche Informationen zusammengetragen worden, haben sich grundsätzlich-alternative Einschätzungen ergeben, werden tiefgreifende, begründete Zweifel artikuliert, tauchten so viele Widersprüche auf, daß eine neue, vertiefte, engagierte und sachbezogene Diskussion als schlichtes Gebot der Vernunft und demokratische Norwendigkeit erscheint. Genschers penetrante Hinweise auf die Gefährdung der Handlungsfähigkeit und Einheit des Bündnisses eröffnen keinerlei rationale Diskussionsperspektiven, da sie im Grunde genommen nur emotionale Appelle sind; sie wollen rationale Diskussion gerade verhindern, durch disziplinierte Hinnahme eines in großer Eile, um nicht zu sagen Hektik, durchgesetzten Beschlusses.

Selbst wenn man nur eine kritische Klärung der offiziell verwendeten Begriffe »Nachrüstung« oder »Modernisierung« vornimmt, drängt sich bereits der Verdacht auf, daß zumindest die Öffentlichkeit der Bundesrepu-

blik über die Brisanz der Problematik und über die weiteren, komplexeren Implikationen des Stationierungsbeschlusses vom 12. Dezember 1979 bewußt getäuscht werden soll.

Der Begriff »Nachrüstung« ist *historisch* falsch, weil es eben Tatsache ist, daß die USA bereits 1955 Mittelstreckenraketen der Typen »Jupiter«, »Thor« und »Mace« in der Türkei, Italien und Großbritannien stationiert hatten, Waffensysteme also, die das Territorium der Sowjetunion bis weit hinter Moskau erreichen konnten. Wie bei nahezu allen Waffensystemen zog die UdSSR erst geraume Zeit später nach: Erst ab 1959 wurde die SS-4 installiert, ab 1960 die SS-5. Dabei war damals schon klar, daß SS-4 und SS-5 qualitativ und damit auch politisch grundsätzlich andere Waffen waren als »Thor« oder »Jupiter«. Die amerikanischen Raketen galten nämlich als strategische Systeme, weil sie das Territorium der Sowjetunion, des Kontrahenten der USA in einem bipolaren Weltsystem, erreichen und weitgehend zerstören konnten. Die sowjetischen SS-4 und SS-5 dagegen waren »nur« taktische, allenfalls eurostrategische, weil sie eben das Gebiet der USA nicht erreichen können (allenfalls von Ostsibirien aus Alaska, was aber eine belanglose hypothetische Möglichkeit ist). Nach der Kuba-Krise von 1962, als Chruschtschow sich das gleiche »Recht« herauszunehmen versuchte, das Washington schon längst für sich in Anspruch nahm und seinerseits Mittelstreckenwaffen auf der Zuckerinsel aufbauen wollte, mußten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson die Mittelstreckenwaffen aus Europa abziehen – mit der Begründung, es handele sich um strategische Systeme.

Daraus folgt aber, daß auch der Begriff »Modernisierung« für die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles *sachlich*, d.h. militärisch wie politisch, falsch ist. Denn wie seinerzeit »Thor« und »Jupiter« sind auch diese Waffen strategische Systeme und sowohl die politische als auch die militärische Führungsspitze der Sowjetunion hat mehrfach unmißverständlich klargestellt, daß sie an dieser Einschätzung festhält. Es wäre fatal, in einer so zentralen Frage der Sicherheitspolitik die Rechnung ohne den angenommenen Gegner zu machen, d.h. dessen Sicherheitsbedürfnisse nicht zu berücksichtigen. Aus dem »Nachrüstungsbeschluß« ergibt sich somit ein Problem, das seit 1963 als erledigt gelten konnte. Die klare Begriffsbestimmung und »Aufgabenzuweisung« für die einzelnen nuklearen Waffensysteme wird in gefährlicher Weise verwischt. Es gibt entweder nur strategische Atomwaffen, mit denen die beiden Supermächte das globale militärische Gleichgewicht halbwegs (noch) in der Balance halten, und taktische Nuklearwaffen, die im Kriegsfall für den Einsatz in Europa vorgesehen sind, jedoch unter Ausklammerung der UdSSR. Der Einsatz taktischer Atomwaffen gegen die Sowjetunion würde den Beginn des strategischen Nuklearkrieges bedeuten.

Daher sind die verschiedenen Bezeichnungen für die Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise Missile wie »eurostrategisch«, »kontinentalstrategisch«, »substrategisch« oder »Grauzonenwaffen« nicht nur formal-definitorisch falsch, sie führen auch zu politisch falschen, d.h. realitäts-

fernen Schlußfolgerungen, wie sie den »Nachrüstungs«- bzw. »Modernisierungsbeschluß« auf so fatale Weise kennzeichnen. Denn die adäquaten, die sowjetischen Raketen SS-4, SS-5 und die neueste Version SS-20 sowie den Bomber »Backfire« ausbalancierenden taktischen Atomwaffen auf westlicher Seite (auch Theater Nuclear Forces genannt, TNF) bleiben die Pershing I, die mit 700-850 km Reichweite alle wesentliche Ziele auf dem Territorium der sowjetischen Alliierten im Warschauer Pakt bedrohen kann, ferner eine Palette von »nuklearfähigen« Flugzeugen. Innerhalb des bipolaren Weltsystems stehen sich nämlich nicht zwei Allianzen »gleichberechtigt« gegenüber, sondern einerseits zwei Supermächte mit übermächtiger Dominanz in ihren Bündnissystemen, andererseits die Alliierten der beiden Supermächte. Die NATO ist eben keine »Schicksalshaftungsgemeinschaft«, wie dies beispielsweise Bundeskanzler Schmidt, Genscher oder CDU/CSU-Politiker immer wieder zu beschwören pflegen, die es logisch und unbezweifelbar erscheinen ließe, einen sowjetischen Nuklearangriff gegen Westeuropa – ohne Bedrohung zunächst der USA – mit einem Nuklearschlag unter Verantwortung der USA zu beantworten.

Diese Einsicht mag für die europäischen NATO-Alliierten bitter sein, sie ist aber realitätsgerecht und bewahrt vor gefährlichen Selbsttäuschungen, etwa was die Nukleargarantie der USA betrifft. Denn dieser Frage wegen hatte Kanzler Schmidt im Oktober 1977 die Mittelstrecken- bzw. »Grauzonen«-Problematik in die öffentliche Debatte gezogen, weil ihm die strategische Nukleargarantie Washingtons zweifelhaft geworden war, nachdem die Sowjetunion Ende der 60er Jahre bei der Entwicklung von nuklearen Interkontinentalwaffen gleichgezogen und das »Patt« erreicht hatte. Da nicht anzunehmen ist, daß der Kanzler mit unbegründeten Spekulationen die zentrale Frage des amerikanischen Nuklearschirms aufgeworfen hat, sondern dies nach deutlichen Hinweisen aus Washington tat (der frühere Außenminister Henry Kissinger beseitigte im September 1979 in Brüssel jeden Zweifel), kann mit Sicherheit angenommen werden, daß kein amerikanischer Präsident der »Verteidigung« Europas wegen die strategischen Waffen gegen die Sowjetunion einsetzt. Im Grunde hatten dies Nixon, Ford und Carter öffentlich bereits klargestellt, für europäische Ohren allerdings permanenter Anlaß zur Verdrängung.

Doch mit der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles wird das Problem der nicht mehr gegebenen amerikanischen Nukleargarantie ebenfalls nicht gelöst, sondern als fortexistierendes Problem lediglich auf eine – theoretisch – niedrigere Eskalationsstufe verlagert. Schmidts, Genschers, Apels, Kissingers und der übrigen NATO-Partner Argument, Europa brauche »eine eigene Triade« (so auch der frühere US-Verteidigungsminister Brown), also das Territorium der Sowjetunion erreichende Mittelstreckenwaffen, um ein »eurostrategisches Gleichgewicht« bzw. eine »eurostrategische Abschreckung« zu errichten, erweist sich als Scheinargument, man könnte auch sagen: als Illusion. Denn, um es zu wiederholen, diese Mittelstreckenwaffen sind und bleiben strategische Waffen, die für die USA genau das gleiche Garantie-Dilemma aufwerfen wie die Interkontinentalwaffen.

Dabei vollzieht sich diese illusionäre Diskussion über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen und der folgenschwere »Nachrüstungsbeschluß« vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die NATO gegenwärtig bereits über ein nukleares Mittelstreckenpotential verfügt, das dem sowjetischen mindestens gleichzustellen ist. Die 480 amerikanischen, ausdrücklich dem NATO-Oberkommando (SACEUR) unterstellten und in die »eurostrategische« Zielplanung (SIOP) integrierten Poseidon-Sprengköpfe, die 192 britischen und die etwa in gleicher Stückzahl verfügbaren französischen atomaren Raketensprengköpfe bilden zusammen mit den nuklearfähigen Flugzeugen eine furchtbare Abschreckung. Mit nur einem Fünftel dieses Potentials könnte die Sowjetunion als existenzfähige Gesellschaft vernichtet werden. Dabei ist eine »Nachrüstung« ohnedies bereits in vollem Gang, denn die britischen Polaris-Raketen werden durch moderne Tridents ersetzt, Frankreich baut seine Atomstreitmacht mit Hochdruck qualitativ und quantitiv aus, und auch die SACEUR-unterstellten amerikanischen Poseidons dürften bald neuen Tridents Platz machen.

In diesem Zusammenhang ist auf westlicher Seite ein weiterer Trugschluß zu konstatieren: Aus der Tatsache, daß die Sowjetunion die amerikanische Weigerung akzeptiert hat, diese sogenannten Forward Based Systems (FBS), also die SACEUR unterstellten U-Boote sowie die nuklearfähigen Flugzeuge großer Reichweite, in SALT II einzubeziehen (obwohl es strategische Waffen sind), und aus der Bereitschaft des Kreml, sich trotzdem des »Nachrüstungsbeschlusses« im Oktober 1980 auf Vorverhandlungen über die Mittelstrekkenwaffen einzulassen, wird der Schluß gezogen, daß Moskau damit die westliche Definition der Mittelstreckenwaffen als »eurostrategische« bzw. »nicht-strategische« hingenommen habe. Dem stehen präzise, das Gegenteil klarstellende Äußerungen der politischen und militärischen Führung der Sowjetunion gegenüber.

Die dringend zu fordernde öffentliche Debatte über diese im Wortsinne »Grauzone« hätte also nicht nur Informationen über Zahlen und Fakten nachzuliefern, sondern auch endlich eine Antwort auf die Frage zu versuchen, was von einer Sicherheitspolitik zu halten ist, die de facto auf Illusionen und Wunschdenken aufbaut, nicht zuletzt dadurch, daß sie die Sicherheitsinteressen und im Kriegsfall mit größter Wahrscheinlichkeit wahrzunehmenden Handlungsoptionen sowohl der Sowjetunion als auch der USA nicht zur Kenntnis nimmt, sich vielmehr in eine Scheinrealität flüchtet.

Eine solche öffentliche Debatte, die mit rationalen Argumenten geführt werden muß und geführt werden wird, käme zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Europa ist mit Atomwaffen nicht zu verteidigen, sondern nur zu vernichten, eine Erkenntnis, die bereits Mitte der 60er Jahre dem damaligen SPD-Sicherheitsexperten Helmut Schmidt zugewachsen war und die in der Bundestagsdebatte vom 18. Januar 1980 auch der CSU-Vorsitzende Strauß formulierte.

Daraus aber folgt, daß der Begriff »Verteidigung« und die mit ihm verbundenen Assoziationen wie Schutz von Menschen, Gütern, Territorium, im Kriegsfall gegenstandslos wären, gerade auch nach den Eskalationsvorstellungen und -modellen der NATO selbst, die den Ersteinsatz von Atomwaffen ausdrücklich vorsehen sowie die Steigerung (Eskalation) bis zur Weltvernichtung.

2. Eine Sicherheitspolitik, die kalkuliert und bewußt das Risiko der Völkervernichtung in sich birgt, ist zumindest die denkbar irrationalste und widervernünftigste (wobei sich diese Feststellung auf Carl von Clausewitz als kompetenten Kronzeugen berufen kann. Es wäre gut, wenn die gegenwärtige Clausewitz-Renaissance das rationale Grundanliegen des preußischen Kriegsphilosophen endlich sichtbar machen könnte) das aber bedeutet logischerweise, daß jede andere Sicherheitspolitik eine echte Alternative zur gegenwärtigen ist.

Die gegenwärtige »Sicherheits«- oder gar »Verteidigungspolitik« täuscht, nicht zuletzt wegen der unreflektierten Verwendung traditioneller Begriffe, darüber hinweg, daß die Nuklearwaffen die Realität und damit auch den sprachlich-historischen Sinn von »Sicherheit« oder »Verteidigung« radikal verändert haben. Traditionelle Sicherheitspolitik beruhte auf zwei Komponeten: a) auf der Abschreckung, d.h. der Androhung militärischer Gewalt, b) auf der Fähigkeit zu militärischen Aktionen und zur Kriegsführung, sei es zum Zwecke der Verteidigung oder des Angriffs (der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln).

Sicherheitspolitik, geschweige denn Verteidigungspolitik, entbehren heute der Rationalität dieser zweiten Komponente, sie beruhen in Mitteleuropa angesichts des nuklearen Eskalationsmodelle beider Seiten ausschließlich auf der Abschreckung. Nach Zusammenbruch der Abschreckung – eine jederzeit denkbare Möglichkeit angesichts der bestehenden und voraussichtlichen politischen Konfliktpotentials – ist rationales militärisches Handeln nicht mehr möglich. Die These der Abschreckungsapologetiker, gerade die ungeheueren Vernichtungsrisiken der Nuklearwaffen seien eine Garantie für das unbegrenzte Funktionieren der Abschreckung, ist offenkundig wenig mehr denn eine Hoffnung bzw. ein Glaube oder Wunsch, das Unvorstellbare möge nicht eintreten, also letztlich ebenfalls irrational. Doch seit einigen Jahren werden Trends immer eindeutiger, die darauf hinauslaufen, den Automkrieg faktisch auf jeder Eskalationsebene wieder kalkulierbar und damit führbar zu machen. Das Abschreckungssystem wird zunehmend destabiliert. Einmal durch das gerade institutionalisierte Mißtrauen, das sogenannte Worst-case-Denken, das dem angenommenen Gegner a priori unterstellt, sein gesamtes Planen und Handeln gelte der eigenen Nutzenoptimierung, was einer Schadensoptimierung für die andere Seite gleichkomme. Mit anderen Worten: Der angenommene Gegner wird dieser Worst-case-Theorie zufolge jede Option wahrnehmen, und zwar auf allen Gebieten, auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem, ideologischem Gebiet, die seinen bestmöglichen Nutzen mehrt und gleichzeitig den höchstmöglichen Nachteil für

die andere Seite bedeutet. Es versteht sich von selbst, daß diese Theorie, die von dem britischen Staatsphilosophen Thomas Hobbes erstmals im »Leviathan« systematisiert wurde, den Gegner nicht mehr aus seiner einmal fixierten Feindrolle entläßt, mag er anstellen was er will. Jede Friedensgeste, ja selbst schon jede Geste zur Rüstungskontrolle stößt zunächst auf Vorbehalte, wenn sie nicht gleich als Trick und beabsichtigte Irreführung empfunden wird. Bei Hobbes erscheint die Worst-case-Annahme als »Staatskunst«, als rationales, verantwortungsbewußtes außenpolitisches Handeln; Unterstellungen der Gutwilligkeit geschweige denn der Friedensbereitschaft wären naiv und weltfremd.

Die gefährliche Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit dieses Worst-case-Denkens ist oftmals und überzeugend nachgewiesen worden, dennoch bestimmt es nach wie vor als zentrale Prämisse die Sicherheitspolitik sowohl der NATO als auch des Warschauer Pakts (und innerhalb des WP vor allem der Sowjetunion). Eine stringente psychologische Untersuchung würde vermutlich unschwer nachweisen können, daß ein solches »Denken« in klinischem, d.h. medizinisch-psychiatrischem Sinne psychotische Züge aufweist. Es ist außerordentlich interessantl, daß sowohl der Psychotiker wie der im Rahmen der Abschreckung und damit des Worst-case-Theorems Handelnde sogar seine eigenen Optionen auf den Gegner projiziert und sie dabei gleichzeitig übertreibt: Ein eigener waffentechnologischer Vorsprung beispielsweise wird als potentieller Vorsprung des Gegners empfunden und dargestellt. Die eigenen Optionen werden als unzulänglich, die des Gegners als in überreichem Maße vorhanden wahrgenommen. Das ist eine im Prinzip jegliche Verständigung ausschließende Konstellation.

Aus der Abschreckungsdoktrin und dem ihr impliziten Worst-case-Denken ergibt sich als systemimmanent-logische Folge der Rüstungswettlauf (für den freilich auch andere, zusätzliche Impulse angenommen werden müssen, als Stichwort sei nur der Militärisch-Industrielle Komplex genannt), der aber das System gleichzeitig destabilisiert und seiner »Friedensfunktion« beraubt. Somit erweist sich der Rüstungswettlauf als Widerspruch, weil er die Gefahr in sich birgt, daß eine Seite eine möglicherweise entscheidende Option erhält. Bisher war diese Gefahr vorhersehbar temporär begrenzt, d.h., ein waffentechnologischer Vorsprung konnte nie zu einer echten Kriegsführungsoption ausgebaut werden, die das »Gleichgewicht des Schreckens« aus der Balance gebracht hätte. Bisher hatten die USA stets nicht unerhebliche, aber nicht entscheidende, Vorsprünge bei einzelnen Waffensystemen erzielt, angefangen von der Atombombe bis zur Rakete mit selbstständig sich ins Ziel steuernden Mehrfachsprengköpfen (MARV). Die UdSSR konnte »nachziehen«, wenn auch mit Zeitverzögerungen bis zu acht Jahren. Nunmehr jedoch scheinen den USA technologische Optionen zuzufallen, die einen begrenzten Atomkrieg selbst auf strategischer Ebene in der (subjektiven) Vorstellung der Militärplaner in den Bereich der Realität treten lassen. Die verbesserte Zielgenauigkeit der Interkontinentalwaffen läßt begrenzte Schläge (so der frühere US-Verteidigungsminister James Schlesinger) als denkbare Option

erscheinen. Langfristig entwickelt sich daraus jedoch die Möglichkeit eines Entwaffnungsschlages; entsprechende Spekulationen werden genährt durch die Weigerung des US-Senats, SALT II zu ratifizieren, denn die Erstschlagsoption würde eine höhere Sprengkopfzahl erfordern. Erstschlagsoptionen drohen sich auch zu entwickeln aus der in Kürze perfektionierten U-Boot-Ortung und -Bekämpfung sowie aus dem Satellitenwaffen-System. Laser- oder Partikelstrahlwaffen, bislang als auf unabsehbare Zeit utopisch abgetan, scheinen in kurzer Frist technisch realisierbar zu werden.

Die Konsequenzen für die gegenwärtige relative Stabilität des Nichtkriegszustandes (fälschlicherweise als »Frieden« bezeichnet) wären jedoch unabsehbar, wenn es einer Supermacht gelänge, voraussichtlich den Vereinigten Staaten, kalkulierbare Erst- oder Entwaffnungsschlagoptionen zu erwerben. Die zu unterliegen drohende Supermacht müßte entweder kapitulieren, ohne jedoch die Gewähr zu haben, daß die überlegene nicht doch die Kriegsführungsoption realisiert, oder aber zuvor buchstäblich mit allen Mitteln versuchen, die drohende Überlegenheitssituation der anderen zu verhindern. Am unerträglichsten wäre es – eine makabre Feststellung –, wenn beide zögerten und nach einigen Jahren die Situation einträte, daß beide Supermächte eine gesicherte oder zumindest kalkulierbare Erstschlagsoption zur Verfügung hätten. Dies wäre dann die »High-Noon«-Situation: Beide Supermächte stünden sich gegenüber mit dem Finger permanent am Drücker des atomaren Colts. Wer schneller zieht und schießt, gewinnt.

Dieser Ausflug in ein »konkrete Utopie«, die beim gegenwärtigen Stillstand der Rüstungskontrolle und dem rasanten technologischen »Fortschritt« rascher Realität werden könnte als angenommen, kann wieder zurückkehren zur zentralen Aussage, daß nämlich das gegenwärtige – und mehr noch das künftige – Sicherheitssystem für Europa das denkbar unzulänglichste und irrationalste ist, daß daher jeder sicherheitspolitische Alternative als rationaler gelten müsse. Das könnte im übrigen auch aus den Eskalationsvorstellungen beider Seiten gefolgert werden; denn ein taktischer Nuklearkrieg in Mitteleuropa wäre theoretisch für die beiden Supermächte kalkulierbar, er ist daher auch potentiell führbar. Eine Automatik der nuklearen Eskalation sollte nicht als unabdingbar angenommen werden, denn die »Selbstmordoption«, also der Einsatz strategischer Waffen als Endkonsequenz eines Krieges in Mitteleuropa, ist beiden Supermächten nicht zuzutrauen. Für Europa aber wäre ein taktischer Atomkrieg gleichbedeutend mit einem strategischen. Nach dem Zusammenbruch der Abschreckung hätten Europa und seine Regierungen keinerlei Handlungsalternativen mehr, wohl aber würden die Supermächte noch über solche verfügen. Daher können die Sicherheitsinteressen sowohl der sowjetischen Alliierten als auch die der amerikanischen Bündnispartner nicht identisch sein mit denen der jeweiligen Supermacht. In dialektischer Weise ließe sich sogar die These begründen, daß die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik oder Hollands mit denen der DDR oder Polens eher übereinstimmten als mit denen der USA – und vice versa natürlich.

Wer es nicht nur als Denkspielerei, sondern als Entscheidungshilfe betrachtet, könnte sich eines Syllogismus bedienen, d.h. einer Methode, einen absolut richtigen, »wahren« Schluß zu ziehen aus zwei Prämissen, die zuvor als richtig vorausgesetzt wurden. In diesem Falle wäre es der Syllogismus

$$\begin{array}{l} A - B \\ B - C \\ \hline A - C \end{array}$$

(zu lesen etwa: Wenn A gleich B und B gleich C, dann ist A gleich C)

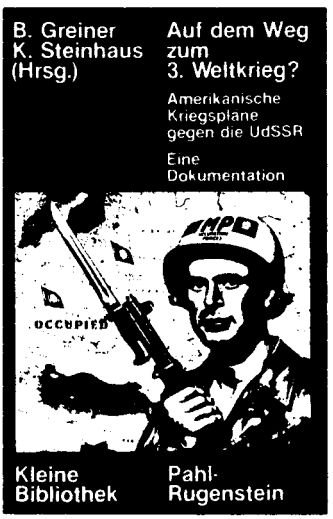
Es sollen also die Prämissen gelten:
Wenn das gegenwärtige Sichheitssystem (A) das (wahrscheinliche) Risiko der Völkervernichtung (B) enthält, Völkervernichtung (B) aber das Äußerste an Irrationalität (C) darstellt, dann folgt notwendigerweise, daß das gegenwärtige Sicherheitssystem (A) das Äußerste an Irrationalität (C) darstellt . . .

. . . sowohl für die NATO als auch für den Warschauer Pakt.

Quod erat demonstrandum.

Politik der USA

Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80



Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle in der Bundesrepublik

Stellungnahme der Studiengruppe Militärpolitik*)

Die Studiengruppe Militärpolitik, ein Zusammenschluß von rund 30 Fachwissenschaftlern, die sich mit Fragen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik befassen, befürwortet eine Neufassung der gesetzlichen Vorschriften für den Rüstungsexport. Die vorhandenen Gesetze und politischen Grundsätze haben sich als nicht ausreichend erwiesen; denn aus der Bundesrepublik wurden in der Vergangenheit an über 70 Entwicklungsländer Rüstungsgüter geliefert. Die von der Friedensforschung ermittelten Auswirkungen von Rüstungsimporten in den Ländern der Dritten Welt lassen es geboten erscheinen, den Rüstungsexport außerhalb der NATO ganz zu verbieten, zumal die Rüstungsexporte in der Bundesrepublik nicht die häufig behaupteten großen Beschäftigungseffekte haben. Die Studiengruppe greift einen Gesetzesantrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 1966 auf, in dem ein Kriegswaffenkontrollgesetz gefordert wird, das Rüstungsexporte nur in verbündete Länder zuläßt. Außerdem wird eine strengere Kontrolle bei Koproduktionsprogrammen und eine Veröffentlichung der Daten des Rüstungshandels gefordert.

Anlaß für die Forderung dieser Neufassung der Exportkontrollen sind die anstehenden Entscheidungen von Rüstungsexporten nach Chile, Saudiarabien und Malaysia.

Bislang galt die grundsätzliche, jedoch schon häufig durchbrochene Regel, daß Kriegswaffen nicht in Spannungsgebiete geliefert werden. Dieser Begriff ist als Entscheidungskriterium heute nicht länger hilfreich. Denn, ob ein Land als Spannungsgebiet bezeichnet wird oder nicht, unterliegt erstens politisch unterschiedlichen Einschätzungen und läßt sich zweitens kaum für die Zukunft voraussagen. Streng genommen ist angesichts der vorhandenen sozialen Spannungen die gesamte Dritte Welt als Spannungsgebiet zu bezeichnen.

Ob Saudiarabien in Spannungen mit Israel lebt oder nicht, scheint zugunsten der Interessen an kontinuierlichen Öllieferungen in den Hintergrund gedrängt worden zu sein. Ob Waffen in Konflikten eingesetzt werden oder nicht, wird in der öffentlichen Diskussion oft beiseite geschoben, und stattdessen das „nationale Interesse" der Bundesrepublik betont. Waffen, Teile von Waffen, sonstiges militärisches Gerät und Technologie zur Fertigung von Waffen wurden aus der Bundesrepublik an über 70 Entwicklungsländer geliefert; 41

*) Die Studiengruppe Militärpolitik, die der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung angehört, wird von Prof. Ulrich Albrecht, FU Berlin, geleitet. Die vorliegende Stellungnahme entstand unter Mitarbeit von Peter Lock und Michael Brzoska (Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung) sowie Herbert Wulf (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik), alle Hamburg.

dieser Länder, also 60%, waren in den letzten drei Jahren an einem oder mehr Kriegen beteiligt. Die Wahrscheinlichkeit, daß heute zur Lieferung vorgesehene Rüstungsgüter in einem Krieg eingesetzt werden, ist also groß.

Das Grundgesetz verpflichtet ausdrücklich, dem Frieden in der Welt zu dienen. Es bezeichnet Handlungen als verfassungswidrig, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Im Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, dem Ausführungsgesetz zum Grundgesetzartikel 26, ist geregelt, daß die Genehmigung zum Export zu versagen ist, „wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg verwendet werden."

Der Export von Rüstungsgütern, die nicht Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes sind (dies wird in der Kriegswaffenliste festgelegt), kann nach dem Außenwirtschaftsgesetz (§ 7 Abs. 1) kontrolliert werden, unter anderem zur Verhütung friedensgefährdender Störungen und zur Verhütung erheblicher Störungen der außenpolitischen Beziehungen.

Diese gesetzlichen Vorschriften schränken den Rüstungsexport unter folgenden Gesichtspunkten ein:
- Wird dem Frieden in der Welt gedient?
- Wird eine friedensgefährdende Handlung unterstützt?
- Werden die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik gefährdet?

Offensichtlich reichen die bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht aus, um den Einsatz von Waffen und anderem militärischen Gerät in friedensstörenden Handlungen zu unterbinden. Es wird deshalb vorgeschlagen, den Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 1966 für ein zweites Ausführungsgesetz zum Grundgesetz zur Grundlage einer Neufassung der Rüstungsexportpolitik zu machen.

In diesem Antrag war u.a. vorgesehen:

- Deutschen zu verbieten, im Ausland zur Kriegsführung bestimmte Waffen zu entwickeln, herzustellen, an ihrer Herstellung mitzuwirken oder in Verkehr zu bringen (§ 1);
- dieses Verbot durch eine Ausnahmegenehmigung nur dann aufzuheben, wenn es sich um Länder handelt, die mit der Bundesrepublik in einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis sind (§ 4 I);
- die Ausnahmegenehmigung zu versagen, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie völkerrechtliche Verpflichtungen verletzt oder deren Erfüllung gefährdet werden (beispielsweise Menschenrechtsverletzungen in NATO-Ländern). (§ 4 II)

Zusätzlich ist dafür Sorge zu tragen, daß auch in solchen Fällen bundesdeutsches Recht angewandt wird, in denen in Gemeinschaftsentwicklung mit bundesdeutschen Firmen entwickelte und gebaute Rüstung durch Firmen im Ausland vertrieben wird. Die Statistik über die Exporte von Rüstungswaren ist für die Kontrolle durch die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Schließlich

ist die Liste der Kriegswaffen mit dem Ziel zu überprüfen, alle vornehmlich zur Kriegsführung und seiner Vorbereitung ausgeführten Waren zu erfassen (z. B. Trainingsflugzeuge, gepanzerte Fahrzeuge ohne Bewaffnung, die z. Z. nicht als „Kriegswaffen" gelten).

Diese restriktive Behandlung bundesdeutscher Rüstungsexporte ist aus der Kenntnis der schädlichen Auswirkungen von Rüstungsimporten in den Ländern der Dritten Welt ableitbar:

– sie erhöhen die Gefahr blutiger, intensiver militärischer Auseinandersetzungen. Die Bundesregierung stellte in ihrem Weißbuch zur Sicherheitspolitik 1979 fest: „Der Transfer großer Mengen von Waffen vergrößert das Konfliktpotential und gefährdet den Frieden."
– sie stützen bestehende Machtverhältnisse in der Dritten Welt, auch wenn diese Verhältnisse ungerechte Strukturen erhalten. Waffen werden sowohl direkt zur Unterdrückung als auch zur Ablenkung innerer Konflikte auf äußere Konflikte eingesetzt.
– sie bedeuten angesichts von mindestens 800 Millionen unterernährter und in Armut lebender Menschen in den Ländern der Dritten Welt eine unproduktive Geldverschwendung. Dabei fallen nicht nur die Waffenlieferungen selber, die 1980 weltweit ca. 60 Mrd. DM ausmachen dürften, sondern auch die Folgekosten wie Infrastrukturmaßnahmen, schwer ins Gewicht.
– sie verschlechtern insbesondere die Devisenpositionen der hochverschuldeten Länder in der Dritten Welt.
– sie richten die Wirtschaft in vielen Ländern der Dritten Welt auf die Befriedigung militärischer Nachfrage zum Nachteil der Versorgung mit zivilen Gütern aus.
– sie ziehen Länder der Dritten Welt in den Ost-West-Konflikt hinein. Waffenlieferungen der USA und der UdSSR, aber auch ihrer militärischen Verbündeten, ordnen die Länder der Dritten Welt in das Ost-West-Konfliktschema ein, auch wenn ihre Konflikte untereinander zunächst nicht in dieses Schema paßten.

Die Erkenntnisse über die Wirkung von Waffenlieferungen in die Länder der Dritten Welt lassen sich in dem Satz zusammenfassen, daß mehr Waffen die Menschlichkeit nicht sicherer, sondern nur ärmer machen (Brandt-Bericht). Selbstverständlich bedürfen die Entwicklungsländer zu ihrer Verteidigung gegen Aggressionen von außen militärischen Geräts. Sie haben keinerlei Probleme, dies zu beschaffen, die Bundesrepbulik braucht sich hier – angesichts ihrer Geschichte – nicht einzuschalten. Sie sollte vielmehr durch verstärkte Kooperation und gesteigerte Entwicklungshilfe dazu beitragen, die Ursachen der Konflikte zu beseitigen helfen. Der Rüstungsexport destabilisiert die Entwicklungsländer und fördert soziale Unruhen.

Rüstungsexporte können für die Bundesrepublik kein beschäftigungspolitisches Patentrezept sein. Zur Zeit arbeiten ca. 44 0000 Beschäftigte im Rüstungsexport; angesichts von weit über eine Million Arbeitsloser kann der Rüstungsexport kaum zum Abbau der Beschäftigungsprobleme beitragen. Wichtig ist auch zu beachten, daß die Arbeitsplätze im Rüstungsexport äußerst un-

sicher sind. Nicht nur das Beispiel Iran mit dem geplatzten U-Boot-Auftrag ist ein Beleg dafür. In der Vergangenheit war die Zahl der Arbeitsplätze im Rüstungsexport großen Schwankungen unterworfen. Rüstungsaufträge werden in Schüben ausgeführt. Dem Hochfahren der Kapazitäten folgt mit Regelmäßigkeit die Unterauslastung mit Entlassungen. Außerdem verstopfen die Rüstungsexporte die Märkte für andere industrielle Produkte. Arbeitsplätze im Rüstungsbereich werden so mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Branchen erkauft.

Für die Bundesrepublik leitet sich daraus die Forderung ab
- Initiativen zur internationalen Kontrolle des Rüstungstransfers zu ergreifen *und*
- die eigenen Exporte restriktiv zu handhaben.

Konkret:
- die jetzt anstehenden Exportgeschäfte nicht auszuführen,
- die Gesetze im Sinne des SPD-Gesetzesantrages von 1966 zu ergänzen und damit u.a. den Export außerhalb der NATO zu unterbinden.

Anhang: Bundesdeutsche Rüstungsexporte in die Dritte Welt 1980/81*)

1. Verhandlungen:

4 (?) U-Boote an Indien (Hersteller: Howaldtswerke/Deutsche Werft AG)	*Probleme wegen der von indischer Seite vorgeschlagenen Klausel, daß auch im Kriegsfall Ersatzteile aus der Bundesrepublik geliefert werden; dies widerspräche dem Grundgesetz*
Alpha-Jet Trainings- und Erdkampfflugzeuge an den Irak (Dassault, Frankreich/Dornier), (Stückzahl unbekannt)	*Die Verhandlungen wurden vor Beginn des Krieges mit dem Iran aufgenommen; deutsch-französische Koproduktion*
gepanzerte Fahrzeuge (Marder und andere) an Malaysia (Thyssen-Henschel) (Stückzahl unbekannt)	*mehrere Panzer aus bundesdeutscher Produktion oder mit bundesdeutschem know-how gebaut, stehen in Konkurrenz zueinander*
Militärlastkraftwagen an Syrien und Libyen (Magierus-Deutz) (Stückzahl unbekannt)	*ungesicherte Informationen im Zusammenhang mit Tätigkeiten des ehemaligen Bundeswehrgenerals Schnez als Waffenhändler im Nahen Osten*
1800 (?) gepanzerte Fahrzeuge an Saudi-Arabien (Krauss-Maffei und andere)	
200 MRCA Tornado an Saudi-Arabien (Panavia)	*Koproduktion mit Großbritannien und Italien*

*) Diese von Michael Brzoska und Herbert Wulf zusammengestellte Übersicht ergänzt die Tabellen, die die beiden Hamburger Autoren in ihrem Beitrag „Offensive im Rüstungsexport" veröffentlicht haben; in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten?, Reinbek 1980, S. 259–278.

2. Bestellungen:

200 (?) Lion-Nachbauten des Leopard 1 an Libyen (Krauss-Maffei und andere)	*Es ist ungeklärt, ob der Lion – der Leopard-Nachbau der italienischen Firma Oto-Melara – tatsächlich aufgenommen wird*
Know-how im Marinebereich an Brasilien (Marine-Planungs-Gesellschaft)	*Die bundesdeutsche Firma ist für die Aufrüstungsplanung der brasilianischen Marine verantwortlich und wickelt sie teilweise ab*
Transall an Irak (Aerospatiale, VFW, MBB) (Stückzahl unbekannt)	*Deutsch-französische Koproduktion*
10 Do 28 Transportflugzeuge an Marokko (Dornier)	*Marokko befindet sich im Krieg mit der westsaharischen Befreiungsfront F. Polisario. Die Do 28 gilt als ziviles Flugzeug, wird aber auch militärisch eingesetzt*
2 U-Boote an Chile *6 Schnellboote an Abu Dhabi (Lürssen)* *6 Schnellboote an Kuweit (Lürssen)* *2 Patrouillenboote an Kuwait (Lürssen)* *4 Korvetten an Kolumbien (Howaldtswerke/Deutsche Werft AG)*	

3. Lieferungen:[1]

1 Mehrzweckversorgungsschiff an Malaysia (Bremer Vulkan)	
1 Wachboot an Südafrika (Abeking und Rasmussen)	*als „Forschungsschiff" deklariert, ohne Bewaffnung*
1980 bekanntgeworden:	
Munitionsfüllanlage an Südafrika (Rheinmetall)	*auf den Endverbleibsurkunden wurde Paraguay als Empfänger aufgeführt*
Teile für 155mm Haubitze an Südafrika	*unbestätigte Meldungen, die durch die Meldung einer neuen Haubitze aus angeblich südafrikanischer Produktion gestützt werden*

4. Neu bekannt gewordene Zahlen

Nach einer Studie des außenpolitischen Ausschusses des US-amerikanischen Senates wurden zwischen 1974 und 1979 Waffen und Rüstungswaren im Wert von 12 Milliarden DM von Regierungen aus der Dritten Welt in der Bundesrepublik bestellt. Zur Auslieferung kamen Rüstungsgüter im Gesamtwert von 5 Mrd. DM. Zu Beginn des Jahres 1980 lag also ein Auftragsbestand in Höhe von 7 Mrd. DM vor. (US Conventional Arms Transfer Policy, A Report to the Senate from the Foreign Relations Committee, US Senate, Washington DC 1980)

Auf eine Anfrage hin teilte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Würzen Anfang 1981 mit, daß zwischen 1975 und 1979 „Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen" in Höhe von 5,926 Mrd. DM ausgesprochen worden seien. 37,9% des Wertes aller Genehmigungen betraf Exporte in Länder der Dritten Welt. Allerdings werden nach Auskunft des Staatssekretärs erst seit Anfang 1980 Exporte über NATO-Länder (z. B. von Lenkwaffen, Alpha-Jet etc.) richtig erfaßt, bisher erscheinen sie als Exporte in NATO-Länder.
(Sozialdemokratische Sicherheitspolitik 1/81)

---

1) Aufgeführt sind nur Lieferungen, die nicht in den Tabellen des Beitrags „Offensive im Rüstungsexport" in „Aufrüsten um abzurüsten?" bereits enthalten sind.

Thema: Arbeitslosigkeit

Mit der Rubrik „Alternativen" wollen die „Blätter" einen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung der potentiellen und in vielen Ansätzen bereits greifbaren Alternativen der demokratischen Opposition, der sozialen und politischen Bewegungen leisten, die in jüngster Zeit unter dem Eindruck forcierter Aufrüstungs- und Expansionspolitik und im Zeichen von Krise und Sozialabbau formuliert wurden. Obwohl diese Bewegungen nicht ab-, sondern zunehmen, werden ihre Vorschläge und Forderungen, und seien sie selbst in Beschlüssen von Millionenorganisationen wie den Gewerkschaften konkretisiert, weder in den parlamentarischen Institutionen dieses Landes noch in den tonangebenden Medien zur Kenntnis genommen.

Dies gilt auch in bezug auf ein so bedeutsames wirtschafts- und sozialpolitisches Thema wie die Arbeitslosigkeit, die – ohnehin seit Jahren ein bedrückender Dauerzustand – in diesen Wochen und Monaten erneut traurige Rekorde verzeichnet.

Mit einer Übersicht über die uns z. Z. vorliegenden Gegenstrategien, Forderungen und Vorschläge, die sich an den Interessen der direkt Betroffenen orientieren, wollen wir in erster Linie allen in dieser Sache Engagierten ein zusätzliches Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

Die hier zitierten Materialien, in ihrer Mehrzahl auf Anfrage der „Blätter"-Redaktion zur Verfügung gestellt, mußten zwangsläufig stark gekürzt werden. Manche werden wir übersehen haben, neue werden hinzukommen. Wir sind für jeden ergänzenden Hinweis, insbesondere für die Übermittlung entsprechender Beschlüsse etc. im Wortlaut, dankbar und werden sie ggf. zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen.

Von Fall zu Fall sollen in nächster Zeit weitere Übersichten über die Alternativen der demokratischen Bewegung in der neuen „Blätter"-Rubrik erscheinen. Es geht um demokratische Alternativen, Gegenpositionen zur herrschenden Politik in Schlüsselfragen der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, die über die künftige Entwicklungsrichtung unseres Landes entscheiden.

Wir danken für alle Hinweise zu Inhalt und Form der neuen Rubrik. D. Red.

1. Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

Im ersten Monat dieses Jahres wies die Arbeitslosenstatistik für die Bundesrepublik Deutschland erstmals wieder seit Beginn der 50er Jahre eine Arbeitslosenzahl von annähernd 1,3 Millionen aus. Seit Januar liegt die Arbeitslosenquote bei 5,6 % aller Erwerbstätigen, schwankt die Zahl der Kurzarbeiter um 400 000. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, erklärte Anfang März: „Aus unseren Zahlen läßt sich kein Zeitpunkt erkennen, wann die Wende zum Positiven einsetzen könnte." Stattdessen sprechen die Prognosen verschiedener Forschungsinstitute für die kommenden Jahre von einer weiteren Zunahme der Massenarbeitslosigkeit; für 1985 sei mit annähernd 3 Millionen Arbeitslosen zu rechnen.

Schien in den 60er Jahren das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit gebannt, so schnellte die Zahl der Arbeitslosen mit Beginn der Wirtschaftskrise 1974/75 erneut in die Höhe. Im Verlauf der 70er Jahre ist die Arbeitslosigkeit auch für die Bundesrepublik zu einem der schwerwiegendsten Dauerprobleme geworden.

Die wesentliche Ursache für die jüngere Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist die im großen Stil auf der Basis neuer elektronischer Technologien durchgeführte Rationalisierung, die zum einen

nicht mehr nur den Produktionssektor, sondern auch den Verwaltungs- und Dienstleistungssektor ergriffen hat, und zum zweiten längst nicht mehr durch ausreichend hohe Wachstumsraten abgemildert wird. Die Folgen kapitalistischer Rationalisierung sind bekannt: Ihr profitabelster Effekt ist die Senkung des Lohnkostenanteils durch die „Freisetzung" überflüßig gewordener menschlicher Arbeitskraft sowie verschärfte Arbeitshetze, Leistungsdruck und Raubbau an der Gesundheit der Übriggebliebenen.

Von Arbeitslosigkeit sind in besonders hohem Maße Frauen und Jugendliche sowie ältere, gesundheitlich behinderte oder wenig qualifizierte Arbeitskräfte – und hier wiederum vor allem Ausländer – betroffen.

Während der Berufsbildungsbericht 1981 der Bundesregierung für 1980 erstmals von einem deutlichen Überangebot an Ausbildungsplätzen spricht, verweist der DGB in seiner Entgegnung darauf, daß allein im vergangenen Jahr rd. 235000 Jugendliche (unter ihnen über 70000 ausländische Jugendliche) ohne jede Ausbildung geblieben sind, teilt die Bundesanstalt für Arbeit Anfang März mit, daß die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor überproportional steigt. Erschwerend kommt hinzu, daß 40% der gesamten betrieblichen Berufsausbildung in Klein- und Kleinstbetrieben erfolgt und damit Jahr für Jahr tausende Jugendliche in Berufen ausgebildet werden, über die die technologische Entwicklung in einigen Jahren bereits hinweggegangen sein wird. Den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, den Sonderschülern und Ausländerkindern (von letzteren erhält nur jedes fünfte eine Berufsausbildung!), deren verpfuschte Jugend meist nahtlos in ein unsicheres Hilfsarbeiterdasein oder langjährige Arbeitslosigkeit übergeht, werden in Zukunft in verstärktem Maße auch qualifiziertere Jugendliche in ein Berufsleben ohne Perspektive folgen – während sich die Durchsetzungsfähigeren um die Umschulungsplätze schlagen.

Die geringsten Chancen, den existentiellen Kampf um Arbeit zu ihren Gunsten zu entscheiden, besitzt die große Zahl der berufstätigen Frauen. Obwohl der Anteil der Frauen an den abhängig Erwerbstätigen in der Bundesrepublik nur 36% beträgt, stellen sie etwa die Hälfte der z.Z. registrierten Arbeitslosen. Noch höher liegt der Frauenanteil bei den jugendlichen Arbeitslosen und der nicht durch die offizielle Statistik erfaßten „stillen Reserve". Nach wie vor sind Frauen in der Regel die ersten, die infolge von Krise, Rationalisierung oder Produktionsverlagerung in Billiglohn-Länder „freigesetzt" werden, kann von Chancengleichheit in Berufs-, Fort- und Weiterbildung allen offiziellen Behauptungen zum Trotz keine Rede sein. Frauenarbeitslosigkeit währt meist länger als die männlicher Kollegen; deutlich geringer sind die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten.

Damit sei nur angedeutet, was sich hinter den hier genannten Zahlen und Angaben zur Arbeitslosigkeit verbirgt. Leonhard Mahlein, der Vorsitzende der Gewerkschaft Druck und Papier, hat die drohende Zunahme der Massenarbeitslosigkeit als eine ungeheure Anklage gegen ein System bezeichnet, „das sich so gerne mit dem Etikett Wohlstandgesellschaft schmückt – das den Anspruch auf das Wort ‚frei' erhebt. . . . Massenarbeitslosigkeit – Lohnraubversuche – Abbau sozialer Rechte – Gefährdung der politischen Demokratie – Zerstörung der menschlichen Gesundheit durch Arbeitshetze und Arbeitsstoffe . . . sind alles Erscheinungsformen ein und desselben Ausbeutungsverhältnisses. Zyniker sind diejenigen, die immer noch behaupten wollen, in der modernen Industriegesellschaft sei das Problem der Armut gelöst und die ‚soziale Sicherung' sei ‚eine Hängematte für die Faulen'. Der große Widerspruch unserer Zeit und der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung besteht ganz offenkundig darin, daß die Instrumente und Mittel zur Krisenüberwindung – die diesem System als privatwirtschaftlichem Profit- und Konkurrenzsystem eigen sind – nicht mehr greifen." (zit. nach „Nachrichten", 6/1980, S. 14).

Als realisierbare Alternative zur Rezeptur der Unternehmerseite, die auf Kapitalkonzentration und Monopolisierung, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und -Intensität über Rationalisierungsmaßnahmen, auf Kapitalexport, staatlich organisierte Umverteilung usw. setzt, wird im folgenden eine Auswahl der Forderungen und Vorschläge wiedergegeben, die sich zuerst in den Arbeiterorganisationen und hier vor allem in den Gewerkschaften vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit herausgebildet haben.

2. Beschäftigungspolitische Alternativen

2.1. Wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Wir brauchen den koordinierten Einsatz aller Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung*)

...

Wir brauchen ... den koordinierten Einsatz aller Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der betrieblichen Beschäftigungspolitik, der Bildungspolitik und der Tarifpolitik. ... Und wir brauchen die Verbindung von langfristig und kurzfristig wirkenden Maßnahmen. Es genügt nicht, nur kurzfristige und damit kurzatmige Programme zu fahren, wir müssen auch für die mittel- und langfristige Umstrukturierung von Produktion und Beschäftigung sorgen. Und es genügt nicht, nur Perspektiven und Visionen zu haben und die Tagesprobleme außer acht zu lassen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", an unser Vollbeschäftigungsprogramm aus dem Jahre 1977. Dieses Programm ist nach wie vor aktuell. Und ich erinnere an den Entwurf eines neuen DGB-Grundsatzprogramms, in dem wir unsere Forderungen, unsere Ziele und unser Selbstverständnis niedergelegt haben.

...

Richtig ist, daß unsere ordnungspolitischen Vorstellungen nicht an den Grenzen der Marktwirtschaftsideologien haltmachen. Richtig ist, daß wir volkswirtschaftliche Rahmenplanung, eine vorausschauende Struktur- und Technologiepolitik, eine dementsprechende Investitionslenkung und den Ausbau der öffentlichen und freien Gemeinwirtschaft fordern. Richtig ist auch, daß wir uns zu einer wirklich umfassenden Kontrolle wirtschaftlicher Macht auch die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum vorstellen können. Wobei der geographische Begriff „Markt" sehr wohl über die nationalen Grenzen hinauswachsen kann.

...

Die Hoffnung auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft haben sich als Illusion erwiesen.

...

Die gegenwärtige und absehbare Entwicklung am Arbeitsmarkt macht vielmehr eine aktive staatliche Wachstums- und Technologiepolitik erforderlich.

– Voraussetzung dazu ist eine beschäftigungssichernde Geldpolitik. Dies heißt für die Bundesbank, daß die Zinsen gesenkt werden müssen, solange es noch nicht zu spät ist. Ein zweites Mal wollen wir nicht in die Rezession hineingebremst werden. Wenn die Konjunkturkarre erst im Dreck steckt, locken auch noch so niedrige Zinsen nicht mehr!
– Voraussetzung dazu ist eine beschäftigungssichernde Investitionspolitik. D. h. für die Bundesregierung, Ersatz für das auslaufende Zukunftsinvestitionsprogramm zu schaffen. An Bedarf an Investitionen zur Sicherung der Zukunft mangelt es nicht!
– Voraussetzung dazu ist eine aktive, vorausschauende staatliche Forschungs- und Innovationspolitik. Die Bundesrepublik wird nur dann im internationalen Wettbewerb bestehen, wenn neue Technologien systematisch gefördert werden, wenn aber auch gleichzeitig deren soziale Auswirkungen abgeschätzt und negative Folgen vermieden werden. Es geht darum, durch gezielte staatliche Aktivitäten wirtschaftliche und technologische Engpässe zu beseitigen, die produktiven Kräfte zu entwickeln und durch eine forcierte staatliche Innovationspolitik zu einem befriedigenden Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung beizutragen. Indirekte Forschungsförderung über Steuererleichterungen kann diese Ziele nicht erreichen. Wir sind für die Erhaltung des jetzigen Anteils und der jetzigen Struktur der Forschungsförderung am Staatshaushalt. Neoliberale und liberal-konservative Vorstellungen über den Rückzug des Staates aus diesem wichtigen Handlungsfeld dürfen sich nicht durchsetzen.

*) Zwischenüberschriften von der Redaktion

– Und Voraussetzung dazu ist schließlich eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik. . . . Diejenigen, die die sogenannte Staatsverschuldung als Wahlschlager erfunden haben und diejenigen, die es übernommen und von der Kanzel herab verkündet haben, müssen sich fragen lassen, wieviel Millionen Arbeitslose sie hingenommen hätten. Sie müssen sich fragen lassen, ob sie aus der großen Weltwirtschaftskrise nicht gelernt haben. Oder sie müssen uns erklären, wo sie das Geld hergenommen hätten, mit dem der Staat 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat.

. . .

Meine Sorge ist, daß die notwendige Politik der aktiven Wachstums- und Beschäftigungsvorsorge durch überzogene Verschuldungsängste gefährdet werden könnte. Am Ende stände dann vielleicht noch größeres Heulen und Zähneklappern, als das, was Hans Matthöfer ohnehin für das nächste Jahr als Folge seiner Finanzpolitik prophezeit hat.

Meine Sorge ist weiterhin, daß konservative und liberalkonservative Kräfte sich durchsetzen, die die Verpflichtung des Staates leugnen, für eine gleichgewichtige und sozial verträgliche wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen und die den Abbau der sogenannten „Vollbeschäftigungsgarantie" fordern.

Wer die Strategie des Rückzugs des Staates aus der wirtschaftspolitischen Verantwortung, wer diese Strategie vom Typ Maggi Thatcher auf die Bundesrepublik übertragen möchte, setzt einen Teufelskreis in Bewegung, der auf eine bewußt herbeigeführte „Reinigungskrise" hinausläuft, auf die gewollte Hinnahme hoher Arbeitslosenzahlen und auf die zielbewußte Schwächung der Gewerkschaften. Wir warnen Neugierige.

. . .

Der Wirtschafts- und Finanzpolitik kommt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine überragende Bedeutung bei. Aber sie kann nur voll wirksam werden, wenn sie durch die richtige Arbeitsmarktpolitik ergänzt wird.

. . .

Es geht auch hier um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, es geht um die möglichst reibungslose Vermittlung Arbeitsloser und es geht um die Verbesserung der beruflichen Qualifikationen.

Natürlich kostet eine wirksame Arbeitsmarktpolitik Geld, und das gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, in denen die finanziellen Spielräume eng gezogen sind. Gerade dann aber ist es kurzsichtig und schmalspurig, an der Arbeitsmarktpolitik zu sparen! Der DGB hat sich immer davon leiten lassen, daß Investitionen in das Arbeitskräftepotential eines Landes Zukunftsinvestitionen sind. Dabei wird es auch bleiben. Der DGB wird auch nicht davon ablassen, immer wieder herauszustellen, daß es zweckmäßiger ist, eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die entsprechenden Vergleichsrechnungen liegen vor.

. . .

Auszüge aus dem Hauptreferat des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter auf der Beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB am 21. Oktober 1980 in Düsseldorf (unkorrigiertes Manuskript).

Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung erneuern

. . .

Der DGB fordert . . . die Bundesregierung und die Regierungen der Länder erneut auf, unverzüglich ein Anschlußprogramm an das auslaufende Zukunftsinvestitionsprogramm zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu beschließen. Ein solches, langfristig orientiertes Entwicklungsprogramm muß schwerpunktmäßig ausgerichtet sein auf:

– rationellere Verwendung und Einsparung von Energie, insbesondere Erdöl,
– Verbesserung der Wohnungsversorgung und Wohnumfeldgestaltung,
– Ausbau der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Müllbeseitigung,
– Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verringerung der Lärmbelästigung,
– Erhöhung der Berufschancen der Arbeitnehmer durch bessere Berufsausbildung,

– Ausbau der sozialen Dienste.

Dieses Programm muß so konzipiert werden, daß wichtige Teile nach Bedarf kurzfristig eingesetzt werden können, um Beschäftigungseinbrüche zu verhindern und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Der DGB bietet der Bundesregierung an, sich an der Konzipierung dieses Programms zu beteiligen.

Der DGB erinnert an seine Forderung, die Investitionen im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich mit den strukturellen und konjunkturellen Erfordernissen der Gesamtwirtschaft abzustimmen. Dazu gehören auch

– eine Ergänzung und bessere Koordinierung der vorausschauenden sektoralen und regionalen Strukturpolitik,
– eine beschäftigungssichernde Forschungs-, Technologie- und Umweltpolitik, deren Schwergewicht auf der Förderung arbeitsplatzschaffender, rohstoff- und energiesparender Technologien sowie auf der Humanisierung der Arbeit und der Erhaltung der natürlichen Umwelt liegt.

Der DGB fordert weiterhin die Verstärkung und den gezielteren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Erleichterung der Wiedereingliederung Arbeitsloser sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Notwendig ist ebenso die Berücksichtigung der Beschäftigungserfordernisse bei Entscheidungen über Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen und Verwaltungen.

Die Aussonderung der tatsächlich oder vermeintlich weniger leistungsfähigen Arbeitnehmer und ihre Abdrängung in die langanhaltende Arbeitslosigkeit muß endlich beendet werden.

Der DGB wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Problematik der Arbeitslosigkeit durch Manipulation an der Arbeitslosenstatistik und Angriffe auf das Leistungssystem der Arbeitslosenversicherung herabmindern zu wollen.

Vor dem Hintergrund des erneuten unerwartet starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit fordert der DGB die Bundesregierung auf, bei ihrem Zuschuß für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit genügend finanziellen Spielraum für den dringend erforderlichen Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu gewähren. Wirtschafts- und sozialpolitisch ist es erheblich zweckmäßiger, öffentliche Mittel für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und die Wiedereingliederung Arbeitsloser als zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit zu verwenden.

Aus: Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zur Beschäftigungspolitik vom 5. Februar 1981.

Alle Maßnahmen staatlicher Politik an der Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung ausrichten

. . .

Die Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft HBV fordern . . . absoluten Vorrang der Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung. An diesem Ziel sind alle Maßnahmen staatlicher Politik auszurichten. Die herkömmlichen, wesentlich global und auf Konjunktursteuerung ausgerichteten Mittel der Wirtschaftspolitik sind zur Verwirklichung dieses Ziels weder ausreichend noch geeignet.

Eine solche beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik bedarf der Abstimmung und Koordination mit der Arbeitsmarktpolitik, der Geld- und Finanzpolitik, der Umwelt- und Technologiepolitik, der Außenpolitik und der Bildungs- und Sozialpolitik sowie rechtlicher Maßnahmen im Bereich des Unternehmens- und Arbeitsrechts.

Dabei müssen schwerpunktmäßig die strukturellen Probeme kontrollierbar gemacht und die wirtschaftlichen Strukturen zunehmend an der Erfüllung von Arbeitnehmerinteressen ausgerichtet werden.

Dazu ist erforderlich:

1. Ausweitung des Informationssystems. Unabdingbare Grundlage allen zielgerichteten wirt-

schafts- und gesellschaftspolitischen Handelns sind umfassende Informationen, die in einem demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem öffentlich zugänglich sein müssen.

Zur Ausweitung des Informationssystems wird gefordert:

- die Aussagekraft amtlicher Statistiken ist zu verbessern durch Verbesserung der Sozial- und Einkommensstatistik, der Sichtbarmachung von Finanzströmen zwischen Staat und Wirtschaft sowie des regionalen und sektoralen Strukturwandels,
- die Veröffentlichung der Wirkungen wirtschaftspolitischer Instrumente,
- Investitionsmeldestellen für Großkonzerne,
- die erweiterte Publizitätspflicht für Großunternehmen,
- die Entwicklung einer gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung der Unternehmen,
- Strukturberichterstattung durch den Sachverständigenrat mit einer Stellungnahme der Bundesregierung,
- Regional- und Branchenentwicklungspläne und deren Zusammenfassung zu einheitlichen Landesentwicklungsplänen und einem Bundesentwicklungsplan.

Diese Planungen sind unter Beteiligung der Gewerkschaften zu erarbeiten.

2. Gezielte Investitionslenkung und Ausbau der demokratischen Kontrolle.

Zum Abbau und zur Verhinderung von strukturellen Ungleichgewichten zwischen und innerhalb der Wirtschaftszweige, zur Beseitigung der Defizite der sozialen Infrastruktur und dem Mangel an humanen, qualifizierten Arbeitsplätzen ist eine gezielte Investitionsbeeinflussung und -lenkung und deren demokratische und soziale Kontrolle notwendig.

Dies bedeutet:

- die Förderung von Wirtschaftsbereichen, die die Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze mit Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer ermöglichen, u. a. durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur und humaner Dienstleistungen,
- eine Technologie- und Umweltpolitik, die das Interesse der Arbeitnehmer nach Sicherheit und Schaffung humaner Arbeitsplätze, die Förderung rohstoff- und energiesparender Technologien sowie die Erhaltung der natürlichen Umwelt zum Schwerpunkt hat,
- der Ausbau der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen,
- die besondere Berücksichtigung strukturschwacher Regionen und arbeitsmarktpolitischer Problemgruppen bei öffentlichen Ausgaben,
- beschäftigungspolitische Auflagen bei Inanspruchnahme öffentlicher Aufträge und Subventionen der verschiedensten Art; verbunden mit einer Stellungnahme der Arbeitnehmervertretung des jeweiligen Unternehmens und der zuständigen Gewerkschaft,
- eine wirksame Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle,
- Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und die Demokratisierung und Neuordnung der Unternehmensverfassung.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendige Neugestaltung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums einzuleiten. Daneben müssen verstärkt die gewerkschaftlichen Mittel auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene eingesetzt werden, um zur Sicherung und Humanisierung der Arbeitsplätze beizutragen.

. . .

Aus: Antrag 149, beschlossen vom 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) (14.–20. 9. 1980).

Wirtschafts- und bildungspolitische Maßnahmen realisieren, die der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang einräumen

. . .

Entscheidende Instrumente für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Forderung nach Vollbeschäftigung sind

- eine Wirtschaftspolitik, die der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang einräumt,

– eine Arbeitsmarktpolitik, die dem Erhalt und der aktiven Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer insgesamt und der besonders gefährdeten Beschäftigungsgruppen dient,
– eine finanzielle Förderung von Teilzeitarbeit auf Kosten der Vollzeitarbeit wird abgelehnt. Vor dem weiteren Ausbau von Teilzeitarbeit hat die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich Vorrang.
– eine Arbeitsrechtspolitik, die die rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in allen ihren Teilregelungen unter die Leitlinie der Arbeitnehmerinteressen stellt,
– eine Bildungspolitik, die die umfassende fachliche und politische Qualifikation der Arbeitnehmer gewährleistet und in Verbindung mit der Arbeitsmarktpolitik eine ausreichende Zahl von qualifizierten Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt,
– eine Forschungs- und Technologiepolitik, die sich auf die Förderung arbeitsplatzschaffender Technologien sowie auf die Schaffung menschengerechter Arbeitsbedingungen konzentriert,
– eine Politik der weiteren Demokratisierung der Wirtschaft, die eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Entscheidungsebenen gewährleistet.

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall unterstreicht mit Nachdruck, daß er mit dem Recht auf Arbeit die Einlösung bestehender Verpflichtungen des Sozialstaates verlangt. Er fordert alle verantwortlichen Politiker zu wirksamen Initiativen für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit auf.

Aus: Entschließung 4 des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in Berlin (21.–27. 9. 1980).

Im Zentrum des Vorschlags: Ausweitung der Staatsausgaben

. . .

Unser Vorschlag zur vorwiegend finanzpolitischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält ein Sofortprogramm und ein mittelfristiges „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre". Es wird ergänzt durch geldpolitische Vorschläge und Argumente für eine expansive Lohnpolitik sowie für Arbeitszeitverkürzungen.

1. Im Zentrum des Vorschlags: Ausweitung der Staatsausgaben

a) Sofortprogramm. Wir schlagen ein staatliches Sofortausgabenprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM vor, mit dessen Umsetzung unverzüglich begonnen werden muß und kann. Aus der Abwicklung des „Zukunftsinvestitionsprogrammes" (ZIP) sind Projekte für beschäftigungswirksame und bedarfsorientierte Infrastrukturmaßnahmen bekannt, die wegen des Zuschnitts sowei der zeitlichen und rahmenspezifischen Beschränkungen nicht im Rahmen des ZIP abgewickelt werden konnten. Sie sollten den Kern des Sofortausgaben-Programmes bilden. Dabei handelt es sich insbesondere um:

– Beseitigung unfallträchtiger Bahnübergänge sowie von Unfallschwerpunkten im Bundesfernstraßennetz;
– Ausbau der Fernwärmeversorgung sowie des Schallschutzes gegenüber Straße und Schiene;
– Verbesserung der Müllentsorgung;
– Bau von Jugendzentren und Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe;
– Ausbau und Verbesserung der Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge sowie der Krankenhäuser.

b) Haushaltsumschichtung. Beschlossene Haushaltskürzungen, die der erforderlichen beschäftigungs- und versorgungspolitischen Ausrichtung der öffentlichen Finanzpolitik widersprechen, sind unverzüglich zurückzunehmen.

Dazu gehören zum einen die Beteiligung des Bundes an wichtigen Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben und im sozialen Wohnungsbau. Zum anderen fallen hierunter die beschlossenen Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, sowie die Kürzung der Zuschüsse zur Rentenversicherung. Ausgaben in diesen Bereichen sind sowohl vergleichsweise arbeitsintensiv als auch von der Versorgunglage her geboten. Sie müssen daher nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt werden – auch zu Lasten solcher Subventionen und staatlicher Aufträge, die nur bestimmte Rentabilitätspositionen erhalten, ohne nachweisbare po-

sitive Beschäftigungswirkungen zu haben. Dabei dürfen auch die Rüstungsausgaben nicht ausgespart werden.

c) Zukunftsprogramm für die 80er Jahre. Damit ein kurzfristiges Verpuffen der Wirkungen aus dem Sofortprogramm verhindert werden kann, ist es in ein mittelfristig ausgerichtetes, beschäftigungssicherndes und bedarfsorientiertes „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre" einzubinden, für das ein ungefähres Volumen in Höhe von 200 Mrd. DM vorzusehen ist.

Neben dem Ziel der Schaffung stabiler, zukunftsorientierter Arbeitsplätze ist dieses Mittelfrist-Programm auf die Sicherung gesellschaftlichen Bedarfs, der zwar laufend zunimmt, aber bei gewinnwirtschaftlicher Produktion und entsprechender Verteilung verdrängt wird, auszurichten. Solche Felder bedarfsorientierter Produktion könnten – in Weiterentwicklung der ZIP – sein:

- Verbesserung der Verkehrssysteme;
- rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung;
- Entwicklung alternativer Energiequellen;
- Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Wohnumwelt;
- Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge (Sicherung des Trinkwassers, Sanierung der Stadtentwässerung, schadstoffentlastende Verarbeitung von Abwässern).

Darüber hinaus muß aber auch der fiskalische Spielraum für die Erfüllung unmittelbar staatlicher Dienste – wie soziale Versorgung, präventive Gesundheitspolitik, Therapiezentren, Bildung usw. – erweitert werden. Auf der einen Seite handelt es sich hierbei um arbeitsintensive Bereiche, auf der anderen Seite verbessern diese die sozialen Lebenschancen insbesondere unterer und mittlerer Einkommensschichten.

Aufgrund dieser Orientierung ergibt sich die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Kommunen, die mit ihrem Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot erheblichen Einfluß auf die sozialökonomischen Lebensbedingungen haben, zu stärken. Dabei muß auch für eine breitere und intensivere politische Partizipation bei der Planung und Durchführung derariger Projekte gesorgt werden.

. . .

Aus: Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik" (Memorandum-Gruppe), Sondermemorandum („Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme") vom Dezember 1980. Wortlaut in „Blätter", 12/1980.

Das Programm für Zukunftsinvestitionen fortsetzen – die öffentlichen Ausgaben ausweiten

. . .

Für jede Regierung stellt sich die Frage nach Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Autonome Kräfte (werden) diesen Prozeß nicht in Gang bringen . . .:

- die Investitionen der Unternehmen so lange nicht, wie keine ausreichende Nachfrage für den Absatz der mit zusätzlichen Investitionen geschaffenen Kapazitäten in Sicht ist;
- die Zunahme des Exports nicht, weil ohne Störungen des Systems der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verstärkte Exporte durch zusätzliche Importe aufgewogen werden müssen.

. . .

Ohne die Erschließung neuer Nachfragebereiche kommen Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung deshalb nicht aus. Sie müssen das fortsetzen, was im Programm für Zukunftsinvestitionen vorgezeichnet wurde. Die erforderlichen Größenordnungen setzen jedoch voraus, daß die Ziele weiter gesteckt und Aufgaben in Angriff genommen werden, deren Größenordnung vergleichbar ist mit den Programmen zur Wiederherstellung einer angemessenen Wohnungsversorgung in den fünfziger und sechziger Jahren. Es ist an dieser Stelle bereits vor mehr als einem Jahr darauf hingewiesen worden, daß

- die Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität und
- der Ausbau der Lebensqualität unserer Städte solche weitgesteckten Ziele sein könnten. Den gleichen Rang haben Maßnahmen
- zur Durchsetzung nuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen,

– zur Integration und besseren Versorgung von benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft.

. . .

Aus: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht" 15/78.

. . .

Nicht nur verlangte das Ziel der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung eine langfristig angelegte, auf Wachstumsverstetigung gerichtete Finanzpolitik; auch ist der Bedarf an öffentlichen Gütern in den vom DIW in diesem Zusammenhang genannten Aufgabenbereichen . . . groß genug, um eine stetige Ausweitung öffentlicher Ausgaben zu rechtfertigen.

Das DIW-Modell zeigt, daß eine solche Finanzpolitik den Staat auch keineswegs dazu zwingt, ein hohes Staatsdefizit auf Dauer in Kauf zu nehmen. Vielmehr würde die konsequente Verfolgung der vorgeschlagenen Strategie auf längere Sicht zu einem stärkeren Abbau der Neuverschuldung führen, als er sonst zu erreichen wäre.

. . .

Aus: DIW, „Wochenbericht" 1–2/80.

Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muß auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausgerichtet sein

. . .

Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muß auf die Erhaltung und Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gerichtet sein. Die einseitige Betonung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Instrumente zur Anpassung der Arbeitnehmer, insbesondere der Arbeitslosen an sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, wird abgelehnt.

Die Folgen der Beschäftigungskrise dürfen nicht einseitig auf die Arbeitslosen abgewälzt werden. Schematische Zumutbarkeitsregelungen des Arbeitsförderungsgesetzes sind deshalb aufzuheben. Das Arbeitslosengeld muß den Lebensstandard über einen längeren Zeitraum absichern, damit verhindert wird, daß Arbeitslose unzumutbare Einkommenseinbußen hinnehmen oder ganz auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung verzichten müssen.

Die Arbeitsmarktpolitik muß stärker als bisher die wirtschaftspolitischen Instrumente der Konjunktur- und Struktursteuerung beschäftigungsorientiert einsetzen. Sie hat vor allem sicherzustellen, daß bei der öffentlichen Förderung von Investitionen dauerhafte und menschengerechte Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Dabei ist eine stärkere Erfolgskontrolle für die an Unternehmer gezahlten Lohnkostensubventionen durchzusetzen.

Bund, Länder und Gemeinden werden zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik aufgefordert. Eine solche Politik muß ein qualitatives Wachstum bewirken, das gleichermaßen auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet ist. Dazu sind neue Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und vermehrte öffentliche Investitionen und Investitionshilfen zum Ausbau der Infrastruktur notwendig.

Die Dienstleistungen der Bundesanstalt für Arbeit sind weiterzuentwickeln.

. . .

Aus: Antrag 948, beschlossen vom 9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Berlin (8.–14. 6. 1980).

Personalaufstockung im öffentlichen Dienst als arbeitsmarktpolitisches Instrument einsetzen

. . .

Übersicht zum Personalbedarf im öffentlichen Dienst

Tätigkeiten bzw. Aufgabenbereiche	Bedarf	Quellen
1. Lehrer im allgemeinen und beruflichen Schulwesen[1])	für 1985: 193000 für 1990: 178000	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

2. Hochschulpersonal (wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal)[2])	ca. 40000 für 1980, darunter ca. 30000 für wissenschaftliches Personal	Bund demokratischer Wissenschaftler, Wissenschaftsrat, Hochschulinformationssystem GmbH
3. Pflegepersonal in Krankenhäusern (Krankenschwestern und -pfleger)[3])	mindestens 28000 für sofort, 60000 bis 1985	Deutsche Krankenhausgesellschaft
4. Mediziner im öffentlichen Gesundheitssektor[4])	ca. 30.000, davon 5000 – 6000 Anästhesisten und ca. 5000 Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst, 20000 Krankenhausärzte	Deutsche Krankenhausgesellschaft, Marburger Bund, Berufsverband Deutscher Anästhesisten, Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen (Gesundheitsdienst)
5. Soziale Dienste[5])	ca. 361000 bis 1990	Prognos AG Basel
6. Arbeitsverwaltung[6])	ca. 3000 für sofort	Eigene Berechnung nach Angaben aus der Selbstverwaltung
7. Rentenversicherung[7])	ca. 1000	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
8. Polizei[8])	ca. 11000 für sofort	Gewerkschaft der Polizei, Bundesinnenministerium
9. Gewerbeaufsicht[9])	ca. 2000 für sofort	Eigene Schätzung
10. Feuerwehr[10])	mindestens ca. 5000 für sofort	Eigene Schätzung
11. Notrufrettungsdienst[11])	ca. 35000	Deutscher Städtetag nach berufsgenossenschaftlichen Angaben
12. Bundeswehr[12])	13000 Unteroffiziere und 3000 Offiziere für sofort	Bundesministerium der Verteidigung
13. Steuer- und Finanzverwaltung[13])	ca. 63000 für sofort	Deutsche Steuergewerkschaft und eigene Berechnung
14. Rechtsschutz (Strafvollzug)[14])	ca. 8000 für sofort	Deutscher Beamtenbund und Gewerkschaft ÖTV
15. Deutsche Bundesbahn[15])	mindestens 14000 für 1980	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
16. Deutsche Bundespost[16])	8000–11000 bei sofortiger Einführung	Deutsche Postgewerkschaft

1) Berechung erfolgte auf der Grundlage des Berechnungsschemas der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung. 2) Ohne Personal- und Eingreifreserve. Bedarf zunächst noch ansteigend. 3) Ohne Berücksichtigung von Mehrbedarf aufgrund gesetzlicher Verländerung des Mutterschutzes, Bildungsurlaub, 35-Stunden-Woche. 4) Ohne Berücksichtigung psychiatrischer Anstalten und der Arbeitsmedizinischen Zentren.

5) Ohne Sekundärbedarf. Zahl bezieht gemeinnützige Institutionen mit ein. 6) Vorwiegend Vermittlungsdienste. 7) Nur Beschäftigte zur Berechnung des Versorgungsausgleichs. 8) Bei Einführung einer 5. Schicht würden weitere 25 000 Kräfte benötigt. 9) Auf der Grundlage amtlicher Angaben. 10) Auf der Grundlage der bundeseinheitlich vorgeschriebenen Besatzungsstärke. 11) Ohne Katastrophenrettungsdienste. 12) Ohne Reservelazarette. 13) Auf der Grundlage amtlicher Bedarfsrichtwerte. 14) Nur Justizvollzugsanstalten. 15) Nur zur Auffüllung des Nachwuchses. 16) Nur für den sozialen Auftragsdienst.

Die . . . Finanzierung zusätzlicher Stellen . . . ist nicht ausschließlich, wie in der öffentlichen Diskussion häufig zu hören, über Steuern zu finanzieren. Ein großer Teil der Mehrbeschäftigung (z. B. im Gesundheitsbereich) müßte durch Beiträge und Gebühren finanziert werden. Soweit öffentliche Unternehmen oder kommunale Gebührenhaushalte (z. B. Müllabfuhr) als Nachfrager von Arbeitskraft auftreten, werden sie die Mehrkosten durch eigene Einnahmen ausgleichen. Die Kosten der Einstellung von mehr Steuerbeamten, insbesondere von Betriebsprüfern und Fahndungsbeamten, können zumindest teilweise durch den Abbau von Steuerumgehungsmöglichkeiten aufgefangen werden. Ein Teil der Mehrkosten der zusätzlich einzustellenden Lehrer und Hochschullehrer wird langfristig ausgeglichen, weil ein besseres Bildungsniveau auch die allgemeinen Wachstums- und Einkommenschancen erhöht. Schließlich muß bedacht werden, daß dem Staat auch für Arbeitslosigkeit Kosten entstehen (Mehrausgaben der Arbeitsverwaltung und Sozialversicherung, Mindereinnahmen durch weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge). Es müßten bei der Einstellung von Arbeitslosen in den öffentlichen Dienst a priori praktisch nur die Kosten aufgebracht werden, die über die öffentlichen Kosten der Erwerbslosigkeit hinausgehen.

. . .

Insgesamt kann man festhalten, daß die zusätzliche Beschäftigung von Personal im öffentlichen Dienst für gesellschaftspolitisch sinnvolle Aufgaben ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument darstellt.

. . .

Aus: Hartmut Tofaute, Die Mehreinstellung von öffentlichem Personal als Instrument einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 11/1980.

Das volle Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Produktion, der Investitionen und der Sicherung der Arbeitsplätze durchsetzen

. . .

Das wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Ziel sind wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die Verteidigung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

. . .

Die Massenkaufkraft muß mit der Durchsetzung kräftiger Erhöhungen der Löhne und Gehälter sowie der Ausbildungsvergütungen, aber auch mit der Verbesserung der Renten- und Sozialleistungen, gestärkt werden. Das allein der Erhöhung der Profite dienende Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Produktion ins Ausland müssen unterbunden werden.

Die DKP tritt dafür ein:

– daß jede Massenentlassung durch ein Gesetz verboten wird. Kündigungen dürfen nur dann ausgesprochen werden, wenn ein neuer, gleichwertiger Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Für die Dauer einer Kündigungsschutzklage ist eine gesetzliche Pflicht zur Weiterbeschäftigung einzuführen. Die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ist zu verkürzen.

. . .

– Das Recht der Jugend auf qualifizierte Ausbildungsplätze ist zu sichern. Dringend notwendig ist die Reform der beruflichen Bildung entsprechend den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

. . .

– Für die Belegschaften, die Betriebsräte und Gewerkschaften ist das volle Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Produktion, der Investitionen und der Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.

. . .

– Die Unternehmer sind zu verpflichten, ihre Perspektivpläne aufzudecken. Schon in der Phase

der Planung müssen Betriebsräte und Gewerkschaften bei Maßnahmen der Rationalisierung, Automation und des Strukturwandels unter Einbeziehung aller von diesen Maßnahmen betroffenen Arbeiter und Angestellten voll mitbestimmen. Gesetzlich ist festzulegen, daß solche Maßnahmen nur gekoppelt mit einem unter voller Mitbestimmung der Gewerkschaften, ihrer Vertrauensleute und der Betriebsräte ausgearbeiteten Sozialplan durchgeführt werden dürfen, der allen Arbeitern und Angestellten einen Arbeitsplatz garantiert und ihre berufliche Lage nicht verschlechtern darf.

. . .

– Gezielt gilt es, arbeitsplatzschaffende staatliche Investitionen im Bereich der sozialen Gemeinschaftsdienste und der Bildung zu erhöhen. Staatliche finanzielle Hilfen an die Wirtschaft sind nur mit der Auflage zu vergeben, daß damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.
– Bei wirtschaftlichen Zusammenbrüchen (Konkursen, Vergleichen usw.) müssen alle vorhandenen Betriebswerte und Forderungen vorrangig zur Deckung der anstehenden Lohn- und Gehaltsforderungen und zur Erfüllung von Sozialplänen verwendet werden. Betriebsräte, Vertrauensleute und zuständige Gewerkschaften erhalten dabei das volle Kontrollrecht.

. . .

– Voller Lohnausgleich bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, solange das Recht auf Arbeit und die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht gewährleistet sind. Als einen ersten Schritt zu diesem Ziel unterstützt die DKP die Forderungen der Gewerkschaften, das Arbeitslosengeld und das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent des Nettolohnes zu erhöhen. Die Leistungen müssen zeitlich unbegrenzt bezahlt werden. Solange das Arbeitslosengeld nicht unbegrenzt gezahlt wird, ist auch die Arbeitslosenhilfe zu verbessern. Vor allem dürfen Einkünfte der Angehörigen nicht zur Kürzung der Arbeitslosenhilfe führen.

. . .

– Die Kosten für die Arbeitslosenversicherung sind nicht länger durch Beiträge den Arbeitern und Angestellten aufzubürden. Sie müssen in vollem Umfang von den Unternehmern, vor allem vom Großkapital, aufgebracht werden. Handwerkern sowie kleinen und mittleren Unternehmern ist dabei durch Steuerentlastungen ein Ausgleich zu gewähren. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung dürfen nicht zweckentfremdet verwendet werden.

. . .

Aus: Sozialpolitische Vorschläge der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), aktualisiert im April 1980.

Kurz- bis mittelfristig eine qualifizierte Mitbestimmung anstreben

. . .

Der zunehmenden Freisetzung von Arbeitskräften durch weitere Rationalisierung, vor allem in den Ballungsgebieten, steht ein wachsender Bedarf an Fachkräften gegenüber. Er wird sich weiter verstärken durch den Übergang auf dezentrale, arbeitsintensive Produktion in Klein- und Mittelbetrieben sowie für den ökologischen Landbau, den sozialen Bereich und handwerkliche Betriebe. Um Arbeitslosigkeit auf der einen, Fachkräftemangel auf der anderen Seite zu vermeiden, sind folgende Maßnahmen notwendig:

– rechtzeitige Umschulung zu qualifizierten Fachkräften,
– Entflechtung der Ballungsräume, um eine ökologisch tragbare industrielle Produktion zu ermöglichen.

Das zur Zeit real existierende Mitbestimmungsgesetz trägt nicht dazu bei, die Fremdbestimmung im Betrieb abzubauen. Sie ist weniger als nichts, zumal „Arbeitnehmer" zwar die Verantwortung mittragen sollen, tatsächliche Mitbestimmung jedoch nicht stattfindet.

Die sich daraus ergebende Forderung:

Kurz- bis mittelfristig ist eine qualifizierte Mitbestimmung anzustreben. Langfristig jedoch ist eine wirkliche Beteiligung der „Arbeitnehmer" am Produktivvermögen und die daraus resultierende wirkliche Mitbestimmung und dann auch Mitverantwortung anzustreben.

. . .

– Die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung ist durch eine innerbetriebliche Umverteilung der Arbeit zu vermeiden, die das Ziel einer Entlastung der Gesamtbelegschaft verfolgt.

– Bei rationalisierungsbedingten Entlassungen Fortzahlung des alten Lohnes bis zur Aufnahme gleichwertiger anderer Arbeit oder während einer Umschulung.
– Ausbildung und Arbeit für jeden Jugendlichen bei existenzsicherndem Lohn.

. . .

Aus: Saarbrückener Bundesprogramm der Grünen, beschlossen im März 1980.

Es gilt, eine beschäftigungsorientierte Haushalts- und Strukturpolitik zu entwickeln

. . .

Einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit sehen die Jungsozialisten nur dann gewährleistet, wenn ihre wirtschaftspolitischen Alternativvorstellungen in folgenden Aktionsbereichen realisiert würden:

a) Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik
b) Strukturpolitik
c) Arbeitszeitverkürzungen
d) Lohnpolitik
e) Bildungspolitische Maßnahmen

Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik

Zur Erhaltung der bisherigen und Schaffung neuer Arbeitsplätze halten die Jungsozialisten ein staatliches Vollbeschäftigungsprogramm für erforderlich, das in seiner quantitativen Dosierung der vom DIW vorgeschlagenen „mittelfristigen Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung" entspricht.

. . .

Die zur Verfügung zu stellenden Mittel sind vorrangig in folgenden Bereichen einzusetzen:

– Deckung des Personalbedarfs im öffentlichen Dienst: Krankenpflege (zusätzl. Bedarf 35000), Sozialarbeiter (70000), Lehrer (300000), Finanzverwaltung der Länder (50000), Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen (35000).
– Erhöhung der öffentlichen Investitionen: vordringlich im sozialen Wohnungsbau (Fehlbestand an Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern 1140000), Altenheime bzw. -wohnheime (Fehlbestand ca. 250000), Sportstätten (Fehlbestand an Sporthallen 5 Mio. qm Hallenfläche), Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Wasserversorgung (Anschluß für 3 Mio. Einwohner), Umweltschutz etc.
– Erhöhung der Mittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz.

. . .

Neben der geforderten beschäftigungsorientierten Haushaltspolitik gilt es . . . eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik zu entwickeln, die vor allem die Grenzen ihres bisherigen Instrumentariums überwindet und zu einer besseren Koordinierung der strukturpolitischen Maßnahmen und Entscheidungsstellen führt.

Sektorale Strukturpolitik

Die bisherigen Steuerungsmaßnahmen einer sektoralen Strukturpolitik sind durch folgende neue Instrumente zu ergänzen:

– die Inanspruchnahme staatlicher Mittel ist an öffentliche Auflagen zu binden (z. B. Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze, Diversifikation der Warenproduktion);
– Industriezweige bzw. Unternehmen, die auf Dauersubventionen des Staates angewiesen sind, sind in öffentliche Unternehmen umzuwandeln;
– in anderen Branchen ist ggf. die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel mit öffentlichen Beteiligungsrechten zu koppeln.

Regionale Strukturpolitik

Das bisherige Instrumentarium einer regionalen Strukturpolitik ist wie folgt zu erweitern:

– Maßnahmen zur Verhinderung unerwünschter Investitionen in Verdichtungsgebieten oder die den Zielen der regionalen Strukturpolitik und der Raumordnung widersprechen.
– Infrastrukturmaßnahmen, die verstärkt auf die Zielsetzung einer Angleichung der Lebensver-

hältnisse zwischen den Regionen abstellen.
– Errichtung öffentlicher Unternehmen in von Strukturkrisen betroffenen Regionen, die einen dauerhaften Bestand industrieller Produktion in diesen Gebieten sichern.

. . .

Aus: Entwurf für ein Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundprogramm der Jungsozialisten, (Bonn 1980).

2.2. Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitische Maßnahme

Die Verkürzung der Arbeitszeit – ein wesentlicher Bestandteil der Beschäftigungspolitik

. . .

In den Vorschlägen des DGB von 1977 zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wird die Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen als ein wesentlicher Bestandteil der Beschäftigungspolitik hervorgehoben. Dabei wird deutlich gemacht, daß Strategien der Arbeitszeitverkürzung im weitesten Sinne seit jeher eigenständige Reformziele der Gewerkschaftsbewegung sind. Darüberhinaus sind seit Beginn der Industrialisierung Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit ein zentraler Problembereich auch der staatlichen Arbeitsschutzgesetzgebung.

. . .

Im Vordergrund der tariflichen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung stand in den letzten Jahren die Verlängerung des bezahlten Erholungsurlaubs.

. . .

Daß die technologisch abgeleitete Hoffnung auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen im weiten Sinne unerfüllt blieb, sie sich teilweise sogar verschlechterte, war mit Anlaß zur gewerkschaftlichen Forderung einer Verbesserung des Umfanges und der Qualität der freien Zeit des arbeitenden Menschen. Kompensation von Arbeitsbelastungen und Arbeitsplatzrisiken durch kürzere Arbeitszeit war und ist die Parole.

Die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit Zielrichtung auf die 35-Stunden-Woche ist inzwischen von nahezu allen DGB-Gewerkschaften gefordert; sie ist ebenfalls in das kürzlich verabschiedete Aktionsprogramm des DGB 1979 aufgenommen. Hier heißt es: „Die Arbeitszeit muß bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich weiter verkürzt werden. Ziel ist die 35-Stunden-Woche".

. . .

Durch die Ausweitung von Pausen kann die tägliche Arbeitszeit verkürzt, sowie eine Verringerung der Arbeitsbelastungen für den einzelnen Arbeitnehmer erreicht werden.

. . .

Sozial- wie auch beschäftigungspolitisch vordringlich ist die Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter und ältere Arbeitnehmer.

. . .

Auszüge aus dem Referat Helmut Prasses auf der Beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB am 21./22. Oktober 1980 in Düsseldorf (unkorrigiertes Manuskript).

Wirkungsvolles Mittel gegen die negativen Folgen der Rationalisierung

. . .

Was können die Gewerkschaften mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen negative Folgen der Rationalisierung machen?

Zunächst ist hier auf die Möglichkeiten zu verweisen, die das Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten eröffnet. Durch volle Ausschöpfung dieser Möglichkeiten ist ein wesentlich besserer, wenn auch begrenzter individueller Schutz gegen negative Rationalisierungswirkungen möglich. Das gilt aber nur im Hinblick auf eine bessere Verträglichkeit von betrieblichen Maßnahmen, die mit Umsetzungen, Abgruppierungen, Entwertung beruflicher Kenntnisse oder Entlassungen verbunden sind. Ein definitiver Schutz gegen das Risiko Arbeitslosigkeit ist damit nicht verbunden.

Das gleiche gilt auch für tarifliche Vereinbarungen gegen negative Auswirkungen der Rationalisierung. Hier ist besonders an eine Verbesserung des Kündigungsschutzes – insbesondere für ältere Arbeitnehmer, an Abfindungen im Falle der Kündigung sowie an die Absicherung des erreichten sozialen Besitzstandes im Falle von innerbetrieblichen Umstellungen zu denken.

Auch diese Maßnahmen dienen lediglich der besseren individuellen sozialen Verträglichkeit, haben aber letzten Endes wenig Einfluß auf die Beschäftigung insgesamt.

Eine weitergehende Möglichkeit der tarifvertraglichen Einwirkung auf das Angebot von Arbeitsplätzen besteht allerdings in der Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei kommt es weniger auf die Form der gewählten Arbeitszeitverkürzung an. Das wesentliche Kriterium ist vielmehr, daß solche Arbeitszeitverkürzungen zu einer besseren Verteilung der insgesamt vorhandenen Arbeit führen. Dieses Ziel kann man sowohl mit einer Verringerung der Wochenarbeitszeit wie mit einer Verlängerung des Urlaubes, gegebenenfalls Verkürzung der Lebensarbeitszeit, aber auch mit der Einführung dringend notwendiger Erholzeiten, die sicherlich einen positiven Gesundheitseffekt haben, erreichen, sofern man sicherstellt, daß diese Arbeitszeitverkürzungen nicht durch Arbeitsintensivierung kompensiert werden können.

. . .

Auszug aus dem Referat von Karl-Heinz Janzen auf der Beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB am 21./22. Oktober 1980 in Düsseldorf.

Die Arbeitszeitordnung reformieren

. . .

Unabhängig von weiteren tariflichen Verkürzungen der Arbeitszeit ist die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 zu reformieren. Die geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelungen sind zu vereinheitlichen, zu verbessern und den tatsächlichen Verhältnissen, insbesondere den verkürzten Arbeitszeiten anzupassen. Die gesundheitlichen sowie auch arbeitsmarktpolitisch schädlichen Mehrarbeitsstunden Überstunden und Sonderschichten sind zu beschränken. Der häufige Wechsel von Kurzarbeit und Sonderschichten ist zu vermeiden. Mehrarbeit darf nur zur Abdekkung von unvorhergesehenen und unvermeidbaren wirtschaftlichen Zwangssituationen zulässig sein. Die Belastungen durch Mehrarbeit und Schichtarbeit sind durch zusätzliche Freizeit auszugleichen.

. . .

Aus: Sozialpolitisches Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Düsseldorf 1980.

Ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit

. . .

Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung bedeuten, daß der Strategie der Unternehmer an den wichtigsten Punkten eine gewerkschaftliche Alternative entgegengestellt wird, denn

- sie wirken einerseits dem Verschleiß der Arbeitskraft entgegen,
- sie sind ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit,
- und sie bilden, als vermehrte Freizeit, qualitativ eine Verbesserung des Lebensniveaus.

Und dies ist keine abstraktanalytische Feststellung, sondern dieser Sachverhalt trifft sich mit dem, was die Arbeitnehmer aus ihrer täglichen Praxis heraus an Erfahrungen sammeln. Deshalb können alle Arbeitnehmer die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen als Vertretung ihrer Interessen erkennen.

. . .

Dabei sind die verschiedenen Formen von Arbeitszeitverkürzung auf jeweils unterschiedliche Schwerpunktprobleme gerichtet:

- Ein Vorziehen des Rentenalters verbessert die persönlichen Möglichkeiten während des Lebensabends;
- verlängerte Schulpflicht steigert die Bildungschancen besonders für Unterprivilegierte;
- mehr Urlaub erlaubt die bessere langfristige Erhaltung der Arbeitsfähigkeit;

– Pausenregelungen u. ä. dienen der Entdichtung von Arbeitsprozessen;
– die 35-Stunden-Woche schafft während des ganzen Jahres mehr freie Zeit und Erholungsmöglichkeiten.

. . .

Aus: Leonhard Mahlein, 35-Stunden-Woche. Die tarifpolitische Aufgabe der Gegenwart, in: „druck und papier" v. 26. 1. 1981.

Arbeitszeitverkürzungen produktivitätsorientiert einsetzen

. . .

Je begrenzter die Möglichkeiten der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen aber einzuschätzen sind, desto größeres Gewicht behält dann nach wie vor die Arbeitszeitverkürzung; . . . Sei es, daß zu prüfen ist, wie die Arbeitszeitverkürzung über Tarifvereinbarungen vor allem produktivitätsorientiert eingesetzt werden kann; sei es, daß zu prüfen ist, wie ein Unterlaufen über Überstunden systematisch begrenzt wird. Eine Überprüfung der überkommenen Arbeitszeitordnung sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Ziel muß bleiben – in pragmatischer und zeitlich gestreckter Weise –, über die ohnehin angelegte Tendenz hinaus dort die Arbeitszeit zu verkürzen, wo die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze an strukturelle Grenzen stößt und die Notwendigkeit bleibt, nach wie vor vorhandene Arbeitslose oder gar neu auf den Arbeitsmarkt drängende Arbeitsuchende in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Gleichwohl dürfen die Probleme, die mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind, nicht gering geachtet werden; dann gilt aber um so mehr, daß die Wirtschaftspolitik ihre beschäftigungspolitische Mitverantwortung übernehmen muß.

. . .

Aus: Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Minderheitsvotum des Bielefelder Professors Werner Glasstetter, in: „Bundestags-Drucksache", 9/17.

2.3. Bildungs- und berufsbildungspolitische Maßnahmen und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die gewerkschaftlichen Grundsätze zur Berufsbildung durchsetzen

. . .

Die Bildungs- und Berufsbildungspolitik . . . muß so gestaltet werden, daß jeder Arbeitnehmer

– die Grundqualifikationen erwerben kann, die ihn zu einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit befähigen,
– die durch die gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingten Veränderungen des Arbeitsprozesses bewältigen kann und
– befähigt wird, demokratische Rechte und Funktionen auf allen Ebenen der Gesellschaft auszuüben.

Dies sind die Berufsbildungsgrundsätze, die wir im Entwurf unseres neuen Grundsatzprogramms niedergelegt haben.

Der DGB hat gerade in jüngster Vergangenheit entscheidende Anstöße zur Neudefinition von Berufsbildern gegeben. Wir wollen die Vielzahl der bestehenden Berufsbilder, die zum großen Teil aus dem vorigen Jahrhundert stammen, zu Grundberufen zusammenfassen. Wir wollen die allgemeine und die berufliche Bildung integrieren. Wir wollen zur Sicherstellung eines ausreichenden und ausbaufähigen Angebots an Ausbildungsplätzen die einzelbetriebliche durch eine überbetriebliche Finanzierung ablösen. Die Mittel dafür müssen durch Beiträge aller Betriebe und Unternehmen zu einem zentralen Fonds aufgebracht werden.

. . .

Auszug aus dem Hauptreferat des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter auf der Beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB am 21. Oktober 1980 in Düsseldorf (unkorrigiertes Manuskript).

Vorrangige gewerkschaftliche Forderungen

. . .

Auch der Berufsbildungsbericht '81 belegt, daß die quantitative und qualitative Entwicklung der Berufsausbildung nicht den Selbststeuerungskräften der Wirtschaft überlassen bleiben darf. Deshalb hält der DGB die jährliche Berichterstattung über die Situation der Berufsausbildung für unverzichtbar und fordert darüber hinaus, sie zu einer umfassenden „Berufsbildungsbilanz" weiterzuentwickeln. Eine solche „Berufsbildungsbilanz" ist die notwendige Grundlage für eine gemeinsame und verbindliche Planung von Bund und Ländern.

Um das Ziel dieser Planung zu erreichen, allen Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu sichern, kann der Staat nicht aus seiner Verantwortung für die gesetzliche Regelung einer Umlagefinanzierung für die berufliche Bildung entlassen werden. Deshalb fordert der DGB den Gesetzgeber auf, in der anstehenden parlamentarischen Beratung über ein Berufsbildungsförderungsgesetz eine auf Dauer angelegte Berufsbildungsabgabe aller Betriebe und Verwaltungen vorzusehen.

Die regionalen und sektoralen Mängel der Berufsausbildung erfordern ein korrigierendes Eingreifen des Staates in das Angebotsmonopol der Untrnehmer. Hierfür ist es erforderlich, insbesondere in strukturschwachen Regionen über- und außerbetriebliche Ausbildungsstätten zu errichten und auszubauen. Die derzeit von Bund und Ländern aus einer Vielzahl von Töpfen aufgebrachten und zu einem erheblichen Teil für unkontrollierte Subventionen privater Unternehmen eingesetzten öffentlichen Mittel von jährlich mehr als einer Milliarde DM müssen auf der Grundlage einer Gesamtplanung gebündelt und gezielt zur Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze verwendet werden. Der DGB fordert die Länder auf, ihr Angebot an vollqualifizierenden schulischen Bildungsgängen – z. B. dreijährige Berufsfachschulen – erheblich auszuweiten.

. . .

Aus: DGB-Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 1981 vom 4. März 1981.

Die Berufsausbildung reformieren und öffentliche Mittel stärker einsetzen

. . .

Die Jungsozialisten unterstützen folgende Forderungen:

– Einführung des 10. Schuljahres bei gleichzeitig verstärkter Reform der Unterrichtsinhalte,
– Realisierung des Berufsgrundschuljahres,
– Förderung von Lehrgängen im Bereich der Jugendhilfe,
– berufsqualifizierte Maßnahmen,
– Einbeziehung von jugendlichen Arbeitslosen in die Unterstützungsmaßnahmen der Arbeitsämter, Gewährleistung von Arbeitslosengeld für alle beschäftigungslosen Jugendlichen.

Die bisher bereits durchgeführten Maßnahmen der Arbeitsämter sind auf ihre Effektivität, Zielsetzung und ihren Kostenaufwand hin zu überprüfen. Öffentliche Mittel müssen genutzt werden, um die Beschäftigungssituation der Jugendlichen zu verbessern.

Die öffentliche Hand hat

– vorrangig qualifizierte Ausbildungsplätze anzubieten,
– zusätzliche Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur zu erschließen. . . .,
– außerschulische Ausbildungszentren zu errichten.

Diese Maßnahmen können aber das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht prinzipiell lösen. Sie überdecken diese Probleme nur für einen kurzen Zeitraum. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist Teil des Kampfes um Recht auf Arbeit für alle. Um Arbeitslosigkeit und damit auch Jugendarbeitslosigkeit grundsätzlich zu beheben, sind tiefgreifende Strukturreformen notwendig, die eine Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus ermöglichen.

. . .

Aus: Resolution des Bundeskongresses der Jungsozialisten zur Jugendarbeitslosigkeit, Dortmund 1976.

Wirksame Mitbestimmungsrechte, qualifizierte Lehrstellen und das Recht auf Arbeit nach der Lehre durchsetzen

. . .

250 000 neue qualifizierte Lehrstellen sofort

Um den Mangel an qualifizierten Lehrstellen zu beheben, müssen die Großbetriebe verpflichtet werden, sofort 250 000 neue, qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Dazu müssen Betriebe mit mehr als 10 000 Beschäftigten im Durchschnitt 15 Prozent der Arbeitsplätze als Lehrstellen zur Verfügung stellen. Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten müssen durchschnittlich 12 Prozent und Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten mindestens 8 Prozent ihrer Arbeitsplätze als Lehrstellen zur Verfügung stellen.

Neue Lehrstellen müssen auch in zukunftsorientierten Berufen des Dienstleistungsbereichs eingerichtet werden.

. . .

Die SDAJ fordert:

– Im Bereich des öffentlichen Dienstes muß das Lehrstellenangebot drastisch erhöht werden. Eine Ausbildungsquote von 10 Prozent, gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl, muß sofort verwirklicht werden!
– Alle Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst müssen allgemein anerkannte Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz sein, die auch außerhalb des öffentlichen Dienstes verwendet werden können. Speziell auf den Einsatz im öffentlichen Dienst zugeschnittene Ausbildungsberufe müssen entsprechend verändert werden.

. . .

Notwendig für die Jugend ist vor allem die Schaffung neuer zukunftsgerechter Ausbildungsstellen in den Betreiben. Eine helfende Maßnahme hierfür kann das bestehende Ausbildungsplatzförderungsgesetz sein.

. . .

Mit der Ausbildungsabgabe dürfen nur qualifizierte Ausbildungsstellen finanziell gefördert werden.

. . .

Im Paragraph 9 des Arbeitsplatzförderungsgesetzes (AFG) besteht die Möglichkeit, per Rechtsverordnung die Unternehmer zu zwingen, alle angebotenen Lehrstellen den Arbeitsämtern zu melden.

Um klare und eindeutige Zahlen über die Lehrstellensituation zu erhalten, ist die sofortige Einführung der Meldepflicht der Lehrstellen erforderlich.

Recht auf Arbeit nach der Lehre!

Allen Lehrlingen ist nach der Ausbildung ein der Qualifikation entsprechendes Arbeitsverhältnis zu sichern. Insbesondere die Großbetriebe müssen verpflichtet werden, ihren Lehrlingen nach der Lehre einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz im Unternehmen anzubieten. Ist das nicht möglich, muß der Ausbildungsbetrieb einen der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb nachweisen. Hierzu ist die Zustimmung des Betriebs- bzw. Personalrates erforderlich.

In den Bereichen des öffentlichen Dienstes, wo zur Zeit speziell auf den öffentlichen Dienst zugeschnittene Berufe ausgebildet werden, müssen generelle Übernahmeregelungen vordringlich durchgesetzt werden. Neben Vereinbarungen, die die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis vorsehen, sind zeitlich befristete Übernahmeregelungen, z. B. auf ein Jahr oder sechs Monate, wie es sie bereits in zahlreichen Betrieben gibt, anzustrebende Teillösungen. Die Übernahme von Lehrlingen nach der Ausbildung darf von den Unternehmern nicht als Vorwand mißbraucht werden, die Arbeitsplätze älterer Kollegen zu gefährden.

. . .

Aus: Forderungsprogramm der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Dortmund o. J.

Kündigungsschutz und 35-Stunden-Woche für alle Jugendlichen durchsetzen

Die Forderungen des Verbandes zur Jugendarbeitslosigkeit gehen von der Tatsache aus, daß der Jugend in der BRD weder das Recht auf Ausbildung, noch das Recht auf Arbeit gesichert ist. Unsere Forderungen müssen von daher den Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital verdeutlichen und gleichzeitig den Bedürfnissen und Interessen aller Teile der Arbeiterjugend entsprechen, um somit einer Spaltung der Jugend in Arbeitende und Arbeitslose zu unterbinden.

Um die Situation der Arbeiterjugend spürbar zu verbessern, fordert die SJD – Die Falken – insbesondere:

- Die Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf alle Jugendlichen
- Die Übernahme aller Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis
- Die Verpflichtung von Betrieben und Verwaltungen, entsprechend ihrer Größe, qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen
- Die 35-Stunden-Woche – bei vollem Lohn- und Personalausgleich – jetzt!

Aus: SJD – Die Falken, Arbeiterjugendpolitik in Betrieb und Gewerkschaften, Bonn 1980.

. . .

Alle diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können jedoch nur sinnvoll realisiert werden, wenn in ihrem Vorfeld gleichsam bestimmte Voraussetzungen eingeführt werden. Zu diesen Voraussetzungen gehört eine qualitative Veränderung des gesamten Bildungsbereiches. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Chancengerechtigkeit aller Kinder und Jugendlichen durch den Ausbau der integrierten Gesamtschule sowie darüber hinaus durch die Einführung des 10. Pflichtschuljahres gewährleistet wird.

. . .

Der qualitative Ausbau des Bildungsbereiches erfordert dabei über die Hauptschule hinaus nicht nur die Einführung eines 11. Berufsgrundbildungsjahres, als 1. Berufsausbildungsjahr an den Berufsschulen (d. h., 11. Klasse der Sekundarstufe II), sondern auch eine Qualifizierung der theoretischen Berufsausbildungsphase an den Berufsschulen.

. . .

Parallel zu den Veränderungen im Bildungssektor muß die außerschulische Jugendbildung als eigenständiges Sozialisationsfeld neben Familie und Schule abgesichert und ausgebaut werden.

. . .

Aus: SJD – Die Falken, Landesverband NRW, Recht auf Arbeit. Jugendarbeitslosigkeit in NRW, Gelsenkirchen 1977.

Die Zahl der offenen Ausbildungsplätze erhöhen

. . .

Um die Zahl der offenen Ausbildungsplätze zu erhöhen, fordern die Jungdemokraten die Bundesregierung auf, endlich die „Betriebsumlagefinanzierung" nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz anzuwenden. Die Umlage kann die Regierung immer dann von den Unternehmern fordern, die nicht selbst ausbilden, wenn nicht mindestens 12,5% mehr Ausbildungsplätze vorhanden sind, als benötigt werden.

Von den Kultusministern der Ländern fordern wir die obligatorische und flächendeckende Einführung des Berufsgrundschuljahres als 11. Schuljahr, um allen Jugendlichen eine bessere Berufsfindung zu ermöglichen.

Es müssen verstärkt überbetriebliche Ausbildungsstätten geschaffen werden, um die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften und das Recht auf Bildung zu gewährleisten. Dies hat insbesondere in den Regionen der BRD zu geschehen, in denen gar keine oder nur sehr begrenzt eine qualifizierte Berufsausbildung möglicn ist.

. . .

Aus: DJD – Jungdemokraten, Jugend-Arbeitslosigkeit, (Bonn 1980).

2.4. Maßnahmen gegen die Frauenarbeitslosigkeit

Die Ursachen der Chancenungleichheit beseitigen

Um die Chancenungleichheit der Mädchen und Frauen im Erwerbsleben auszugleichen und ihre Ausbildungs- und Arbeitschancen zu verbessern, sind die im DGB-Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung geforderten Maßnahmen unverzüglich einzuleiten und durch folgende weitere Vorkehrungen zu ergänzen, die vor allem psychologische Hemmnisse beseitigen werden:

1. Zur Anhebung des Qualifikationsniveaus der Mädchen und Frauen muß der Zugang zu Berufsausbildungsplätzen sowie für die Umschulung und die Fort- und Weiterbildung gesichert werden, und zwar auch für solche Berufe und Tätigkeiten, die bisher für Frauen nicht üblich waren, soweit keine berechtigten gesundheitlichen Gründe entgegenstehen. Solche Berufe und Tätigkeiten liegen vor allem im technischen Sektor.

. . .

2. Zur Verwirklichung der Gleichbehandlung der Frauen und Männer beim Zugang zu Arbeitsplätzen und Aufstiegspositionen sind Maßnahmen erforderlich, die die wesentlichsten Ursachen der Chancenungleichheit beseitigen.

Es muß bewußt gemacht werden, daß Frauen viele Tätigkeiten verrichten können, die bisher für sie nicht üblich gewesen sind. Das gilt prinzipiell auch für Männer, wo sie bisher von einer durch Frauen ausgeübten Tätigkeit ausgeschlossen waren. Ziel ist, daß jeder Mensch entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten und den am Arbeitsmarkt vorhandenen Möglichkeiten seine Tätigkeitsbereiche wählen können soll.

. . .

3. Die Delegierten des 11. Ordentlichen Bundeskongresses sind sich bewußt, daß die Förderung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Frauen nur dann erfolgreich sein kann, wenn in der Öffentlichkeit und auch in den Gewerkschaften selbst von Frauen und Männern die Ideologie von der „Doppelrolle der Frauen" kritisch aufgearbeitet wird. Es ist in allen Lebensbereichen nach Lösungen zu suchen, die es Frauen und Männern gleichermaßen erlauben, ihren vielfältigen Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft nachzugehen.

. . .

Damit den Frauen und Männern die Teilhabe an allen Tätigkeitsbereichen in der Praxis ermöglicht wird, muß auch die Regelung der Arbeitszeit unter diesem Aspekt überdacht werden. Viele Schwierigkeiten sind auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit zurückzuführen. Sie ist als Ganztagsarbeitszeit regelmäßig zu lang, um neben dem Beruf z. B. Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen oder eine Weiterbildungsmaßnahme durchzuführen oder sich an den anderen Aufgaben in der Gesllschaft zu beteiligen. Teilzeitarbeit ist keine Alternative, so lange sie nicht jedem Arbeitnehmer, sei es eine Frau oder ein Mann, in jeder Tätigkeit eingeräumt wird. Damit Arbeitgeber teilzeitbeschäftigte und vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer nicht weiterhin gegenseitig ausspielen können, sollen sich die Bemühungen um eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Nachdruck auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit konzentrieren.

Aus: Antrag 208, beschlossen vom 11. Ordentlichen DGB – Bundeskongreß 1978.

Die Voraussetzungen für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit verbessern

Frauen und Männer haben das gleiche Recht auf Arbeit. Dieses Recht ist unteilbar. Die Gesellschaft hat alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Frauen ohne Benachteiligung erwerbstätig sein können.

Deshalb fordert der Gewerkschaftstag die gewerkschaftlichen Gremien auf, dafür einzutreten:

– daß wir uns in der Gewerkschaft HBV verstärkt mit den Problemen und der Situation der berufstätigen Frauen auseinandersetzen,
– daß die Voraussetzungen für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit weiter verbessert werden, unter anderem durch entsprechende Bereitstellung von Kindertagesstätten und Gesamtschulen, Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der sozialen Sicherung und des

Mutterschaftsurlaubs/Mutterschutzgesetzes,
– daß die arbeitsplatzbezogenen Regelungen für Frauen keine Benachteiligungen zulassen, sondern Tarifverträge, Rationalisierungs- und Arbeitsschutzabkommen, Kündigungsschutzregelungen und auch die Betriebsverfassung die Gleichbehandlung der Frauen in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen, wie Bezahlung, Arbeitsplatzsicherung, Personalplanung sicherstellen.

Zu den tariflichen Regelungen, die auch die Beschäftigungssituation der Frauen verbessern können, zählen:
die Verkürzung der Arbeitszeit, die Durchsetzung von Bildungsurlaub, Regelungen zur beruflichen Bildung, die die besonderen Belange der Frauen berücksichtigen, die Erweiterung des Mutterschutzgesetzes, die Verbesserung des Kündigungsschutzes, Regelungen zu Teilzeitbeschäftigungen, Aushilfen, Mehr- und Schichtarbeit, die Durchsetzung einer vorausschauenden Personalplanung sowie der Abbau der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und die Durchsetzung von Entlohnungsgrundsätzen, die die Lohndiskriminierung der Frauen aufheben.

Rationalisierungsschutzabkommen sollten die besonderen Mobilitätsprobleme der Frauen (insbesondere deren Qualifikation und ihrer räumlichen Immobilität) berücksichtigen und entsprechende Regelungen aufnehmen.

Entschließungen 284 und 77 des 10. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstages (14.–20. 9. 1980).

Frauendiskriminierende Bestimmungen beseitigen – Arbeitszeitverkürzungen für Frauen und Männer

. . .

Aus dem hohen Anteil an Frauen ohne oder mit nur kurzer Schul- bzw. Berufsausbildung an den Arbeitslosen ergibt sich zwingend die Forderung nach dem 10. Vollzeitpflichtschuljahr und einer Berufsausbildungspflicht. Dabei müssen geschlechtsspezifische Bildungsinhalte genauso beseitigt werden wie geschlechtsstereotype Vorurteile in Schulbüchern. Den Mädchen müssen schon bei der Berufswahl (wie umgekehrt auch den Jungen) alle Berufe offenstehen.

. . .

Ferner müssen die nach Geschlechtern getrennten Stellenausschreibungen abgeschafft werden.

. . .

Die auf Frauen beschränkten Arbeitsschutzbestimmungen müssen daraufhin überprüft werden, wieweit sie – außer dem Mutterschaftsschutz direkt vor und nach der Geburt – sachlich, zum Schutz der Arbeitnehmer notwendig sind. Dann sind sie auch auf Männer auszudehnen. Andernfalls sollten sie abgeschafft werden. Staatliche Subventionen müssen stärker daraufhin geprüft werden, ob die subventionierten Tätigkeiten für Frauen Zukunftsperspektive haben, und es müßte gesetzlich verhindert werden, daß Unternehmen staatliche Zuschüsse erhalten und nach kurzer Zeit ihre Betriebe wieder schließen, bzw. in andere Regionen verlagern, um dort möglicherweise erneut Zuschüsse zu erlangen.

. . .

Die Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen zur Minderung der Frauenarbeitslosigkeit kann höchstens als Übergangslösung akzeptiert werden.

. . .

Gefordert werden muß vielmehr eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Im Interesse von Frauen kann dabei weder eine Verkürzung der Jahres- noch der Lebensarbeitszeit vorrangig sein, sondern nur die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

. . .

Nur die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für Frauen *und* Männer kann dazu führen, daß allein vom Faktor „Zeit" her die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie zu einer echten Arbeitsteilung werden kann, d. h. auch Männer sich selbstverständlich für die Familie und die Kinder aktiv verantwortlich fühlen.

. . .

Aus: Brigitte Nauhaus, Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise, Köln 1979.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1980

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat sich im Jahresverlauf 1980 einschneidend verlangsamt. Zwar konnte für den Jahresdurchschnitt noch ein realer Zuwachs des Bruttosozialprodukts (BSP) registriert werden, der jedoch deutlich schwächer war als erwartet. Dieser Zuwachs ist allein eine Folge des statistischen „Wachstumsüberhangs" aus 1979 und der durch Sonderfaktoren begünstigten Situation im ersten Vierteljahr 1980. Denn schon im zweiten Quartal ist das BSP – saisonbereinigt – zurückgegangen, im vierten Vierteljahr lag es unter dem Vorjahresergebnis.

Tabelle 1

Bruttosozialprodukt 1980

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	Real[1])	*Nominal*	*Real*[1])	*Nominal*
BSP	*898,8*	*1501,5*	*+1,8*	*+ 6,9*
Privater Verbrauch	*497,2*	*820,9*	*+1,7*	*+ 7,1*
Staatsverbrauch	*156,3*	*303,0*	*+2,8*	*+ 9,0*
Anlageinvestitionen	*215,4*	*356,1*	*+4,1*	*+12,0*
Export	*271,8*	*428,2*	*+5,5*	*+12,0*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/1981, S. 13.

Stabilisierend haben der Export und die Investitionen gewirkt. Allerdings hat sich die Investitionstätigkeit im Jahresverlauf stark abgeschwächt, vor allem die Ausrüstungsinvestitionen sind zurückgegangen. Zwar gibt es Bereiche – die Automobilindustrie und die Energiewirtschaft werden genannt – in denen die Investitionen von der beginnenden Krise nur wenig berührt wurden. Hier hat sich der von den Prognostikern erhoffte stabilisierende Effekt neuer, technologieinduzierter und nachfrageunabhängiger Investitionen positiv ausgewirkt. Dies hat aber nicht ausgereicht, um gesamtwirtschaftlich einen Einbruch der Investitionen zu verhindern.

Auslösender Faktor des konjunkturellen Abschwungs ist die Verlangsamung des privaten Verbrauchs gewesen. Das Expansionstempo hat sich 1980 fast halbiert. Die Einzelhandelsumsätze sind real nicht mehr höher gewesen als 1979. Für die letzten drei Vierteljahre ergibt sich ein Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um durchschnittlich 1,5%.

Besonders deutlich wirkte sich die beginnende Krise im produzierenden Bereich aus. Zwar ergab sich im Jahresdurchschnitt erst eine Stagnation, im letzten Quartal lag der Ausstoß der Industrie aber bereits um 4% unter dem gleichen Vorjahresstand.

Tabelle 2

Produktion im Produzierenden Gewerbe

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	1979	*1980*
Grundstoffe und Produktionsgüter	+7,5	−2,9
Investitionsgüter	+4,7	+1,5
Verbrauchsgüter	+4,2	−0,4
Insgesamt	+5,4	−0,2

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 2/1981, S. 65.

Der Verlauf der 1980 begonnenen zyklischen Krise entspricht so auf der Ebene der Produktion einem typischen Grundmuster: ausgelöst durch eine Verlangsamung im privaten Verbrauch wirkt sie sich zunächst in den konsumnahen Bereichen aus, greift dann auf die Produktion von Produktionsmitteln über und vertieft sich. Gegenwärtig setzt sich die krisenhafte Entwicklung wieter fort, ohne daß stabilisierende Faktoren in ausreichendem Umfang in Sicht wären. Der Lagerabbau hat erst begonnen, so daß eine positive lagerzyklische Reaktion vorläufig nicht zu erwarten ist. Die Kapazitätsauslastung sinkt weiter, sie lag im Dezember 1980 bei 79,9% in der Industrie. Die Zinsen liegen auf einem konjunkturell schädlichen hoehen Niveau und verteuern Investitionen und Konsumentenverschuldung. Der Wohnungsbau ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die staatliche Haushaltspolitik verhält sich prozyklisch und kürzt im sozialen Bereich und bei den öffentlichen Investitionen. Lediglich vom Außenhandel gehen noch stabilisierende Wirkungen aus. Hier wirkt die Abwertung der DM etwas absatzfördernd, allerdings haben die monopolistischen Anbieterverhältnisse im Export den Wechselkurs-Preismechanismus stark gelockert. Als Folge der Krise in der kapitalistischen Welt wird der Welthandel leicht sinken, so daß expanisve Impulse vom Außenhandel nicht erwartet werden dürfen.

Während die Produktion entsprechend dem typischen Bild der Krisenphase verläuft, gibt es auf dem Gebiet der Einkommensentwicklung und -verteilung Besonderheiten.

Dazu gehört die Tatsache, daß die Löhne und Gehälter 1980 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik real leicht gesunken sind.

Tabelle 3
Löhne und Gehälter

	1978	*1979*	*1980*
Tariflohn und Gehaltsniveau[1])	+5,6	+4,8	+6,6
Bruttolohn- und gehaltsumme	+6,4	+7,4	+7,6
Nettolohn- und gehaltsumme	+7,5	+7,7	+5,9
Je Beschäftigten	+6,2	+5,9	+4,9
Reallöhne[2])	+3,5	+1,8	−0,6
Arbeitsproduktivität[3])	+2,5	+3,3	+1,4

1) Auf Monatsbasis.
2) Nettolohn- und gehaltsumme je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg im Preisindex der Lebenshaltung für alle Haushalte.
3) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.: eigene Berechnungen.

Die Unternehmergewinne sind dagegen bis Mitte 1980, also bis in die Frühphase der Krise hinein, kräftig angestigen. Im ersten Quartal lagen die „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" noch um knapp 11% über dem Vorjahresstand, aber auch im dritten Vierteljahr war das hohe Niveau von 1979 nochmals um 5% überschritten.

Die Entwicklung 1980 unterstreicht eine Tendenz zur Einkommensumverteilung, die sich seit 1974/75, also über den ganzen Zyklus hinweg, durchgesetzt hat.

Zur Verdeutlichung sei nochmals die Entwicklung der „Lohnquoten" in den 70er Jahren dargestellt.

Tabelle 4

Lohnquoten[1]) in den 70er Jahren

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		*Nettolohn- und gehaltsumme*	
	Tatsächliche Lohnquote	*Bereinigte[2]) Lohnquote*	*Tatsächliche Lohnquote*	*Bereinigte[2]) Lohnquote*
1971	*69,1*	*56,4*	*44,3*	*36,2*
1972	*69,5*	*56,5*	*44,3*	*36,0*
1973	*70,7*	*57,3*	*43,2*	*35,0*
1974	*72,6*	*58,9*	*43,5*	*35,3*
1975	*72,3*	*58,6*	*43,1*	*34,9*
1976	*71,3*	*57,5*	*41,1*	*33,3*
1977	*71,5*	*57,5*	*40,9*	*32,9*
1978	*70,8*	*56,7*	*40,8*	*32,6*
1979	*70,3*	*56,0*	*40,6*	*32,3*
1980	*71,1*	*56,4*	*40,4*	*32,1*

1) Anteil der Einkommen der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen.
2) Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigtenstruktur von 1950.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.; eigene Berechnungen.

Geht man von der „bereinigten Bruttolohnquote" aus, die im Kern den Kostenstandpunkt der einzelnen Unternehmen ausdrückt, so wurde im Zeitraum 1979/80 wieder der Stand von 1970/71 erreicht, den Unternehmern ist es also gelungen, ihren Verteilungsspielraum bedeutend auszuweiten. Dies hätte nach den Krisentherapien der konservativen Wirtschaftswissenschaftler (wie z. B. dem Sachverständigenrat) dazu führen müssen, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut, die Preisstabilität wiedergewonnen und ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum gesichert wird. Doch nach fünf Jahren „angebotsorientierter" Wirtschaftspolitik steht die Bundesrepublik in der zweiten tiefen Krise ihrer Geschichte, sind die angezielten wirtschaftlichen Ziele weiter denn je entfernt.

Die Inflation hat sich bis zur Jahresmitte 1980 zunächst weiter beschleunigt, die „Inflationsrate" (Verbraucherpreise) erreichte zeitweilig wieder 6%. Bedingt vor allem durch die Beruhigung bei den internationalen Rohstoffpreisen hat sich die inflationäre Tendenz seither nicht weiter verstärkt, allerdings sind auch die von offizieller Stelle oft angekündigten Stabilisierungsanzeichen nicht sichtbar. Daher ist davon auszugehen, daß die Lebenshaltungskosten 1981 ähnlich stark wie 1980 steigen werden.

Tabelle 5

Preise

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
	1978	*1979*	*1980*
Lebenshaltung[1])	+2,7	+ 4,1	+ 5,5
Industrielle Erzeugerpreise	+1,2	+ 5,0	+ 7,6
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	−5,4	+ 2,1	+ 1,7
Einfuhrpreise	−5,2	+12,9	+17,1

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Die Beschäftigungssituation hat sich 1980 bis zur Jahresmitte weiter verbessert. Seither stagnierten die Beschäftigtenzahlen jedoch wieder bzw. sind rückläufig. Trotzdem errechnet sich für den Jahresdurchschnitt noch eine erhöhte Ziffer.

Dementgegen hat sich die Arbeitsmarktlage schon ab Jahresanfang 1980 verschlechtert, die registrierten Arbeitslosenziffern sind zuletzt sprungartig angestiegen. Gegenwärtig liegen sie schon höher als 1975/76.

Tabelle 6

Beschäftigung und Arbeitsmarkt[1])

	1978	*1979*	*1980*
Erwerbstätige	*25 181*	*25 494*	*25 658*
Abhängig Beschäftigte	*21 556*	*21 924*	*22 130*
Registrierte Arbeitslose	*993*	*876*	*889*
„Stille Reserve"	*591*	*579*	*635*

1) In 1000 Personen.
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 1/1981, S. 12; Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates, S. 61.

Die für 1980 erwartete neue zyklische Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik hat sich rascher und schärfer vollzogen als von den offiziellen Konjunkturprognostikern erhofft worden war. Die stabilisierenden Wirkungen der technologieinduzierten Investitionen sind nicht ausgeblieben, sie waren aber weit schwächer als erhofft. Demgegenüber wirkt vor allem die staatliche Wirtschaftspolitik krisenverschärfend. In allen großen kapitalistischen Ländern – mit einer gewissen Ausnahme von Japan – hat sich eine konservative Wende in der Wirtschaftspolitik vollzogen. Arbeitlosigkeit und Wachstumsverluste werden in Kauf genommen, um die Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals und die internationale Konkurrenzfähigkeit der „nationalen" Unternehmen zu verbessern. Es ist eine Besonderheit der Bundesrepublik, daß hier diese konservative Wende ohne Regierungswechsel, unter Führung der Sozialdemokratie, vollzogen wurde.

Der gegenwärtig international geführte „Zinswettlauf" und die chaotischen Verhältnisse auf den Währungsmärkten machen deutlich, daß die sich an der jeweiligen internationalen Konkurrenzfähigkeit orientierenden nationalen Wirtschaftspolitiken der kapitalistischen Regierungen in ihren positiven Wirkungen gegenseitig aufheben. Die Gefahr eines internationalen „Restriktionswettlaufs" zeichnet sich ab, in dem es auf Seiten der Arbeiter und Angestellten in keinem Land Sieger sondern nur Verlierer geben wird.

Jörg Goldberg

Dokumente zur gegenwärtigen Außenpolitik der USA und ihrer Rolle in den Ost-West-Beziehungen

Rede des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance am 5. Juni 1980 in Cambridge, Mass. (Auszüge)

Nach der gescheiterten Militäraktion Präsident Carters im Iran erklärte der seinerzeitige US-Außenminister Cyrus Vance seinen Rücktritt. In der ersten Rede, die Vance nach seinem Ausscheiden aus dem Amt hielt, äußerte er bemerkenswert grundsätzliche Kritik am amerikanischen Weltbild und an der Anlage der US-Außenpolitik. In der anhaltenden Debatte des amerikanischen „Establishments" über den künftigen US-Kurs dürfte die Vance-Rede, aus der wir nachstehend wesentliche Auszüge dokumentieren, die Gegenposition zur gegenwärtig vorherrschenden Linie am deutlichsten markieren. D. Red.

. . . Es herrscht eine beunruhigende Furcht in unserem Lande, daß wir nicht mehr in der Lage sein könnten, unsere Zukunft zu gestalten. Manche Leute glauben, unsere militärischen Muskeln seien geschwunden. Andere machen sich Sorgen, daß unser politischer Wille gelähmt sei. Ich akzeptiere diese düsteren Vorstellungen nicht. Sie lassen jene uns eigene pragmatische Denkweise außer acht, die Amerika seit seiner Gründung gekennzeichnet hat. Ich halte die Auffassung für falsch, daß wir, und wir allein, für all die verwirrenden Veränderungen verantwortlich seien, die um uns herum geschehen. Das ist eine völlige Verkennung unserer Verhältnisse, eine pervertierte Hybris, die unsere Macht und unsere Verantwortung für das Übel überschätzt und unsere Fähigkeit zum Guten unterschätzt. Die internationale Verteilung von Macht und Geist ist eine Tatsache. Sie wird sich nicht ändern. Sie erfordert neue und vitale Formen des Handelns, nicht Bedauern und Heimweh nach den angeblich „guten alten Zeiten". Was zu bedauern ist, ist das Zögern, unsere grundlegenden Zielsetzungen in Einklang mit diesen neuen Verhältnissen zu bringen. Die Antworten von gestern werden keine Lösungen für morgen bieten.

Es scheint mir, daß die derzeitige Unzufriedenheit mit der Welt und mit unserer Rolle in ihr auf gewissen Irrtümern beruht. Diese Illusionen müssen erst zerstört werden, ehe unser Land einen einheitlichen und zielstrebigen Kurs in der Außenpolitik einschlagen kann.

Der erste Irrtum ist, daß eine einzige Strategie – ein großer Plan – die Antworten für alle und jede der Entscheidungen böte, vor denen wir in der Außenpolitik stehen. Welchen Wert diese Vorstellung auch in einer bi-polaren Welt gehabt haben mag, heute kann sie uns nur schaden. Die Welt ist pluralistisch geworden, und es tritt zu Tage, daß die Vorstellung einer Strategie schlechthin – des großen Wurfes – wo die Tatsachen zurecht gebogen werden, um in die Theorie zu passen, unzulänglich geworden ist. Bei der Komplexität der Welt, die wir wohl oder übel ererbt haben, hat das Festhalten an einer einzigen Strategie nur die Wirkung, diese Komplexität zu verwischen und die Völker in Freunde und Feinde zu trennen.

Der zweite weitverbreitete Irrtum ist die Angst vor Verhandlungen, die Sorge, daß wir bei allen Absprachen immer als zweiter Sieger hervorgehen würden. Dieser Irrtum beruht auf der falschen Vorstellung, daß wir eine realistische Alternative hätten, die Dinge allein zu regeln, daß wir uns um die legitimen Interessen und Wünsche anderer Völker nicht zu kümmern brauchten. Ohne das faire Abkommen durch Verhandlungen und Diplomatie kann es nur eine fehlgeleitete, zum Scheitern verurteilte Anstrengung geben, einander seinen Willen aufzuzwingen.

Wenn anderen ein faires Abkommen und seine Vorteile verweigert werden, dann wird das deren Verhalten nicht ändern und ihre Macht nicht verringern. Es wird lediglich die Wirkung haben, daß wir uns selbst der gleichen Vorteile begeben. Wenn Amerika Angst hat, mit seinen Gegnern zu verhandeln oder zu einem fairen Abkommen mit Ländern der Dritten Welt zu gelangen, dann werden wir keine Diplomatie haben. Und wir werden, nicht weniger als die anderen, die Verlierer sein.

Ein dritter Irrtum, der ausgeräumt werden muß, ist die Vorstellung, daß das Eintreten für die Werte Amerikas, wie etwa die Menschenrechte, mit dem Eintreten für unsere Ineressen unvereinbar sei.

Das Eintreten für die Menschenrechte muß ohne Frage auf die Praxis zugeschnitten sein. Wir müssen ständig abwägen, wie wir den Fortschritt am besten fördern können, während wir uns die Fähigkeit erhalten, mit Regierungen – selbst unpopulären Regierungen – in Ländern Umgang zu pflegen, wo wir wichtige Sicherheitsinteressen haben. Aber wir müssen letztlich erkennen, daß die Forderung nach Freiheit des einzelnen und wirtschaftlichem Fortschritt nicht lange unterdrückt werden kann, ohne nicht die Saat des gewaltsamen Umbruchs zu säen. Es liegt daher in unserem eigenen Interesse, den konstruktiven Wandel zu unterstützen, wie wir es beispielsweise in der Dominikanischen Republik getan haben und wie wir es in Mittelamerika anstreben, bevor die Alternativen des Radikalismus oder der Unterdrückung gemäßigte Lösungen mit Gewalt verhindern. Wir wissen aus unserer eigenen nationalen Erfahrung, daß das Streben nach Freiheit des Menschen eine gewaltige Macht und Lebenskraft hat. Dieses Streben ist weltweit; es ist unwiderstehlich und es kann letztlich nicht unterdrückt werden. So decken sich also in einem tiefen Sinne unsere Ideale und unsere Interessen. Denn die Stabilität, die entsteht, wenn Menschen ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen und ihre Zukunft frei aufbauen können, ist ganz und gar in unserem Interesse.

Und es besteht noch der gefährliche Irrtum, daß es eine militärische Lösung für nichtmilitärische Probleme gebe. Dieser Irrtum wird besonders akut in Zeiten der Frustration, wenn die Verhandlungsprozesse als langsam und mühsam betrachtet werden.

Die militärische Macht Amerikas ist von entscheidender Bedeutung, um das weltweite militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Unsere Verteidigungskräfte müssen modernisiert werden – und sie werden modernisiert. Aber militärische Macht ist eine Basis und kein Ersatz für die Diplomatie.

Ich habe argumentieren hören, daß unsere Antwort auf eine sich verändernde Welt in einem neuen Nachdruck auf die militärische Macht Amerikas und dem Willen, sie einzusetzen, liegen müsse. Dies kommt in den vorgeschlagenen neuen Haushaltsprioritäten im Kongreß zum Ausdruck, durch die unnötige Verteidigungsausgaben innenpolitische Programme und die Auslandshilfe verdrängen. Es herrscht fast einhellig die Meinung, daß eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben notwendig ist. Aber es ist eine Illusion zu glauben, daß das ein Ersatz für die Diplomatie und die Mittel wäre, die wir brauchen, um solche Probleme anzupacken wie inneren Wandel und grundlegende Ansprüche in unseren Ländern oder eine angeschlagene internationale Wirtschaft.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist keine und darf keine wünschenswerte politische Antwort Amerikas auf die Innenpolitik anderer Länder sein. Wir sind überzeugt, daß wir das Recht haben, unsere eigene Zukunft selbst zu gestalten. Wir müssen dieses Recht in anderen Ländern achten. Wir müssen klar und deutlich den Unterschied begreifen zwischen unserer Bereitschaft, kraftvoll zu handeln, wenn die Lebensinteressen unserer Nation, unserer Verbündeten und unserer Freunde bedroht werden, und unserer Einsicht, daß unsere militärische Macht keine befriedigende Antwort auf rein interne Probleme anderer Länder bieten kann.

Schließlich existiert da ein weitverbreiteter Irrtum: daß nämlich Amerika die Macht besitzen würde, die Welt nach unserem Willen zu gestalten. Dabei nimmt man zum Beispiel an, daß wir die Sowjetunion dominieren könnten, daß wir sie daran hindern könnten, eine Supermacht zu sein – falls wir uns dazu nur entschließen. Dieser veraltete Gedanke hat mehr mit Nostalgie zu tun als mit der Realität von heute.

Die Sowjetunion, die die ausgedehntesten Landräume aller Staaten dieser Erde umfaßt, hat ihre eigenen strategischen Interessen und Ziele. Aus einem Zustand der Unterentwicklung und der Verwüstung durch den Krieg heraus hat sie gewaltige militärische und industrielle Mittel geschaffen. Wir sollten diese Mittel nicht mehr länger unterschätzen noch überbewerten. Mit der Sowjetunion müssen wir eine Position eines grundlegenden Gleichgewichts erhalten und bewältigen. Es ist naiv zu glauben, daß die Russen nach unseren Regeln spielen würden – so wenig wie

wir die ihrigen akzeptieren. Es ist naiv zu glauben, daß sie bereitwillig bei der militärischen Stärke eine zweitrangige Stellung akzeptieren würden, so wenig, wie wir dazu bereit wären.

Eine gefährliche neue Nostalgie steht hinter all diesen Irrtümern, eine Sehnsucht nach der alten Zeit, als die Welt – zumindest im Rückblick – ein geordneter Platz gewesen zu sein schien, wo die amerikanische Macht allein diese Ordnung bewahren konnte. Diese Nostalgie untergräbt laufend das Vertrauen in unsere nationale Führung, denn sie ermutigt zu Erwartungen, die in keinerlei Beziehung zur Wirklichkeit stehen. Und sie läßt den Wandel in den Bedingungen dieser Welt nur noch als Bedrohung erscheinen – und nicht als neue Möglichkeit. Sie läßt eine widerspenstige Welt feindlicher erscheinen als sie ist. Die Tatsache aber ist doch, daß wir ein Volk sind, das sich der Veränderung nicht nur gut angepaßt hat, sondern dadurch gediehen ist.

Die neue Nostalgie führt uns zu vereinfachten Lösungen und zur Illusion, es alles allein machen zu können – und lenkt unsere Energien ab von dem Kampf um die Gestaltung des Sich-Wandelnden hin zu konstruktiven Richtungen. Es ist ein selbstgefälliger Unsinn, der uns in Irrtum, wenn nicht Unheil führen muß.

Welcher Kurs steht uns nunmehr offen?

Unsere echten Probleme sind ihrer Natur nach langfristig. Es genügt nicht, dramatische Schritte zu unternehmen und zu versuchen, sich aus unangenehmen Zwickmühlen mit einem Schlag zu befreien. Angesichts der wirklichen Probleme, vor denen wir jetzt stehen, wird diese Methode nicht nur nicht ausreichen, sondern zusätzliche Probleme schaffen.

Es ist klar, daß man sich mit plötzlichen Krisen in dem Moment auseinandersetzen muß, da sie auftauchen. Und wir sollten aus solchen Ereignissen lernen. Aber man sollte ihnen nie erlauben, die Ziele unserer Außenpolitik zu verzerren.

Als Weltmacht haben die Vereinigten Staaten eine ungewöhnliche Bandbreite von Interessen. Aus diesem Grund müssen wir sicherstellen, daß die Verfolgung des Erwünschten nicht das Erreichen des Wesentlichen beeinträchtigt.

Wenn wir bis zum Jahr 1990 keinen Fortschritt in den vier grundlegenden Bereichen erzielt haben, die ich oben aufgeführt habe, wird die Welt tatsächlich der unwirtliche Platz sein, den viele befürchten. In jedem Bereich können wir Fortschritte machen – wenn! Wenn wir auf unsere Hoffnungen nicht weniger hören als auf unsere Ängste. Wenn wir bereit sind, jetzt für das künftige Gute ein Opfer zu bringen. Und wenn wir – und dies ist am wichtigsten – mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um die Probleme zu lösen, die keiner allein zu lösen vermag.

Erstens müssen wir das globale militärische Gleichgewicht aufrechterhalten und gleichzeitig ein Gleichgewicht bei unseren politischen Beziehungen mit der Sowjetunion erreichen.

Unsere militärische Stärke ist wichtig für unsere eigene Sicherheit und für eine starke Außenpolitik, die frei von Zwang ist; sie ist wichtig für das Vertrauen von Verbündeten und Freunden, und sie ist wichtig für die Zukunft der wechselseitigen Rüstungskontrolle und anderer Verhandlungen. Unsere Stärke stützt auch regionale Gleichgewichte, die durch direkten oder indirekten Einsatz sowjetischer Macht gestört werden könnten.

Dieses militärische Gleichgewicht zu erhalten, wird teuer sein. Um die Kosten in Grenzen zu halten und unsere Sicherheit zu erhöhen, brauchen wir eine wirkungsvolle Rüstungskontrollpolitik als integralen Bestandteil unserer Sicherheitspolitik.

Wenn aber einst die Historiker des Jahres 1990 auf das Jahr 1980 zurückschauen werden, so wird wahrscheinlich ein grundlegender Fehler festgestellt werden können: das Versäumnis der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags. Als ein Symbol für unsere Hoffnung auf eine friedlichere Welt, als eine Verpflichtung, durch Rüstungskontrolle auf mehr Sicherheit hinzuarbeiten, und als ein Prozeß, der den Versuch unternimmt, Meinungsverschiedenheiten mit einem Gegner abzubauen, steht dieser Vertrag im Mittelpunkt einer vernünftigen und weitsichtigen amerikanischen Außenpolitik.

Ohne diesen Vertrag werden unsere Anstrengungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen in Gefahr geraten. Wenn es den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht

gelingt, konkrete Fortschritte in Richtung auf die Kontrolle von Kernwaffen und die Unterlassung von Kernwaffentests zu machen, werden die Nichtnuklearstaaten immer weniger Grund für eigene Zurückhaltung haben.

Ohne diesen Vertrag werden beide Seiten mehr Kernwaffen haben als mit ihm. Die Sowjetunion insbesondere wird Tausende zusätzlicher nuklearer Gefechtsköpfe haben.

Ohne diesen Vertrag wird es für uns viel schwieriger sein, verläßliche Pläne für unsere militärischen Streitkräfte auszuarbeiten, da wir in einer weniger guten Position sein werden, um zu wissen, was innerhalb der Sowjetunion vorgeht. Der Vertrag untersagt Praktiken, die die jeweilige Seite daran hindern, die Einhaltung der Vertragsinhalte durch die andere Seite zu verifizieren.

Ohne diesen Vertrag wird in beiden Gesellschaftssystemen weniger Wert darauf gelegt werden, Meinungsverschiedenheiten ohne Konflikt aus der Welt zu räumen. Politische Elemente, die mehr Betonung auf Konflikt als auf Kooperation legen, werden gestärkt werden.

Ohne diesen Vertrag wird dem Prozeß der Rüstungskontrolle womöglich ein Schlag versetzt, von dem er sich nie mehr erholt. Kann es irgendeinen Zweifel darüber geben, daß dies alles das kommende Jahrzehnt gefährlicher machen wird?

Noch ist es nicht zu spät; aber bald könnte es dies sein. Ich bin der Ansicht, daß der Senat den SALT-II-Vertrag noch vor Jahresende ratifizieren muß. Sicherlich müssen wir unsere standhafte und feste Haltung gegenüber der sowjetischen Aggression in Afghanistan fortsetzen. Aber weder diese Aggression noch die Tatsache, daß dies ein wahlpolitisches Jahr ist, sind genügend Gründe, um nicht in unserem eigenen nationalen Interesse zu handeln. Ich bin mir der politischen Schwierigkeiten bewußt, in dieser Zeit zu handeln. Aber wenn wir dabei versagen, werden wir uns eines Tages fragen, warum wir uns durch Überlegungen des Augenblicks blind machen ließen und dabei eine lebenswichtige langfristige Gelegenheit versäumten. In einem Wahljahr ist es viel zu leicht möglich, daß etwas, das wie schlaue Politik aussieht, schlechte Politik produziert.

Die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion werden in den kommenden Jahren noch härter arbeiten müssen, um äußerst ernste Konfrontationen zu vermeiden. Die Gestaltung unserer Beziehungen zur Sowjetunion wird womöglich der bedeutsamste Prüfstein für die Reife unserer Urteilskraft sein, für die klarsichtige Erkenntnis unserer wirklichen Interessen und für unsere Fähigkeit zur Führung.

Es ist dumm und gefährlich zu glauben, daß wir diese Beziehung durch Abschreckung allein gestalten können. Wir werden auch positive Anregungen anbieten müssen.

Wir müssen unsere Stärke ebenso wie die Aussicht auf beiderseitig vorteilhafte Abkommen dazu benützen, um den Wettstreit mit der Sowjetunion zu gestalten. Wir müssen auf stillschweigende, wenn möglich sogar ausdrückliche Abkommen hinarbeiten, um unseren Wettstreit durch Beschränkungen einzugrenzen, durch verbindliche Regeln für den Wettstreit, die für beide gelten.

Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind Geduld, Beständigkeit, Klarheit und Folgerichtigkeit. Moskau gegenüber können wir uns keine wilden Pendelausschläge von übertriebener Vertrauensseligkeit bis zu Hysterie erlauben. Und während wir diesen beständigen Kurs beibehalten, müssen wir wissen, daß es der ständigen Anstrengung bedarf, um diese verbindliche Regel für den Wettstreit zu erhalten. Diese Anstrengung muß Abschreckung ebenso einschließen wie die Möglichkeit der Zusammenarbeit dort, wo sich unsere Interessen decken.

Wir müssen auch erneut die Art und Weise überdenken, wie wir unser Verhältnis zur Volksrepublik China im Vergleich zu dem mit der Sowjetunion gestalten sollen. Bei der Entwicklung nichtmilitärischer Beziehungen zu China sollten wir zuglich darauf bedacht sein, wieder ein ausgewogeneres Verhältnis zu beiden Ländern zu bekommen. . . .

Abschiedsrede Präsident Carters an die amerikanische Nation vom 14. Januar 1981 (Auszug betr. die Gefahr eines Atomkrieges)

Es ist nun 35 Jahre her, seit die erste Atombombe auf Hiroshima fiel. Die große Mehrheit der Be-

völkerung der Welt kann sich an keine Zeit erinnern, da der nukleare Schatten nicht auf unsere Erde fiel. Wir haben uns in unseren Gedanken daran gewöhnt, wie unsere Augen sich nach einiger Zeit an die Dunkelheit gewöhnen.

Und doch hat sich die Gefahr einer nuklearen Feuersbrunst nicht vermindert. Sie ist bisher nicht aufgetreten, aber das kann uns nur wenig Trost bereiten, denn so etwas passiert nur einmal.

Die Gefahr wird immer größer, da die Arsenale der Supermächte immer mehr an Umfang und Raffinesse zunehmen. Und da andere Regierungen diese Waffen erwerben, ist es vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, bevor Verrücktheit, Verzweiflung, Habgier oder Fehlkalkulationen diese schreckliche Kraft freisetzen.

In einem weltweiten Nuklearkrieg würde mehr Zerstörungskraft als im gesamten Zweiten Weltkrieg freigesetzt werden, und zwar in jeder Sekunde des langen Nachmittages, den man für den Abschuß und Abwurf aller Raketen und Bomben benötigen würde; jede Sekunde würde ein Zweiter Weltkrieg stattfinden, und in den ersten Stunden würden mehr Menschen getötet als in allen Kriegen der Geschichte zusammen. Die Überlebenden – wenn es überhaupt welche geben würde – würden in Verzweiflung leben inmitten der vergifteten Ruinen einer Zivilisation, die Selbstmord begangen hätte.

Nationale Schwäche – real oder nur so gesehen – kann zu Aggressionen verleiten und damit einen Krieg auslösen. Deshalb können die Vereinigten Staaten ihre militärische Stärke nicht vernachlässigen. Wir müssen stark bleiben, und wir sind es auch. Aber mit gleicher Entschlossenheit müssen die Vereinigten Staaten und alle Länder Mittel und Wege finden, um die schreckliche Gefahr zu kontrollieren und zu reduzieren, die durch die neuklearen Waffenlager der Welt gegeben ist.

Dies war ein Anliegen eines jeden amerikanischen Präsidenten von dem Augenblick an, da wir zum ersten Mal sahen, was diese Waffen anrichten können. Unsere führenden Politiker brauchen unser Verständnis und unsere Unterstützung, wenn sie sich mit dieser schwierigen, aber entscheidend wichtigen Herausforderung auseinandersetzen. Die Antwort liegt nicht nur in der Haltung oder den Maßnahmen der führenden Staatsmänner der Welt, sondern in der Sorge und in den Forderungen von uns allen, wenn wir unseren Kampf um die Erhaltung des Friedens fortsetzen.

Erste Pressekonferenz von US-Präsident Reagan am 29. Januar 1981 (Auszug)

. . .

Frage: Herr Präsident, in Ihrer Begrüßungsansprache an die befreiten Amerikaner sprachen Sie eine Warnung der raschen und wirksamen Vergeltung bei künftigen terroristischen Situationen aus. Welche Art von Aktionen wollen Sie ergreifen, um dieser harten Sprache Gewicht zu verleihen?

Antwort: Nun, das ist eine Frage, auf die man eine ins einzelne gehende Antwort nicht geben kann und nicht geben sollte. Dies ist eine große und mächtige Nation. Es stehen ihr eine ganze Reihe von Optionen in dieser Hinsicht offen; jetzt aber zu versuchen, bis ins einzelne zu spezifizieren, was man tun sollte, das ist nach meiner Meinung eines der Dinge, die falsch gewesen sind. Die Leute in einigen dieser Länder, die uns in der Vergangenheit so etwas geboten haben, sind danach zu Bett gegangen voll Zuversicht, daß sie sich schlafen legen könnten, um am Morgen wieder aufzuwachen, und die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Aktionen getroffen. Was ich mit jenem Satz meinte, war, daß jeder, der so etwas tut und in Zukunft unsere Rechte verletzt, nicht mit dieser Zuversicht ruhig zu Bett gehen kann.

Frage: Herr Präsident, Sie haben sich in Ihrer Wahlkampagne mit einigem Nachdruck gegen den SALT-II-Vertrag gewandt und gesagt, daß er die Sowjetunion leicht begünstige. Doch ich stelle fest, daß Ihr Außenminister, Mr. Haig, jetzt die Auffassung zu vertreten scheint, daß zumindest vorerst die Vereinigten Staaten sich an die im SALT-II-Vertrag gesteckten Grenzen halten werden und daß er hoffe, die Sowjetunion werde dies auch tun. Wie lange wollen Sie, daß sich die Vereinigten Staaten an die Bedingungen eines SALT-Abkommens halten sollten, das Sie für unausgewogen ansehen, und was sind nach Ihren Überlegungen seine größten Unbilligkeiten?

Antwort: Nun, der SALT-Vertrag läßt vor allem, wie ich meine, auf beiden Seiten den kontinuierlichen Aufbau von strategischen nuklearen Waffen zu. Was aber die Hauptsache ist, er gibt den Sowjets das Recht, ihre Sprengköpfe in großer Zahl unverzüglich zu vermehren. Es gibt keine Verifizierung, was die Zahl der Sprengköpfe auf einer Rakete anbetrifft, keine uns verfügbare Methode dies zu tun.

Ich glaube nicht, daß ein Vertrag – SALT heißt Begrenzung der strategischen Rüstung, gestattet aber auf beiden Seiten den Aufbau von strategischen nuklearen Waffen – mit Recht so genannt werden kann; und ich habe gesagt, daß, wenn wir können – und ich bin willens, für unser Volk in Verhandlungen einzutreten, oder lassen Sie mich sagen in Gespräche, die zu Verhandlungen führen – daß wir beim Verhandeln von der Basis ausgehen sollten, eine wirkliche Reduzierung der Zahl der nuklearen Waffen zu bewirken. Das wäre dann eine wirkliche Begrenzung der strategischen Rüstungen, und ich glaube nun einmal auch, daß man sich nicht an einen Tisch setzen kann und nun einfach verhandelt, sofern man nicht an diesem Tisch auch all die anderen Dinge in Rechnung stellt und erwägt, die sich ereignen. Mit anderen Worten, ich glaube an „linkage" (Verkettung).

Frage: Herr Präsident, was sehen Sie als die langfristigen Absichten der Sowjetunion an? Glauben Sie beispielsweise, daß der Kreml auf die Weltbeherrschung aus ist, was zu einer Fortsetzung des Kalten Krieges führen könnte, oder glauben Sie, daß unter anderen Umständen Entspannung möglich ist?

Antwort: Nun, bislang ist die Entspannung eine Einbahnstraße gewesen, die die Sowjetunion benutzt hat, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Ich brauche mich um eine Antwort, was nach meiner Ansicht ihre Absichten sind, nicht zu bemühen. Sie haben sie wiederholt gegeben. Ich kenne keinen Führer der Sowjetunion seit der Revolution und unter Einschluß der derzeitigen Führung, die nicht mehr als einmal auf den verschiedensten kommunistischen Kongressen wiederholt haben, daß sie entschlossen daran festhalten, daß ihr Ziel die Förderung der Weltrevolution und eines einzigen sozialistischen oder kommunistischen Weltstaates – welches Wort Sie auch immer gebrauchen wollen – sein müsse.

Solange sie das tun und solange sie gleichzeitig und offen erklären, die einzige Moral, die sie anerkennen, sei die, die ihrer Sache förderlich ist – was bedeutet, daß sie sich das Recht einräumen, ein jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen, zu betrügen, um das zu erreichen, und daß das Moral und nicht Unmoral ist – solange bewegen wir uns von unterschiedlichen Wertsystemen aus. Ich glaube, wenn man mit ihnen zu tun hat, selbst um eine Entspannung, so hat man dies vor Augen . . .

Anhörung des designierten US-Außenministers Alexander M. Haig vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats vom 9. bis 14. Januar 1981 (Auszüge)

. . .

Frage (Senator Pell): General Haig, wenn wir die militärischen Situationen betrachten, die seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, sehen Sie dann irgendeine Situation, in der Sie nach Ihrem Dafürhalten den Einsatz taktischer Kernwaffen empfohlen hätten?

Antwort: Lassen Sie mich diese Frage so beantworten, daß es keine beunruhigenden Schlagzeilen bezüglich der Ansichten des designierten Außenministers Haig über den Einsatz von Kernwaffen gibt. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß die im Laufe der Jahre von den Vereinigten Staaten entwickelte Abschreckung, die in der Tat auch für unser NATO-Bündnis in Europa gilt, auf einer in sich zusammenhängenden dreifüßigen Triade, wenn Sie so wollen auf drei Elementen, aufgebaut ist. Zu diesem Elementen gehören eine konventionelle Land-, See- und Luftmacht; nukleare Gefechtsfeldwaffen (TNF) oder taktische Nuklearwaffen, wie sie auch bezeichnet werden; und die zentrale strategische Nuklearmacht, die weitgehend von den Vereinigten Staaten kontrolliert wird, aber auch von Frankreich und Großbritannien kontrolliert wird.

Unsere Abschreckung ist auf einem gewissen Maß an Ungewißheit aufgebaut, die wir absichtlich bei einem potentiellen Aggressor hervorrufen, so daß dieser zu keinem bestimmten Zeitpunkt

wissen kann, wie die westliche Reaktion aussehen würde, und daher auch nicht mit Sicherheit den Vorteil berechnen kann, den ihm ein Angriff irgendeiner Art von vornherein bringen würde. Zu dieser Abschreckung gehört als fester Bestandteil die Bereitschaft eines amerikanischen Präsidenten, in Verbindung mit unseren Verbündeten die Schritte zu tun, die notwendig sind – einschließlich des Einsatzes von Kernwaffen, um unsere Lebensinteressen zu schützen, sollte dies, was Gott verhüten möge, notwendig werden.

Frage (Senator Baker): Ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen, wenn ich darf. Eine hat damit zu tun, ob Sie den Eindruck haben, daß die Vermeidung eines Atomkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion der überragende Punkt der Außenpolitik und der Eckpfeiler ist, auf dem wir diese Politik in der Zukunft aufbauen müssen?

Antwort: Ich glaube, das ist eine außerordentlich wichtige Frage. Es ist eine sehr heikle Frage. Und ich glaube, es ist höchst wichtig, daß wir unser Hauptaugenmerk immer darauf konzentrieren, welches die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Volkes sind.

Wenn wir nur die Aufrechterhaltung des Friedens, so lebenswichtig diese ist, zum Grundsatz und zum Kern all unserer politischen Überlegungen machen, dann fürchte ich, daß wir damit Umstände herbeiführen könnten, die zur praktischen Folge haben müßten, zur Zerstörung eben des Zieles zu führen, das wir uns selbst gesteckt haben – nämlich des Friedens. Warum sage ich das?

Was ich Ihnen, Senator Baker, wirklich vermitteln wollte und was ich Ihnen gerne als Antwort geben möchte, ist, daß es Dinge gibt, für die wir Amerikaner bereit sein müssen zu kämpfen; es gibt Dinge, die es wert sind, für sie zu kämpfen. Das müssen wir begreifen. Wir müssen unsere Politik nach dieser glaubwürdigen und gerechtfertigten Prämisse aufbauen*).

Frage (Senator Biden): In Ihren Aussagen im Jahre 1979 haben Sie empfohlen, daß die Ratifizierung des SALT-Abkommens so lange ausgesetzt werden sollte, bis vier Bedingungen erfüllt sind: Nummer eins, bis die NATO entscheidet, ob eine Modernisierung der nuklearen Mittelstreckensysteme (TNF) stattfinden wird oder nicht; zweitens, daß die Administration und der Kongreß einen soliden Anfang in dem Programm zur Verbesserung der strategischen Nuklearwaffen und der TNF machen; drittens, daß eine vereinbarte strategische Doktrin aufgestellt wird, die anders aussieht als die garantierte gegenseitige Vernichtung (Mutual Assured Destruction – MAD); und viertens, daß die Vereinigten Staaten eine Verbindung zwischen SALT und anderen Rüstungskontrollanstrengungen und dem allgemeinen Verhalten der Sowjets herstellen.

Ich bin neugierig, ob die „Bruchpunkte", wenn ich diesen Ausdruck benutzen darf, die im Laufe des nächsten Jahres oder so eintreten werden, derart sein werden oder nicht, daß Sie uns nach Ihrer Ansicht erlauben, noch sehr lange zu warten, bevor wir mit einer regelrechten Neuverhandlung über das SALT-Abkommen beginnen. Oder begeben wir uns der Chance, sie fortzusetzen?

Antwort: Ich möchte meinen, daß es – wenn es Ihnen an Vertrauen in meine Person mangelt – dieses ein bißchen wiederhergestellt wurde, wenn Sie sich mit der Position befaßt haben, die ich früher bezüglich SALT II eingenommen habe, denn allein die Tatsache, daß ich erklärt habe, daß diese vier Bedingungen erfüllt werden müssen, bevor wir ein Urteil fällen können, ob wir die vielen Fehler akzeptieren könnten, die in dem Vertrag tatsächlich enthalten sind, würde mir den Eindruck vermitteln, daß diese Bedingungen vielleicht nicht ganz so ungeheuerlich sind.

Was nun das letztere, die Verbindung (das Junktim) angeht, so möchte ich mich nicht auf eine zu lange Debatte einlassen, ob eine zu starre Anwendung eines Junktims irgendeine Diskussion über Rüstungskontrolle erlauben würde, wenn die sowjetischen Truppen in Afghanistan 85000 Mann stark bleiben und in der ganzen Dritten Welt laufend sowjetisch unterstützte Aufstände zu verzeichnen sind. Was ich in Beantwortung Ihrer Frage zum Ausdruck bringen möchte, ist folgendes: Rüstungskontrolle ist in der Tat ein dringendes Problem für unser Land. Es ist eine wichtige Aufgabe. Sie muß an dem gesamten internationalen Verhalten der Sowjets gemessen werden. . .

*) Die hier nach der Übersetzung im offiziellen „Amerika Dienst" der Bonner US-Botschaft vom 21. 1. 1981, wiedergegebene Haig-Antwort ist eine „entschärfte" Version. Vgl. dazu Bernd Greiner, Reagan/Haig: Es gibt wichtigeres als Frieden, in: „Blätter", 2/1981, S. 132–137, hier S. 133 f.; d. Red.

Frage (Senator Mathias): In Ihrer Erklärung zu Beginn haben Sie uns eine überaus gewichtige Liste von Problemen vorgetragen, die alle Ihre unverzügliche Aufmerksamkeit erfordern. Könnten Sie uns eine Vorstellung von der Tagesordnung geben, mit deren Hilfe Sie diese lange Liste von Problemen angehen wollen?

Antwort: Nun, Senator, ich glaube, dies im strikten Sinne zu tun, ist nicht einfach, denn es ist doch häufig so, daß irgendwelche Fragen taktischer Natur dringend eine Antwort erfordern, auch wenn sie – im Sinne der Bedeutung für das nationale Interesse – weniger tiefgreifend sind. Deshalb kann man das schwer sagen; allerdings könnte ich Ihnen eine Liste jener Bereiche geben, die meiner Meinung nach am dringlichsten und gefährlichsten sind. Derzeit hat sicherlich die Lage in Polen potentiell die ernsthaftesten Konsequenzen für den Weltfrieden und für eine Fortsetzung der Anstrengungen zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Die Lage in Afghanistan stellt auch weiterhin ein gewichtiges Hindernis bei den Bemühungen zur Erzielung internationaler Stabilität, insbesondere im Ost-West-Kontext dar. Schließlich die Probleme mit der Dritten Welt – ein Ausdruck, den ich nur mit all den Bedenken gebrauche, die ich in meiner Eröffnungserklärung erwähnte – die Probleme der sich entwickelnden Staaten, die Notwendigkeit zum Aufbau eines sinnvollen Verhältnisses mit ihnen und zur verbesserten Anstrengung bei der Befriedigung der dringlichsten menschlichen Ansprüche dieser Völker und Entwicklungsländer – all dies fordert zumindest eine gegenseitige Vereinbarkeit der Politik, wenn nicht sogar eine Konvergenz ihrer und unserer Politik. Vor allem aber müssen wir hierbei die Unruhe besser in den Griff bekommen sowie die Bedingungen, die diese Unruhe bewirken und die einen so guten Nährboden für Einwirkungen von außen abgeben. In diesem Zusammenhang stellt meiner Meinung nach die Zunahme des weltweiten Terrorismus ein immer dringlicheres Problem dar, dem sich die Länder des Westens zuwenden müssen. Auch die internationalen Wirtschafts- und Energieprobleme sind, wie ich meine, von grundlegender Bedeutung.

Dies ist gewiß keine allumfassende Liste. Aber ich glaube, diese Probleme zählen zu den dringlichsten. Hinzufügen möchte ich noch, daß ich eine besondere Priorität unserer eigenen Hemisphäre sowie der Karibik und Mittelamerika beimesse, einem Bereich, der uns so nahe ist und dessen Schicksal für uns von so lebenswichtiger Bedeutung ist, der unsere Beziehungen mit Mexiko auf lange Zeit beeinflussen wird, gar nicht erst zu reden von unseren anderen lateinamerikanischen Freunden.

. . .

Frage (Senator Hart): General Haig, glauben Sie, daß es wünschenswert ist und, wenn ja, möglich, daß die Vereinigten Staaten Überlegenheit bei den strategischen Kernwaffen erzielen oder zu erzielen suchen?

Antwort: Ich glaube, das ist ebenfalls eine sehr komplexe und schwierige Frage, Senator, die sich nicht für glatte Antworten anbietet – und zwar wegen der instiktiven Reaktionen, die sie beim Überlegenheitsdenken einerseits und einem Streben nach Angemessenheit und Ausgewogenheit, zumindest Ausgewogenheit im wesentlichen andererseits hervorruft . . .

Und ich möchte auch in dieser Anhörung nicht darauf eingehen, ob wir gleich Überlegenheit im engen Sinn dieses Wortes oder Angemessenheit anstreben oder nicht. Das entscheidende Problem, vor dem das amerikanische Volk derzeit steht, ist die Tatsache, daß wir in diesem Bereich weniger darstellen als wir sollten, und daß wir schon bald in diesem Jahrzehnt über gewaltig weniger Kapazität verfügen, als dies der Fall sein sollte.

Frage: Welche Faktoren würden Sie als Außenminister in Erwägung ziehen und prüfen bei der Befürwortung oder bei Teilnahme an einer Entscheidung, amerikanische Landstreitkräfte für die Wiederherstellung der Ölversorgung am Persischen Golf zu verpflichten, falls umfangreichere Mengen dieser Versorgung abgeschnitten würden?

Antwort: Es gäbe eine ganze Reihe Faktoren, von denen einer der wichtigsten wäre, ob eine solche Operation erfolgreich ist oder nicht . . .

Wissen Sie, jedes – und ich glaube, ich habe dies in meiner vorbereiteten Erklärung gesagt –, jedes Eingehen einer amerikanischen Verpflichtung, jeder Einsatz amerikanischer Macht muß mit dem größten Vorbehalt geschehen, und man sollte, ist dies erst einmal geschehen, auch den Ein-

druck haben können, daß man etwas getan hat, was Aussicht auf Erfolg hat – wobei natürlich hierbei niemand sicher sein kann. Aber dennoch muß dies ein entscheidender Faktor sein.

Bedeutet das nun, daß ich eine Intervention vorschlage, um unser Öl zu beschützen? Nun, es gibt sicherlich Umstände, wo eine solche Empfehlung abzugeben wäre. Ich mache mir heute viel Gedanken über die Unzulänglichkeit unserer Möglichkeiten, die Art von Dingen zu tun, die aus Ihrer Frage sprechen; und ich glaube, die abtretende Regierung war darüber gleichermaßen besorgt.

Es gibt noch viel zu tun, um diese Kapazität zu korrigieren, das heißt, einige ihrer militärischen Aspekte – ich spreche jetzt über Luft- und Seetransport, ich spreche über Schauplätze, Stützpunkte, und ich spreche über kampfbereite Streikräfte, die in der Lage sind, auf der notwendigen Kapazitätsebene zu intervenieren.

Frage (Senator Lugan): Die Sowjetunion ist die einzige Großmacht, die unsere Existenz und auch die anderer Länder gefährdet. Sind Sie bereit, einen Kommentar zu dieser allgemeinen These abzugeben?

Antwort: Ich möchte hier einen Aspekt dieser Art Weltbetrachtung hervorheben, den wir Amerikaner sehr, sehr scharf im Auge behalten müssen, wollen wir die Opfer abschätzen, die uns in der vor uns liegenden Zeit abverlangt werden, wenn wir die Probleme bereinigen wollen, die Sie hier angeschnitten haben. Dieser Aspekt besagt, daß wir es nicht mit einer unvermeidbaren und unerbittlichen Überlegenheit des Marxismus-Leninismus als System zu tun haben. Letzterer ist, ganz im Gegenteil, ein schwerer historischer Reinfall.

Will man den Erfolg des Kommunismus sowjetischer Prägung messen, stößt man auf wirtschaftliche Versagensfälle, die in den letzten drei bis vier Jahren erheblich an Schwere zugenommen haben. Wir stoßen im Bereich der Agrarerzeugung auf einen Musterfall historischen Ausmaßes. Trotz der Tatsache, daß die sowjetische Führung einen immer höheren Prozentsatz der Bevölkerung in die Landwirtschaft preßt, hat sie keinerlei lohnende Ergebnisse aufzuweisen.

Wir konstatieren vielmehr wachsende demographische Probleme innerhalb des sowjetischen Systems, während die nicht-sowjetischen Völker auf mehr Autonomie und ein größeres Mitspracherecht in bezug auf die Führung der sowjetischen Politik drängen. Das manifestiert sich in der osteuropäischen Einflußsphäre der Sowjets sehr deutlich.

Damit will ich sagen, daß wir Amerikaner und wir Völker des Westens, die wir gemeinsame Werte besitzen, die Wertvorstellungen und die Disziplin unser eigen nennen, um unser Teil tun und gemeinsam vorangehen zu können und diese sehr gefahrvolle Periode bis Ende dieses Jahrzehnts und darüber hinaus in den Griff zu bekommen, meiner Meinung nach einer Periode größter Chancen und Verheißungen entgegengehen.

. . .

Frage: Unsere Verbündeten sagen immer häufiger, wir sollten stärker und sonst etwas sein, lassen es aber, so scheint mir, bei Reden bewenden. Sie leisten auf dem Gebiet der Verteidigung nicht, was ihnen zukommt. Was im besonderen können Sie in dieser Frage tun?

Antwort: Wie Sie wissen, habe ich gesagt, daß ich als NATO-Oberbefehlshaber, hätten wir eines Tages in den Krieg ziehen müssen, 90 Prozent meiner Landstreitkräfte, 80 Prozent meiner Seestreitkräfte und etwa 75 Prozent meiner Luftstreitkräfte von europäischen Ländern erhalten hätte.

Vor einigen Jahren noch ergab eine Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums, daß wir, wären wir nicht Partner des NATO-Bündnisses und stünden nicht die Verteidigungsbeiträge unserer europäischen Partner zu Gebote, den Anteil am Bruttosozialprodukt, den wir gegenwärtig auf die Verteidigung verwenden, verdoppeln müßten, um einen vergleichbaren Sicherheitsschild aufrechtzuerhalten.

Es ist unerhört wichtig, daß wir diese Fragen nicht im Geiste der Überheblichkeit angehen, wir seien die einzigen, die diese Aufgabe lösen könnten. Sie wissen, daß Helmut Schmidt, wäre er heute hier unter uns, Ihnen auf die Frage, warum tun Sie, Herr Bundeskanzler, nicht mehr, Ihnen antworten würde, Herr Senator, ich habe heute 500 000 Soldaten unter den Waffen, rund um die Uhr, das entspricht einer Streitmacht von 12 Divisionen – voll einsatzbereit. Wenn Ihr Amerikaner

eine vergleichbare Belastung auf Euch nehmen wolltet, müßtet Ihr in Europa 42 Divisionen stationieren statt der derzeitigen sechs Divisionen und zugehörigen Versorgungseinheiten, die Sie gegenwärtig hier unterhalten.

Man muß also sehr, sehr vorsichtig sein. Ich hoffe, daß wir den Nachdruck in dieser wichtigen Frage darauf legen, daß wir beide mehr tun müssen. Seit 1970 besteht bei unseren europäischen Partnern ein Aufwärtstrend, der in etwa bei einer Steigerung der Aufwendungen für die NATO-Verteidigung um alles in allem bei 22 Prozent liegt.

Unser Beitrag unterliegt seit zehn Jahren schon einem abwärtsgerichteten Trend. In den letzten beiden Jahren erst ist in den Verteidigungsausgaben, in erster Linie dank dem amerikanischen Kongreß, eine Wende eingetreten. Ich begrüße das.

Frage (Senator Percy): Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um die internationalen Rechte der Durchfahrt durch den Persischen Golf zu garantieren, was ja für die Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten von Amerika, für Europa, Japan und die gesamte freie Welt von entscheidender Bedeutung ist?

Antwort: Herr Vorsitzender, Sie sprechen hier die NATO-Aspekte dieser Frage an, und denen möchte ich mich auch zuerst zuwenden.

Während der viereinhalb Jahre, die ich bei der NATO diente, habe ich immer wieder und mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit unserer Partner darauf gelenkt, daß die Gefahren, denen sich das Bündnis gegenübersieht, nicht mehr nur auf das zentrale Gebiet von NATO-Europa beschränkt seien, daß wir vermutlich vor Problemen in den Entwicklungsländern, wie zum Beispiel dem Zugang zu Rohstoffen, stehen würden, also nicht nur ausschließlich Erdöl, sondern auch lebenswichtigen Mineralien. Damit erweitert sich der Brennpunkt unserer Besorgnisse nicht nur auf das Golfgebiet, sondern auf den gesamten afrikanischen Kontinent.

Ich glaube, der Ausschuß sollte sich darüber im klaren sein, daß meiner Meinung nach das Bündnis als solches keinen Konsensus erreichen wird, der eine Ausdehnung der formellen Grenzen des Bündnisses gestatten würde, wie sie zu Beginn dieses Bündnisses ins Auge gefaßt wurden. Was wir anstreben müssen, und wo wir auch bereits einigen Erfolg hatten, ist ein höherer Grad an Konsultationen sowohl innerhalb des Bündnisrahmens als auch außerhalb – sei es nun in bilateraler oder trilateraler oder in irgendeiner anderen Form – falls das Bündnis selbst diese wichtigen – und ich möchte den Begriff „peripher", wenn auch nicht im Zusammenhang mit ihrer Bedeutung gebrauchen – also diese Probleme nicht in den Griff bekommen kann.

Was nun die Ressourcen, das Erdöl angeht – der zweite Teil Ihrer Frage –, so sind nicht nur wir überaus abhängig von den Erdölquellen des Persischen Golfes, sondern unsere europäischen Partner und Japan sind es noch mehr. Deshalb ist es klar, daß ein hoher Grad an Konsultation erreicht werden muß, und ich bin zuversichtlich, daß dies seitens der gegenwärtigen Administration bereits der Fall gewesen ist, woraus hoffentlich ein Konsensus entsteht, der uns in die Lage versetzt, uns mit diesen entscheidend wichtigen Fragen des maritimen Zugangs zu befassen.

Sollte dies nicht geschehen, so meine ich, müßten wir als Nation bereit sein zu handeln – selbst wenn dies einseitig wäre – um den Zugang zu diesen lebenswichtigen Ressorcen sicherzustellen.

. . .

Frage: (Senator Cranston): Wenn ich Ihre bisherigen Aussagen richtig verstanden habe, ging es Ihnen darum, daß der Übergang von der ursprünglichen, unangefochtenen amerikanischen nuklearen Überlegenheit zur Anerkennung der Gleicheit und Parität keine Situation herbeiführe, in der die Vereinigten Staaten den zweiten Rang einnehmen würden. Und ich nehme an, daß Sie meinen, dies treffe für die strategischen Raketen, die Mittelstreckenraketen und die taktischen Raketen zu – für alle Kategorien, mit anderen Worten.

Antwort: . . . Ich hoffe sehr, daß ich neulich hier nicht den Eindruck erweckt habe, ich wolle eine wünschenswerte Überlegenheit in Mißkredit bringen und ich würde sie von mir weisen. Was ich zu erreichen suchte, war vielmehr, Ihnen den Gedanken nahezubringen, daß wir gemeinsam mit unseren Verbündeten innerhalb dieser Triade im weitesten Sinne dieses Begriffs unanfechtbar überlegen sein müssen.

Frage (Senator Sarbanes): Wäre es Ihrer Meinung nach fair, zu sagen, Sie bevorzugen eine aktivere Außenpolitik, indem Sie die Ereignisse und Entwicklungen rund um die Welt beeinflussen?

Antwort: Ich bin nicht sicher, ob der Ausdruck „aktiv" genau das ist, was ich mir vorstelle. Eher vielleicht eine konsequentere, verläßlichere und voraussagbarere Politik, eine, in der unsere Grundsätze deutlich verstanden und die Widersprüche so gering wie möglich gehalten werden; aktiver vielleicht bei der Artikulierung in Bereichen, wo wir unglücklicherweise verwickelt sind und in manchen Fällen hineingezogen wurden.

Frage: Welche Art von Verwicklung?

Antwort: Am wichtigsten und zuvorderst: die Frage illegaler sowjetischer Aktivität, ob direkt oder durch Stellvertreter, ist eine Frage, die wir mit größerem Ernst untersuchen müssen.

Frage: Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach der Einsatz unserer Wirtschaftsmacht zur Beeinflussung der Ereignisse und Entwicklungen in der Welt?

Antwort: Es ist klar, daß die westliche Wirtschaftsmacht das wichtigste Mittel ist, über das die freie Welt zur Beeinflussung der Ereignisse verfügt. Internationale Legitimierung für jene, die das Völkerrecht verletzen – wenn wir ihnen das zugestehen, so gestehen wir ihnen auch einen Anreiz zur Fortsetzung zu. Das ist eines der Probleme mit dem Terrorismus. Wir müssen ganz einfach ein schärferes Auge für die Brüche des Völkerrechts, der Maßstäbe und der Moral westlicher Zivilisation haben.

. . .

Frage: Viele der ernstesten wirtschaftlichen Probleme, vor denen wir stehen – Importe von Automobilen, Wettbewerb und Exportkredite, Schranken für amerikanische Exporte – bringen uns oft in einen direkten Konflikt mit unseren Hauptverbündeten. Was können wir tun, um eine enge Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten im politisch-militärischen Bereich zu erzielen, während wir mit auseinandergehenden wirtschaftlichen Interessen fertig werden müssen?

Antwort: Es gibt eine Kobination von Faktoren, die benutzt werden können, um diese Situation zu beheben. . .

Wenn wir beispielsweise erleben, daß sich Europa koordiniert – ob im Rahmen der Neun oder im Rahmen sonstiger „Familienbindungen" – und wenn das das mit einem fundamentalen Mangel an Vertrauen in die Vereinigten Staaten kombiniert ist oder gar durch diesen ausgelöst wurde, dann führt das zur Entwicklung exklusiver und protektionistischer Untertöne. Es gibt Anzeichen, daß sich so etwas entwickelt.

Wir müssen uns also mit dem Kern der Sache befassen und die Sache selbst anpacken. Die Sache selbst wird nach meiner Auffassung am besten auf diese Weise angepackt, die wir, glaube ich, als festes Zupacken bezeichnen. Wir müssen darauf bestehen, daß ein Gleichgewicht und ein gerechtes Verhältnis mit unseren wichtigsten Partnern auf diesem Gebiet besteht.

Frage (Senator Dodd): Am 16. Juli vorigen Jahres hielten Sie eine Rede vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei in Detroit. Meine Frage, nachdem ich diese Rede gelesen habe: Ist Ihrer Meinung nach die Entspannung als Politik tot, dient sie keinem Zweck mehr? und setzen Sie in gewisser Weise die Worte „Gegenseitigkeit" mit „Entspannung" gleich oder machen Sie dabei in gewisser Weise einen Unterschied?

Antwort: Ich möchte nicht, daß jene Worte den Eindruck geben, meiner Meinung nach sei die Entspannung als ein Prozeß zum alten Eisen zu werfen oder sie sei diskreditiert. Die Betonung lag bei jener Rede auf der Art und Weise, wie wir diese Politik betrieben haben. Um ganz offen zu sein und ein deutliches Wort zu benutzen: Sie war bankrott. Sie wissen, manchmal vergessen wir Amerikaner, woher die Entspannung wirklich kam. Wir scheinen sie Henry Kissinger oder der Regierung Nixon in den frühen siebziger Jahren zuzurechnen. Unsere europäischen Verbündeten führten, ich glaube, es war im Jahr 1967, eine Studie durch, in der der Ausdruck „Politik der Entspannung" geboren wurde. Daher könnten die Vereinigten Staaten die Entspannung gar nicht allein zum alten Eisen werfen, falls sie das tun sollten.

Es gab Anstrengungen in dieser Richtung, wie ich glaube, unter der Regierung Ford. Sie erwiesen

sich als ziemlich erfolglos.

Ich bin dafür, Poltik nicht mit Etiketten zu versehen, und die Begriffe „Gegenseitigkeit" und „Stärke" sind eher dazu erdacht, eine Einstellung zu beschreiben, einen Geisteszustand, einen Zustand der amerikanischen Haltung, dem sich unsere Verbündeten hoffentlich bei der Durchführung unserer Politik anschließen werden. In manchen Hauptstädten ist die Entspannung bankrott. In anderen Hauptstädten ist sie das nicht.

. . .

Frage: Welches sollten die Zielsetzungen einer bilateralen Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sein? Können Sie einige Ausführungen dazu geben?

Antwort: . . . Wir sollten vor allem auf ein zivilisiertes Verhalten zwischen zwei Supermächten hinarbeiten; auf die Herrschaft des Rechts, des Völkerrechts, sowie auf Einhaltung der Maßstäbe und Gebräuche internationalen Verhaltens, die die zivilisierte Welt mit ihren 2000 Jahren der Erfahrung erzeugt und entwickelt hat. Hierin kann ich nicht den Einsatz sowjetischer Streitkräfte in der Entwicklungwelt einschließen, die Unterdrückung freier Völker durch die sowjetische Militärmacht, die Ausbildung, Finanzierung, Ausrüstung und Ausstattung sogenannter Befreiungsarmeen oder terroristischer Kräfte in der ganzen Welt. All dies kann ich einfach nicht in meinem Lexikon angemessener Ost-West-Beziehungen unterbringen.

. . .

Frage (Senator Pell): Ist es nicht unser Ziel, den Frieden zu erhalten, während die Aushöhlung des Kommunismus in Osteuropa anhält?

Antwort: Ich glaube, das ist ganz klar das potentielle Ergebnis und Ziel der amerikanischen Politik, ja der Politik der freien Welt.

Aber auch hier muß man aus den Lehren der Geschichte lernen und begreifen, daß selbst dieser Prozeß Wendungen nehmen könnte, die fürchterliche Folgen nach sich ziehen würden – sei es in Osteuropa, wo sich diese Erosion am dramatischsten gezeigt hat, oder innerhalb der sozialistischen Republiken selbst. Und es war bei totalitären Regimen nie üblich, den friedlichen Wandel zu akzeptieren. Und ich teile zwar Ihren Optmismus – ganz ehrlich –, aber es macht mich auch gegenüber den Folgen dieses inneren Versagens wachsam . . .

Erste Pressekonferenz von US-Außenminister Haig am 28. Januar 1981 in Washington (Auszüge)

. . .

Frage: Herr Außenminister . . . – gestern sprach der Präsident bei der Begrüßung der Geiseln von einer schnellen und wirkungsvollen Vergeltung für den Fall weiterer Ereignisse, bei denen es sich um Terrorismus handelt. Können Sie uns irgendetwas hinsichtlich der Richtlinien im Zusammenhang mit einer solchen Vergeltung sagen? Wird es beispielsweise eine Vergeltung in Fällen geben, bei denen keine andere Regierung involviert ist? Mit anderen Worten, wenn es sich – wenn Sie so wollen – um Terrorismus auf eigene Faust handelt?

Antwort: Ich glaube, ich habe gestern abend gegenüber jemandem gesagt, daß diese Erklärung bewußt unklar gehalten worden ist. Bewußt unklar in dem Sinne, daß jede terroristische Regierung oder terroristische Bewegung, die solche Maßnahmen planen, meines Erachtens ganz genau wissen, wovon wir sprechen.

Wenn sie dies nun im Zusammenhang mit Einzelpersonen oder separatistischen Bewegungen oder Unabhängigkeitsbewegungen bewerten, dann stellt sich natürlich das Problem wesentlich anders, und die Beschränkungen und die Fähigkeit, Vergeltungsmaßnahmen anzuwenden, sind manchmal nicht nur begrenzt, sondern auch ungewiß. Ich möchte es also bei dieser Warnung belassen.

. . .

Frage: Herr Außenminister, gerade vorhin haben Sie über die gestrige Erklärung des Präsidenten im Weißen Haus gesprochen, die bemerkenswert doppelsinnig gehalten war, und dann fuhren Sie fort . . .

Antwort: Nein, „bewußt".

Frage: Bewußt doppelsinnig?

Antwort: Sie war bemerkenswert angemessen. (Heiterkeit)

Frage: Und Sie fuhren damit fort, zu sagen, daß – mit Ihren Worten – „terroristische Organisationen oder terroristische Regierungen achtgeben würden". Den Ausdruck „terroristische Regierung" hat es, soviel ich weiß, bisher noch nicht gegeben, nicht wahr? Und meine Frage lautet daher: Hat es im Außenministerium und auf höchster Ebene der Regierung Diskussionen darüber gegeben, ob man Regierungen wie im Iran als terroristische Regierungen brandmarken kann – mit den diplomatischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus einer solchen Brandmarkung ergeben würden?

Antwort: Natürlich gab es solche Diskussionen, und sie dauern noch immer an.

Frage: Könnten Sie dies noch etwas ausführen?

Antwort: Ich glaube, das ist die Bezeichnung für eine Regierung, die terroristische Aktivitäten unterstützt oder unternimmt oder daran teilhat. Das ist ein gutes Etikett für so etwas: Eine terroristische Regierung. Und wie Sie wissen, gibt es heute im öffentlichen Recht vom Kongreß erlassene Gesetze, die die Lieferung von Waffen an terroristische Regierungen verbieten. Das ist also in Washington kein neuer Ausdruck, und ich glaube, er wurde manchmal sehr großzügig, manchmal vielleicht auch weniger großzügig gehandhabt.

. . .

Frage: Traditionsgemäß ist davon ausgegangen worden, daß Nordamerika und die Sowjetunion in der ganzen Welt ihre eigenen Einflußsphären haben. Wie kann man jetzt noch davon sprechen, nachdem die Sowjetunion ihre Präsenz auf Lateinamerika und Afghanistan ausgedehnt hat? Was zieht Nordamerika in Erwägung, um die strategischen Interessen Amerikas in Lateinamerika aufrechtzuerhalten?

Antwort: Ich bin froh, daß Sie diese Fragen stellen. Ich glaube nicht, daß ich hier vor dieser Gruppe meine eigenen Ausführungen der letzten Zeit zu diesem Thema allzu sehr erläutern müßte. Ich meine, es liegt auf der Hand, daß wir Zeuge geworden sind eines – zumindest nach Natur und Umfang – bisher einzigartigen und riskanten Verhaltens seitens der Sowjetunion, nicht nur in unserer westlichen Hemisphäre, sondern auch in Afrika.

Wir haben hierbei die Ausnützung des kubanischen Stellvertreters erlebt; und ich kann ihnen versichern, daß dies ein Thema größter Sorge für diese Administration ist; es ist ein Thema, das auf der Tagesordnung unserer nationalen Sicherheit und unserer Außenpolitik hohe Priorität hat.

Ich möchte hier noch anmerken, daß ein weiteres Thema, das hiermit in engem Zusammenhang steht – in der Durchführung sowjetischer Aktivitäten und hinsichtlich der Ausbildung, der finanziellen Unterstützung und der Ausrüstung – der internationale Terrorismus ist. Der internationale Terrorismus wird den Platz der Menschenrechte einnehmen, in unserer Besorgnis, weil er das Äußerste an Mißachtung der Menschenrechte darstellt. Und es ist an der Zeit, daß sich sowohl die westlichen Mächte als auch die Vereinigten Staaten mit größerer Klarheit und mit größerer Wirksamkeit damit befassen.

„Nach dem Ball" – Kommentar des politischen Publizisten Vitali Kobysch zur Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten, Ronald Reagan, in der sowjetischen Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta" vom 21. Januar 1981 (Wortlaut)

Verklungen sind die Märsche und Walzer der Bälle. Auf allen Kanälen wurde die erste, die Inaugurationsrede des neuen USA-Präsidenten verbreitet, der die Amerikaner selbst in der Regel keine große Bedeutung beimessen. Sie enthält die üblichen Versprechungen, demonstriert Härte und verbreitet Hoffnungen. Was auf sie folgen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt – das wissen die Bewohner der Vereinigten Staaten aus eigenen bitteren Erfahrungen.

James Carter, der vor vier Jahren so efektvoll das Präsidentenamt angetreten hatte, der – Frau und Tochter an die Hand gefaßt – so imposant durch die Pennsylvania-Avenue auf das Weiße Haus zugeschritten war, zog dieser Tage alles andere als imposant daraus aus.

Die USA-Präsidenten erleiden einer nach dem anderen zunehmend schmählichere Fiaskos. Woran mag das liegen? Zum einen mit Sicherheit daran, daß kein einziger USA-Präsident der letzten Zeit (Carter war da weder besser noch schlechter als seine Vorgänger – er stellte sich allenfalls in einem stärkeren Maße bloß, was auf seine offenkundigen Unzulänglichkeiten und seine Provinzialität zurückzuführen ist) weder in seiner praktischen Tätigkeit wie bei der Analyse und Beurteilung der Lage über das hinreichende Niveau verfügte, das zur Lösung der Aufgaben erforderlich ist, vor die die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts die Führungsequipe der USA stellen. Die führenden Männer der USA wollen offensichtlich nicht einsehen, daß die Welt von heute nicht mehr die Welt ist, mit der die Präsidenten Harding, Coolidge oder Truman zu tun hatten. Sie sehen nicht, daß sich seither alles verändert hat und auch weiterhin verändert, derweil die Politik der Verinigten Staaten – nach innen wie nach außen – die alte, unverändert rückwärtsgewandte imperiale Politik geblieben ist.

Die neue Zeit wirft neue Probleme auf und erfordert neue Herangehensweisen. Die führenden Männer der USA aber glauben immer noch, das Problem der störungsfreien Lieferung von Erdöl, das den USA im übrigen nicht gehört, durch die Konzentration von Flugzeugträgern im Persischen Golf lösen zu können. Sie glauben, die Gefahr nuklearer Zerstörung von den Vereinigten Staaten abwenden zu können, indem sie in Westeuropa ihre Raketen aufpflanzen. Sie glauben, die Uhren anhalten und unabwendbar herangereifte sozialökonomische und innenpolitische Wandlungen verhindern zu können, indem sie dem Faschisten Pinochet und den Mördern in El Salvador Waffen und Berater schicken – wie seinerzeit dem Kriminellen Somoza. Mit – wie es ihnen scheint – großer Raffiniertheit planen sie, uns durch den aufgezwungenen Wettbewerb bei der Herstellung neuer Waffensysteme und das Hochtreiben der Militärausgaben zu zermürben und in den Konkurs zu treiben. Sie hegen die Hoffnung, daß sie reicher sind als wir und sich ein solches Vorgehen leisten können, daß wir sie um Gnade anflehen und schließlich ihre Überlegenheit anerkennen werden. Sie spekulieren auf die Schwäche eines Landes, in dem Hunderte erstklassige und hochmoderne Forschungszentren stehen, in denen hervorragende Wissenschaftler aller Fachgebiete, in erster Linie Analytiker, tätig sind. Sie setzen sich dabei über elementare, entscheidende Faktoren hinweg, denn sie müßten wissen, daß unser Volk, das vieles durchzumachen hatte, in schweren Zeiten den Riemen enger zu schnallen versteht, daß es angesichts einer Gefahr sich zusammenschließen und standhalten wird. Sie tragen zudem der Tatsache keine Rechnung, daß sich unsere Menschen keineswegs zusätzlich werden einschränken müssen.

Die Computer haben die amerikanischen Weisen irregeführt. Nach welchem Maß berechnen diese Männer wohl den Reichtum ihres Landes – nach dem des Dollar? Was ist heute aber ein ständig abgewerteter Dollar wert? Abgesehen davon, daß ein Großteil der Dollarbestände, die sich in den Vereinigten Staaten befinden, diesen gar nicht mehr gehören. Einstmals ein Gläubiger für alle, sind die USA zum Schuldner geworden. Allein Saudi-Arabien, das praktisch als Wohltäter auftritt, hat in den USA 100 Mrd. seiner Petrodollars angelegt.

Insbesondere im Krisenzentrum des Persischen Golfs entscheidet allein der Dollar recht wenig. Wenn schon jemand beabsichtigt, uns zu zermürben, dann sollte er sich bei seinen Berechnungen besser nicht auf den Dollar, sondern auf die verfügbaren Rohstoffquellen – und hier vor allem auf die eigenen statt auf fremde – stützen.

Eine völlig veränderte Welt umgibt heute Amerika. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von der zur Zeit Trumans und sogar Nixons. Da möchte man sagen: Schaut Euch doch die Welt mit ungetrübten, mit realistischen Augen an! Macht Euch die Mühe, darüber nachzudenken, was da vor sich geht. Wenn wir das sagen, vergessen wir nicht, daß diese Welt auch für uns eine große Zahl ernster Probleme aufwirft. Einige dieser Probleme – wie etwa die allmähliche, unaufhaltsame Verbreitung von Kernwaffen oder die Tatsache, daß sauberes Trinkwasser zu einem Luxus wird – lassen sich von keinem allein, sondern nur durch gemeinsame Anstrengungen lösen.

Es mag den Anschein haben, daß das oben Gesagte in keiner direkten Beziehung zur Thronbesteigung des neuen Präsidenten der USA steht. Der Schein trügt jedoch. Wenn die neue amerika-

nische Administration vermeiden will, daß ihr die Geschichte den gleichen bösen Streich wie ihren Vorgängern spielt, so sollte sie die aufgeführten Tatsachen ernst nehmen – und dies alles nicht als Lektion, sondern allenfalls als nachdenkliche Überlegungen begreifen, zu denen man nach besagter Ballnacht so sehr aufgelegt ist.

Erklärung der sowjetischen Presseagentur TASS vom 2. Februar 1981 zur Terrorismus-Beschuldigung der UdSSR durch US-Regierungsvertreter (Wortlaut)

In führenden sowjetischen Kreisen hat man auf die in den Vereinigten Staaten von Amerika entfaltete neue UdSSR-feindliche Kampagne aufmerksam gemacht. Dieses Mal wird der UdSSR Beteiligung am „internationalen Terrorismus" zugeschrieben.

Solche Erfindungen könnte man einfach als einen neuen primitiven Ausfall professioneller Vertreter des Antisowjetismus ignorieren, wäre nicht die Tatsache, daß der Grundstein für diese Kampagne von hochgestellten Beamten der amerikanischen Regierung, unter anderem vom Außenminister der USA, A. Haig, gelegt wurde. Seine Äußerungen auf der Pressekonferenz vom 28. Januar dieses Jahres sowie die darauf folgenden zusätzlichen Kommentare eines anderen offiziellen Vertreters des US-Außenministeriums sprechen dafür, daß es nicht um einen zufälligen, unglücklichen Ausdruck, sondern um eine bewußte politische Diversion geht.

Behauptungen über die Beteiligung der Sowjetunion an terroristischen Aktivitäten sind grober und böswilliger Betrug. Sie müssen bei der sowjetischen Bevölkerung Gefühle der Empörung und des berechtigten Protestes hervorrufen.

Die Sowjetunion war und bleibt stets ein prinzipieller Gegner der Theorie und Praxis des Terrorismus, auch des Terrorismus in den internationalen Beziehungen. Der Terrorismus ist der Weltanschauung der sowjetischen Menschen, der Politik des Sowjetstaates wesensfremd.

Die Sowjetunion trat und tirtt gegen Terrorakte auf, die den sinnlosen Tod von Menschen zur Folge haben, die diplomatische Tätigkeit der Staaten und ihrer Vertreter, den normalen Verlauf der internationalen Beziehungen und Begegnungen sowie die Verkehrsverbindungen zwischen den Staaten beeinträchtigen.

Gerade die UdSSR dängte auf internationlen Zusammenkünften bei der Erörterung von Fragen, die den Kampf gegen den Terrorismus betreffen, darauf, strengste Maßnahmen zur Unterbindung insbesondere der Luftpiraterie zu ergreifen. Dasselbe kann man in keiner Weise von den Vereinigten Staaten sagen, die sich gemeinsam mit einigen anderen westlichen Ländern effektiven Maßnahmen zum Kampf gegen die Luftpiraten widersetzten.

Tatsache ist auch, daß die USA nunmehr bereits seit mehr als vier Jahren die Verbrecher und Terroristen Brazinskas, die der Entführung eines Flugzeuges, des Anschlags auf das Leben vieler sowjetischer Menschen und des vorsätzlichen Mordes an einer Stewardeß schuldig sind, auf ihrem Territorium verbergen. Ist das etwa nicht eine echte Ermunterung zum Terrorismus?

Zu einem unehrenhaften Trick greifen die Organisatioren der gegenwärtigen Kampagne in den USA auch, wenn sie dem Terrorismus den legitimen Kampf der Völker um ihre nationale, ökonomische und soziale Befreiung gleichsetzen. Nur aus Ignoranz oder böser Absicht kann man eine Parallele zwischen diesen beiden völlig verschiedenen Erscheinungen ziehen.

Das bedeutet, über die Hoffnungen hunderter Millionen Menschen auf drei Kontinenten zu spotten, die gegen den Kolonialismus und dessen Überreste, gegen ausländische Einmischung sowie für ein neues, menschenwürdiges Leben kämpften und kämpfen. Das bedeutet zu behaupten, daß Dutzende junger Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die als Ergebnis des beharrlichen Kampfes der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit entstanden sind, nichts anderes darstellen als Ausgeburten des Terrorismus.

Wie wenig sich bei den neugebackenen „Theoretikern des Terrorismus" alles zusammenreimt, ist auch daraus ersichtlich, daß sie, wenn man ihrer Logik folgt, auch George Washington und andere „Väter und Begründer" der Vereinigten Staaten von Amerika, die den Kampf der amerikani-

schen Kolonien um Unabhängigkeit führten, zu den Terroristen rechnen müßten. Zu einer derartigen Absurdität führt der Haß gegen die sozialen Wandlungen in der Welt, führt es, wenn man den objektiven, historisch bedingten Charakter dieser Wandlungen nicht verstehen will oder nicht imstande ist, ihn zu verstehen.

Nein, nicht die Sowjetunion und nicht die nationalen Befreiungsbewegungen tragen die Verantwortung für das Entstehen von Spannungsherden, für den Kult der Stärke, der von gewissen Kreisen in der internationalen Arena gesät wird, für die Terrorakte, mit denen es dieser oder jener Staat zu tun hat. Nährboden für Willkür, Gewalt und Terrorismus in der internationalen Arena ist die Tätigkeit und Politik jener, die die legitimen Rechte und Interessen souveräner Staaten und Völker mit Füßen treten, die die Idelologie des Rassen- und Nationalhasses säen, die reaktionäre Diktaturregime unterstützen, welche sich nur mit Hilfe von Terror an der Macht halten, die Kurs auf das Anwachsen der Spannungen in der Welt und die Anpeitschung des Wettrüstens nehmen, die eine Atmosphäre der Kriegspsychose anheizen. Die Adressen jener, um die es hier geht, sind gut bekannt.

In führenden sowjetischen Kreisen möchte man hoffen, daß man in Washington ernsthaft darüber nachdenkt, wohin die Fortsetzung der dort begonnenen UdSSR-feindlichen Kampagne führen kann, daß man Maßnahmen zu ihrer Einstellung ergreifen und sich mit wirklich wichtigen Angelegenheiten befassen wird, und davon gibt es nicht wenige, um die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in Gang zu bringen und die internationale Lage als ganze zu normalisieren. In diesem Fall wird die amerikanische Seite in der Sowjetunion einen Partner finden, der zu einem konstruktiven Dialog bereit ist.

Dokumente zur gegenwärtigen Außenpolitik der UdSSR und ihrer Rolle in den Ost-West-Beziehungen

Auszüge aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau

. . .

4. Die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten. Der Widerstand gegen die Kräfte der Aggression. Die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit

. . .

In letzter Zeit sind die Gegner der Entspannung, einer Rüstungsbegrenzung, einer Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern merklich aktiver geworden.

Abenteuertum, Bereitschaft, die Lebensinteressen der Menschheit um ihrer engstirnigen egoistischen Ziele willen aufs Spiel zu setzen – das kommt in der Politik der aggressivsten Kreise des Imperialismus besonders offen zum Ausdruck. Indem sie eine absolute Mißachtung der Rechte und Wünsche der Völker demonstrieren, versuchen sie, den Befreiungskampf der Volksmassen als „Terrorismus" hinzustellen. Sie haben sich doch tatsächlich das Ziel gesetzt, etwas Unerreichbares zu erreichen – eine Barriere auf dem Wege zu fortschrittlichen Veränderungen in der Welt zu errichten und wieder die Geschicke der Völker zu lenken.

Die Militärausgaben wachsen beispiellos. In den USA haben sie 150 Milliarden Dollar im Jahr erreicht. Aber auch diese astronomischen Zahlen stellen den militärisch-industriellen Komplex der USA nicht zufrieden. Er verlangt mehr. Die Verbündeten der USA in der NATO haben den Forderungen Washingtons nachgegeben und sich verpflichtet, ihre Militärausgaben fast bis zum Ende dieses Jahrhunderts automatisch zu erhöhen, auch wenn dies einige von ihnen nur sehr widerwillig taten.

Ein beträchtlicher Teil dieser riesigen Mittel wird für die beschleunigte Entwicklung neuer strategischer Kernwaffen verwendet. Ihre Schaffung ist mit der Aufstellung friedensgefährdender Doktrinen, wie der berüchtigten Carter-Direktive, verbunden. Den Menschen soll suggeriert werden, ein Kernwaffenkrieg könne auch ein begrenzter sein, und sie sollen sich mit dem Gedanken abfinden, daß ein solcher Krieg zulässig ist. Das ist aber eine direkte Irreführung der Völker! Würde doch ein „begrenzter", nach amerikanischen Vorstellungen ein Kernwaffenkrieg in Europa zum Beispiel schon gleich zu Beginn den sicheren Untergang der europäischen Zvilisation bedeuten. Aber auch die Vereinigten Staaten selbst würden natürlich von den Flammen des Krieges nicht verschont bleiben. Solche Pläne und „Doktrinen" sind selbstverständlich für alle Völker, einschließlich des amerikanischen Volkes, eine ernste Gefahr. Diese Pläne werden überall in der Welt verurteilt. Die Völker sagen dazu ihr entschiedenes „Nein"!

Die imperialistischen Kreise denken in Kategorien der Beherrschung und Unterdrückung anderer Staaten und Völker.

Die Monopole brauchen fremdes Öl, Uran, Buntmetalle, und der Nahe Osten, Afrika sowie der Indische Ozean werden zur Sphäre der „Lebensinteressen" der USA erklärt. In diese Regionen dringt die USA-Militärmaschinerie aktiv vor und versucht, sich dort auf lange Zeit einzurichten. Die Insel Diego Garcia im Indischen Ozean, Oman, Kenia, Somalia, Ägypten – und was noch alles?

Um sich mit den anderen die Ausgaben zu teilen und zugleich die NATO-Partner fester an sich zu binden, drängen die USA auf Erweiterung der Aufgaben dieses Blocks. Die Washingtoner Strategen möchten offensichtlich Dutzende andere Staaten in ihre Kriegsvorbereitungen einbeziehen und die Welt mit einem Spinnengewebe ihrer Stützpunkte, Flughäfen und Waffendepots überziehen.

Zur Rechtfertigung solcher Aktivitäten wird die These von der „sowjetischen Bedrohung" der Ölreichtümer des Nahen und Mittleren Ostens oder der Öltransportwege verbreitet.

Das ist eine bewußt verlogene Version, denn ihre Urheber wissen sehr wohl, daß es die UdSSR weder auf das eine noch auf das andere abgesehen hat. Überhaupt ist es unsinnig zu meinen, man könne die Erdölinteressen des Westens „verteidigen", wenn man diese Region zu einem Pulverfaß macht.

Nein, wir haben ganz andere Auffassungen, wie der Friede in der Region des Persischen Golfes und an dessen Zugängen wirklich gesichert werden kann. Anstatt dort immer neue große Flotten- und Luftverbände, Truppen und Waffen zusammenzuziehen, schlagen wir vor, durch Abschluß eines internationalen Abkommens die Kriegsgefahr in dieser Region zu bannen. Durch gemeinsame Anstrengungen, unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Seiten, kann man in dieser Region eine Atmosphäre der Stabilität und Ruhe schaffen. Man kann die souveränen Rechte der Staaten der Region und die Sicherheit der See- und anderen Verkehrswege, die sie mit der übrigen Welt verbinden, garantieren. Das ist der Sinn der Vorschläge, die unlängst von der Sowjetunion unterbreitet wurden*).

Diese Initiative hat in der Welt breite Unterstützung gefunden, darunter auch bei einer Reihe von Staaten des Persischen Golfes. Allerdings fanden sich auch Gegner des sowjetischen Vorschlags – es ist unschwer zu erraten, in wessen Lager. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierungen der USA und der anderen NATO-Länder ruhig und unvoreingenommen über diese ganze Frage nachdenken, damit man gemeinsam nach einer für alle annehmbaren Lösung suchen kann.

Eine Vereinbarung in dieser Frage könnte zudem auch den sehr wichtigen Prozeß einer Verminderung der militärischen Präsenz in verschiedenen Regionen der Weltmeere in die Wege leiten.

In den Beziehungen zu den USA haben wir in all diesen Jahren wie auch früher eine prinzipielle und konstruktive Linie verfolgt. Leider hatte die bisherige Regierung in Washington keineswegs auf die Entwicklung der Beziehungen, auf gegenseitige Verständigung gesetzt. Um Druck auf

*) Vgl. das nachfolgende Dokument. D. Red.

uns auszuüben, ging man dort daran, das Positive zu zerstören, was in den zurückliegenden Jahren in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen mit großer Mühe aufzubauen gelungen war.

Dadurch wurden unsere bilateralen Beziehungen auf einigen Gebieten zurückgeworfen. Das Inkrafttreten des SALT-II-Vertrages wurde eingefroren. In einigen Fragen der Rüstungsbegrenzung, wie zum Beispiel bei der Reduzierung von Waffenlieferungen an Drittländer, haben die USA die Verhandlungen mit uns einseitig abgebrochen.

Leider sind auch nach dem Führungswechsel im Weißen Haus aus Washington unverhohlen kriegerische Aufrufe und Erklärungen zu vernehmen, als seien sie eigens darauf berechnet, die Atmosphäre der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu vergiften. Man möchte aber dennoch hoffen, daß diejenigen, die heute die Politik Amerikas bestimmen, die Dinge schließlich doch noch realistischer betrachten werden. Das entstandene militärstrategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO dient objektiv der Erhaltung des Friedens in unserer Welt. Wir strebten und streben keine militärische Überlegenheit über die andere Seite an. Das ist nicht unsere Politik. Wir werden aber auch nicht gestatten, daß die andere Seite Überlegenheit über uns erreicht. Derartige Versuche sind genauso aussichtslos wie Verhandlungen mit uns von der Position der Stärke!

Es wäre ein Ausdruck echter staatsmännischer Weisheit, nicht zu versuchen, das bestehende Gleichgewicht zu zerstören, und nicht eine neue, noch kostspieligere und gefährlichere Runde des Wettrüstens anderen aufzuzwingen. Dazu wäre es allerdings längst an der Zeit, das morsche Gespenst der „sowjetischen Bedrohung" aus der seriösen Politik zu verbannen.

Lassen Sie uns die tatsächliche Lage der Dinge etwas näher betrachten.

Ob es sich um strategische Kernwaffen oder um Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa handelt, in beiden Fällen besteht zwischen den Seiten eine annähernde Parität. Bei einigen Waffenarten ist der Westen in einem gewissen Vorteil, bei anderen sind wir es. Die Parität könnte dauerhafter sein, wenn entsprechende Verträge und Abkommen abgeschlossen werden.

Weiter geht es um Panzer. Die Sowjetunion hat wirklich mehr. In den NATO-Ländern sind es jedoch auch nicht wenig. Außerdem besitzen sie bedeutend mehr Panzerabwehrmittel.

Auch die Version von der sowjetischen Überlegenheit in der Gesamtzahl der Streitkräfte entspricht nicht der Wirklichkeit. Bei den USA ist sie zusammen mit den anderen NATO-Ländern sogar etwas höher als bei der UdSSR und den anderen Ländern des Warschauer Vertrages.

Von welch einer militärischen Überlegenheit der Sowjetuhion kann man da sprechen?

Den USA – wie allen anderen Ländern der Welt – droht tatsächlich die Gefahr eines Krieges. Ihre Quelle jedoch ist nicht die Sowjetunion, nicht ihre erfundene Überlegenheit, sondern das Wettrüsten selbst, das die Spannungen in der Welt aufrechterhält. Wir sind bereit, gegen diese echte und nicht eingebildete Gefahr zu kämpfen, Hand in Hand mit den USA, mit den europäischen Staaten, mit allen Ländern unseres Planeten. Der Versuch, einander im Wettrüsten zu übertreffen und auf den Sieg in einem Kernwaffenkrieg zu rechnen, ist gefährlicher Wahnsinn.

Es ist allgemein anerkannt, daß die internationale Lage in vielem von der Politik der UdSSR und der USA abhängt. Der Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie die Schärfe der internationalen Probleme, die eine Lösung erfordern, diktieren unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, den Dialog auf allen Ebenen zu führen, und zwar einen aktiven Dialog. Wir sind zum Dialog bereit.

Die Erfahrungen zeigen, daß das entscheidende Moment hierbei Treffen auf höchster Ebene sind. Das war gestern richtig und ist es auch heute.

Die UdSSR wünscht normale Beziehungen zu den USA. Vom Standpunkt der Interessen sowohl der Völker unserer beiden Länder als auch der gesamten Menschheit gibt es einfach keinen anderen vernünftigen Weg.

Genossen! Die vergangenen fünf Jahre waren Jahre des zielstrebigen Kampfes der Partei und des Sowjetstaates für Frieden und Sicherheit in Europa.

Auf dem europäischen Kontinent entwickelt sich die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern beider Systeme ungeachtet der Anstrengungen der Entspannungsfeinde im großen und ganzen nicht schlecht. Die politischen Kontakte wurden reicher an Umfang und Inhalt. Bei einer Reihe wichtiger Probleme der Außenpolitik gelingt es uns nicht selten, eine gemeinsame Sprache zu finden. Die Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur erweitern sich und erlangen eine neue Qualität. Es wurden mehrseitige Beratungen zu verschiedenen Fragen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit durchgeführt.

Ein umfangreiches System von Verbindungen haben wir zu Frankreich entwickelt. Der politische Dialog auf den verschiedenen Ebenen wird praktisch ununterbrochen geführt, vor allem mit Präsident Giscard d'Estaing. Das sowjetisch-französische Handelsvolumen stieg auf das Dreifache. Über 300 Themen und Vorhaben umfaßt die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Kultur. Obwohl wir nicht mit allen Aktionen Frankreichs auf dem internationalen Schauplatz einverstanden sind, bleiben unsere Beziehungen ein wichtiger Faktor der Entspannung. Wir sind für deren weitere dynamische Entwicklung.

Auf der Grundlage des Vertrages von 1970 sowie der nachfolgenden Abkommen haben sich unsere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland insgesamt günstig gestaltet. Die Begegnungen mit Kanzler H. Schmidt in den Jahren 1978 und 1980 haben, wie auch die früheren Treffen mit W. Brandt, einen nützlichen Beitrag zur Entspannung in Europa geleistet und die Horizonte der gegenseitig vorteilhaften sowjetisch-westdeutschen Beziehungen erweitert. In diesem Planjahrfünft hat sich unser Handel mit der BRD fast verdoppelt. In den Wirtschaftsbeziehungen nehmen Großprojekte einen vorderen Platz ein wie die Lieferung von Ausrüstungen für „Atommasch", das Elektrostahlkombinat Oskol und Betriebe der chemischen Industrie sowie von Röhren und Ausrüstungen für Gaspipelines und so weiter.

Aber es gibt Bereiche, zudem nicht unwichtige, in denen die Standpunkte der UdSSR und der BRD wesentlich auseinandergehen. Man braucht nur die Versuche Bonns zu erwähnen, das Vierseitige Abkommen über Westberlin bisweilen zu umgehen und in einer Reihe von Fragen der Souveränität der DDR nicht Rechnung zu tragen. Wir sind für die strikte und vollständige Einhaltung der in den siebziger Jahren erzielten Vereinbarungen. Das ist wichtig für das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, für den Frieden in Europa.

. . .

Wenn man von den europäischen Angelegenheiten spricht, kann man auch die Tatsache nicht mit Stillschweigen übergehen, daß für den Frieden in Europa neue ernste Gefahren entstanden sind. Dabei handelt es sich vor allem um den Beschluß der NATO, in Westeuropa neue amerikanische Raketen-Kernwaffen zu stationieren. Dieser Beschluß ist keine „Antwort" auf eine angebliche sowjetische Herausforderung, keine übliche „Modernisierung" des Arsenals, wie man im Westen behauptet. Hier liegt die offenkundige Absicht vor, das entstandene militärische Gleichgewicht in Europa zugunsten der NATO zu verändern.

Eines muß klar sein: Die Stationierung von gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gerichteten neuen amerikanischen Raketen in der BRD, in Italien, Großbritanien, den Niederlanden oder Belgien kann nicht ohne Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern bleiben, ganz zu schweigen von dem Schaden, der ihrer Sicherheit selbst zugefügt wird. Die Regierungen und Parlamente dieser Länder haben also allen Grund, diese ganze Frage immer wieder abzuwägen.

Die ureigenen Interessen der europäischen Völker gebieten es, daß Europa einen anderen Weg geht, und zwar den, der in Helsinki vorgezeichnet wurde.

Wir sind der Auffassung, daß der von der gesamteuropäischen Konferenz eingeleitete Prozeß kontinuierlich weitergeführt werden muß. Jegliche Formen von Verhandlungen – multilaterale wie bilaterale – gilt es zu nutzen, um die Probleme, die ganz Europa bewegen, zu lösen.

. . .

Das Leben verlangt nach fruchtbarer Zusammenarbeit aller Staaten für die Lösung der vor jedem Volk und vor der gesamten Menschheit stehenden friedlichen, konstruktiven Aufgaben. Diese Zusammenarbeit ist keine bloße Utopie. Ansätze dazu – und seien sie vorerst noch so bescheiden

– gibt es auch jetzt und heute. Man muß sie sehen, schätzen und weiterentwickeln. Eine nutzbringende Zusammenarbeit entwickelt sich jetzt – darunter im Rahmen internationaler Organisationen – zwischen einer bedeutenden Anzahl von Staaten auf solchen Gebieten wie der friedlichen Nutzung der Kernenergie, des Kampfes gegen Epidemien, der Beseitigung des Analphabetentums, des Schutzes von Denkmälern aus Geschichte und Kultur sowie der Wettervorhersage.

An all dem nimmt unser Land aktiv teil. Kurzum, es gibt bereits eine bewährte Grundlage für die weitere Erschließung des Terrains der praktischen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Wie notwendig sie ist, wird immer deutlicher sichtbar. Man braucht nur an solche Probleme zu erinnern wie an die Entdeckung und Nutzung neuer Energiequellen, die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln, den Schutz aller Naturreichtümer der Erde und wie an das Vordringen in die Höhen des Weltraumes und die Tiefen des Weltmeeres.

5. *Den Frieden festigen, die Entspannung vertiefen, das Wettrüsten zügeln*

Genossen! Die Hauptrichtung der außenpolitischen Tätigkeit von Partei und Staat war und bleibt der Kampf für die Minderung der Kriegsgefahr, die Zügelung des Wettrüstens. Diese Aufgabe ist in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtig und dringlich geworden. Denn in der Entwicklung der Militärtechnik vollziehen sich rasche und tiefgreifende Veränderungen. Qualitativ neue Waffen werden entwickelt, in erster Linie Massenvernichtungswaffen. Solche Waffenarten, die ihre Überwachung und folglich auch ihre abgestimmte Begrenzung außerordentlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen können. Eine neue Etappe des Wettrüstens untergräbt die internationale Stabilität und verstärkt die Kriegsgefahr beträchtlich.

Die Lage wird dadurch erschwert, daß die Politik der aggressiven imperialistischen Kräfte die internationale Spannung mit allen daraus entstehenden gefährlichen Folgen schon wesentlich vergrößert hat.

Es gibt sicherlich keinen Staat, der der Menschheit in den letzten Jahren ein so weites Spektrum von konkreten und realistischen Initiativen zu den wichtigsten Problemen der internationalen Beziehungen vorgelegt hätte, wie die Sowjetunion.

Ich beginne mit dem Problem der Begrenzung der Kernwaffen, der für die Menschheit gefährlichsten Waffen. In all diesen Jahren hat die Sowjetunion entschieden dafür gekämpft, dem Wettrüsten bei diesen Waffen ein Ende zu setzen, ihre weitere Verbreitung auf der Erde auszuschließen. Wie Sie wissen, wurde eine gewaltige Arbeit zur Vorbereitung eines Vertrages mit den USA über die Begrenzung der strategischen Rüstungen geleistet. In Verhandlungen mit den USA und Großbritannien wurde viel für das vollständige Verbot der Kernwaffentests getan.

Wir haben eine wichtige Aktion eingeleitet, indem wir erklärten und bekräftigten, daß wir keine Kernwaffen gegen nichtkernwaffenbesitzende Staaten einsetzen werden, die die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium nicht zulassen. Doch wir haben noch mehr vorgeschlagen: die Produktion von Kernwaffen einzustellen und mit der Reduzierung der Kernwaffenvorräte bis zu ihrer völligen Liqudierung zu beginnen.

Die Sowjetunion hat sich aktiv dafür eingesetzt, auch alle anderen Arten von Massenvernichtungswaffen zu verbieten. Einiges konnte in der Berichtsperiode in dieser Richtung erreicht werden. Die Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt ist in Kraft getreten. Die wichtigsten Bestimmungen eines Vertrags über das Verbot der radiologischen Waffen sind vorläufig abgestimmt worden. Die Verhandlungen über den Ausschluß der chemischen Waffen aus den Arsenalen der Staaten werden – wenn auch unzulässig langsam – fortgeführt. Durch die Aktionen der Friedenskräfte ist es gelungen, die Verwirklichung der Pläne zur Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa zu stoppen. Um so größer ist die Empörung der Völker über die vom Pentagon erneut unternommenen Versuche, das Damoklesschwert dieser Waffen über die Länder Europas zu hängen. Wir unsererseits bekräftigen, daß wir die Produktion von Neutronenwaffen nicht aufnehmen werden, solange sie nicht bei anderen Staaten auftauchen. Wir sind bereit, ein Abkommen zu schließen, das diese Waffen ein für allemal verbietet.

Die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Vertrages haben eine Reihe konkreter

Vorschläge zur militärischen Entspannung in Europa eingebracht. Wir wünschten insbesondere, daß die Teilnehmer der Gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung übernehmen, weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen als erste gegeneinander einzusetzen; daß die bestehenden Militärblöcke nicht erweitert und keine neuen in Europa und auf anderen Kontinenten gebildet werden.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben vorgeschlagen, zur Erörterung und Lösung der Fragen der militärischen Entspannung und der Abrüstung in Europa eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen. Diese Frage steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des gegenwärtig stattfindenden Madrider Treffens.

Nicht nachgelassen haben wir auch in unseren Bemühungen, Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa zu erzielen. Die sozialistischen Länder sind den westlichen Partnern hier mehr als nur auf halbem Wege entgegengekommen. Aber man muß unumwunden sagen, wenn die westlichen Länder diese Verhandlungen auch weiterhin in die Länge ziehen und dabei gleichzeitig ihr Militärpotential in Europa verstärken, so werden wir diese Tatsache in Rechnung stellen müssen.

Viele wichtige Initiativen, die die Sowjetunion und ihre Verbündeten in den letzten fünf Jahren unterbreitet haben, sind durch UNO-Beschlüsse gebilligt worden, unter anderem auf der Sondertagung der Vollversammlung über Abrüstung.

Die sowjetischen Vorschläge zur Stärkung der internationalen Sicherheit und zur Einschränkung des Wettrüstens bleiben in Kraft. An ihrer Verwirklichung arbeiten unter Führung des Zentralkomitees der Partei weiterhin aktiv die sowjetischen Diplomaten, alle, die an der außenpolitischen Front tätig sind.

Unsere Aktionen stehen im Einklang mit den Bestrebungen anderer Länder und Völker. Es sei daran erinnert, daß viele Staaten verschiedener Kontinente international nachhaltig unterstützte Vorschläge unterbreitet haben, Afrika und den Nahen Osten ebenso wie Lateinamerika zu kernwaffenfreien Zonen zu erklären, Friedenszonen in Südostasien, im Indischen Ozean und im Mittelmeer zu schaffen. Und die Beschlüsse der gesamteuropäischen Beratung sind faktisch darauf gerichtet, daß auch ganz Europa zu einer solchen Zone wird.

Genossen! Wir setzen den Kampf für eine durchgreifende Gesundung der internationalen Lage fort. Ein zuverlässiger Kompaß war und bleibt daher das auf dem XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU verkündete Friedensprogramm.

Heute macht die Situation in der Welt neue, zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Gefahr eines Krieges zu beseitigen und die internationale Sicherheit zu festigen. Erlauben Sie mir, dem Parteitag eine Reihe von Erwägungen darzulegen, die in diese Richtung zielen.

In den letzten Jahren sind, wie Sie wissen, bald in dem einen, bald in dem anderen Gebiet der Welt Herde militärischer Konflikte entstanden, die nicht selten drohten, in einen großen Brand hinüberzuwachsen. Sie zu löschen, ist, wie die Erfahrung zeigt, keine leichte Sache. Viel besser wäre es, Vorsorge zu treffen und zu verhindern, daß solche Herde entstehen.

In Europa zum Beispiel dienen diesem Ziel in einem gewissen Maße – und sie dienen diesem Ziel im großen und ganzen nicht schlecht – die vertrauensfördernden Maßnahmen auf militärischem Gebiet, die auf Entscheidung der gesamteuropäischen Konferenz durchgeführt werden. Das sind die Vorankündigung von Manövern der Landstreitkräfte sowie die Einladung von Beobachtern dazu aus anderen Ländern. Heute werden diese Maßnahmen auf den Territorien der europäischen Staaten, einschließlich der westlichen Gebiete der UdSSR, verwirklicht. Wir haben bereits gesagt, daß wir bereit sind, weiter zu gehen – auch über Manöver der See- und Luftstreitkräfte zu informieren. Wir haben vorgeschlagen – und wir schlagen es wieder vor –, daß eine derartige Information ebenfalls über große Truppenbewegungen erfolgt.

Und jetzt möchten wir vorschlagen, auch das Anwendungsgebiet solcher Maßnahmen wesentlich zu erweitern. Wir sind bereit, sie auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR auszudehen, unter der Voraussetzung einer entsprechenden Erweiterung der Zone für vertrauensfördernde Maßnahmen auch von seiten der westlichen Staaten.

Es gibt ein Gebiet, wo die Ausarbeitung und Anwendung vertrauensfördernder Maßnahmen, natürlich unter Berücksichtigung seiner Spezifik, die Lage an Ort und Stelle nicht nur entspannen, sondern auch zu einer sehr nützlichen Sache für die Festigung der Grundlagen des Weltfriedens werden könnten. Es geht um den Fernen Osten, wo solche Mächte wie die UdSSR, China und Japan Nachbarn sind. Dort gibt es auch amerikanische Militärstützpunkte. Die Sowjetunion wäre bereit, konkrete Verhandlungen über vertrauensfördernde Maßnahmen im Fernen Osten mit allen interessierten Ländern zu führen.

Wenn wir diese weitgehenden Vorschläge zu den vertrauensbildenden Maßnahmen vorlegen, dann gehen wir davon aus, daß ihre Verwirklichung zu einem Fortschritt auch bei der Abrüstung beitragen wird.

Weiter: Zu unseren Vorschlägen zum Persischen Golf wird manchmal gesagt, sie dürften nicht von der Frage der Präsenz des sowjetischen Militärkontingents in Afgahnistan getrennt werden. Was kann man dazu sagen? Die Sowjetunion ist bereit, zum Persischen Golf als selbständiges Problem Vereinbarungen zu treffen. Sie ist selbstverständlich auch zur Teilnahme an einer gesonderten Regelung der Situation in Afghanistan bereit, worüber ich bereits weiter oben gesprochen habe. Wir haben auch nichts dagegen einzuwenden, daß die mit Afghanistan zusammenhängenden Fragen koordniert mit den Fragen der Sicherheit im Persischen Golf erörtert werden. Natürlich können dabei nur internationale Aspekte des Afghanistan-Problems und nicht die inneren Angelegenheiten Afghanistans zur Debatte stehen. Die Souveränität Afghanistans muß voll und ganz gewahrt bleiben, ebenso sein Status als ein nichtpaktgebundener Staat.

Wir rufen noch einmal nachdrücklich zur Zurückhaltung auf dem Gebiet der strategischen Rüstung auf. Man darf nicht zulassen, daß die Völker der Welt unter der Gefahr der Entfesselung eines Kernwaffenkrieges leben.

Die Begrenzung der strategischen Rüstungen und deren Reduzierung ist ein außerordentlich bedeutsames Problem. Wir sind unsererseits dazu bereit, entsprechende Verhandlungen mit den USA ohne Verzögerung bei Bewahrung all des Positiven, was bis jetzt auf diesem Gebiet erreicht wurde, fortzusetzen. Selbstverständlich können die Verhandlungen nur auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit geführt werden. Auf ein Abkommen, das den USA eine einseitige Überlegenheit bieten würde, werden wir nicht eingehen. Hier darf es keine Illusionen geben. Unserer Meinung nach müßten zu gegebener Zeit auch alle übrigen Kernwaffenmächte in solche Verhandlungen einbezogen werden.

Die UdSSR ist zu Verhandlungen über die Begrenzung aller beliebigen Waffenarten bereit. Wir haben seinerzeit vorgeschlagen, die Schaffung des maritimen Raketensystems Trident in den USA und des entsprechenden Systems bei uns zu verbieten. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Infolgedessen wurde bei den Amerikanern das neue Unterseeboot „Ohio" mit Trident-1-Raketen entwickelt. Ein analoges System – Taifun – wurde bei uns geschaffen. Nun, und wer hat dabei etwas gewonnen?

Wir sind bereit, Vereinbarungen über eine Begrenzung auf dem Gebiet der neuen Unterseeboote – vom Typ „Ohio" in den USA und der entsprechenden in der UdSSR – zu treffen. Wir wären auch zu einer Vereinbarung über das Verbot einer Modernisierung der vorhandenen und der Entwicklung neuer ballistischer Raketen bereit, mit denen diese U-Boote bestückt sind.

Jetzt zu den Raketenkernwaffen in Europa. Sie werden in immer gefährlicherem Maße angehäuft. Es hat sich eine Art Teufelskreis herausgebildet – die Handlungen der einen Seite rufen Gegenmaßnahmen der anderen hervor. Wie läßt sich diese Kette durchbrechen?

Wir schlagen eine Vereinbarung darüber vor, bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel – natürlich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet – quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren. Das Moratorium könnte in Kraft treten, sobald die Verhandlungen zu dieser Frage beginnen, und es könnte gültig bleiben, bis ein ständiger Vertrag über die Begrenzung oder noch besser über die Reduzierung dieser Kernmittel in Europa abgeschlossen ist. Dabei gehen wir davon aus, daß von beiden Seiten jegliche Vorbereitung auf eine Stationierung entsprechender zusätzlicher Mittel, darunter

der amerikanischen Pershing-2-Raketen und bodengestützter strategischer Flügelraketen, eingestellt wird.

Die Völker müssen die Wahrheit darüber erfahren, welche verheerenden Folgen ein Kernwaffenkrieg für die Menschheit hätte. Wir schlagen vor, ein autoritatives internationales Komitee zu bilden, das vor Augen führen würde, wie lebensnotwendig es ist, die nukleare Katastrophe abzuwenden. Dem Komitee könnten sehr namhafte Wissenschaftler aus den verschiedensten Ländern angehören. Über die vom Komitee gezogenen Schlußfolgerungen sollte die ganze Welt informiert werden.

In der Welt von heute gibt es natürlich auch viele andere aktuelle internationale Probleme. Ihre vernüftige Lösung würde helfen, die internationale Lage zu entspannen, würde die Völker ruhiger atmen lassen. Dazu sind jedoch weitblickendes Herangehen, politischer Wille und Mut, Autoriät und Einfluß erforderlich. Eben deshalb erscheint es uns nützlich, eine Sondertagung des Sicherheitsrates unter Beteiligung der höchsten führenden Repräsentanten der Mitgliedsstaaten des Rates einzuberufen, um nach Schlüsseln zur Gesundung der internationalen Lage und zur Verhinderung eines Krieges zu suchen. An der Tagung könnten wohl, wenn sie den Wunsch haben, auch Führer anderer Staaten teilnehmen. Selbstverständlich wäre eine gründliche Vorbereitung einer derartigen Tagung erforderlich, um positive Ergebnisse zu sichern.

Genossen, die von uns vorgeschlagenen neuen Maßnahmen umfassen also einen breiten Problemkreis. Sie betreffen sowohl die Raketenkernwaffen als auch herkömmliche Waffenarten, die Landstreitkräfte, die See- und Luftstreitkräfte. Sie betreffen die Lage sowohl in Europa als auch im Nahen, im Mittleren und im Fernen Osten. Es geht um Maßnahmen sowohl politischen als auch militärischen Charakters. All diese Vorschläge vereint ein einheitliches Ziel, nämlich unser generelles Bestreben, alles Erdenkliche zu tun, um die Gefahr eines nuklearen Krieges von den Völkern abzuwenden und den Frieden auf Erden zu erhalten.

Das ist, wenn Sie so wollen, die organische Fortführung und Weiterentwicklung unseres Friedensprogramms zu den brennendsten und aktuellsten Problemen des internationalen Lebens unserer Tage.

Es gibt heute keine wichtigere Aufgabe in internationaler Hinsicht für unsere Partei, für unser Volk, ja, für alle Völker der Erde, als den Frieden zu schützen.

. . .

Fünf-Punkte-Vorschlag Leonid Breschnews für die Sicherheit in der Region des Persischen Golfes und im Indischen Ozean vom 10. Dezember 1980 (Wortlaut)

Am 10. Dezember 1980 unterbreitete der sowjetische Staats- und Parteichef in einer Rede vor dem indischen Parlament in Delhi den folgenden Fünf-Punkte-Vorschlag, der der einseitigen amerikanischen Deklaration der Golfregion zur Zone von US-„Lebensinteressen" die Alternative multilateraler Sicherheitsvereinbarungen entgegensetzt. Nachstehend der Wortlaut des betreffenden Redeabschnitts. D. Red.

Ein immer gefährlicherer internationaler Spannungsherd wird die Golfregion und das Gebiet des Indischen Ozeans. Unter dem Vorwand von Verteidigung ihrer „Lebensinteressen" haben Mächte, die viele tausend Kilometer von diesem Raum entfernt sind, hier eine Flottenkonzentration aufgebaut. Sie forcieren die Rüstung mit allem Nachdruck, vergrößern das Netz ihrer Militärstützpunkte und üben Druck auf kleinere Länder, die sich nicht an das Gängelband nehmen lassen, aus und bedrohen diese.

Derartige Aktionen versuchen sie mit Gerede von „sowjetischer Gefahr" für die Erdölreichtümer dieser Region zu rechtfertigen. Selbstverständlich ist dies eine glatte Erfindung, und ihre Urheber wissen das. Die UdSSR plant weder einen Anschlag auf das Erdöl des Nahen Ostens noch auf die Tankerrouten.

Natürlich ist es uns nicht gleichgültig, was in einer so nahe an unseren Grenzen gelegenen Region geschieht. Wir möchten, daß hier eine normale, ruhige Atmosphäre geschaffen wird. Der im-

perialistischen Doktrin der Aggression und des Diktats gegenüber den Ländern der Golfregion stellen wir die Doktrin der Friedens und des Sicherheit entgegen.

Das sind keine leeren Worte. Das ist unsere reale Politik. Wir schlagen den USA, den anderen westlichen Mächten, China, Japan, allen Staaten, die daran interessiert sind, vor, sich über folgende gegenseitige Verpflichtungen zu einigen:

keine ausländischen Militärstützpunkte in der Golfregion und auf den anliegenden Inseln zu errichten; dort keine Kernwaffen oder irgendwelche anderen Massenvernichtungsmittel zu stationieren;

keine Gewalt gegen Länder der Golfregion anzuwenden oder anzudrohen, sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen;

den von den Staaten der Golfregion gewählten Status der Nichtpaktgebundenheit zu respektieren; sie nicht in Militärgruppierungen unter Beteiligung kernwaffenbesitzender Mächte einzubeziehen;

das souveräne Recht der Staaten dieser Region auf ihre Naturreichtümer zu achten;

keinerlei Hindernisse oder Gefahren für den normalen Handel und die Nutzung der Seewege zu schaffen, die die Staaten dieser Region mit anderen Ländern der Welt verbinden.

Wir sind der Ansicht, daß eine derartige Vereinbarung, an der sich natürlich auch die Staaten dieser Region selbst vollberechtigt beteiligen würden, ihren ureigensten Interessen entspräche. Das nämlich wäre ein zuverlässiges Unterpfand für die Gewährleistung ihrer souveränen Rechte und Sicherheit.

Gestatten Sie mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß dieser Vorschlag durch das friedliebende Indien Verständnis und Unterstützung finden möge.

Die Sowjetunion ist ein konsequenter Verfechter der Idee, den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens zu machen. Wir sind bereit, aktiv mit anderen diesbezüglich interessierten Staaten zusammenzuarbeiten. Wir sind der Ansicht, daß der Indische Ozean ein Bereich lebenswichtiger Interessen der an seinen Küsten liegenden Staaten, nicht aber irgendwelcher anderer Staaten ist und bleibt.

Wir sind bereit, auch alle anderen Initiativen zu begrüßen, die zur Minderung der Spannungen führen, wenn sie nur von der Sorge um die Festigung des Friedens in Asien oder auf jedem anderen Kontinent diktiert sind.

Caspar Weinbergers Votum für die Neutronenbombe und die Reaktionen der Regierungen von Norwegen und Schweden sowie des niederländischen Parlaments

Stellungnahme des US-Verteidigungsministers Caspar W. Weinberger zur Neutronenbombe vom 3. Februar 1981 (Wortlaut)

In seiner ersten Pressekonferenz wurde der neue US-Verteidigungsminister nach einer Entscheidung über die 1978 von Präsident Carter zurückgestellte Produktion der Neutronenwaffe gefragt. Weinbergers Antwort löste umgehend internationale Proteste, u. a. aus Regierungskreisen Skandinaviens und der Benelux-Länder, und ein Dementi von US-Außenminister Haig aus. Weinberger erhielt jedoch Rückendeckung von Präsident Reagan und bekräftigte seine Haltung seither wiederholt. Nachstehend Frage und Antwort vom 3. Februar 1981 zum Thema Neutonenwaffe im Wortlaut. D. Red.

Frage: Wann können wir mit einer Entscheidung über die Produktion der Gefechtsköpfe mit verstärkter Strahlenwirkung (Neutronenwaffe) rechnen?

Antwort: Die Verbesserung unserer taktischen Kernwaffenstärke, die „Enhanced Radiation" – oder Nuklear- oder Strahlenwaffe, wie sie genannt wird, oder was immer auch ein angemessener formeller Ausdruck dafür sein mag, ist sicherlich eines der Dinge, die wir prüfen sollten. Es gab in der allerjüngsten Vergangenheit von seiten dieser Regierung eine nachdrückliche Empfehlung, sie zu nutzen. Ich habe bisher sehr wenig gesehen, was mir einen Hinweis dafür gegeben hätte, daß dies falsch war. Was meiner Meinung nach aber falsch war, das war der plötzliche Umschwung, mit dem wir plötzlich entschieden, daß wir sie nicht dislozieren würden, sehr zur Konsternierung der deutschen Regierung wie auch vieler anderer.

So glaube ich, daß wir die Möglichkeit, die diese Waffe zur Verstärkung der taktischen Kernwaffen gibt, höchstwahrscheinlich werden nutzen wollen. Selbstverständlich würden wir uns angesichts der damit zusammenhängenden Frage der Stationierung und der anderen Beziehungen ganz gewiß mit all unseren Verbündeten und Freunden darüber zu beraten wünschen. Wir würden sie zu überzeugen versuchen, daß wir diesmal ein größeres Maß an Konstanz haben würden, als wir es vorher gehabt zu haben scheinen.

Stellungnahme des norwegischen Außenministers Knut Frydenlund vom 11. Februar 1981 (Wortlaut)

Dem norwegischen Außenminister, Knut Frydenlund, wurde am 11. Februar folgende Frage durch den Abgeordneten des Stortings, Thor-Eirik Gulbrandsen, gestellt:

„Der neue Verteidigungsminister der USA hat zum Ausdruck gebracht, daß die USA Neutronenbomben produzieren sollten zur Lagerung in West-Europa. Wie wird der Außenminister dazu beitragen, daß *hieraus nichts wird?*"

Die Antwort des Außenministers lautete wie folgt:

„Verehrter Herr Präsident, Was die Frage betreffend die Lagerung der Neutronenwaffe in West-Europa angeht, so hat es verschiedene Äußerungen von amerikanischer Seite gegeben. Die Vereinigten Staaten werden in jedem Fall ihre Verbündeten konsultieren. Es wurde keine Initiative von amerikanischer Seite zu solchen Konsultationen ergriffen.

Die Regierung hat zu einem früheren Zeitpunkt im NATO-Rat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen eine Lagerung der Neutronenwaffe in West-Europa ist. Die Haltung der Regierung ist in dieser Frage unverändert. Den amerikanischen Behörden ist dies bekannt."

Pressemitteilung des schwedischen Außenministeriums vom 5. 2. 1981 (Wortlaut)

„Wir finden es sehr beunruhigend, daß die neue Regierung in den USA erwägt, die Neutronenbombe zu entwickeln und zu produzieren." Dies sagte Außenminister Ola Ullsten in einem Kommentar zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger, daß die USA daran dächten, den Beschluß des früheren Präsidenten Carter, diese neue Waffe nicht zu entwickeln, zu überprüfen.

Wir haben von schwedischer Seite schon seit langem generell von jeder Art von Kernwaffen Abstand genommen; dies gilt insbesondere für die Neutronenbombe wegen der Gefahr der sogenannten „gesenkten Kernwaffenschwelle". Eine Stationierung von Kernwaffen in Europa würde daher nicht zu einer größeren Sicherheit, sondern vielmehr zu einem erhöhten Risiko für einen katastrophalen Kernwaffenkrieg auf dem europäischen Kontinent führen.

Die neue amerikanische Verlautbarung liegt auf derselben Linie wie das französische Eingeständnis vom Sommer 1980, daß man die Neutronenbombe entwickelt und getestet habe und sie in einigen Jahren bei den militärischen Einheiten stationieren werde.

Alle diese Pläne sind ein weiterer Beitrag zu einer wahnwitzigen Rüstungsspirale, die man verurteilen und bekämpfen muß.

Entschließung der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vom 4. Februar 1981 (Wortlaut)

Die Kammer, aufgrund der Beratungen,
nach Kenntnisnahme der Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers, daß die Vereinigten Staaten erwägen, die Produktion der ERRB-Waffe aufzunehmen und diese in Europa einzuführen, und sich hierüber mit den europäischen NATO-Partnern beraten wollen,
– in der Erwägung, daß die Einführung dieser Waffe die Grenzlinie zwischen nuklearen und konventionellen Waffen verwischt und die Atomschwelle zu senken droht,
– erinnernd an ihre Erklärung vom 7. März 1978 (Antrag des Abgeordneten Terlouw), daß die Produktion der Neutronenwaffe unerwünscht ist,
fordert die Regierung auf, sich in den Beratungen des Bündnisses auf den Standpunkt zu stellen, daß
– die ERRB-Waffe nicht eingeführt werden soll,
– die Niederlande nicht bereit sind, diese Waffe in den niederländischen Streitkräften einzuführen,
und geht zur Tagesordnung über.

Erklärung der Initiatoren des „Krefelder Appells" vom 9. Februar 1981 (Betr.: Neutronenbombe)

(Wortlaut)

Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hat, ohne sich mit den Verbündeten der USA vorher auch nur zu verständigen, die Aufnahme der Produktion von Neutronenbomben angekündigt. Damit widerruft die neue amerikanische Regierung den vom früheren Präsidenten Carter angeordneten Stopp der Entwicklung einer Waffe, die der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr einmal als eine Perversion menschlichen Denkens gekennzeichnet hat. Später will Washington dann mit den Regierungen jener Länder verhandeln, für die diese neuartige Nuklearwaffe vorgesehen ist. Nicht zu bezweifeln ist, daß die Bundesrepublik zu diesen Ländern gehört.

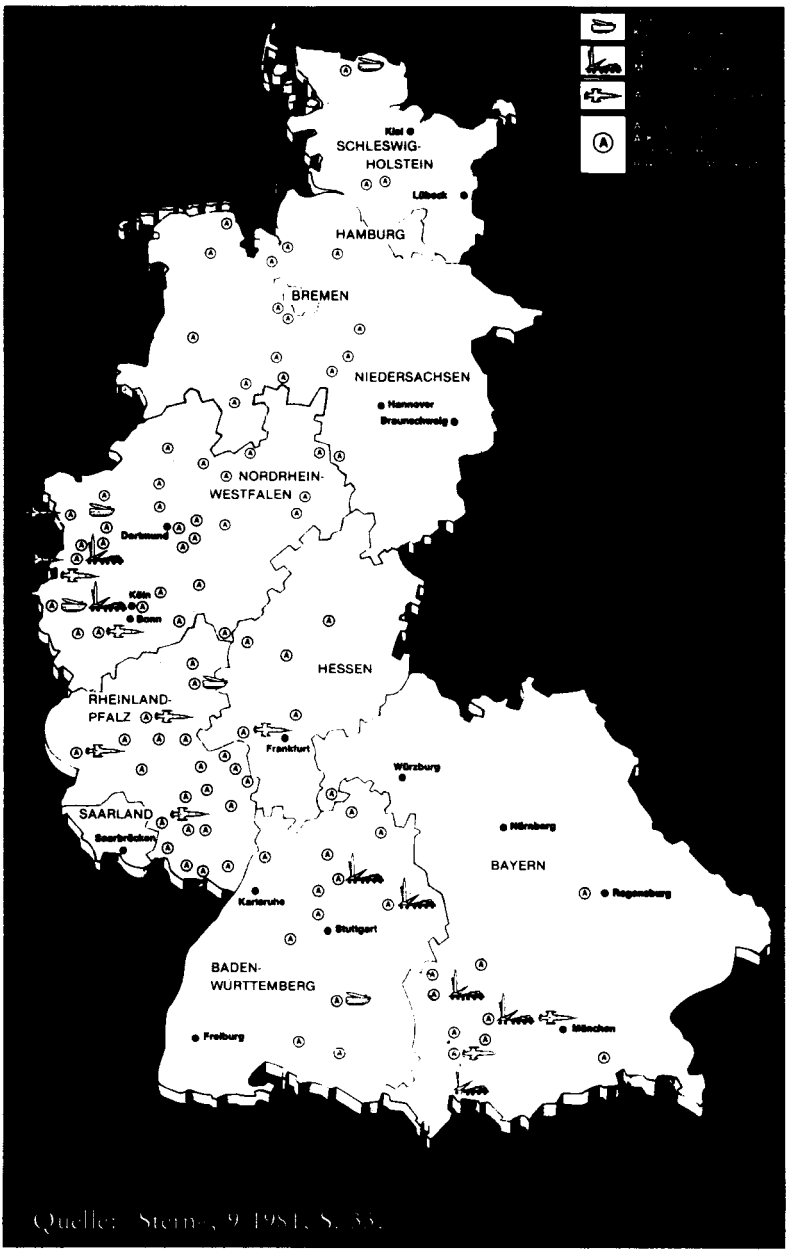
Wenn die Bundesregierung je daran geglaubt haben sollte, der Brüsseler Beschluß zur Stationierung von 527 Cruise missiles und Pershing-II-Raketen diene nur der Herstellung eines Gleichgewichts und insbesondere der Beschleunigung von Rüstungskontrollverhandlungen, dann kann nach Ankündigung der Produktion von Neutronenbomben davon keine Rede mehr sein. Die Aussicht auf eine Eindämmung des nuklearen Rüstungswettlaufs rückt damit in noch weitere Ferne. Das Potential zur Führung eines auf Mitteleuropa begrenzten Nuklearkrieges wächst im Gegenteil ins Unkontrollierbare.

Wir wiederholen mit Nachdruck unsere Aufforderung an die Bundesregierung, den unter überholten Voraussetzungen zustandegekommenen „Nachrüstungsbeschluß" aufzukündigen und klar und überzeugend von der amerikanischen Vorstellung abzurücken, demnächst auch noch Neutronenwaffen in der Bundesrepublik zu stationieren.

Das Risiko, das mit einer derartigen Entwicklung gerade unserem Lande aufgebürdet würde, kann nicht übersehen werden. Die Bevölkerung der Bundesrepublik darf sich nicht ablenken und verwirren lassen. Wir fordern sie erneut auf, angesichts der wachsenden Bedrohung zur Erhaltung des Friedens zusammenzustehen, und dies ohne Rücksicht auf unterschiedliche politische Überzeugungen.

Gert Bastian, Würzburg – Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Weilmünster – Petra K. Kelly, Nürnberg – D. Martin Niemöller, Wiesbaden – Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen – Christoph Strässer, Münster – Gösta v. Uexküll, Hamburg – Josef Weber, Köln

Atomwaffenlager Bundesrepublik – eine Übersichtskarte der Illustrierten „stern" vom 26. Februar 1981



Quelle: Stern, 9/1981, S. 33.

Autoren dieses Heftes

Dr. Eberhard DÄHNE, geb. 1938 in Bad Freienwalde/O., Studium in Marburg, Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. • • • *Roger PELTZER*, geb. 1953, Studium der Volkswirtschaft in Münster. • • • *Dieter BEGEMANN*, geb. 1953 in Schötmar/Kreis Lippe, Mitglied im Rat der Stadt Herford, SPD-Ortsvereinsvorsitzender. • • • *Peter PAHMEYER*, geb. 1958 in Detmold, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe. • • • *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt und einer der führenden Kartellrechtsexperten. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau ^{2}1965; Politik mit dem Osten, o. O. 1970. • • • *Anton-Andreas GUHA*, geb. 1937, Publizist, seit 1967 Redakteur bei der „Frankfurter Rundschau"; Buchveröffentlichungen u. a.: Die Neutronenbombe – oder Die Perversion menschlichen Denkens, Frankfurt/M. 1977; Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980. • • •

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–, yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/1981 der „Blätter" wird am 16. 4. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

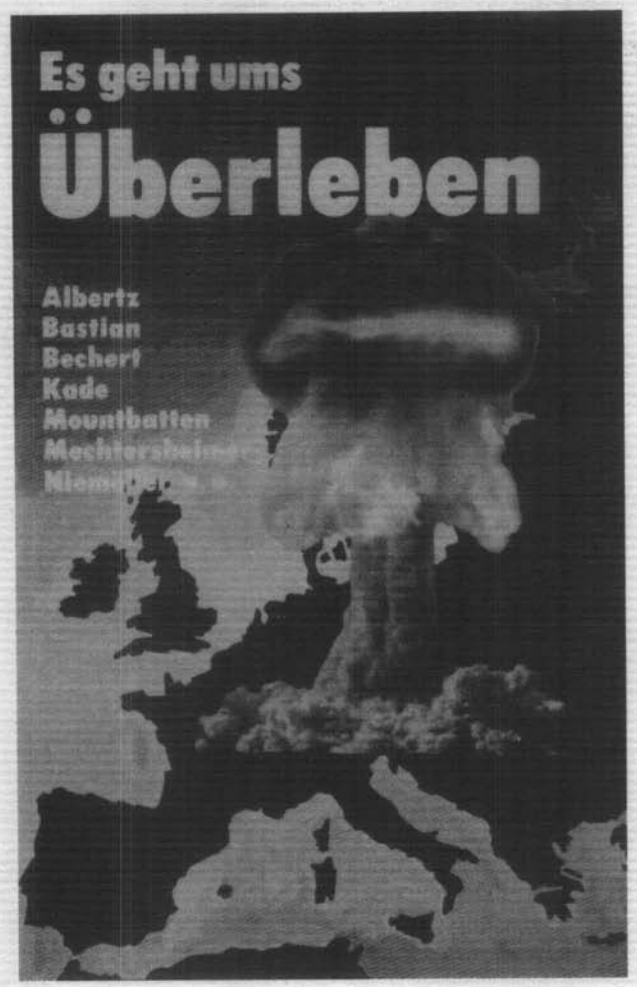
G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 3/81
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-373518-01-01 700
KOERTING
CLAUS

WALLFRIEDSTR. 1

4330 MUELHEIM

Soeben e



Warum wir die Atomraketen ablehnen

Beiträge von H. Albertz, U. Albrecht, G. Bastian, K. Bechert, A.-A. Guha, G. Kade, D. S. Lutz, A. Maske, A. Mechtersheimer, L. Mountbatten, E. Müller, M. Niemöller, N. Pasti, H. Ridder, M. J. F. Stelling sowie Stellungnahmen aus dem politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich. Chronologie und Begriffserklärungen.

Herausgegeben von K. D. Bredthauer und K. Mannhardt
280 Seiten, DM 9,–

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. Eberhard DÄHNE, geb. 1938 in Bad Freienwalde/O., Studium in Marburg, Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. • • • *Roger PELTZER*, geb. 1953, Studium der Volkswirtschaft in Münster. • • • *Dieter BEGEMANN*, geb. 1953 in Schötmar/Kreis Lippe, Mitglied im Rat der Stadt Herford, SPD-Ortsvereinsvorsitzender. • • • *Peter PAHMEYER*, geb. 1958 in Detmold, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe. • • • *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt und einer der führenden Kartellrechtsexperten. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau ^{2}1965; Politik mit dem Osten, o. O. 1970. • • • *Anton-Andreas GUHA*, geb. 1937, Publizist, seit 1967 Redakteur bei der „Frankfurter Rundschau"; Buchveröffentlichungen u. a.: Die Neutronenbombe – oder Die Perversion menschlichen Denkens, Frankfurt/M. 1977; Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980. • • •

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–, yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/1981 der „Blätter" wird am 16. 4. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416